



Vorwärts mit der
antifaschistischen
Front in Chile

5

Hamburger Lehrlinge
bereiten Tarifrunde vor

9

des Ruhrgebiets

Bibliothek des ISB

32 D 308

Frankfurt

Protest gegen Strauß-Auftritt

C21734 E

16

Arbeiterkampf

Jahrg. 4 Nr. 50 1.10.74

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

50 Pf.

Westberlin:

Massenausschluß aus der IG - Metall

Bekanntlich haben die sozialdemokratischen Führer der IG Metall auf dem 11. Gewerkschaftstag in Hannover (15.-21. September 74) sich die Zustimmung der „Delegierten“ zu dem berüchtigten „Extremistenerlaß“ geholt, den der IGM-Beirat bereits im April letzten Jahres verabschiedet hat – wonach in Zukunft fortschrittliche Mitglieder der Gewerkschaft „ohne Verfahren“ aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden können (siehe dazu auch den Artikel in dieser Ausgabe des AK!).

Aber auch ohne das ausdrückliche Votum des Gewerkschaftstages haben die IGM-Führer in den zurückliegenden Monaten bereits mehrfach von der selbstfabrizierten Möglichkeit Gebrauch gemacht, sich linke Opponenten ohne großes Staubaufwirbeln vom Hals zu schaffen (erinnert sei hier nur an die „Fälle“ im Hamburger Organisationsbereich der

Die Tatsache, daß die IG Metall-Führer nicht nur die vollständigen Namen sondern auch noch die Betriebe der geschäftlichen Kollegen veröffentlicht haben – eine bewußte Demoralisierung also – zeigt deutlich, wozu die heutigen Gewerkschaftsführer fähig sind. Diese „Bekanntmachung“ ist nicht nur eine Aufforderung an die Kapitalisten, die Linken zu klandeln und ihnen damit die Lebensgrundlage zu entziehen, sondern sie dient ganz offensichtlich auch dazu, die „Schwarzen Listen“ der Bourgeoisie zu vervollständigen – nach denen auf höherem Niveau der Klassenkämpfe verhaftet, deportiert und gemordet werden könnte (wie in den letzten Monaten und derzeit noch in Chile!).

Mehrere der betroffenen Kollegen, die alle gewerkschaftliche Funktionen hatten oder Betriebsräte waren, haben sich in einem Offenen

Ausgeschlossen

Die nachstehenden ehemaligen Mitglieder der IG Metall, Verwaltungsteile Berlin, wurden in den letzten einundzwanzig Jahren wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens aus der Organisation ausgeschlossen. Die Mehrheit der Betroffenen hatten gewerkschaftliche Organisationen unterstützt bzw. kandidierten auf gegnerischen Listen zur Betriebsratswahl.

Name	bei Verfahren beginn beschä- digt in Form	Verfahren an- fang in Form
Adamski, Werner	OSRAM	Beiratsbeschl.
Blücher, Horst	AEI-Telet	§ 30 Ziff. 1
Boeck, Udo	Norddeut. Z-Ber.	§ 30 Ziff. 1
Bogdanow, Peter	OSRAM	§ 30 Ziff. 1
Bone, Jean-Claude	Krone	§ 30 Ziff. 1
Bergmann, Matthias	AEI-Telet	§ 30 Ziff. 1
Bräuer, Werner	Vulva-Werke	§ 30 Ziff. 2
Brand, Christian	AEI-Telet	Beiratsbeschl.
Burgmann, Matthias	AEI-Telet	§ 30 Ziff. 1
Busch, Werner	Vulva-Werke	Beiratsbeschl.
Frank, Christian	AEI-Telet	Beiratsbeschl.
Franz, Karl-Wilhelm	AEI-Telet	§ 30 Ziff. 1
Grunwaldt, Erich	Krone	§ 30 Ziff. 1
Gutwisch, Edm.	DeTeWe	§ 30 Ziff. 1
Hartwig, Hans-Peter	OSRAM	§ 30 Ziff. 1
Heist, Udo	DeTeWe	Beiratsbeschl.
Honke, Armin	DeTeWe	§ 30 Ziff. 1
Lehmann, Helmut	Krone	§ 30 Ziff. 1
Lehmann, Bernd	Krone	Beiratsbeschl.
Majewski, Hans	AEI-Telet	§ 30 Ziff. 1
Mannke, Peter	OSRAM	§ 30 Ziff. 1
Neubauer, Konrad	DeTeWe	§ 30 Ziff. 1
Patzold, Klaus	AEI-Telet	§ 30 Ziff. 1
Plass, Volker	DeTeWe	Beiratsbeschl.
Riede, Bernd	OSRAM	Beiratsbeschl.
Reinhold, Frank	OSRAM	§ 30 Ziff. 2
Reinold, Manfred	Permold	§ 30 Ziff. 1
Schäfer, Wolfgang	AEI-Telet	§ 30 Ziff. 1
Schäfer, Burkhard	AEI-Telet	Beiratsbeschl.
Schmidt, Andreas	unbekannt	§ 30 Ziff. 1
Schulz, Klaus	AEI-Telet	§ 30 Ziff. 1
Schulz, Thomas	AEI-Telet	Beiratsbeschl.
Schmidt, Klaus-Jürgen	Siemens	Beiratsbeschl.
Schulz, Dieter	OSRAM	§ 30 Ziff. 1
Schulz, Andre	OSRAM	§ 30 Ziff. 1
Schwarz, Ulrich	OSRAM	Beiratsbeschl.
Schweiger, Ulrich	Borag	§ 30 Ziff. 1
Thomas, Martin	AEI-Telet	§ 30 Ziff. 1
Tietz, Uwe	Krone	§ 30 Ziff. 1
Weinmann, Bernd	AEI-Telet	§ 30 Ziff. 1

aus der Westberliner Beilage zur „Metall“ (20. August 74) –
ausgeschlossene Gewerkschafter werden den Kapitalisten zur
„weiteren Bearbeitung“ bekanntgemacht

IGM – HDW, HSW und Hanomag
(Henschel).

In Westberlin, wo traditionell der Antikommunismus von den bürgerlichen Politikern besonders intensiv betrieben wird, haben die Gewerkschaftsführer unlängst auf anschauliche Weise demonstriert, was für oppositionelle Gewerkschafter in a c h Verabschiedung des „Extremistenerlasses“ durch den IGM-Gewerkschaftstag zur Regel werden kann: In einer Beilage zur „Metall“ veröffentlichte der Westberliner Verwaltungsteilenvorstand der IGM am 20. August 1974 die Namensliste von 37 (in Worten: siebenunddreißig) Gewerkschaftern, deren Ausschluss aus der Organisation auf diesem Wege „der Öffentlichkeit“ bekanntgegeben wurde (siehe obenstehend den Faksimile-Abdruck).

Brief an ihre Westberliner Kollegen gewandt (ausgewählte Abdruck dieser Erklärung in „Rote Fahne“, 3. Jhg./35). Darin heißt es u.a.: „Die meisten von uns haben erst durch diese Veröffentlichung erfahren, daß wir endgültig ausgeschlossen sind. In einigen Fällen liegen unsere Beschwerden seit Monaten unbeantwortet beim Beirat der IGM.“ Am Schluß des Offenen Briefes erklären die Kollegen ihre feste Absicht, auch unter den erschwerten Bedingungen weiterhin für die Sache der Arbeiterklasse zu arbeiten – und die appellieren „an jeden Gewerkschafter, gegen die Bonzen Front zu machen“. Weg mit den Unversöhnlichkeitsbeschlüssen! Sofortige Wiederaufnahme aller ausgeschlossenen Kollegen!

Metall-Komitee, KB/Gruppe Hamburg

PORTUGAL:

FASCHISTEN SUCHEN MACHTPROBE

Vor einer scharfen Kraftprobe standen die demokratischen Kräfte in Portugal am Sonnabend, dem 29. September. Sämtliche faschistische Organisationen des Landes hatten zu einer Großkundgebung vor dem Präsidentenpalast in Lissabon aufgerufen. Die Regierung rechnete mit 300.000 Teilnehmern aus dem ganzen Land. Nur fünf Monate nach dem Sturz des Faschismus in Portugal wagten sich damit die Reaktionen zum ersten Mal wieder an die Öffentlichkeit. Unter dem Schutz und auf Einladung von Juntachef Spínola. Schon am Donnerstag zuvor hatte es massive Auseinandersetzungen, die teilweise den Charakter von Straßenschlachten annahmen, zwischen Faschisten und Demokraten in den Straßen von Lissabon gegeben. Anlässlich einer „Frontkämpferveranstaltung“ in der Lissaboner Stierkampfarena waren Tausende Faschisten zusammengekömmt, wo sie der reaktionären Gallionsfigur der Junta minutenlang Ovationen bereiten. Am 28. September spitzte sich die Lage zu. Die Massen strömten in die Lissaboner Innenstadt und machten deutlich, daß sie für die Demokratie kämpfen wollten. Panzer zogen vor den Regierungsgebäuden auf. Die Front zwischen Faschismus und Demokratie lag klar zutage.



Autosperren an allen Ausfallstraßen Lissabons: Soldaten durchsuchen jeden Pkw nach Waffen. Sie wurden teilweise gegen den Willen der Regierung, von Arbeitern unterstützt, die eine bewaffnete faschistische Demonstration verhindern.

Am 10. September hatte Junta-Chief Spínola, faschistische Gallionsfigur der „Bewegung der Streitkräfte“ (MFA) in Portugal die „schweigende Mehrheit“ zu politischer Aktivität aufgerufen.

Dies war ein offener Appell an die faschistischen Kräfte, die seit dem Sturz des Caetano-Regimes am 25. April zunächst wohlwollend auf jeden öffentlichen Auftreten verzichtet hatten, jetzt offensiv gegen die Linke vorzugehen und Stärke zu demonstrieren.

Spínola machte sich damit zum Initiator einer faschistischen Großkundgebung, die am Sonnabend, dem 29. September in Lissabon direkt vor dem Präsidentenpalast stattfinden sollte.

Getragen wurde diese Kundgebung von allen faschistischen Organisationen des Landes, bis hin zur sogenannten „Liberalen Partei“, die am äußersten rechten Flügel der heute in Portugal zugelassenen Parteien operiert.

Die Veranstalter versuchten ihre wahren Absichten damit zu verschleiern, daß sie angaben, die Kundgebung solle General Spínola und die „Bewegung der Streitkräfte“ bei der Schaffung eines demokratischen Portugal unterstützen.

Damit wollten sie das Volk betrogen und den demokratischen Kräften in der Regierung die Hände binden. Diese Rechnung schien auch zunächst lauern aufzugehen, als die Minister der Sozialistischen Partei PSP und der revisionistischen FCP in der Regierung eher vorsichtig

Forts. Seite 8

Griechenland, Italien und Jugoslawien

Das Mittelmeer im Zentrum imperialistischer Widersprüche

Innerhalb dieses Jahres wurden in zwei Ländern des Mittelmeers, Portugal und Griechenland, die faschistischen Militärdiktaturen beseitigt. Die neue griechische Regierung, unter dem pro-europäischen (d.h. dem EG-Imperialismus verbundenen) reaktionären Präsidenten Karamanlis, gab darüber hinaus den Austritt Griechenlands aus der militärischen Integration der NATO bekannt. Dieser Vorgang ist, ebenso wie der kriegsrische Konflikt am Zypern, der israelisch-arabische Oktoberkrieg vom letzten Jahr, die folgende „Friedenslösung“ und die Wiederrückführung der ägyptischen Bourgeoisie an den EG- und US-Imperialismus, die neuen Kriegsdrohungen im Nahen Osten u.a.m. Ausdruck einer Umgruppierung der Kräfte im Mittelmeer.

Dieser Artikel soll einige Aspekte dieser Entwicklung beleuchten.

Verstärkter Einfluß der EG-Imperialisten in Griechenland

Nachdem die Karamanlis-Regierung Mitte August den Austritt Griechenlands aus der militärischen Integration der NATO bekannt gab, wurden im September die griechischen Vertreter aus dem Verteidigungsplanungsausschuß der NATO aberufen, doch bleiben noch weiterhin griechische Offiziere in den höheren NATO-Stäben.



Der griechische Außenminister Mavros zu Besuch bei Geneser – mehr als 180 Mio. Mark sprangen dabei nicht raus

NATO bzw. USA unterhalten zahlreiche Stützpunkte in Griechenland, von deren Räumung bisher noch nicht die Rede war. Dazu gehören Flottenstützpunkte der VI. US-Flotte (Mittelmeer), u.a. in Piräus und auf Kreta; Luftwaffenstützpunkte, Abschußrampen für Atomraketen, u.a. auf Kreta (wo ein auch von der Bundeswehr benutztes Raketen-Übungsgelände existiert), Radarstationen (vor allem das Radarzentrum auf der Insel Rhodos). Nach eigener Auskunft beabsichtigt die US-Regierung vorläufig nicht, atomare Sprengköpfe aus Griechenland abzuziehen.

Obwohl die NATO-Stützpunkte in Griechenland noch nicht wirklich zur Diskussion stehen, boten bereits israelische und türkische Politiker eine Verlagerung von Stützpunkten in ihre Länder an. U.a. war von einem Flottenstützpunkt im israelischen Hafen Haifa und von einem Stützpunkt im türkisch besetzten Teil Zyperns die Rede. Später war auch von einer Verstärkung der US- und NATO-Positionen in Spanien die Rede.

Im Zentrum aller Überlegungen stand jedoch sogleich Italien.

Forts. Seite 7

CHILE - SOLIDARITÄT

Chile - Solidarität in Hamburg

Am 11.9. jährte sich der Tag, an dem das chilenische Militär unter Mitwirkung und im Auftrag des US-Imperialismus seine blutige faschistische Diktatur in Chile errichtete.

Aus diesem Anlaß fanden in aller Welt an diesem Tage Protestaktionen und Demonstrationen gegen die faschistische Junta statt, an denen das internationale Proletariat seine Solidarität mit dem Kampf des chilenischen Volkes gegen Faschismus und Imperialismus ausdrückte.

In Hamburg riefen an diesem Tage KB, „KPD“ und RBJ-BDJ zu einer Demonstration von den Landungsbrücken nach Elmsbüttel auf. Auf der Abschlusssitzung bei der Apostelkirche sprachen Vertreter der drei Organisationen zu den etwa 1.500 Teilnehmern der Demonstration.

Am 13.9. führte der KB mit etwa 1.800 Teilnehmern im Audi Max der Universität eine Chileveranstaltung durch.

RBJ stattfand, hatte das „Chilekomitee“, das aus KBW, AELA und GIM besteht, ebenfalls zu einer Demonstration aufgerufen. Ein kleines Trüppchen führte von der Innenstadt zum chilenischen Konsulat in Hamburgs Villenviertel Harvestehude.

Dieses traurige Resultat der Spaltortigkeit von KBW und Trotzkisten hat eine interessante Vorgeschichte.

Wie in AK 47 berichtet wurde, verschickten Anfang Juli verschiedene westdeutsche „Chile-Komitees“ einen Aufruf zu einer „nationalen“ Chile-Demonstration am 14.9. in Frankfurt. (Der KB hat seine Auffassung dazu in einem offenen Brief an die westdeutsche Linke dargelegt; siehe AK 47).

Anfang August lud das oben erwähnte Hamburger „Chile-Komitee“ zu Aktionseinheitsgesprächen zur Chile-Solidarität ein.

Es fanden dann insgesamt drei Gespräche statt, an denen in wechselnder Besetzung „Chilekomitee“ (KBW,

bekannten Gründen ab. Denselben Standpunkt bezog der RBJ.

In der Frage der Hamburger Demonstration wurden wir von der „KPD“ unterstützt, die jedoch auch in Frankfurt nicht fehlen möchte, um die vielen fortschrittlichen Menschen nicht dem rechtsopportunistischen Einfluß des KBW zu überlassen.

KBW wie Trotzkisten argumentierten gegen eine Demonstration am 11.9. in Hamburg, weil sie „spalterisch“ sei, da sie von der Frankfurter Demonstration am 14.9. „ablenke“. Da sie selbst schnell merkten, daß diese Argumentation zwar originell, aber nicht nachvollziehbar war, wechselten sie flugs die Taktik und erklärten sich bereit, an dieser Demonstration teilzunehmen, wenn sie unter der Führung des Chilekomitees stünde, da man ja damit eine gute Möglichkeit zur Werbung für das Frankfurter Unternehmen habe.

Als diese „zweckentfremdende Einengung“ einer Hamburger Chile-Demonstration von den übrigen Organisationen zurückgewiesen wurde und überdies die rechtsopportunistische „Plattform für die Aktionseinheit“ von KBW/GIM in der Luft zerfiel, heckten sie schließlich zum dritten Termin einen neuen und letzten Coup aus.

Dem Vorschlag von KB, „KPD“ und RBJ, auf der Kundgebung sollten von den relevanten politischen Strömungen der Aktionseinheit Chilekomitee, KB und „KPD“ mit je einer kurzen Rede, der RBJ mit einer Grußadresse sowie gegebenenfalls offizielle Sprecher von MIR und/oder MAPU vertreten sein, setzte die „kleine Koalition“ KBW/GIM eine handfeste Provokation entgegen.

Die Trotzkisten von der AELA, die zuvor schon von KB und „KPD“ verlangt hatten, in ihrer Agitation und Propaganda auf den Begriff Faschismus zu verzichten (!), da es sich um die „bürgerliche Terrorherrschaft“ in Chile handele, forderten eine Rede für die AELA, eine für das Chile-Kom-

Provokateure am Werk

Vor der Chile-Veranstaltung des KB am 13.9.74 in Hamburg bekam ich ein Flugblatt vom trotzkistischen „Bund Sozialistischer Arbeiter“. Mit der Hauptüberschrift „Nieder mit dem Stalinismus“ und darauffolgender übelster Heize gegen die „Stalinisten“ (womit im übrigen alles links der Sozialdemokratie gemeint ist), die angeblichen Alleinschuldigen des Militäputsches in Chile, lud dieser Verein zu einer Chile-Veranstaltung am 17.9.74 im „Z“ ein.

Auf dieser Veranstaltung anwesend waren: vier Hamburger „BSA“-Mitglieder; der Hauptredner, der gerade aus Berlin (gemeint ist wahrschein-

Sieg des Sozialismus einzig und allein noch von den Stalinisten, den allein Führern der Arbeiterbewegung, verhindert werden kann. Denn diese, egal ob „Moskau- oder Pekinghörig“, haben nicht das geringste Interesse am Sieg des Sozialismus und versuchen diesen folglich mit allen Mitteln zu verhindern.

Aus dieser Ideologie zieht dieser Verein dann auch seine Hauptlösung: Nieder mit dem Stalinismus! Und da alle andere (Niederlage des Imperialismus usw.) von alleine geht, beschränken sich diese Vögel konsequent darauf, die „Stalinisten“ als Hauptfeind zu bekämpfen.



lich Westberlin - Ann. d. Redaktion) kam, ein unorganisierter Trotzkist, und zwei Sympathisanten des KB, die mit mir gekommen waren.

Das Referat des Obertrotzkisten und die anschließende Diskussion brachten folgende Linie dieses Vereins ans Tageslicht: wir befinden uns in einer Weltwirtschaftskrise, die immer schärfere Ausmaße annimmt; der Imperialismus befindet sich in einer Schwachposition, ja er ist nur noch eine Farce (30.000 Tote in Chile sind wohl gemerkt eine Farce). Folglich steuern wir automatisch auf eine revolutionäre Situation zu, in der der

Obwohl diese Provokateure in Hamburg noch nicht weiter Fuß gefaßt haben, sollte man sie aufmerksam beobachten, denn sie versuchen durch verstärkten Verkauf ihres „Funken“ (übrigens eine mit hohem technischen und finanziellen Aufwand hergestellte und 14-tägig erscheinende Zeitung) an vorhandenen Antikommunisten in der Bevölkerung anzuknüpfen und ihre provokatorische Tätigkeit auch in Hamburg zu betreiben.

Ein Genosse des Sozialistischen Schülerbundes (SSB) Hamburg



In drei Referaten wurden die Fragen des Klassenkampfes in Chile in Verbindung mit dem Kampf des internationalen Proletariats gegen Kapitalismus und Imperialismus behandelt, insbesondere unter dem Aspekt, welche Lehren wir für den Kampf in Westdeutschland ziehen müssen. Die anschließende Diskussion wurde durch längere Beiträge von RBJ und „KPD“ eröffnet.

Während der Veranstaltung wurde eine Geldsammlung durchgeführt, bei der die etwa 1.800 Teilnehmer über DM 5.000,- für den chilenischen Widerstand spendeten.

... und die Spaltungsversuche von KBW und Trotzkisten

Zur selben Zeit, zu der die Chile-Demonstration von KB, „KPD“ und

AELA, GIM), KB, SSB (Schüler), SSB (Studenten), RBJ, „KPD“ und „Liga gegen den Imperialismus“ teilnahmen.

Nach den Vorstellungen der „Chilekomitee“-Koalition sollten gemeinsame Kundgebungen vor den „Agenturen der chilenischen Bourgeoisie in Hamburg“ und eine gemeinsame Veranstaltung durchgeführt werden. Beides mit dem Ziel, möglichst vielen „fortschrittlichen Menschen in Hamburg“ eine Fahrkarte nach Frankfurt für die „nationale“ Demonstration zu verkaufen.

Der KB vertrat, gemäß dem offenen Brief, den Standpunkt, es gehe in erster Linie darum, in Hamburg Solidaritätsaktionen zu organisieren, darunter eine Demonstration in Hamburg. Die Teilnahme an der Frankfurter Demonstration lehnte er aus den

Unser Weg
REVOLUTIONÄRE
KAMPF NR. 8

Chile:
REFORM oder
REVOLUTION!

Die Revolutionäre der DKP sagen, daß man die Erfahrungen der ersten beiden „Unilateralen Popular Revolutionen“ nicht ausblenden darf, daß die der chilenischen Sache der chilenischen Genossen selbst ist, daß diese die notwendige Solidarität besitzen, daß die westdeutschen Arbeiter der Unilateralen Popular Revolution mit den imperialistischen Feinden der Bewegung gemeinsame Sache machen und mit dergleichen Abstreifen nichts tun.



tee und eine gemeinsame (!) für KB, RBJ und „KPD“.

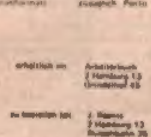
Für den Fall, daß dies nicht angenommen würde, „drohten“ sie, sie würden das an die Zentralen von MIR und MAPU berichten, was zur Folge haben würde, daß nie wieder Vertreter dieser Organisationen auf Veranstaltungen von KB oder „KPD“ sprechen würden!

Und der KBW als „eleganter Ausweg“: je 10 Minuten Redezeit für KB, KBW, „KPD“, AELA, Chilekomitee, RBJ, zusätzlich eventuell MIR und MAPU, also eine Abschlußkundgebung von 60 - 80 Minuten Länge, das gebiete nun mal das Prinzip der Gleichberechtigung aller Organisationen einer Aktionseinheit!

Daß eine solche „Aktionseinheit“ eine Farce gewesen wäre, ist natürlich auch den KBW-Streikern klargewesen, aber sie hatten wieder einmal ihr Ziel - Aktionseinheit unter „Führung“ des KBW oder gar nicht - erreicht.



Die Revolutionäre der DKP sagen, daß man die Erfahrungen der ersten beiden „Unilateralen Popular Revolutionen“ nicht ausblenden darf, daß die der chilenischen Sache der chilenischen Genossen selbst ist, daß diese die notwendige Solidarität besitzen, daß die westdeutschen Arbeiter der Unilateralen Popular Revolution mit den imperialistischen Feinden der Bewegung gemeinsame Sache machen und mit dergleichen Abstreifen nichts tun.



erhältlich im Arbeiterbündel (Hamburg 13, Elmsbüttel 15)

im Kreisvertrieb bei: 1. Hamburg 2. Hamburg 13, Elmsbüttel 15

Anmerkung der Redaktion

Um den Rang der übelsten Provokateure weiterzufahren mit den Trotzkisten natürlich die immer mehr im rechten Sumpf versackende Rest-„KPD/ML“. In einem Flugblatt unter der Überschrift „Revisionisten - Verstreiter am revolutionären Kampf des chilenischen Volkes“ (und mit knakigen Zwischenüberschriften wie „Die KPD/ML ist der härteste Feind der DKP“) führte dieser Haufen beherzt die „Hauptstütze“ gegen die DKP und die Revisionisten, die „Verantwortlichen“ für den faschistischen Putsch. Ein weiterer Feind der unvernünftigen „KPD/ML“ sind daneben die „opportunistischen Gruppen“ (wie KB und „KPD“, die doch tatsächlich die „Freiheit“ besitzen, nämlich des 1. Jahrestages des faschistischen Putsches in Chile den „Hauptstütze“ nicht etwa gegen die DKP, sondern gegen die Faschisten und ihre imperialistischen und großkapitalistischen Auftraggeber zu führen.

Ablenkung vom Hauptfeind der Arbeiterklasse, Imperialismus und Bourgeoisie, das ist offenbar der gemeinsame Nenner der trotzkistischen und Pseudo-„ML“-Provokateure.



CHILE - SOLIDARITÄT

Provokateure der Jungen Union rausgeschmissen

Am 13.9. fand im Hamburger Audimax eine Chile-Veranstaltung des KOMMUNISTISCHEN BUNDES mit 1.800 Beteiligten statt. Zu dieser Veranstaltung erschienen drei Mitglieder der Jungen Union (JU), einer hatte sich zur Teilnahme sogar einen roten Stern an die Jacke geheftet. Ihr Zweck ihres Kommens war klar: „Informationen“ für ihre Auftraggeber zu sammeln (die JU beliefert z. B. die Springer-Presse regelmäßig mit Hetze gegen die demokratischen Schüler, gegen Kommunisten etc.), um Putz zu machen.

Die drei Provokateure (Heiko Flosssek vom Ernst-Schlee-Gymnasium, Wolfgang Schloß vom Wirtschaftsgymnasium Schlankreife und Jürgen Grosse vom Gymnasium Bönndorf) wurden daraufhin von Besuchern der Veranstaltung zu den Türen geführt.

Die „Junge Union“ hat, neben den ständigen Hetzartikeln, die sie der Springer-Presse liefert, kürzlich ein Pamphlet gegen den RBJ (ein demokratischer Jugendverband) verbreitet, und damit ihren angemessenen Beitrag dazu geleistet, daß dem RBJ jetzt

vom Hamburger Senat die staatliche Förderung entzogen werden soll. In diesem Pamphlet heißt es u. a., der RBJ sei in der „linken Szene“ als „Jugendverband des sozialistischen KB“ bekannt (als der RBJ dagegen juristisch vorging, berief sich die JU übrigens zum „Beweis“ ihrer Behauptung interessanterweise auf „Verlautbarungen der KPD/ML“ – man sieht also, daß die Zuarbeit der Supra-„Linken“ für die Rechten gut funktioniert; ferner heißt es in diesem Pamphlet, der RBJ würde „99,5 % der Bevölkerung der BRD“ als Faschisten bezeichnen, etc. – Das Pamphlet spielte in dem Aufruf, der Staat sollte dem RBJ „nicht auch noch finanzielle Unterstützung gewähren“.

Solche Schweine, die ihre Hauptaufgabe im Kampf gegen die demokratischen Jugendorganisationen sehen (und die dies Geschäft mit der geballten Macht des Staates im Rücken betreiben), haben auf demokratischen Veranstaltungen in der Tat nichts zu machen. Ihr Platz ist vor der Tür. (KAB „Arbeitshilfe“)

Beiersdorf, Hamburg: Chile-Solidarität à la DKP

Unter den Hamburger Chemiebetrieben gilt Beiersdorf als eine Art Hochburg der Revisionisten; es existiert eine DKP-Betriebszelle (als einzige in der Hamburger Chemie-Industrie), und somit kann man die Öffentlichkeitsarbeit dort als repräsentativ bewerten.

Nachdem die DKP am Anfang der Chile-Solidaritäts-Woche unter dem Pseudonym „Chile-Solidaritäts-Komitee Hamburg“ in der Innenstadt ein Chile-Flugblatt verteilt hatte, meinten die „Genossen“ wohl ihre Pflicht getan zu haben.

Am 11.9., also am Jahrestag des faschistischen Putsches in Chile, bekamen die Kollegen von Beiersdorf eine zweiteilige „DKP-Extra-Information für Arbeiter und Angestellte“ vorm Tor in die Hand gedrückt. Chile-Solidarität! Denkste! Es war das jählich wiederkehrende Flugblatt „Strom, Gas, Wasser und Mieten teurer – Jetzt Preis- und Minstopp!“ mit der Hauptparole: „Das arbeitende Volk muß bestimmen“.

Auch in den folgenden Tagen

wußte die DKP nichts zu Chile zu sagen. Ihr kleiner Bruder, die SDAJ, verteilte dann am 13.9.74 seine Zeitung „Kanalig“. Drei Seiten zur Berufsausbildung, 19 Seiten „Für eine weltweite Chile-Solidarität“, davon 13 Zeilen: die Fortschritte der Unidad Popular Regierung wurden rückgängig gemacht, und dann folgt lediglich: „...sollte es unsere Aufgabe sein, die Solidarität mit dem chilenischen Volk zu verstärken. Deshalb unterstützen wir den Vorschlag des Verwaltungsrates Jugendausschuß der IG Chemie, Aktivitäten zur politischen und materiellen Unterstützung für das chilenische Volk zu ergreifen“.

Bisher hat man weder von diesen Aktivitäten des Jugendausschusses (in dem sich praktisch bloß eine Handvoll SDAJler tummeln) etwas gehört, noch von der Unterstützung der SDAJ.

Betriebszelle U Beiersdorf
KB/Gruppe Hamburg

Chile-Woche in Göttingen

Aus Anlaß des faschistischen Militärputsches in Chile am 11. September vorigen Jahres wurde in Göttingen eine Solidaritätswoche zugunsten des chilenischen Volkes durchgeführt. Verschiedene Solidaritätsaktionen wurden von fast allen Organisationen der Linken getragen. An Info-Ständen und auf Veranstaltungen wurde Geld für den chilenischen Widerstand – insbesondere für MIR und MAPU – gesammelt (die Sammelergebnisse stehen noch nicht fest). Der KBW hatte darüber hinaus zu einer Blutspendekampagne aufgerufen, deren Erlös dem chilenischen Widerstand zufließen soll. Rund 350 Menschen besuchten eine Veranstaltung des örtlichen Chile-Komitees, auf der die Veranstalter peinlich genau an den chilenischen Leiden vorbeiredeten. Über 200 Menschen kamen zu einer Diskussionsveranstaltung über die Lehren aus dem chilenischen Putsch, zu der KAG, SSP, IK/KHB, KSV, Liga, ASIA der Uni, Jusos, GRÜ und Chile-Info-Zentrum (Sos. Büro) aufgerufen hatten.

Den Höhepunkt der Göttinger Chile-Woche bildete eine Demonstration, an der sich ca. 1.000 Menschen beteiligten. Auf dem Boden der Resolution des „Nationalen Chilekomitees“ marschierten mit dem KBW u.a. Jusos und GRÜ. Auf dem Boden eindeutiger antifaschistischer und anti-imperialistischer Aussagen forderten KAG, Liga, KSV, IK/KHB und SSP einen Block mit ca. 350 Menschen.

Häufig genutzte Sprech-Chöre waren: „Nieder mit der faschistischen Junta“, „Tod dem Faschismus in Chile“, „Hoch die internationale Solidarität!“.

Wie bereits zum 1. Mal, gab es im Anschluß an die Demonstration zwei Kundgebungen: nachdem der KBW sein „Programm“ beendet hatte, erklärte er die Kundgebung für beendet und forderte seine Studenten auf, sich zu trennen. Vor rd. 350 Menschen hielten dann KAG und KSV abschließende Reden.

Ein Bild völliger Abgewerktheit bot erneut die DKP. Sie hatte von vornherein jeden Versuch unterlassen, in die Auseinandersetzungen um die Chile-Solidarität einzugreifen – in der realistischen Einschätzung, politisch mit Sack und Perücke unterzugehen. An einem Info-Stand am Markt offerierten sie einem Genossen ihre Ausrede: Gen. Altamirano (SP Chile) habe in Berlin in der Seelenbinderhalle vor der „linken Solidarität gewisser sozialistischer Kräfte“ gewarnt – na, und wenn das so ist, dann mußten die Revis oben auch ihre eigene Chile-Solidaritätsveranstaltung machen. Diese lockte ganze 40 Leute an.

Ein Boykott wird vorbereitet

Internationale Transportarbeiter-Föderation
Einmündiger Kongreß
Stockholm, 7. – 15. August 1974

ENTSCHEIDUNG BETREFFEND CHILE

Der 31. Kongreß

BEKRÄFTIGT VORHERGEHEBEND die vom ITF-Vorstand auf seiner Sitzung am 30. und 31. Oktober 1973 in Paris abgegebene Erklärung zur Lage in Chile:

VERURTEILT ERNEUT, daß die Chilenische Militär-Junta den chilenischen Arbeitern grundlegende Bürgerrechte und Freiheiten verweigert; STELLT MIT TIEFER BESORGNIS FEST, daß trotz der weltweiten Verurteilung und Proteste gegen die gegen chilenische Gewerkschaften und Arbeiter ergriffenen Unterdrückungsmaßnahmen, die Unterdrückung von Tag zu Tag schlimmer wird.

BESCHLIESST DAHER:

- (a) alle der ITF angeschlossenen Gewerkschaften aufzufordern, einen für den 18. und 19. September vorgeschlagenen Boykott gegen alle chilenischen Transporte zu unterstützen;
- (b) den Vorstand zu beauftragen, nach diesem Boykott eine Mission nach Chile zu entsenden mit dem Auftrag, die dortige Lage in Bezug auf bürgerliche und gewerkschaftliche Rechte zu untersuchen; und
- (c) ersucht alle Mitgliedsverbände der ITF, die Maßnahmen, die der ITF-Vorstand nach Prüfung des Berichts der genannten Mission vorschlägt, mit aller Energie zu unterstützen.

Antragsteller:
ITF-Vorstand

Von diesem Beschluß des ITF-Kongresses erfüllten die ÖTV-Kollegen erstmals durch die Septembereinnahme des „Ötv-magazin“. Der Beschluß kam zustande unter Mitwirkung der ÖTV-Führung. Heinz Kluncker ist Mitglied des Vorstandes der ITF. „Vor dem Plenum des Kongresses bekannte sich der Vorsitzende der Gewerkschaft ÖTV, Heinz Kluncker, zur Solidarität mit dem unterdrückten chilenischen Volk, seinen verfolgten Arbeitern und seinen unterdrückten Gewerkschaften“ („Ötv-magazin“ 9/74).

Daraufhin beschloß der geschäftsführende Hauptvorstand in seiner Sitzung am 9.9.74: „Im Namen der ITF erlöst der GHV der Gewerkschaft ÖTV einen Aufruf zum Boykott chilenischer Schiffe und Flugzeuge am 18. und 19. September 1974“.

Dieser Aufruf wird am Montag, dem 16. September 1974, durch den GHV der Presse bekanntgegeben.

Sollten während dieser Zeit chilenische Schiffe deutsche Seehäfen anlaufen, muß der Versuch unternommen werden, das Einlaufen der Schiffe zu verhindern bzw. die Schiffe nicht zu entladen. Die Bezirksleitungen Hamburg, Nordwest und Westfalen werden angewiesen, dafür Sorge zu tragen, daß Schiffe, die während des Boykotts deutsche Seehäfen anlaufen, am 18. und 19. September 1974 nicht entladen werden.

Für eine Aktion auf dem Flughafen Frankfurt/Main werden noch neue Weisungen erteilt. Karl Heinz Hoffmann Stellvert. Vorsitzender

(aus einer Mitteilung des geschäftsführenden Hauptvorstandes an die betroffenen Bezirksleitungen)

Scheinbar konsequent heißt es dann in einem Flugblatt, das am 17.9., also einen Tag vor dem Boykott, verteilt im Hamburger Hafen aufgetaucht:

„Kollegen, die chilenischen Arbeitnehmer müssen durch internationale Solidarität der Arbeitnehmer in ihrem Kampf gegen die faschistische Militärdiktatur unterstützt werden. Die Gewerkschaft ÖTV ruft deshalb alle

Kollegen in dem Bereich Seehäfen auf, am 18. und 19. September 1974 das Be- und Entladen chilenischer Schiffe zu verhindern.“

Wachsame Kollegen erinnern sich

In der Vergangenheit war es immer die ÖTV-Führung gewesen, die die Solidarität westdeutscher Transportarbeiter mit ihren kämpfenden Klassenbrüdern in anderen Ländern „erfolgreich“ aboliert hat. Das herausragende – und von den Hafenarbeitern unvergessene Beispiel war der große englische Dockerstreik 1972.

Damals tönte ÖTV-Vorstandsmitglied Merten: „ÖTV zum Sympathiestreik bereit“, und in der „Hamburger Morgenpost“ hieß es: „Die Gewerkschaft ÖTV und die DAG stehen schon ‚Gewehr bei Fuß‘: wenn von der englischen Hafenarbeitergewerkschaft ein ‚Solidaritätsersuchen‘ eingeht, dann werden die für England bestimmten Schiffe auch hier nicht gelöscht.“

derrepublik gelten andere Verträge. Die ÖTV wird ihre Mitglieder von einer Protesthaltung abbringen (1), die sonst Schadenersatzforderungen auf sie zukommen.“ („Bild“ vom 1. August 1974)

Und weil es am Europaparlament bei den Gewerkschaftsführern offenbar keine „Schallgrenze“ gibt, erklärten die Hauptverantwortlichen vom Vorstand Springerjournalisten gegenüber: „Sie (die ÖTV) habe bislang nur ein Sympathietelegramm nach England geschickt.“ („Welt“ vom 2.8.72). Das kostet bekanntlich pro Wort 60 Pfennige. Das tut den ÖTV-Führern die Solidarität mit unseren englischen Klassenbrüdern weh.“

(HAFENARBEITER 6/72 des KB in Hamburg)

Das haben westdeutsche Gewerkschaftsführer vor wie nach diesem Beispiel zum Prinzip erhoben: das bürgerliche Recht wird vorgeschoben, um jede solidarische Aktion abzuwiegeln, anstatt durch die Aktion den arbeitenden Charakter des bürgerlichen Rechts vor allen Arbeitern deutlich zu machen.

Heißt der Aufruf zum Chile-Boy-

kott nun, daß in der Politik der ÖTV-Führung ein grundsätzlicher Wandel eingetreten ist? Die Vorbereitung und der Verlauf der Aktion beweisen das Gegenteil: die ÖTV-Führer wollen auf billige Art und Weise ihr lädiertes Image auch gegenüber den klassenbewußten Arbeitern aufpolieren.

So fällt als erstes die willkürliche Beschränkung der Aktion durch die ÖTV-Führer auf. Richtig ist der Boykott-Plan gemäß ITF-Beschluß noch „gegen alle chilenischen Transporte“, so ist im Beschluß des geschäftsführenden Hauptvorstandes nur noch vom „Boykott chilenischer Schiffe und Flugzeuge“ die Rede. Nun wissen gerade die Hafenarbeiter aus eigener Erfahrung, daß nur ein minimaler Prozentsatz der Chile-Ladung auf chilenischen Schiffen transportiert wird – der weit überwiegende Teil dagegen auf Schiffen des westdeutschen Reederei-Riesen HAPAG-LLOYD oder Charterschiffen europäisch-afrikanischer Gemeinschaftsdienste! Diesem Transporteur werden durch den verfallenen Beschluß des GHV von vornherein vom Boykott ausgenommen.

Entsprechend „einfach“ verlief dann auch in Hamburg die Aktion: am 18./19.9. befand sich nur ein einziges Schiff unter chilenischer Flagge im Hamburger Hafen. Die Geschäftsleitung der Hapag-Lloyd, an deren Kai das Schiff beladen werden sollte, wurde von dem Beschluß des GHV in Kenntnis gesetzt und setzte sich ihrerseits mit ihren „chilenischen Freunden“ ins Benehmen. Das Schiff wurde daraufhin ohne Aufhebens für zwei Tage im Kaiser-Wilhelm-Hafen im Strom an die Pfähle gelegt – das war's!

Kein Schade für die eigenen Kapitalisten – keine Aktivierung der Kollegen: das sind Bedingungen, unter denen auch die ÖTV-Führer zu Solidaritätsaktionen bereit sind. Beim Dockerstreik waren eben diese Bedingungen nicht herstellbar – die Solidarität unterließ.

Hafen-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Ein Göttinger Genosse

Chile – Solidarität in Flensburg

Aus Anlaß des Jahrestages des faschistischen Militärputsches in Chile führte die Flensburger Gruppe des KB eine Chile-Solidaritätskampagne durch, in deren Verlauf eine Diskussionsveranstaltung (ca. 100 Teilnehmer) und eine Kundgebung (ca. 120 Teilnehmer) stattfanden. Vorher informierten wir durch unsere Branchenzeitungen und Flugblätter über die einjährige faschistische Herrschaft in Chile. In den Tagen vor den Veranstaltungen wurde in der Innenstadt ein Info-Stand aufgebaut. Die Benutzung einer Stellwand mit Bildern und Texten, die den faschistischen Terror und den Widerstand in Chile darstellten, erwies sich dabei als gutes Mittel, um mit Passanten ins Gespräch zu kommen.

Auf unserer Veranstaltung gingen wir in den Referaten auf folgende Themen ein: 1) Die Entwicklung in Chile vor dem Putsch, der faschistische Militärputsch, der antifaschistische Widerstand in Chile. 2) Die imperialistische Putschpolitik allgemein, die Beteiligung des BRD-Imperialismus, Solidarität mit Chile,

3) Die Lehren der Ereignisse in Chile. Das Hamburger „Straßentheater“ zum erstenmal in Flensburg, wurde für seine Darbietungen antifaschistischer Lieder mit viel Beifall bedacht. Eine Spendenmahlung für den MIR erbrachte etwa 190 Mark.

Der KB hatte auch das Flensburger „Chile-Komitee“, das sich aus DKP, SDAJ und anderen reformistischen Kräften zusammensetzt, eingeladen – da ein solches „Komitee“ doch am Jahrestag des Putsches für Solidaritätsaktionen und Diskussionen über die zu ziehenden Lehren zu haben sein mußte. Aber weit gefehlt. Offenbar besteht dieses „Komitee“ nur auf dem Papier. Weder ist jemand von diesen Herrschaften erschienen, noch waren irgendwelche anderweitigen Aktivitäten zu spüren.

Der KB war überhaupt die einzige Organisation in Flensburg, die bereit war, zum Jahrestag des Militärputsches ihre Solidarität mit dem chilenischen Widerstand zu demonstrieren.

KB-Gruppe/Flensburg



CHILE-SOLIDARITÄT

Chile-Solidarität in München

Zum 1. Jahrestag des Putsches in Chile fanden in München mehrere Veranstaltungen und Demonstrationen statt. Sie geben ein ungefähres Bild der Situation der Münchner Linken ab.

... der Revisionisten und Reformisten

Das Chile-Komitee München und die AELA (Vereinigung lateinamerikanischer Studenten) veranstalteten zusammen mit den Unterbezirken der SPD, den Jusos und einem Flüchtlingskomitee der Chilenen eine Veranstaltung in dem Arbeiterviertel Giesing und eine in Schwabing. Über die Zusammenarbeit mit den Jusos und dem Chile-Komitee hatten die DKP-ler ihre Finger drin.

In Giesing war die Veranstaltung von ca. 30 Menschen besucht, eine Diskussion gab es nicht und Vertreter von anderen Gruppen wurden bei der Veranstaltung verschreckt. Im mehr studentischen Schwabing-Nord ist bekannt für seine wilden Diskussionen) wurde dagegen eine Diskussion auf der Veranstaltung erlaubt. 70 Menschen aus dem kleinbürgerlich-studentischen Milieu Schwabings waren erschienen. Das große Wort führten aber die „Arbeiterführer“ der DKP und einige besonders kluge Jusos. Diskutiert werden sollte über eine Resolution an die Landesdelegiertenkonferenz der DGB-Jugend in

ideologischen Kämpfen betonte, fand ein reiches Echo. Die Revis begnügen ihm mit dem demagogischen Hinweis auf die „vielen, vielen“ Aktionen (in München??). Andererseits beschimpfte ein Juso die Arbeiter, sie seien „verschlafen“ und man müsse „neue Formen der Solidarität“ (??) finden, um sie aufzuwecken. Ein dritter, ein besonders schlauer Juso, wollte die Kritiker mit dem „Argument“ einschüchtern, wenn schon Kritik geübt würde, dann müsse sie aber auch gleich durch eine polit-ökonomische Analyse der chilenischen Situation ausgewiesen werden können.

Die „Diskussion“ wurde aber erst richtig interessant, als sich einige Revis dazu veranlaßt sahen, auf den MIR einzuschlagen. Nach einem wüsten Ausfall gegen die „maoistischen Spalter und ihre Auftraggeber in Peking“ begann so ein Vogel, den MIR zu „loben“: er sei zwar früher gegen das Bündnis mit den Kleinbürgern gewesen; aber das hätte sich jetzt geändert. Eine chilenische Genossin erwiderte darauf in spanisch. Sie sagte, daß der MIR seine Position nicht geändert hat, daß er für die Einheit sei, aber eine Einheit mit den Vertretern der Christdemokraten könne es nicht geben. Diese Verdrehung der Position des MIR sei aber kein Wunder, da die Schriften des MIR nicht breit genug verteilt werden könnten. Auch auf dieser Veranstaltung hätten die Schriften des MIR nicht verteilt werden dür-

Jugend alle 5 Minuten die „Münchner Bevölkerung“ aufgeführt wurde, daß hier „Demokraten marschieren“, die mit den „Chaosdämonen nichts zu tun haben“! Wenn das die „Demokraten in München“ sein sollten, dann Gnade Gott dem Land der Bayern!

Die feinen „Demokraten“ hatten es dann natürlich auf der Veranstaltung der DGB-Jugend auch nicht nötig, eine Diskussion zuzulassen. Leute, die auf der Demo vorher irgendwie „unangenehm“ aufgefallen waren, z. B. durch das Rufen revolutionärer Parolen wie „unique solution – revolution“ (einzige Lösung – Revolution), wurden bereits am Eingang peinlich begutachtet und bei Mißfallen auf evtl. in Taschen usw. mitgebrachte „feindliche“ Material wie Flugblätter usw. angesprochen – „so kommst du da nicht rein!“ Märkige Sprüche wie „für mich ist der KSB/ML der Klassenfeind!“ begleiteten dann die obligate Rangelei. Die Einheitschreier am Werk!

Viele in der Veranstaltung anwesende Kollegen und Genossen verlangten dann erst mit Anträgen, dann mit Sprechchören und schließlich mit einem Gang zum Mikro, daß diskutiert wird. Der Versammlungsleiter teilte „Watschen“ aus und die Veranstaltung, ca. 300 Leute, konnte nur durch den Einspruch eines chilenischen Genossen zu einem friedlichen Abschluß geführt werden. Bemerkenswerterweise unterließ der chi-

lenische Genosse, wohl zum Mißvergnügen der Revis, jede Kritik an der Forderung nach Diskussion.

... des KBW

Neben einigen kleineren Veranstaltungen von KPD/AO und den KAB„D“-Studenten (KSG) war dann zuguterletzt die KBW-Veranstaltung noch fällig (die ABGs hielten es nicht für nötig, ähnliches zu unternehmen).

Dem KBW folgten ca. 150 Menschen, hauptsächlich aus dem kleinbürgerlichen Milieu. Eine massenfeindliche Planung der Veranstaltung, die die Diskussion erst um vierzig vor elf beginnen ließ, sorgte dafür, daß dann der harte Kern, KBWler und enge Sympathisanten, unter sich war, ca. 40 Leute.

Beiträge von MAPU- und MIR-Genossen sowie Filme des MIR über Landbesetzungen bildeten den Rahmen des Abendprogramms. Der Kern waren aber die „alternativen“ Lehren, die der KBW aus den chilenischen Erfahrungen zieht. Als wichtigsten Punkt nannte der KBW-Genosse in seinem „einleitenden Referat den „raschen Aufbau“ der Partei, damit die Massenarbeit mit der richtigen Linie durchgeführt werden kann! Welch ein Trost – haben wir erst die Partei – dann geht es auch in München voran!

Aber nein – die Massen lösen sich schon heute von ihren Führern, sie lassen die Führer früher hinter sich als sich die revolutionären Führer

das denken. Man muß eben nur die Massen kühn zusammenfassen!

Solcherart gestärkt konnten dann die Genossen über einige Unstimmigkeiten dieser ihren Aussagen mit den Positionen, die die MIR und MAPU vortrugen, mit Großmut hinweggehen. Mehrfach hob der Genosse des MAPU hervor, daß die Junta nicht von alleine fällt, daß es eine der wichtigsten Aufgaben der Organisationen ist, die Bedingungen für eine Entwicklung des Bewußtseins der Arbeiterklasse zu schaffen. Nur so kann eine starke proletarische Einheitsfront als Kern eines breiteren Bündnisses geschaffen werden.

Aber nach drei Stunden Reden, Musik und Film, als dann endlich die Diskussion eröffnet wurde, war man dann so schlaf, daß man zum Geschichtenerzählen überging. Die obligaten Geschichten über andere Organisationen in anderen Städten und ihre Schandtaten, (diesmal mußte der KBW-Berlin herhalten) und die obligaten Beiträge der anderen Organisationen (wobei natürlich die ABGs wieder fehlten) beendeten diesen Abend.

Dieser Bericht mag die Verhältnisse in der Münchner Linken in einem etwas traurigen Licht erscheinen lassen. Offensichtlich ist aber die Isolation der Linken in einem so stark von faschistischen und faschistoiden Elementen durchsetzten Teil der BRD noch stärker als sonst. Das läßt die politischen Fehltritten in einer kommunistischen Bewegung in einem noch krasserem Licht erscheinen und treibt sich auch mit Macht voran – wohl mit der „Haupttendenz Rechtsopportunistismus“!

Die SPD als Kumpel der Revisionisten darstellt, kritisiert sie die SPD-Regierung wegen ihrer außenpolitischen Unterstützung der Junta. Die Resolution fordert „konkrete Maßnahmen zu entwickeln, um die Geschäfte der chilenischen Machthaber mit den Großbanken (?!). In unserem Land wirksam zu stören.“ Zu den Lehren aus Chile allgemein und für die BRD natürlich kein Wort. Der Kritik an der UP und an dem Fehlen eines Bezuges zur Faschisierung in der BRD wurde mit äußerster Demagogie begegnet.

Ein Beitrag, der auf den niedrigen Stand der Chile-Solidarität einging und die Notwendigkeit des politischen

Während vorher alle Beiträge übersezt worden waren, verlor der Übersetzer plötzlich die Sprache! Nach eingehenden Fragen aus der Versammlung mußte dann zugegeben werden, daß die deutschen Organisationen im Bündnis den chilenischen Flüchtlingen „erlaubt“ hatten, ihr Material zu verteilen. Außerdem durfte eine Juso-Schrift und ein Schwarzabzug zu Chile vertrieben werden. Die Genossen hatten aber nicht damit gerechnet, daß unter den Flüchtlingen auch Sympathisanten des MIR dabei sind. Deshalb hatten sie zu Beginn der Veranstaltung versucht, die Verteilung einer MIR-Erklärung und den Verkauf von Plakaten zu verhindern. Das gelang ihnen nicht, weil die Genossen klar machten, daß man es ihnen nur durch physischen Zwang verbieten könne. Die Revis und Jusos versuchten, eine Diskussion und Abstimmung um diese Ungeheuerlichkeit zu verhindern. Das dabei entstehende Durcheinander benutzten sie dann, um erleichtert das Ende der Diskussion zu erklären.

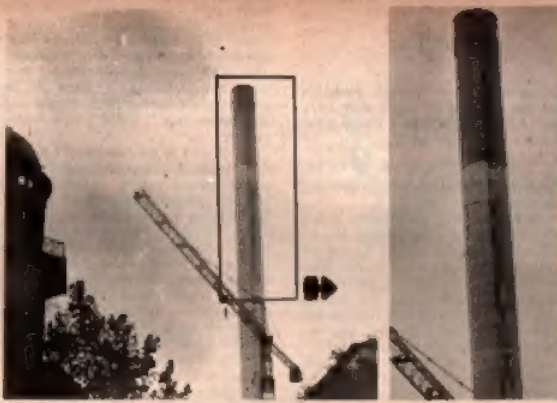
Nach diesem beschämenden Auftakt der Chile-Woche konnte man mit Recht auf die am nächsten Tag folgenden Demonstrationen und Kundgebungen gespannt sein.

... auf Demonstrationen

Zu einer kurzen Demonstration hatten die KPD/AO, KBW und Studenten der ABGs und des KAB„D“, sowie einige ausländische Organisationen aufgerufen. Diese Demo führte zu einer Kundgebung von Jusos, Falken, Flüchtlingskomitee der Chilenen, zu der auch die ABG's aufgerufen hatten. Daran schloß sich deren Fackelzug zum Gewerkschaftshaus an, wo die Jugend HBV, Gew. Holz und GdED (Eisenbahner) im DGB eine Veranstaltung machten. Insgesamt nahmen maximal 1000 Leute an diesen Veranstaltungen teil.

Die „ML“-Demo war maximal 300 Mann stark, hauptsächlich Studenten und Schüler, denen ca. 50 Bullen gegenüberstanden. Lediglich die „KPD/ML“ tat sich besonders hervor, als sie auf der Anfangsansprache mit eigenem Lautsprecher aufsuchte und die Revisionisten und die UP zum Hauptschuldigen am Putsch in Chile erklärte. Ansonsten fiel diese Demonstration nur durch ihre Unauffälligkeit auf, nach ca. 20 Minuten war sie schon am Ziel. Von der Kundgebung am Marienplatz, auf der ca. 800 Menschen waren, zogen dann ca. 400 – 500 Leute zum DGB-Haus. Vorwiegend die DGB-Jugend, 150 Leute weiter schon die ABG's, dann die Trotzkisten. Die ausländischen Genossen waren die einzigen, die Parolen und Lieder wirklich drauf hatten. Das mag einer der Anlässe dafür gewesen sein, daß aus dem Lautsprecherwagen der DGB-

Chile-Solidarität in Frankfurt



In der Nacht zum 10.9. wurde von Genossen des RK die Parole CHILE SOCIALISTA an den rund 160 m hohen Schornstein des Heizwerks der Frankfurter Uni gemalt.

In Frankfurt fand am 11. September, dem Jahrestag des chilenischen Putsches, eine Demonstration mit rund 1.500 Teilnehmern statt. Organisiert war diese Demonstration von einem Bündnis im wesentlichen reformistischen, antifaschistischen Organisationen und Gruppen; darunter auch der Kreisjugendausschuss des DGB und die DAG-Jugend. Die DKP war offiziell nicht mit dabei, sondern hatte sich darauf beschränkt, den MSB und die SDAJ vorzuschicken. Andererseits hatten auch der „Revolutionäre Kampf“ und der KB zur Teilnahme an dieser Demonstration aufgerufen und dafür mobilisiert.

Wir heilten eine Beteiligung an dieser Demonstration unter revolutionären Parolen für richtig, weil wir der Auffassung waren, daß am 11. September in möglichst vielen Städten die Solidarität mit dem Kampf des chilenischen Volkes zum Ausdruck kommen sollte. Dabei hatten wir zunächst noch versucht, ein möglichst geschlossenes Vorgehen der revolutionären Linken in Frankfurt zu erreichen, was entweder durch eine vom Reformismus alternative Demonstration hätte geschehen können, zumindest aber durch eine eigene Kundgebung der revolutionären Organisationen neben der Kundgebung der Reformisten. Das ist indes

am Verhalten aller anderen Organisationen gescheitert, die unserem Vorschlag entgegenhielten, daß sie sich auf die Mobilisierung für die „nationale Demonstration“ am 14. September konzentrieren wollten und deswegen „nicht die Kraft“ hätten, auch noch (!) für den 11. September etwas zu organisieren – abgesehen von kleineren Aktivitäten wie eine Theaterrufführung und Kundgebung vor den Hoechst-Chemiewerken (die nur für die Hoechst-Arbeiter gedacht war) usw.

Die Abschlussschuldung auf dem Römerberg, auf der u.a. der Frankfurter Juso-Vorsitzende Armin Kleist und der Chefredakteur der Gewerkschaftszeitung „Metall“, Jakob Moneta, sprachen, stand ganz im Zeichen eines bloß moralischen Protests gegen den faschistischen Terror in Chile. Da wurden keine Lehren aus der chilenischen Erfahrung für die westdeutsche Arbeiterklasse gezogen, sondern im wesentlichen der in Chile gescheiterte „friedliche Übergang“ zum Sozialismus verteidigt.

Während der Demonstration wurden von einigen Genossen revolutionäre Parolen des chilenischen Widerstands an Häuserwände und Straßenhäuser gemalt, ohne daß die Polizei dies verhindern konnte.

Zu der vom „Koordinierungsausschuss der Chile-Komitees“ (hauptsächlich von KBW und GIM getragen) aufgerufenen „nationalen Chile-Demonstration“ am 14. September in Frankfurt versammelten sich rund 20.000 Menschen, die mit Bussen und Sonderzügen aus mehreren Orten herangefahren kamen (der KBW nannte in der KVZ 25.000, während am 14.9. selbst noch von 33.000 gesprochen wurde). Auf der Abschlussschuldung sprachen neben einem Vertreter der Chile-Komitees noch je ein Vertreter des MIR und der MAPU sowie ein Genosse im Namen verschiedener ausländischer Organisationen. Unsere Organisation, die zu dieser Demonstration nicht mit aufgerufen hatte (siehe dazu unsere Auseinandersetzung in den letzten drei Ausgaben des ARBEITERKAMPF), versuchte hier vor allem über den Verkauf unserer Zeitungen und durch Flugblattverteilung eine Diskussion über die Aufgaben der Chile-Solidarität mit einzelnen Demonstrations-Teilnehmern zu führen.

Am 13. September hatten wir darüber hinaus noch eine eigene Diskussionsveranstaltung in Frankfurt durchgeführt, die allerdings selbst für den noch niedrig entfalteten Stand unserer Arbeit in Frankfurt nur sehr schlecht besucht war.

An der ganzen Chile-„Kampagne“ sind so auch noch einmal die Mängel unserer bisherigen Arbeit in Frankfurt zu Tage getreten. Diese Mängel liegen nicht einfach darin, daß die Frankfurter Gruppe unserer Organisation immer noch eine relativ kleine Gruppe ist und somit über wenig „Gewicht“ innerhalb der Frankfurter Linken verfügt (wo doch die allgemeine Mentalität in der revolutionären Bewegung in unserem Land gegenwärtig immer noch so ist, daß weniger die politische Linie als die quantitative Größe einer Gruppe ihre „Bedeutung“ ausmacht ...).

Vielmehr zeigten sich diese Mängel in einer ziemlich unterentwickelten Selbständigkeit unserer Politik in Frankfurt, in den politischen Schwächen unserer organisatorischen Arbeit in den Betrieben, in den Wohnvierteln, in den Schulen, der Universität usw. Dies wird nach den Erfahrungen der Chile-„Kampagne“ (und ähnlichen Erfahrungen in der Vergangenheit, z.B. bei der antifaschistischen Aktion gegen den NPD-Aufmarsch am vergangenen 16. Juni) in unseren eigenen Reihen verstärkt diskutiert werden müssen.

Die Chile-Demonstration am 11. und 14. September waren übrigens die ersten wieder „erlaubten“ linken Demonstrationen in Frankfurt, nachdem wir den Auswandererzählungen (Mai dieses Jahres) ein generelles Demonstrationsverbot gegen die Linken praktiziert wurde.

KB/Gruppe Frankfurt

Die eifertigen Distanzierer-KSG (KAB„D“) im Schlepptau der bürgerlichen Propaganda

In einem Flugblatt der „Kommunistischen Studentengruppe“ in München zur zentralen Demonstration in Frankfurt am 14.9. wird KBW, KPD/AO und GIM vorgeworfen, „daß Frankfurt ein neues Bonn werden soll.“ Unter Hinweis auf ein „verstärktes“ Risiko eines „brutalen Vorgehens von Seiten des staatlichen Gewaltapparates“ wird kritisiert, daß ein „geordneter Ablauf“ der Demo nicht gewährt sei!

Bei KSG/KAB„D“ scheint die Einschüchterungsakt der Bourgeoisie besonders gut angeschlagen zu haben.

Weiterhin wird einem KSV-Vertreter vorgeworfen, ungeheuerliche „Steinwürfe für einen Beitrag zur Solidarität“ zu halten.

„Laßt die Sektierer ihre Provokation alleine versuchen“, diese Parole kennen wir aus der revisionistischen Ecke sehr gut! Mit diesen Worten forderte die KSG auf, der Demonstration in Frankfurt fernzubleiben.

Provokativ, allerdings aus der rechtsopportunistischen Ecke, ist die offene Unterstützung der bürgerlichen Hetze gegen die Linke, die in folgendem Schlusssatz des Flugblatts gipfelt:

„Eine Demonstration, die von vornherein (!!!) auf Straßenschlacht und Prügeleien aus ist, schadet dem heldenhaften Kampf des chilenischen Volkes und bringt unsere Solidarität keinen schritt voran.“

Wer sagte da oben – ihr seid doch selber schuld! ???

Ein Hamburger Genosse

CHILE-SOLIDARITÄT

Vorwärts mit der antifaschistischen Front in Chile!

CIA und Chile

Wir veröffentlichen hier zwei Erklärungen des chilenischen Widerstands. Dabei handelt es sich um einen von der sogenannten „Budapester Erklärung“ vom 26. August dieses Jahres, ein gemeinsamer Aufruf der Parteien der „Unidad Popular“ (also der Regierungskoalition Allendes) zusammen mit der revolutionären Organisation MIR. Die zweite Erklärung stammt aus einem Bulletin des MIR.

Die beiden Erklärungen zeigen zum einen das Bestreben zur Vereinheitlichung des antifaschistischen Widerstands, zum anderen bestehende Meinungsverschiedenheiten (in der Erklärung des MIR) z.B. über das „Bündnis“ mit der Christdemokratischen Partei.

Die beiden Erklärungen wurden von uns aus dem Italienischen übersetzt nach „Lotta continua“ vom 5. und 6. September.

„Budapester Erklärung“ der UP-Parteien und des MIR vom 26.8.74

Wir, Vertreter der Sozialistischen, Radikalen und Kommunistischen Parteien, der Christlichen Linken, des Mapu, der Mapu-Arbeiter und Bauern und der Bewegung der revolutionären Linken (MIR), die demit beauftragt sind, im Ausland die Solidarität mit Chile zu koordinieren, klagen vor der Weltmeinung an die faschistische Militärdiktatur, die die Regierung in unserer Heimat an sich gerissen hat, den Terror und die Unterdrückung in unserem Land steigert – die einzigen Mittel, mit denen sie sich weiter an der Macht halten kann.

Die 15.000 neuen Gefangenen der letzten Wochen bekräftigen, daß die brutale Unterdrückung der bleibende Wesenszug des in Chile errichteten faschistischen Regimes ist.

Chile erlebt die schlimmste Zeit seiner Geschichte. Sein Gebiet ist versucht von Konzentrationslagern, sein Volk ist der grausamen Diktatur unterworfen.

Dennoch hat der Faschismus das Volk von Chile nicht brechen können. Er hat die Arbeiterklasse nicht unterwerfen können. Er hat es nicht geschafft, die revolutionären Organisationen auszuschalten.

Im Gegenteil! Das Volk Chiles steht nicht mit gekrümmten Armen da, sondern baut seine Kampforgane wieder auf. Immer mehr wird das gemeinsame Bestreben, die gemeinsame Aktion aller revolutionären, patriotischen und antifaschistischen Kräfte koordiniert. Man zeigt der Welt das historisch bedeutende Verdienst des Ausharrens der Führungen und Parteien der Linken auf nationalem Territorium, die aus tiefer und rationischer Häßlichkeit die Volkskämpfe befehlen, orientieren und organisieren.

Dieser Stand der Dinge und die wachsende heldenhafte Antwort des Volkes erbiten die Junta, ihre völlige gesellschaftliche und politische Isolierung und ihre Unfähigkeit, den Widerstand zu zerbrechen, sind die Quelle der Super-Ausbeutung, der Unterdrückung und des Terrors gegen die Arbeiterklasse und das Volk; eine Politik im Dienste einer Minderheit von Großkapitalisten und des nord-amerikanischen Kapitals.

In diesen letzten Tagen wurden Hunderte von Häusern durchsucht; Männer, Frauen und Kinder verhaftet. In vielen Fällen wurden Hinrichtungen gleich am Ort vorgenommen, an dem die

der Diktatur zu kämpfen, um eine neue Demokratie mit Volkscharakter zu errichten.

Die zunehmende Koordinierung und Einheit, seine heldenhaften Kämpfe gegen die faschistische Diktatur sind die Antwort des chilenischen Volkes auf die riesige Weltweiter Solidarität mit seiner Sache.

Diese Solidarität muß heute ein noch höheres Niveau erreichen. Die weltweite Mobilisierung konnte die Befreiung von Anneliese Sule, Präsident der Radikalen Partei, erreichen. Die weltweite Mobilisierung hat die vom Kriegsgericht zum Tode Verurteilten der chilenischen Luftstreitkräfte vor der Erschießung gerettet.

Die Solidarität der Völker der Welt kann und muß die Befreiung aller politischen Gefangenen erreichen.

Die Solidarität der Völker der Welt kann und muß die Befreiung von Luis Corvalan, Godofredo Almeyda, Carlos Morales, Fernando Flores, Sergio Bizar, Beatriz von Schowen, Leopoldo Luna und der anderen Volksführer erreichen.

Die Solidarität der Völker der Welt kann und muß die sofortige Befreiung der eingekerkerten Frauen erreichen.

Die Solidarität der Völker der Welt kann und muß den Mord an Gustavo Ruiz, Jorge Montes, Arturo Vitis Vela, Marcel Cortes Monroy und anderen verschleppten Führer verhindern, die die Faschisten im Stillen ermorden wollen.

Die Solidarität der Völker der Welt kann und muß die Befreiung der Soldaten erreichen, die eingekerkert sind, weil sie loyal zur Regierung des Präsidenten Allendes standen.

Die Solidarität der Völker der Welt kann und muß das Ende des „inneren Kriegszustands“ und des Belagerungszustands erreichen.

Die Solidarität der Völker der Welt kann und muß die Aufhebung der Kriegsgerichtsbarkeit erreichen.

Die Solidarität der Völker der Welt kann und muß verhindern, daß die Faschisten weitere Helfer erhalten.

Das chilenische Volk hat sich dieser Solidarität durch seinen heldenhaften Widerstand gegen den Faschismus würdig gezeigt.

Gegen den Faschismus, Venceremos! (Wir siegen)

Sozialistische Partei Chile
Radikale Partei
Kommunistische Partei Chile
Christliche Linke
MAPU-Partei
MAPU-Partei/Arbeiter und Bauern
Bewegung der revolutionären Linken

Budapest, 26. August 1974

Nach einem streng geheim („top secret“) eingeordneten Bericht des CIA-Chefs William Colby hat der US-Gehheimdienst für illegale Aktionen gegen die Unidad-Popular-Regierung Allendes ca. 20 Mill. DM umgerechnet für subversive Zwecke verwendet.

Geleitet und gebilligt wurden die CIA-Aktionen vom sogenannten „Vierzig-Komitee“, dem US-Außenminister Kissinger schon vorstand, als er noch „Präsidentenberater für Sicherheitsfragen“ war. Dieses Komitee wurde vom früheren US-Präsidenten John F. Kennedy eingerichtet, um die CIA-Wahlarbeit nach der fehlgeschlagenen „Schweineweiche-Aktion“ gegen die kubanische Revolution zu verbessern.

Der Bericht bestätigt noch einmal aus berufenem Munde, was die Enthüllungen des Journalisten Anderson schon vor mehr als zwei Jahren ans Tageslicht gebracht haben: Daß der CIA US-Konzern ITT schon die Bestätigung der Wahl Allendes durch den chilenischen Kongreß im Oktober 1970 durch Finanzierung des Terrors faschistischer Gruppen, Abgeordnetenbestechung usw. zu unterbreiten versucht hatte („ITT-Dokumente“). Neu hinzu kommen offizielle Aussagen über die Wahlarbeit des CIA schon mehrere Jahre vor Allendes Wahl 1970 und in den Jahren 1971, 1972 und 1973. Diese Wahlarbeit hat dann zum endgültigen Sturz der Unidad-Popular-Regierung und der faschistischen Terror-Junta geführt.

Die Aussagen Colbys legen natürlich nur einen kleinen Zipfel des Umfangs dieser Wahlarbeit offen. Doch auch diese Angaben sind nicht uninteressant, bestätigen sie doch ganz klar, wie richtig die Analysen der antimerikanischen linken und kommunistischen Presse über das verbrecherische Wirken des US-Imperialismus und besonders seines Geheimdienstes CIA sind.

Schon 1964 bei Allendes erster fehlgeschlagener Präsidentschaftskandidatur gegen den Christdemokraten Frei war der CIA hinter den Kulissen mit von der Partei. Aufgrund der Aussagen Colbys berichtete die „New-York

Times“ Anfang September im einzelnen.

Bereits 1970 seien über 1 Million DM vom Kissinger-Komitee dem CIA zur Verfügung gestellt worden, damit er in den Wahlkampf „eingreife“.

Die gleiche Summe sei schon 1968 zur Vorbereitung des Wahlkampfes gezahlt worden.

Nach der Wahl Allendes und vor seiner Ernennung durch den Kongreß seien nochmals knapp 1 Million zur Bestechung von Abgeordneten usw. ausgegeben worden.

Für sogenannte „Entstabilisierungsunternehmen“ seien in den Jahren 1971, 1972 und 1973 vom Komitee 12 Millionen DM bewilligt worden. (Zur Finanzierung faschistischer Gruppen, Versorgungs-, Streiks der Unternehmer, für Sabotage- und Terroraktionen, Falschgeldinschleusung zur Anhebung der Inflation und Zerstörung der chilenischen Währung, Subventionierung rechtsradikaler Rundfunksender und Zeitungen usw.) Bei den Kommunalwahlen von 1973 habe der CIA noch einmal 3,5 Mill. extra erhalten.

Kurz vor dem Putsch waren im August 1973 2,5 Mill. bewilligt worden.

Colby berichtete von einer Summe von insgesamt 20 Mill. DM. Auch wenn man berücksichtigt, daß diese Summe nur ein Bruchteil der tatsächlich aufgewendeten Beträge ist, da in aller Regel bei Aussagen von parlamentarischen „Untersuchungsausschüssen“ gelogen wird, was gute Holzbauteile halten, ist dies eine recht hohe Summe. Denn der „New-York-Times“ zufolge sind die Dollar auf dem schwarzen illegalen Devisenmarkt in chilenische Escudos umgetauscht worden, so daß dem CIA in Wirklichkeit nicht 20 Mio. DM, sondern das achtfache (!), also über 150 Mio. DM zur Verfügung standen. (Neben den Geldsummen berichtete Colby über weitere Aktionen auf Veranlassung des CIA wie die Wirtschaftsböykott-Politik, Nichtinhaltung von

Die Situation in Chile und die Aufgaben des Widerstands (aus einem Bulletin des MIR)

Die Gorilla-Diktatur in Chile ist seit kaum einem Jahr an der Macht, und schon macht sich unter den Gorillas Furcht vor dem Zusammenbruch und Angst breit – angeichts des immer offensichtlicheren Mißerfolgs ihrer Politik der Super-Ausbeutung, der Unterdrückung und des Terrors gegen die Arbeiterklasse und das Volk; eine Politik im Dienste einer Minderheit von Großkapitalisten und des nord-amerikanischen Kapitals.

Die Gorilla-Tyrannie hat das Land in eine tiefe Wirtschaftskrise gestürzt, die erbarmungslos die Sektoren des Volkes und der bürgerlichen Strömungen in der Bevölkerung mit der zügellosesten Inflation trifft, die Chile je erlebt hat. In den letzten Monaten hat das Preissteigerungsmaß den dringenden Bedarf für 1900% erreicht.

Die reale Kaufkraft der Werktätigen verringerte sich allein in den ersten vier Monaten dieses Jahres um mehr als 40% gegenüber dem, was sie ein Jahr zuvor nach offiziellen Angaben erhalten hatten (in diese und folgende Kürzungen sind in Text von „Lotta Continua“ – Ann. AKI).

Der Haß gegen die Diktatur hat nicht nur tiefe Wurzeln in der Arbeiterklasse, sondern entwickelt sich auch in jenen sozialen Sektoren, die bis vor wenigen Monaten die Junta unterstützt und bejubelt hatten. (1)

Die Unzufriedenheit mit der Politik der Diktatur, die zuerst in der mittleren und kleinen Hand- und Industriebourgeoisie entstand, wuchst jetzt aus auf Sektoren der technologisch rückständigen Großindustrie, die traditionell auf die Produktion von Gütern für den Volkseigenen Markt auf dem inneren Markt ausgerichtet war. Diese Sektoren sind in einer Krise, weil die Inflation sogar die Erträge, indem sie die Produktionskosten erhöht und vor allem den inneren Markt auf ein Minimum einschränkt, in einem Ausmaß, das die Politik der Regierung, die auf die Aufhebung der Protektionismus gerichtet ist, diesen Sektor verheut, (2) gegenüber der gefährlichen Konkurrenz der großen nationalen und ausländischen Monopole.

Der Putsch-Militär ist praktisch keine andere Basis als eine Minderheit von Großkapitalisten und die Anwendung von Terror und bewaffneter Unterdrückung betrieben. Noch nie zuvor gab es in Chile eine so breite gesellschaftliche Kraft wie die, die sich heute der faschistischen Militärdiktatur entgegenstellt.

Die Aufgabe des Moments ist, diese noch zersplitterte soziale Kraft zu verwenden in eine große politische Bewegung der Arbeiterklasse, aller Werktätigen und des Kleinbürgerums, die unter der revolutionären Führung des Proletariats diese Millionen von Kämpfern vereint im Widerstandskampf und im Zusammenstoß mit der Gorilla-Diktatur.

Wenn auch die Diktatur nicht in der Lage war, die Linke und die revolutionären chilenischen Organisationen zu zerstören, die in der Illegalität die Avantgarde einer breiten Widerstandsbewegung organisieren, so ist doch die Konsolidierung und Entwicklung dieses Prozesses nicht leicht und könnte durch die harte Repression gegen alle, die für die Freiheit kämpfen, verlangsamt werden.

Die Entwicklung und Vereinheitlichung der Widerstandsbewegung wird auch von schädlichen und unfruchtbaren Illusionen einiger Teile der traditionellen chilenischen Linken verzögert, die das Bündnis mit Sektoren der Bourgeoisie suchen, wie der christdemokratischen Strömung von Frei (Führer der christdemokratischen Partei, unterstützte den faschistischen Putsch – Ann. AKI), die auch wenn sie in Widerspruch zur Diktatur stehen, deshalb nicht aufrufen, auch – verstreut hinter einem doppelzüngigen und doppelgängerischen Vorhaben – jeder Art von Fortschritt und Stärkung der revolutionären Bewegung der Werktätigen zu widersetzen.

Die zunehmende Entwicklung von Komitees der Bewegung des Volkswiderstands während der letzten Monate zeigt, daß die Arbeiterklasse und die chilenischen Volksmassen trotz der erhaltenen blutigen Schläge eine Kampfeinschlossenheit behalten, die sie als einen Grundpfeiler der Kriegs gegen die Gorilla-Diktatur zusammenstellt.

Somit, letzten 1. Mai können wir Kämpfer der Bewegung des Volkswiderstands (MIR) das Bewusstsein der der Zukunft und Kampfeinschlossenheit, mit der die Werktätigen unsere Propaganda aufnehmen.

Die Wendenperioden und illegal verteilten Flugblätter, sowohl von unserer Partei als von den Widerstandskomitees, kamen überall hin und riefen die Arbeiterklasse auf zu einem entschlossenen Kampf gegen die Diktatur, zur Organisation einer unmittelbaren Mobilisierung für die Erhöhung der Löhne und zur Vervielfachung und Stärkung der Widerstandskomitees.

Angeichts dieser inneren Situation, die hervorgerufen ist von den Folgen der Wirtschaftskrise für die Arbeiterklasse, angeichts einer entschlossenen Ablehnung der Diktatur durch die Massen; angeichts einer immer ungewisseren internationalen Situation – beginnen sich innerhalb der herrschenden Klasse Panik, Verwirrung und Widersprüche bemerkbar zu machen.

Das ökonomische Modell der Diktatur und die „soziale Marktwirtschaft“ bricht unter dem Druck der fürchterlichen weitest Inflation zusammen, so daß heute sogar die „Konserver“-Sektoren in den Seiten des „Jahresrückblicks“ (größtenteils Zeitung, die den rechten Christdemokraten nahesteht und nach dem Putsch als einzige Zeitung nicht verboten wurde – Ann. AKI) und in amtlichen Reden jene Bourgeoisie hart angreifen, die eine Revision des ökonomischen Modells, die Wiederherstellung der Kontrollmechanismen für die Preise und die Aufrechterhaltung von Schutzzöllen wünschen, ohne die ein guter Teil der nationalen Industrie zum Untergang verurteilt ist.

Dieser Kampf zwischen verschiedenen bürgerlichen Sektoren und sogar innerhalb der Regierungssphäre verleiht sich Tag für Tag. Von einem Ereignis hängen die Möglichkeiten der Diktatur ab, für kürzere oder längere Zeit den wachsenden Widerstand der Arbeiterklasse und der Volksmassen aufzuhalten.

Zu den wirtschaftlichen Problemen kommt die Tatsache, daß praktisch kein Land, nicht einmal die USA, bereit ist, Kredite zu gewähren (7 – Ann. AKI), und daß nicht einmal die Privatbanken daran interessiert sind, in einem Lande zu investieren, in dem die Brutalität und Blindheit der Diktatur eine scharfe politische Krise und unkontrollierbare Internationalisierung ankündigt.

Im Übrigen wird die internationale Stellung der chilenischen Gorilla-Diktatur von Tag zu Tag unhaltbarer – in dem Maß, wie in der Welt mit mehr Belagen die politischen Verbrechen und das Ausmaß der Unterdrückung durch die Diktatur bekannt werden, und in dem Maß, wie diese Realität nicht nur von den Revolutionären oder von der Linken bestätigt wird, sondern auch von „unverächtlichen“ und reaktionären ausländischen Journalisten und Beobachtern.

In Lateinamerika hat die Gorilla-Diktatur nur zum brasilianischen Subimperi-



Bewegung in der Basis eine unverzichtbare Notwendigkeit, die sie die notwendige Basis für die Weichen der Widerstandsbewegung insgesamt ist.

Andererseits gibt es einige, die immer noch hoffen, daß die Folgen der Wirtschaftskrise und die Verhärterung der innerbürgerlichen Widersprüche die Arbeiterklasse und Chile von der Diktatur befreien könnten, und die hoffnungsvoll auf den Ausgang dieser Schachsituation, um sich dann mit dem „fortschrittlichen“ Sektor verbünden zu können.

Sie beharren auf der gescheiterten reformistischen Strategie und Taktik, indem sie versuchen, ein Bündnis mit der gesamten Christdemokratie herzustellen, statt zu versuchen, es mit deren fortschrittlichen Sektoren zu verwickeln.

In einem solchen Bündnis mit der gesamten Christdemokratie würde das Proletariat der Politik jenes bürgerlichen Sektors untergeordnet, und die Entwicklung einer eigenen revolutionären, selbständigen und unabhängigen Politik würde geopfert.

Der Kampf gegen die Diktatur, die Stärkung der Widerstandsbewegung des Volkes, die Herstellung der politischen Front, die Vervielfachung und Entwicklung der Widerstandskomitees und der legalen und illegalen Organisationen für den Widerstand, erfordert die Aktions-einheit um eine Plattform für den Kampf, um taktische Abkommen für den Kampf und für die Organisation zwischen der revolutionären Linken, der traditionellen Linken und jenen Sektoren der Christdemokratie, die mit dem reaktionären faschistischen Flügel gebrochen haben und die, vor allem in der Praxis, bewußtes Bemühen gegen die Gorillas gezeigt haben, und darüber hinaus mit anderen revolutionären Christen.

Die Aktions-einheit darf jedoch die unabhängige Politik des chilenischen Proletariats weder war noch behindern. Wir sind sicher, daß die Hindernisse, vor denen heute das Proletariat im Prozeß des Zusammenstehens der Widerstandskräfte steht, in kurzer Zeit überwunden werden können.

Es wird Zeit, sich klarzumachen, daß jeder Tag Verzögerung in der Überwindung dieser Hindernisse mit menschlichen Leben, Morden, Foltern, Verhaftungen, Arbeitslosigkeit, Hunger und Not zu bezahlen ist. Nur nach der Überwindung dieser Hindernisse können die Proletariat und die chilenischen Volksmassen ihren Kampf mit größerer Zuversicht in den eigenen Sieg fortsetzen und die Führung in der Widerstandsbewegung erobern.

Movimiento de Izquierda Revolucionaria (MIR)

CHILE - SOLIDARITÄT

Fortis, CIA und Chile

Kreditzusagen, Beschlagnahme chilenischer Konten im Ausland usw.)
Das US-Nachrichtsmagazin „Time“ berichtete Mitte September das weitere, das größere Teile dieses CIA-Geldes nach Santiago durch die „Vermittlung christdemokratischer Parteien in Europa“ eingeschleust wurden. Das bezieht sich vor allem auf die CDU/CSU, die zu der Gründung und Ausrückung der chilenischen Christdemokratie nach eigenen Angaben direkten Anteil hatte. An

dem Putsch:
● Der frühere US-Botschafter in Chile, R. Korry:
„Die USA haben nie versucht, ein einzelnes chilenisches Parlamentaristisches Mitglied unter Druck zu setzen, zu beeinflussen oder zu untergraben.“
● Der frühere Chef der Abteilung „Lateinamerika“ des US-Außenministeriums, Charles Meyer:
„Wir haben keine Stimmen gekauft, keine Kandidaten finanziert, keinen Putsch propagiert.“
● Harry Shlauderman, Chef der „interamerikanischen“ Abteilung des

So erklärte Kissinger zynisch, die USA habe durch das Eingreifen des CIA die Opposition gegen Allende stützen wollen, „um zur Bewahrung der Demokratie beizutragen“. Ford bekräftigte auf seiner zweiten Pressekonferenz den CIA-Chile-Einsatz mit folgenden Worten: „Die Aktivität des CIA in Chile ist die Antwort auf Bemühen Allendes gewesen, oppositionelle Massenmedien, sowohl die geschriebene Presse als auch die elektronische Presse (Rundfunksender) zu zerstören und oppositionelle politische Parteien zu zerstören... Es ist

man wurden und werden... Auch in Zukunft müssen geheime Operationen des CIA möglich sein.“
Damit erklärt Ford die Wahlarbeit des CIA, die zur Errichtung zahlreicher faschistischer Regimes im Imperialismus abhängigen Ländern geführt hat, nicht nur zum Bestandteil der US-Politik, sondern auch noch als Dienst „zum Besten des jeweiligen Landes“.
CIA-Chef Colby stützte die

sonen und einige politische Schlüsselgruppen zu beeinflussen.“ Dabei hätte „die Operation in Laos beträchtliche Summen gekostet, was jedoch billig im Vergleich mit anderen Möglichkeiten des Einsatzes.“
Damit erklären die US-Imperialisten offiziell, daß sie mit allen Mitteln zu verhindern versuchen werden, daß es in irgendeinem Land im Einflußbereich des kapitalistischen Westens zu einer ihnen nicht



den Händen von Strauß, Kohl, Dreyer usw. klebt indirekt also ebenso das Blut der chilenischen Arbeiterklasse wie direkt an denen der faschistischen Genozide in Chile selbst.
Colbys Bericht kam aus Tageslicht durch einen Brief des Abgeordneten Harrington der demokratischen Partei, der seit längerem die Politik der (derzeitig republikanischen) US-Regierung und insbesondere des CIA kritisiert. In diesem der Presse zugeworfenen Brief wurde über die Aussagen Colbys im April 1974 vor einem Senatsausschuß berichtet. Damit ist die US-Regierung wieder einmal zahlreicher Lügen überführt, die sie bisher offiziell über ihr Verhältnis zur Allende-Regierung verbreitet hatte. Einige Beispiele für diese Lügen:
● Im Februar 1973 erklärte der damalige CIA-Chef Helms vor einer geheimen Sitzung des außenpolitischen US-Senatsausschusses unter Eid, daß alle Berichte über Verwicklungen des CIA in Chile völlig falsch seien. Zur gleichen Zeit liefen die Vorbereitungen des Putsches auf Hochtouren!
Einige Erklärungen gleich nach

US-Außenministeriums:
„Wir hatten nichts mit der politischen Destabilisierung in Chile zu tun.“
● Und Kissinger selbst behauptete im September 1973 vor dem US-Senatsausschuß für Außenpolitik:
„Der CIA hatte nach meinem besten Wissen und Glauben nichts mit dem Putsch zu tun.“
Dabei kontrollierte und billigte Kissinger über das „Vierziger-Komitee“ nicht nur die unmittelbaren CIA-Einsätze in Chile selbst, sondern hatte nach Allendes Wahl 1970 persönlich die Leitung und Überwachung des weltweiten Wirtschaftsboykotts gegen Chile übernommen. („FAZ“ vom 16.9.74)
Nachdem durch die Aussagen Colbys die US-Regierung der systematischen Lügen nicht nur gegenüber der Öffentlichkeit, sondern sogar der eigenen Parlamentsausschüsse überführt worden war, unternahm Kissinger und Ford Rechtfertigungsveruche, die eine einmalig offen ausgesprochenen Verhöhung des Selbstbestimmungsrechtes aller Völker darstellen.

darum gegangen, bei der Erhaltung der Oppositionspresse und der Oppositionsparteien mitzuhelfen. Ich denke, daß das im besten Interesse der Menschen in Chile ist und sicherlich auch in unserem besten Interesse.“
Angesichts der Tatsache, daß Allende (leider!) ständig auf dem „friedlichen“, „demokratischen“ Übergang zum Sozialismus unter Wahrung der vollen Rechte der Opposition (und damit der faschistischen Konterrevolution) bestanden hat und bis zuletzt noch einmal gegen den Terror der offen faschistischen Organisationen und ihrer Hitzblitzler vorgegangen ist, die Junta dann alle demokratischen Rechte in einem Blutbad ertränkt hat, angesichts dieser Tatsachen sind die Erklärungen Fords und Kissingers („Friedensnobelpreisträger“ Briggens) nackter Zynismus.
Ford weiter: „Es ist eine anerkannte Tatsache, daß in der Geschichte und Gegenwart solche Aktionen (des CIA) im besten Interesse der betroffenen Länder unternom-

Deutsche Chile - Kolonie, Helfershelfer der Faschisten

Der Bischof der evangelisch-lutherischen Kirche in Chile, Helmut Frenz, hatte sich nach dem Militärputsch als Leiter des Flüchtlingskomitees der Kirchen und anderer Organisationen für die unter der Allende-Regierung in Chile lebenden politischen Flüchtlinge aus ganz Lateinamerika eingesetzt. Unter Frenzs Leitung gelang es dem Komitee bis zur Beendigung seiner Arbeit Anfang dieses Jahres, rund 5.000 dieser Flüchtlinge zur Ausreise in verschiedene Länder zu verhelfen und sie damit aus den faschistischen Folterkammern Pinochets zu befreien.
Damit zog sich Frenz die Feindschaft der 25.000 Mitglieder seiner Kirche zu, die sich vor allem aus deutschen Großgrundbesitzern und Industriellen zusammensetzten. Diese christlichen Herren hätten lieber ein Blutbad an den politisch Verfolgten gesehen, denen Allende Asyl gewährt hatte und warfen Frenz „Unterstützung von Marxisten“ vor, die sie nicht billigten.
Gleichzeitig wollten diese mauerborn Christen verhindern, daß Frenz weiter als ein Präsident des kirchlichen „Friedenskomitees“ politisch verfolgten Chilenen und deren Angehörige juristisch und sozial zu unterstützen versucht.
Hunderte von deutschstämmigen Lutheranern haben Frenz deshalb in den letzten Wochen in Zeitungsanzeigen in der faschistischen Tagespresse zum Rücktritt und zur Rückkehr nach Westdeutschland aufgefordert. Mit Unterstützung der Junta-Generalen durften – das ansonsten bestehende Versammlungsverbot hob der Innenminister eigens dafür auf – die faschistischen Lutheraner im September sich in Santiago einen „Kirchenvorstand“ wählen, der nur aus erklärten Gegnern Frenzs bestand.
weitere Strategie seiner Organisation in Zukunft am Beispiel der seinen Angaben nach „bisher erfolgreichsten geheimen CIA-Operation“, dem Eingreifen in Laos: „Die USA haben es als wichtig angesehen, daß ein Land gegenüber den USA seine freundschaftliche Haltung beibehalte und nicht von feindlichen Kräften übernommen werde. An Stelle der Einsätze militärischer Stärke der USA und ungeheuren Anstrengungen versuche der CIA, einige Schlüssel-Personen

genehmen Entwicklung kommt. Wer jetzt noch als Kommunist die Arbeitertätigkeit auf einen wie auch immer gearteten „friedlichen“ oder „parlamentarischen“ Weg zum Sozialismus orientieren will, ist bestenfalls ein Ignorant, der sich indirekt zum Helfershelfer der faschistischen Konterrevolution macht.“

Chemikalien
KB/Gruppe Hamburg

Äthiopien Kaiser abgesetzt – jetzt: Weg mit der Militärdiktatur

Am 12. September wurde der Kaiser von Äthiopien, Haile Selassie, von den Militärs abgesetzt und festgenommen. Dieser mittelalterliche Potentat, in dessen Land Hunderttausende allein im letzten Jahr an Hunger starben, und der ein Vermögen von gut 10 Mrd. Dollar sein eigen nannte, lebt jetzt in einer Hütte im Bereich einer Kasernen.
Etappen dieser Entwicklung waren:
● am 22. Februar beginnende Demonstrationen und Streiks von Studenten und Teilen der Werktätigen

ger verreckenden Äthiopischen Bauern, auf der anderen Seite war der Kaiser beim Füttern seiner kostbaren Hunde mit großen Fleischbrocken zu sehen.
Der Sturz von Haile Selassie war besiegelt, als am äthiopischen Neujahrstag (11. September) Patriarch Teophilos (Chef der einflussreichen Äthiopischen Staatskirche) die üblichen schleimigen Sprüche auf den Kaiser ganz „vergab“ und stattdessen „Gottes Segen“ auf „die große revolutionäre Bewegung, die von den Streitkräften geführt und vom Volk

für die Abschaffung der Monarchie (die Militärs haben einen kranken Sohn von Haile Selassie zum Marionetten-„Kaiser“ ernannt), sofortige Versammlungen, Vereinigungen, Demonstrationen und Streikfreiheit.“
Am 24. September wurden der Präsident und der Generalsekretär des Äthiopischen Gewerkschaftsbundes CELU von den Militärs verhaftet. Die CELU rief daraufhin zum Generalstreik auf. Dieser wurde aber, falls die Berichte der bürgerlichen Presse zutreffen, „kaum befolgt“ („FR“ vom 26.9.). Eine Rolle dürfte dabei sicher spielen, daß die Gewerkschaftsführer unter dem (möglicherweise sogar durchaus zutreffenden) Vorwand verhaftet wurden, „sich mit dem alten Regime unter Kaiser Haile Selassie

zusammengearbeitet zu haben“ („FR“). Offensichtlich ist der Kredit dieser Gewerkschaftsführer in der Arbeiterklasse so gering, und andererseits das Vertrauen in die „Fortschrittlichkeit“ der Militärs so groß, daß dieser Angriff auf die organisierte Arbeiterbewegung (denn darum handelt es sich in jedem Fall!) weitgehend widerstandslos hingenommen wurde.
Eine entscheidende Rolle spielt bei den Ereignissen in Äthiopien der US-Imperialismus. Er unterhält in Äthiopien einen Militärsitzpunkt, der von großer strategischer Bedeutung für die militärische Präsenz in dieser Region (Rotes Meer) ist, und dessen Bedeutung nach der bevorstehenden Wiedereröffnung des Suez-

Kanals, zweifellos noch steigen wird. Äthiopien hat seit langem „Militärhilfe“ vom US-Imperialismus (und aus Israel) erhalten, diese „Militärhilfe“ wurde im August (also nach dem Machtantritt der Militärs im Juli) noch beträchtlich erhöht. Im Übrigen ist der „starke Mann“ der Militärs, General Andom, eng mit dem US-Imperialismus verbunden – wie auch sein Beiname „Held von Korea“ (er hatte im Korea-Krieg auf Seiten der US-Aggressoren gekämpft), den ihm seine Speichellecker gegeben haben, signalisiert. Daneben gibt es jedoch offenbar – vergleichbar der Lage in Portugal – unter den Militärs, vor allem unter Soldaten und Unteroffizieren, wirkliche demokratische Bestrebungen.

Island: Statt „Fischereikrieg“ jetzt „ausgewogene Lösung“ ?

1972, also vor gut zwei Jahren, dehnte Island den Hoheitsbereich seiner Gewässer von 12 auf 50 Seemeilen aus, um der drohenden Abfischung, vor allem des Kabeljaus, einen Riegel vorzuschieben.
Die Fischerrei ist für Islands Bevölkerung eine Existenzfrage – die Wirtschaft ist zu ca. 80 % vom Fischfang bestimmt. Insbesondere Großbritannien und die BRD bestreuten durch Flänge vor Island einen nicht unbedeutenden Teil ihres Fischbedarfs.
Daher versuchten schon damals und während der letzten zwei Jahre die westdeutschen und britischen Fischereikapitalisten gegen diese Entscheidung des isländischen Parlaments zu intervenieren: durch Einschalten des „Internationalen Gerichtshofs“ in Den Haag und gezielte Provokationen vor Islands Küste, indem konzentriert Fischfangflotten dort eingesetzt wurden. Die Isländer reagierten darauf mit dem Einsatz ihrer wenigen kleinen Küstenschutzboote, die den Raubbau an den Fischbeständen durch die großen ausländischen Trawler nach Möglichkeit einschränken sollten, z.B. durch Kappen der Fangnetze (siehe auch den ausführlichen Bericht in AK 23).
Vor kurzem fällt in Den Haag der „Internationale Gerichtshof“ nach mehreren Zwischenurteilen ein endgültiges Urteil.
Die Haager „Weltrichter“ fordern Island auf, „in gutem Vertrauen“ mit den Küstern Großbritanniens und BRD eine „ausgewogene Lösung“ zu finden („NZ“ vom 26.7.74). Gleichzei-

tig wird Island das Recht abgesprochen, seine Hoheitsgewässer von 12 auf 50 Meilen auszudehnen und diese gegen den Raubbau der westdeutschen und britischen Konzernflotten zu schützen.
Der Verband der deutschen Hochseefischerei hat den Spruch mit Genugtuung zur Kenntnis genommen. Verständlich – denn damit sind deren Profitinteressen „höchstentschieden“ legitimiert. Woher allerdings soll die isländische Bevölkerung das „gute Vertrauen“ gegenüber den Fischkapitalisten nehmen, die nach wie vor ohne Rücksicht auf die Existenzgrundlage Islands die Fischbestände ausplündern? Betrachtet man dazu noch die schwache Verhandlungsposition des kleinen Island gegenüber den EG-Imperialisten Großbritannien und BRD, so muß das Haager Urteil reichlich zynisch an.
Zuckerbrot und Peitsche
Als Island seine Territorialgewässer ausweitete, war damit ein Schritt zu größerer wirtschaftlicher Eigenständigkeit getan, da Island so über seine Fischbestände selbst verfügen konnte bzw. wollte. Dieser Schritt fand bei den EG-Kapitalisten natürlich keine Gegenliebe. Handfeste Drohungen wurden ausgesprochen, wie erst vor kurzem durch Dänemark anläßlich der Absicht Islands, die 200-Seemeilen-Grenze einzuführen. Dänemark droht nun mit Gegenmaßnahmen der EG, aus denen der „größte

Fischereikrieg“ entstehen könnte.
Und das Zuckerbrot? Island werden die niedrige Einfuhrzölle im EG-Rahmen und bereits fertig vorliegende Verträge über Absatzmöglichkeiten für Fisch in der BRD angeboten. Diese Strategie zielt auf eine Bindung Islands an den europäischen Markt.
Inzwischen sieht es so aus, daß die EG-Kapitalisten damit Erfolg zu haben scheinen. Die neue Regierung unter Führung der Konservativen steht den EG-Plänen entschieden „aufgeschlossener“ gegenüber als die alte, von den Linken gebildete Regierung. Das wird anhand des Programms der neuen Regierung deutlich, in dem es heißt: Island werde den USA gestatten, ihren strategisch wichtigen Stützpunkt Keflavik auf der Insel beizubehalten. (Die alte Regierung hatte demgegenüber gezielt die Diskussion über die Kündigung dieses Stützpunktes aufgenommen.) Die Konservativen wollten zwar die Hoheitsgewässer auf 200 Meilen ausdehnen, wobei aber die Fangechte für Großbritannien und BRD noch völlig offen sind, d.h. daß hier für die EG günstige Entscheidungen zu erwarten sind. Abschließend bleibt festzustellen, daß die Eigenständigkeitsbestrebungen im isländischen Volk durch die „Kooperationsbereitschaft“ der konservativen Regierung mit den EG-Kapitalisten einen ersten Rückschlag erhalten haben.

Auffangzelle
KB / Gruppe Bremerhaven



gen.
● am 26. Februar die Revolte der in Eritrea stationierten 2. Division des Heeres (in Eritrea operiert seit Jahren eine nationale Befreiungsbewegung, die sich zu einer Revolte im gesamten Äthiopischen Militär ausweltete).
● die darauf folgende Bildung der Regierung Makonnen, die großzügige Versprechungen auf Lohnerhöhungen, Bodenreform etc. abgab.
● die Verhaftung zahlreicher Politiker, schließlich auch die Absetzung und Verhaftung von Makonnen und am 22. Juli die Ernennung von Imru zum neuen Ministerpräsidenten.
Nächstes Ziel war der Kaiser selbst. Sein Sturz wurde politisch-ideologisch u.a. durch die Entfaltung vorbereitet, daß er ein Privatvermögen von gut 10 Mrd. Dollar auf ausländischen Banken besitzt. Plakate zeigten auf der einen Seite einen vor Hun-

Forti. Portugal

taktierten und in langen, immer wieder vertagten Kabinetsitzungen nach einem „Ausweg“ suchten, der sie um die Konfrontation herumführte. Die gesamte portugiesische Linke und große Teile des Volkes hatten jedoch sofort begriffen, daß hier eine faschistische Provokation gegen die demokratischen Kräfte Portugals geplant war.

In der Woche vor der Kundgebung mobilisierte die Linke die Massen. Während die Faschisten tonnenweise Flugblätter von Flugzeugen auf die Städte niederschleuderten, und ihre bewaffneten Plakatkleber mit schweren Limousinen durch die Straßen fuhren, bereitete das Volk seine Antwort vor.

Antifaschistische Komitees wurden gebildet, die Ausstellungen und Informationsstafeln in den Straßen aufstellten, in denen die Lehren aus dem chilenischen Beispiel gezogen wurden und der bewaffnete Widerstand propagiert wurde.

Außerdem stellten sie Trupps auf, die im Hafen und auf dem Flugplatz von Lissabon die portugiesischen „Flüchtlinge“ aus Mozambique kontrollierten und mitgebrachte Waffen beschlagnahmten.

Außerdem wurden an den Ausfallstraßen von Lissabon und Porto Barrikaden errichtet, die, wie die bürgerlichen Nachrichtenagenturen meldeten, von „bewaffneten Linksextremisten“ besetzt waren. Sie sollten Lissabon für die Faschisten sperren. Die Transportarbeitergewerkschaft hatte vorher schon einen Streik bei den öffentlichen Verkehrsbetrieben organisiert, um so ein landesweites Zusammenkommen der Faschisten in Lissabon zu verhindern.

Am Sonnabendmorgen (28. Sept. 74) waren nach Korrespondentenmel-

dungen die Straßen von Lissabon Schauplatz breiter antifaschistischer Massenaktionen. In der ganzen Stadt wurden Kundgebungen, Flugblattaktionen und Straßendiskussionen durchgeführt.

Inzwischen hatten auch in der „Bewegung der Streikkräfte“ heftige Auseinandersetzungen stattgefunden. Offenbar hatte sich die demokratische Fraktion, gestärkt durch die Mobilisierung des Volkes, durchgesetzt.

In den frühen Morgenstunden umstellten Militäreinheiten mit Panzern Spínolas Präsidentenpalast und besetzten den Rundfunk. Als die faschistische Sonderpolizei PSP begann, die Barrikaden in den Vororten anzugreifen, übernahmen Soldaten den Schutz dieser Barrikaden.

Soldaten und bewaffnete Antifaschisten aus der Bevölkerung patrouillierten gemeinsam durch die Straßen, kontrollierten Lastwagen, mit denen die Faschisten in die Stadt transportiert werden sollten und beschlagnahmten Waffen der Faschisten.

Nach Meldungen des Lissaboner Rundfunks verhafteten sie über 300 bewaffnete Faschisten, darunter 70 bekannte Führer. Unter ihnen befinden sich Prominente, wie der Sohn des früheren Diktators Caetano, Caule das Azeite, früherer Oberbefehlshaber von Mozambique, und Franco Nogueira, früherer Außenminister unter Caetano.

Als die „Bewegung der Streikkräfte“ über den Rundfunk die Bevölkerung zu antifaschistischen Aktionen aufrief, und erklärte, sie werde den reaktionären Umtrieben der Faschisten „revolutionäre Gewalt“ entgegensetzen, erkannte Spínola, daß das faschistische Komplott für dieses Mal gescheitert war.

Er „verbot“ den von ihm bestellten Aufmarsch der Reaktion.

Damit hat das portugiesische Volk einen großen Sieg in seinem Kampf gegen faschistische Diktatur und für ein demokratisches Portugal errungen.

Aber das ist noch lange kein endgültiger Sieg. Die Faschisten sind keineswegs entscheidend geschlagen worden, sie wurden lediglich gezwungen, eine besonders dreiste Provokation zu unterlassen. Es kommt jetzt darauf an, diese gewonnene Position zu nutzen und weiter in die Offensive zu gehen.

Außenminister Soares, Vorsitzender der Sozialistischen Partei, hat bereits zu erkennen gegeben, daß er die Lage für „normalisiert“ hält, die Bedrohung sei damit ausgestanden. Er selbst hielt es auch in der Stunde der Kraftprobe für besser, vor dem Europarat in Straßburg Reden über die demokratische Entwicklung in Portugal zu schwingen, statt an der Seite der Antifaschisten zu stehen.

Damit wird bereits klar, daß zumindest die Reformisten, aller Erfahrung nach aber auch die Revisionisten der PCP jetzt bemüht sein werden, die Massen wieder zu demobilisieren und zurückzuführen.

Vieles hängt auch davon ab, wie sich die Widersprüche innerhalb der „Bewegung der Streikkräfte“ die sich nach langen Zögern unter dem Eindruck der Stärke der antifaschistischen Bewegung auf ihre Seite geschlagen hat, weiter entwickeln.

Alles hängt davon ab, ob es den revolutionären Kräften gelingt, die spontane Kampfbereitschaft der portugiesischen Arbeiterklasse und des ganzen Volkes weiter zu organisieren und für den weiteren Kampf für Demokratie und Sozialismus zu mobilisieren.

Spanien/Portugal-Kommission, KB/Gruppe Hamburg

Argentinien Peronistische Linke geht in den „Untergrund“

Anfang September gab Eduardo Firmenich, Führer der linksperonistischen „Montoneros“ bekannt, daß seine Organisation in den „Untergrund“ gehen und den bewaffneten Kampf wieder aufnehmen würde – wie zu Zeiten der Militärdiktatur, die 1973 durch den Regierungsantritt des Peronismus abgelöst wurde. Diese Entscheidung der Montoneros bringt besonders klar zum Ausdruck, daß der Auftrag des Peronismus gescheitert ist, im Sinn der Bourgeoisie und des Imperialismus die gesellschaftlichen Widersprüche in Argentinien mit der Ideologie des „Sozialpakts“ zu verkleinern.

Firmenich erklärte, die Montoneros wollten sich jetzt „an die Spitze des Widerstands stellen“ und „einen totalen Krieg bis zur Vernichtung jeder Form von Unterdrückung führen“. Dabei sei eine Zusammenarbeit mit der revolutionären Organisation ERP (die den bewaffneten Kampf nie eingestellt hat) nicht ausgeschlossen.

Zunächst hieß es, daß u. a. auch die Peronistische Jugend, die Peronistische Arbeiterjugend, die

„Gruppe Evita“ (Evita war die schon in der ersten Regierungsperiode Perons, Anfang der 50er Jahre, verstorbene erste Frau Perons; sie galt als Vertreterin einer „sozialen“, „arbeiterfreundlichen Politik“), sowie die Universitäre Peronistische Jugend dem Schritt der Montoneros in den „Untergrund“ folgen würden. Jedoch erklärten später zumindest die Peronistische Arbeiterjugend und die Universitäre Peronistische Jugend, daß sie zwar ihre engen freundschaftlichen Beziehungen zu den Montoneros aufrechterhalten, aber legal weiterarbeiten würden. Dies kann möglicherweise im Sinn einer konsequenten „Arbeitsteilung“ und Ausnutzung aller legalen Möglichkeiten durch die peronistische Linke verstanden werden.

In den letzten Wochen nahmen bewaffnete Angriffe auf Vertreter und Filialen des Imperialismus und der argentinischen Bourgeoisie zu. So gab es teilweise 20 – 50 Anschläge innerhalb eines einzigen Tages (auf Filialen von Coca Cola, Philips, Boston Banc, auf Filialen der Regierungsnachrichtengenerierung „Telam“ etc.). Die im September verbotene ERP unternahm zahlreiche militärische Aktionen in großem Maßstab (z. T. mit mehreren Dutzend Genossen); zuletzt gab es bei einem Feuergefecht zwischen ERP und Polizei bei José Leon Suarez (25 km von Buenos Aires) Mitte September 2 Tote und 2 Verletzte.

Eine Reihe von militärischen Aktionen wurde auch von der peronistischen Linken unternommen: so die Hinrichtung des Personaldirektors von Renault in Cordoba (dort war zuvor bei einem Polizeiberfall auf streikende Arbeiter ein Kollege getötet worden); und ein Bombenanschlag auf die chilenische Botschaft in Buenos Aires, pünktlich zum Jahrestag des Putsches der faschistischen Junta; die Entführung der Brüder Born, die zu den größten Grundbesitzern des Landes gehört (7 Jan.).

Zugewonnen haben auch die Streiks – so bei Renault und Fiat in Cordoba im August (vgl. AK 49, S. 8); im September streikten die Arbeiter der Zuckerfabrik von Tucuman – dieser Streik griff auf die 40 000 Zucker-Arbeiter der Provinz über. Die Polizei ging brutal gegen die Streikenden vor und nahm viele Lives.

Die Linksperonisten erklärten Anfang September, eine eigene Gewerkschaft gründen zu wollen (die peronistische CGT ist weitgehend von den Rechten beherrscht).

In dieser Klassenkampfsituation nimmt in der Bourgeoisie naturgemäß die Tendenz zu einer faschistischen Wende, zu einer neuen Militärdiktatur zu. Bürgerliche Zeitungen schrieben, noch sei es nicht erforderlich, über Argentinien wieder

das Kriegsrecht, d. h. den schrankenlosen faschistischen Terror zu verhängen. Die Bourgeoisie wird dies aber für unso „erforderlich“ halten, je mehr sich die Klassenkämpfe verschärfen. Aufmerksamkeit verdienen in diesem Zusammenhang die „Feiern“, die einige Faschisten anlässlich des 19. Jahrestages der Beendigung der ersten Regierungsperiode Perons durch einen Militärputsch (19.9.1955) begingen: bei solchen „Feiern“ wurde die Regierung beschimpft, da sie den „Marxisten“ freien Lauf lasse;



Festnahme eines Guerillas

es wurden Fahnen der ERP verbrannt; und es wurden Hochrufe auf den Henker des chilenischen Volkes, Pinochet, geöhrt. Diese mörderischen Worte werden von ebenso mörderischen Taten begleitet: nachdem im August der populäre linksperonistische Abgeordnete Ortega Pass von Faschisten ermordet wurde, starben im September durch die Hand faschistischer Killer u. a.:

- Atílio Lopez; er war Vizegouverneur der linksperonistischen Regierung von Gouverneur Cano in der Provinz Cordoba, die im März dieses Jahres von Peron abgesetzt wurde. Sein Begräbnis wurde zu einer neuen machtvollen Demonstration der Linken;
- mit ihm zusammen Antonio Vara, ehemaliger Untersekretär für Wirtschaft der Provinz;
- der Gewerkschaftsführer Curuchet;
- Tomas Troxler; er war stellvertretender Polizeichef der Regierung Campora, die der Präsidentenschaft Perons als kurzlebige Statthalterschaft vorausging (Campora selbst ist inzwischen scharfen Angriffen der Peron-Faschisten wegen „marxistischer Abweichung“ etc. ausgesetzt, was fast einem Todesurteil gleichkommt).

Bei ihren faschistischen Plänen ist die Bourgeoisie allerdings mit der Tatsache konfrontiert, daß sie es mit einer relativ breiten Bewegung zu tun hat, die – anders als etwa in Chile – sich nie vom Traum eines „friedlichen Wegs zum Sozialismus“ einfangen ließ: die ERP hat den bewaffneten Kampf niemals eingestellt; die Linksperonisten sind zweifellos noch in reformistischen Illusionen befangen – sie haben aber nie (auch nicht in der zweiten Regierungsperiode von Peron) ihre konspirative Struktur aufgegeben. Zusammen mit der ersten großen Arbeiterbewegung (vor allem im traditionellen militärischen Zentrum Cordoba, aber auch in anderen Teilen des Landes) bildet sich hier eine Kraft, gegen die Imperialismus und argentinische Bourgeoisie mit ihren reaktionären, putschistischen Plänen kein leichtes Spiel haben werden.

Die ERP hat angekündigt, daß für jeden ermordeten Genossen ein Offizier mit seinem Leben bezahlen wird.

„Den Arbeitern geht es natürlich in erster Linie darum, daß ihre Arbeitsplätze überhaupt erhalten bleiben“, sah er ein, aber: „Man muß das eben auch taktisch sehen“.

Die Werke stehen still, in Villafra-nche-sur-Saone arbeitet nur eine Maschine. Mit der werden Aschenbecker gestanzt, die zugunsten einer Solidaritätskassa der Arbeiter verkauft werden.

Metaller-Genossen des KB/Gruppe Hamburg

Frankreich: Die Arbeiter von Titan-Coder „auf den Barrikaden“



Zentrale Demonstration der Arbeiter von Titan-Coder am 20.9. in Paris



Demonstration der Arbeiter von Titan-Coder am 11.9. in Marseille

Titan-Coder ist eine LKW-Anhängersfirma mit 2.700 Arbeitern in den vier Werken Marseille (900), Villafra-nche-sur-Saone (350), Maubeuge (650) und Blanc-Mesnil (800).

Am 16. September beschloß das Pariser Handelsgericht die zwangsweise Stilllegung der Betriebe. Daraufhin sind alle vier Werke von den Arbeitern besetzt worden. Schon vor dem Beschluß der Stilllegung gab es am 11.

September in Marseille eine Demonstration der Titan-Coder Arbeiter, die mit großen Lastzügen durch die Stadt führen. Am 20. September wurde in Paris eine zentrale Demonstration der Arbeiter aus allen vier Werken durchgeführt. Diese Demonstration sollte unter anderem auch zeigen, daß die Arbeiter nicht mit regionalen Einzelaktionen einverstanden sind, die nur für ein oder zwei Werke gelten. In Marseille erklärten sich nämlich ver-

schiedene Unternehmer bereit, das dortige Titan-Coder-Werk zu übernehmen. Die Arbeiter fordern aber eine Lösung für alle vier Werke, z. B. die Übernahme durch die staatlichen Renault-Werke.

Ein „Marxist“ der „Sozialistischen Partei“ (er war Journalist, kein Arbeiter von Titan-Coder) erklärte uns, für ihn geht der Kampf darum, daß Titan-Coder in französischen Händen

bleibt und nicht von amerikanischen Konzernen aufgekauft wird. Seine Begründung: „Nur so können wir den Konzern kontrollieren, wenn wir die Macht errungen haben.“ Auf unsere Frage: „Bedeutet das die Unterstützung des nationalen Kapitals gegen das ausländische Kapital?“, antwortete er: „Ja!“ – Wir sahen bei dieser Diskussion im Streiklokal in Villafra-nche-sur-Saone und fragten ihn den Tip, die Arbeiter mal zu fragen, ob sie das auch als ihr Kampfziel sehen.

Kampf der kapitalistischen Rationalisierung!

Hamburger Lehrlinge bereiten Metalltarifrunde vor

Unter den Hamburger Metall-Lehrlingen beginnt die Diskussion um die kommende Metalltarifrunde. Hierbei geht es nicht allein darum, wie hoch ihre Lohnforderung sein soll, sondern auch die Bedingungen zu prüfen, unter denen die Tarifrunde stattfindet, und welche politischen Fragen verstärkt diskutiert werden müssen.

Ein kurzer Rückblick

Während der letzten Tarifrunde fanden in den Betrieben zum Teil sehr rege Diskussionen darüber statt, welche Ziele die Lehrlinge in der Tarifrunde verfolgen sollten. Auf Jugendversammlungen und in Jugendvertretungen wurden Forderungen formuliert, die das Interesse der Lehrlinge an einem einheitlichen, existenzabsichernden Lehrlingslohn ausdrückten. Beispielsweise für eine Reihe von Betrieben nennen wir hier nur DEMAG CONZ und GUTMANN in Altona, wo die Lehrlinge die Forderung nach 180 DM mehr für die unteren Lehrjahre aufstellten, mit der Betonung, daß so die Unterschiede im Lehrlingslohn abgebaut werden können und ein Schritt hin zum Existenzlohn für Lehrlinge getan werden kann.

In einer Reihe von anderen Betrieben, wie z.B. HDW und KOLBENSCHMIDT stellten die Kollegen direkt die Forderung nach dem Existenzlohn, indem sie eine einheitliche „Ausbildungsvergütung“ von 600 DM vorschlugen. Diese Forderung fand auf zwei Jugendmitgliederversammlungen der IG Metall rege Unterstützung von den anwesenden Kollegen – auch von denen, die konkret eine andere Forderung aufgestellt hatten, weil hier endlich einmal die Frage des existenzabsichernden Lohns für Lehrlinge massiv zur Sprache kam; dies sehr zum Verdruß der IGM-Führer und ihrer Nachkömmlinge im Ortsjugendausschuß (OJA), die diese Diskussionen bis zum Vorwurf der „Gewerkschaftsfeindlichkeit“ verunglimpften. Offiziell wurde dann von der IGM eine Forderung von 140 Mark aufgestellt, was von der SDAJ und den JUSOS was von der SDAJ und den JUSOS im OJA schon als großer Erfolg gefeiert wurde.

Diese Gruppen begannen dann auch einen enormen Wirbel zu entfachen: Unter der „Kampflozung“, „140 Mark aus dem Sack, zack, zack!“ meinten sie, nun die Hamburger Lehrlinge auf die Tarifbarrikaden führen zu können (und sich selber aus der Isolation heraus!). Die ca. 150 aktiven Metall-Lehrlinge, die auf den Versammlungen erschienen, hatten eine weitestgehend realistische Einschätzung von den Aufgaben, die sich ihnen in der Tarifrunde und darüber hinaus für die gesamte gewerkschaftliche Arbeit stellten; zeigte sich doch nur zu deutlich, daß erst ein kleiner Teil der Lehrlinge bereit war, sich aktiv am Tarifgeschehen zu beteiligen und daß dieser Mißstand nicht mit der Versprechung auf einen kurzfristig möglichen Erfolg zu beheben war.

Auf den Versammlungen wurde aufgezeigt, daß die mangelnde Mobilisierungsbereitschaft der Metall-Lehrlinge unter anderem auf die Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer und ihrer Nachbeter zurückzuführen ist, die die Eigeninitiative der Kollegen in den Betrieben ständig abblocken, durch Ausschüsse der Linken aus der Gewerkschaft die Kampfkraft der Arbeiter schwächen, dann hin und wieder bei einer Tarifrunde die Zügel für einen wilden Aktionismus lockern und schließlich, wenn bei den „zähen Verhandlungen“ nur ein mageres Ergebnis herauskommt, den Kollegen in den Betrieben „mangelnde Unterstützung der Verhandlungskommission“ vorwerfen.

Der folgende Abschluß von 70 Mark Erhöhung des Lehrlingslohns war für die aktiven Lehrlinge und die Kollegen, die mit ihnen in der Diskussion standen, nicht eine „kalte Dusche“ wie der niedrige Abschluß im Jahr davor, weil sie in die Auseinandersetzung ohne die Illusionen gegangen waren, die SDAJ und JUSOS ihnen vormachten.

Dagegen war die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie und gegen die Gewerkschaftsausschlüsse klar geworden. Die Hebung der Eigeninitiative der Kollegen in den Betrieben, die Überwindung der betrieblichen Zersplitterung durch eine kontinuierliche gewerkschaftliche und politische „Kleinarbeit“ wurde als Ziel erkannt, um die Bedingungen für eine Verbreiterung und

Vertiefung des Kampfes der Arbeiterjugend zu schaffen.

Die heutigen Bedingungen

Die Situation, in der die kommende Tarifrunde stattfindet, stellt sich in mancher Hinsicht anders dar. Auf die gesamte wirtschaftliche Situation wollen wir an dieser Stelle nicht eingehen (wie wird in anderen Artikeln im AK beleuchtet).

Auf der betrieblichen Ebene sind weitere Kollegen zur aktiven Gewerkschaftsarbeit im Jugendbereich hinzugekommen, die mithelfen werden, das Interesse aller Lehrlinge an ihrem Tarifkampf zu heben.

Weiterhin haben inzwischen Jugendvertreterwahlen stattgefunden, wobei in einer ganzen Reihe von Betrieben Jugendvertreter gewählt wurden, die ihre Aufgaben unmittelbar verbunden mit dem gewerkschaftlichen Kampf sehen.

Und nicht zuletzt gibt es die Erfahrungen gerade der letzten Tarifrunde, die einen Teil der Lehrlinge die Politik der Gewerkschaftsführer

mit einstimmen, indem sie demagogisch die „Arbeitsplatzsicherung“ gegen die berechtigten Lohnforderungen der Metalller auspielen, versuchen dies auch im Lehrlingsbereich.

So wurde ein zaghafter Antrag der OJA Hamburg an den Gewerkschaftstag, in dem der Existenzlohn gefordert wird, mit der Begründung des Abgewiesens, daß die Sicherung der Ausbildungsplätze gegenüber derartigen Forderungen zur Zeit Vorrang habe. Hier tischt man uns das Märchen auf, mit dem schon etliche Ausbildungsleitungen in den Betrieben verzuchten, die Lehrlinge einzuschüchtern: „Wenn die Lehrlinge so viel fordern, verlieren die Unternehmen das Interesse an der Ausbildung!“

Nicht irre machen lassen!

Für die Lehrlinge kommt es darauf an, sich dem Willen der Kapitalisten nicht zu beugen, die mit Hilfe der bürgerlichen Presse und – wie wir sehen – der Gewerkschaftsführung immer wieder „Begründungen“ finden,

mit den älteren Kollegen abzuwiegeln, zum anderen den Gewerkschaftsführern die Demagogie erleichtert, daß das alles „Spinner“ und „Utopisten“ sind, die sowas fordern. Wenn wir heute als unmittelbares Kampziel für die Tarifrunde eine einheitliche, lineare Lohnerhöhung für alle anstreben, machen wir keine Abstriche von dieser „Utopie“, sondern gehen einen weiteren Schritt, um sie gemeinsam durchzusetzen.

Wenn die Lehrlinge auf Jugendversammlungen, Betriebsversammlungen, VK-Sitzungen und eventuell stattfindenden Gewerkschaftsversammlungen für den gemeinsamen Tarifkampf aller Arbeiter eintreten, gilt es auch zu fordern, daß weiterhin gemeinsame Tarifverhandlungen und Tarifverträge zustandekommen.

Ebenso gibt die Tarifrunde Gelegenheit, die Frage des Streikrechts für Lehrlinge verstärkt zu diskutieren. Dieses elementare Recht zur Verteidigung ihrer Lebenslage wird den Lehrlingen nicht nur von den Kapitalisten und der bürgerlichen Rechtsprechung verweigert; auch innerhalb der Gewerkschaft gibt es Widerstand dage-

Der OJA Hamburg hatte (welch lobliche Idee!) an den Gewerkschaftstag auch den Antrag auf Streikrecht für Lehrlinge gestellt; dieser Antrag wurde dem Vorstand wieder einmal nur als „Material“ überwiesen, kam also gar nicht zur Debatte!

Im Zusammenhang mit der aktuellen Bedrohung des Streikrechts der gesamten Arbeiterklasse, zum Beispiel durch das Schlichtungsabkommen, das die Gewerkschaftsführer mit den Kapitalisten eingegangen sind, oder durch die massiven Polizeieinsätze gegen streikende Arbeiter im vergangenen Jahr, ist die Frage des Streikrechts für Lehrlinge umso wichtiger.

Die Jungsozialdemokraten und ihr SDAJ-Anhang, die die Politik in den gewerkschaftlichen Jugendgremien heute ganz im Sinne der Gewerkschaftsführer betreiben, versuchen ständig, die materiellen Forderungen der Arbeiterjugend loszulösen von den politischen Aufgaben, die sich ihr heute stellen, und sie in das Programm ihres Parteilaufs zu integrieren.

Im Gegensatz dazu ist es Aufgabe der fortschrittlichen Gewerkschafter, auf den Zusammenhang zwischen materieller und politischer Lage der Arbeiterjugend ständig hinzuweisen.

Deshalb gilt es auch die wesentlichen Fragen, die sich aus den kapitalistischen Rationalisierungen, wie die Einführung der Stufenausbildung, ergeben, in diesen Tarifkampf hineinzuverknüpfen und zu diskutieren. Denn die Stufenausbildung ist nicht nur ein massiver Angriff auf das Bildungsniveau der Arbeiterklasse, sondern vertieft in der Folge auch die Spaltung in ihr und gibt den Kapitalisten die Möglichkeit zu einem weitreichenden Lohnabbau, sowohl speziell bei den Lehrlingen, als auch im weiteren bei breiten Teilen der gesamten Arbeiterklasse. Der Kampf gegen die kapitalistische Stufenausbildung ist somit eine weitere Aufgabe, die den Aufbau einer gemeinsamen Abwehrfront gegen die Angriffe der Kapitalisten erforderlich macht.

● Einheitliche, lineare Lohnerhöhung für alle Arbeiter, Angestellten und Lehrlinge!

- Gemeinamer Tarifkampf!
- Gegen den Abbau des Streikrechts der Arbeiterklasse, Streikrecht für Lehrlinge!
- Gegen den Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie, für eine konsequente Klassenpolitik in den Gewerkschaften!
- Kampf den kapitalistischen Rationalisierungen! Weg mit der Stufenausbildung!

Jugendkommission Metall
KB / Gruppe Hamburg



kritischer sehen lassen. Auf der anderen Seite werden die Lehrlinge es in diesem Jahr schwieriger haben, die Diskussion um die Metall-Tarifrunde überbetrieblich zu verbreitern.

Es muß damit gerechnet werden, daß die Gewerkschaftsführung aufgrund der Schlappen, die sie in der Vergangenheit auf Jugendmitgliederversammlungen hinnehmen mußte, keine derartigen Veranstaltungen durchführen wird.

Wir müssen dagegen nachdrücklich die Einberufung solcher Versammlungen fordern, auf denen die Gewerkschaftsmitglieder und interessierte Kollegen ihre Aufgaben diskutieren können. Auf der anderen Seite ist es notwendig, daß die Lehrlinge sich schon heute andere Formen für die überbetriebliche Diskussion überlegen, wie z.B. Rundbriefe, Kollegentreffen, Schülerberatungen und Blocklehrlingerversammlungen.

Die Gewerkschaftsführung setzt auch verstärkt die ihr willfährigen Betriebsräte und Vertrauenskörperleitungen ein, um die Aktivitäten der Jugendlichen zu erforschen: da ihr zwischenbetriebliche Aktivitäten von Jugendvertretern und -vertrauensleuten ein Dorn im Auge sind, sofern diese nicht über den Tisch und durch die Kontrolle der Gewerkschaftsführer gehen, schicken sie z.B. im Sommer Briefe an die Betriebsratsvorsitzenden verschiedener Betriebe, worin sie auf die Aktivitäten der dortigen Jugendvertreter einzugehen und die BR- und VK-Vorsitzenden zu einer Jugendveranstaltung einzuladen.

Dies geschieht sozusagen in „geheimer Absprache“, denn die betreffenden Jugendvertreter wurden darüber nicht informiert.

Auf der Versammlung sollten nach dem Willen der Gewerkschaftsführer die linken und kommunistischen Jugendlichen eins überbraten kriegen; die Linken erschienen aber nicht und ohne sie auch keine Kollegen!

Nicht zuletzt gehört auch das „Erniedrigungsgesetz“, das der gerade abgeschlossene Gewerkschaftstag der IGM für den Vorstand beschlossen hat (Ausschluß von „Extremisten“ ohne Verfahren), zu den Bedingungen, unter denen diese Tarifrunde stattfinden wird. Möglicherweise wird es seine „Glanzprobe“ schon in der nächsten Zeit bestehen...

Die Gewerkschaftsführung, die in das kapitalistische Stabilitätsgezeck voll

warum die Arbeiter sich zurückhalten müssen.

Aufgabe der Lehrlinge in dieser Tarifrunde wird es sein, stärker noch als im vorigen Jahr den Willen zum einheitlichen Handeln aller Arbeiter zu dokumentieren. Allen Spaltungsversuchen zum Trotz sollten aus den Diskussionen in den Betrieben einheitliche, lineare Forderungen für alle Arbeiter, Angestellten und Lehrlinge hervorgehen.

Spaltungsversuche sind es, wenn die Gewerkschaftsführer versuchen, die Kollegen der oberen Lohngruppen gegen die unteren auszuspielen, wenn sie versuchen, die unterschiedlichen Lehrlingslöhne aufrechtzuerhalten, „weil da doch Qualifikationsunterschiede sind“.

In der Auseinandersetzung um eine einheitliche, lineare Forderung gilt es auch das Interesse aller Arbeiter an einem existenzabsichernden Lohn für Lehrlinge deutlich zu machen.

Mit der Forderung nach einem Lehrlingslohn, der die finanzielle Unabhängigkeit der Lehrlinge gewährleistet, und die werktätigen Familien vor den zusätzlichen Kosten bewahrt, die eine Ausbildung ihrer Kinder verursacht, müssen wir auch einer rückständigen Haltung entgegenwirken, die bei vielen älteren Kollegen noch vorhanden ist: Diese Haltung geht von den eigenen meisen Erfahrungen aus, die die älteren Kollegen als Lehrlinge gemacht haben („Wir haben damals nur 5 Mark die Woche gekriegt“).

Wenn wir die damaligen Zeiten als Maßstab nehmen, sehen wir natürlich heute um einiges besser da; aber unser Maßstab liegt nicht nur in den Verbesserungen, die die Arbeiterbewegung in langem Kampf erreicht hat, sondern vor allem in der heutigen Lage und den anstehenden Aufgaben: Die Kapitalisten gehen verstärkt dazu, das Lohnniveau der Arbeiterklasse zu drücken, die Ausbeutung zu verschärfen. Ein gemeinsames Klasseninteresse, für das es zu kämpfen gilt, ist daher auch die Bezahlung sämtlicher Ausbildungskosten der jungen Arbeiter durch die Kapitalisten.

In der letzten Tarifrunde ist die Forderung nach existenzabsicherndem Lohn für Lehrlinge noch zu abstrakt in die Diskussion geworfen worden. Sie wurde teilweise als unmittelbares Kampziel in der Tarifrunde verstanden, was zum einen die Bemühungen um die Solidarität der Lehr-

linge so unterlagte die Gewerkschaftsführung beim Tarifkampf in Bremen-Unterweser den Lehrlingen die Teilnahme am Streik.

Auf diese Weise können die Lehrlinge zum Streikbruch eingesetzt werden, wenn sie dem Druck und den Erpressungen der Kapitalisten und ihrer Ausbildungsleitungen nicht standhalten.

Der „uneigennützig“ Retter Harms Hamburger Reeder kauft Ahlmann

„Fabrik gerettet“, wußte die „Bild“-Zeitung vom 9. September zu berichten.

Die Ahlmann-Carlshütte in Büdelsdorf hatte den Konkurs angemeldet (vergl. AK 49). 250 Arbeiter waren bereits entlassen. 1.400 weiteren drohte dasselbe. Da kam Harms!

Harms ist ein Altbau-Kapitalist. Als Schiffbau- und Bergungsunternehmer, als Reeder und im Apparatebau hat er sich schon mit Erfolg versucht. Immer hat er seinen alten „Job“ mit viel Gewinn ausgeübt. Zuletzt hatte er für viel Geld – die Summe ist nicht bekannt – sein Bergungsunternehmen nach Holland verkauft.

Ganz offensichtlich strebt er jetzt nach Höherem, denn Ahlmann ist bereits der dritte Betrieb, den Harms in diesem Jahr aufkauft:

– im März kaufte er die Velox-Werke in Barnstedt (Schleswig-Holstein). Die Büro-Möbel-Fabrik hat einen Jahresumsatz von 30 Millionen Mark.

– im Mai kaufte er die Pohlchröder GmbH in Dortmund (vgl. AK 44). Die Büromöbel-Fabrik mit 1.700 Beschäftigten hat einen Jahresumsatz von 120 Millionen Mark.

Auf diese Art hat sich Harms für ca. sieben Millionen DM die Hälfte des Marktes für Büromöbel in der BRD erworben, ein Markt mit Zukunft! Die Masche war in allen drei Fällen dieselbe. Alle Betriebe waren intakt, sie waren nur noch verschuldet und mußten den Konkurs und Liquidationsvergleich anmelden. Verhandlungen um die Weiterführung der Betriebe waren ge-

scheitert, die jeweiligen Länderegierungen wollten keine weiteren Bürgschaften für Kredite geben. Erst zu dieser Zeit trat offiziell der „Retter“ Harms auf die Bühne („Hamburger Abendblatt“). Er bot sich an, die Betriebe weiterzuführen, um die Arbeitsplätze zu retten, versteht sich. Für wenig Geld kaufte er dann kurz vor dem Bankrott.

Im Falle Pohlchröder hatte die „Rottung in letzter Not“ folgende für Harms erfreuliche Begleiterscheinungen: Dem Land Nordrhein-Westfalen verzichtete auf eine Bürgschaft von 11,66 Millionen DM aus dem Jahre 1973, Banken und Lieferanten verzichteten angesichts des finanzkräftigen Harms und der Hoffnung auf große Aufträge auf 9,5 Millionen DM Ansprüche. Pohlchröder und Harms profitierten also gleichermassen. Zur Aufhellung der Hintergründe dieser Rettungstat sei noch angemerkt: Bereits vor den Übernahmeverhandlungen waren Harms und Pohlchröder getreu zusammengetroffen (H. „Industriemagazin“ vom August 1974).

Im Falle Ahlmann profitiert Harms sich wiederum als Sicherer von 1.400 Arbeitsplätzen. Auch hier wieder auf Kosten unserer Steuergelder, denn das Land Schleswig-Holstein, Hauptgläubiger der Ahlmann-Carlshütte, hat in allerdings nicht genannter Höhe Schulden getilgt. Harms brauchte dafür nur die Weiterführung des gut laufenden Betriebes zu versprechen.

Metal-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Siemens will 6.000 Kollegen entlassen!

„Bereinigung“ im Fernmeldewesen der Elektroindustrie

Siemens will im Bereich des Fernmeldewesens ein Viertel der Beschäftigten „einplanen“, 6.000 Arbeiter und Angestellte sollen entlassen werden.

Grundlage dafür ist eine Bereinigungspolitik, die die großen Elektrokonzerne im Fernmeldewesen vorsehen. Die monatliche Zahl der Telefonanmeldungen stieg von 130.000 auf 50.000 im Bundesgebiet („Handelsblatt“ 11.9.74), während die Abmeldungen während des Telefonstillstands z.B. alleine in Hamburg im August 74 um 3.000 höher lagen als normal (d.h. doppelt so hoch). Diese Entwicklung kann man zu einem guten Teil auf die drei Gebührenerhöhungen der letzten drei Jahre, die Preissteigerungen bis zu 122 % erreichten, zurückführen.

Bei diesen Preissteigerungen und dem ständigen Abbau des Reallohn der Arbeiterklasse, muß es sich ein Arbeiter überlegen, ob er sich ein Telefon leisten kann oder nicht. Hier kann man eine Parallele zur Automobilindustrie ziehen, wo schon viele tausend Kollegen entlassen worden sind und auch kurzarbeiteten, die Autos auf Lager stehen, nicht weil der Bedarf an Autos gedeckt ist, sondern weil sich ein normal verdienender Arbeiter mit seinem Lohn und bei den Preisen gar kein Auto mehr leisten kann, obwohl er es vielleicht für den Arbeitsweg dringend brauchen würde. Genauso ist es in der Telefonbranche, denn hier steht die BRD international mit Telefonanschlüssen erst an 14. Stelle, d.h. der Bedarf an Telefonanschlüssen ist noch lange nicht gedeckt.

Die sich verschlechternde Lage der Arbeiterklasse ist eine der Ursachen für zunehmende Rationalisierungen

im Fernmeldewesen. Die andere besteht darin, daß eine neue elektronische Technik entwickelt wurde, das ELEKTRONISCHE WAHLSYSTEM (EWS), das die bisherige Edelmetall-Motor-Drehwähler-Technik (EMD) ablösen soll. Durch EWS sollen etwa 50 % des Personals eingespart werden. Das System soll innerhalb der nächsten zehn Jahre voll eingeführt werden. So ist z.B. die Kurzarbeit im Münchener Siemens-Werk (vergl. AK 49), nicht auf die schlechte Aufstellung, sondern auf die Umstellung auf die neue Technik und den Abbau alter EMD-Lagerbestände zurückzuführen.

Von einer Flaute bei Siemens kann allerdings nicht die Rede sein. Die Firma wird auch in diesem Jahr einen hervorragenden Geschäftserfolg aufweisen, die Dividende wird wiederum 16 % betragen. Der zum einen auf Siemens Monopolstellung, zum anderen auf seinen starken Kapitalexport zurückzuführen. Der größte Elektrokonzerne der BRD besitzt 45 % des Marktanteils bei der Bundespost, 45 % seiner Fernmeldegeschäfte wickelt er allerdings im Ausland ab. In 15 verschiedenen Ländern hat Siemens Fertigungsstätten für Fernsprechanlagen, davon 13 eigene Siemens-Fabriken. In Brasilien soll eine Fabrik für 2.500 Arbeiter gebaut werden, es liegen hier bereits Aufträge für zwei komplette Jahreslieferungen vor. („Handelsblatt“ 11.9.74)

Zunehmende Profitrücklagen im Inland will Siemens durch gesteigerten Kapitalexport aufwiegen. Diese „Bereinigung“ sollen die Arbeiter und Angestellten bei Siemens tragen. Neben der Kurzarbeit in einigen Werken (vergl. AK 49) werden jetzt überall

Entlassungen vorbereitet. Gleichzeitig wird bei Siemens ein neues Entlohnungssystem eingeführt. Dieses beruht auf der „Analytischen Arbeitsplatzbewertung“. Danach werden in der Bewertung z.B. die Ausbildung der Arbeiter relativ hoch bewertet, während körperliche Beanspruchung oder nervliche Strapazen (Monotonie etc.) sehr gering bewertet werden. Diese Einstufung garantiert den Kapitalisten eine Lohnsenkung in großem Umfang, denn etwa 82 % aller bei Siemens Beschäftigten sind ungelern, die meisten müssen monotone oder körperlich schwere Arbeiten verrichten.

In Hamburg pasierte aufgrund der Lage bei Siemens folgendes: Am 13. August fand eine Montagebesprechung für die Arbeiterinnen statt, auf der die Beschäftigungslage erläutert wurde. Der Montageleiter gab bekannt, daß nächstes Jahr nur noch für etwa 200 Kollegen der Montage Arbeit da ist, während momentan etwa 350 Kollegen in der Montageabteilung I arbeiten.

Mit einem Einstellungsstopp sei dieses „Problem“ nicht mehr zu lösen. Im Klartext: Siemens will entlassen.

Für die Entlassungen in Hamburg hat sich Siemens einen besonderen Trick ausgedacht: Es werden den Arbeiterinnen Kurse angeboten, in denen sie sich in vier bis sechs Wochen zur Phono- bzw. Stenotypistin oder zu acht Arbeitstagen zu Montierinnen ausbilden lassen können. Diese „Ausbildung“ sei freiwillig und wird als große berufliche Qualifikation verkauft. Tatsache ist allerdings, daß die hier erlangte Qualifikation betriebsbezogen ist und in anderen Betrieben nicht anerkannt wird.

In Wahrheit war das Kurs-Angebot ein übler Trick: die Geschäftsleitung hoffte, daß ältere Kolleginnen und Ausbilderinnen (wegen Sprachschwierigkeiten) diese Kurse gar nicht erst besuchen und die Segel streichen. So wurde auf der Montagebesprechung beispielsweise auch zugegeben: „Wir brauchen ohnehin nur sehr wenig Stenotypistinnen.“

Am 10.9.74 war dann eine Betriebsvollversammlung. Hier wurde zunächst über die Beschäftigungslage bzw. wirtschaftliche Situation im Fernmeldewesen kein einziges Wort verloren. Allerdings sprach eine Kollegin dieses Problem an, worauf der Montageleiter „lieblos“ auf dieses „leidige Thema“ antwortete. Er sagte, daß nächstes Jahr für ca. 240 Kollegen (von mittlerweile nur noch 300 Kollegen) noch Arbeit da sei. Die berühmten „natürlichen Abgänge“ waren also schon in größerem Maße als erwartet eingetreten. Die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren, zeigte hier bereits ihre Wirkung. Mit üblem Zynismus betonte er dann, daß in den kommenden Jahren keine Entlassungen vorgenommen würden, da sich das „Problem“ durch die „natürlichen“ Abgänge und dem wahrscheinlichen Rückgang der ausländischen Kolleginnen von allein lösen werde. Auch in Bezug auf die EWS-Technik werde man versuchen, Kolleginnen durch Kurse auch mit dieser Arbeit vertraut zu machen; die angebotenen Kurse seien also wirklich „nur zur Weiterbildung für die Frauen“ gedacht.

Zu den Massenentlassungen schwenken die Herren offiziell noch, sie wollen nicht vorzeitig mehr Arbeiter

verlieren, sondern erst im Rahmen ihres längerfristigen Rationalisierungsplans. Solange werden in einigen Bereichen kleinere Entlassungen vorgenommen, „natürliche Abgänge“ nicht ersetzt etc. Auf diese Weise hat bereits die Automobilindustrie tausende von Arbeitern arbeitslos gemacht. Wir müssen bereits frühzeitig die Pläne der Siemens-Kapitalisten bekannt machen und entlarven, um zum Aufbau einer Abwehrfront gegen ihre Angriffe beizutragen.

Entlassungen auch bei SEL (ITT), De-Te-We und T & N

Die „Bereinigung“ im Fernmeldewesen betrifft nicht nur Siemens, SEL/ITT entläßt 600 Arbeiter auf Außenmontage und führt seit Anfang September für 3.000 Beschäftigte Kurzarbeit durch.

Mit Massenentlassungen großen Ausmaßes arbeitet schon seit Jahresbeginn die TELEFONBAU & NORMALZEIT, T & N. 1.300 Kollegen (von insgesamt 22.000) wurden bereits entlassen oder nicht ersetzt, 800 weitere sollen in diesem Jahr noch folgen.

Bei DeTeWe in Berlin mußten bereits 1.000 Arbeiter kurzarbeiten, Entlassungen wurden durch die Übernahme der Fertigung von Computerteilen bisher nicht vorgenommen.

Betriebsstelle Siemens
KB/Gruppe Hamburg

VW: Massenentlassungen auf Raten

VW: Massenentlassungen auf Raten

Die 6. Kurzarbeitsperiode und die 9. Woche Kurzarbeit für 46.500 VW-Arbeiter vom 27.9. statt und bereits jetzt gibt es wieder Gerüchte, daß schon für den Dezember weitere Kurzarbeit geplant ist.

Mittlerweile sind auch weitere Einzelheiten über neue Entlassungen bekannt geworden. Dabei vollzieht die Geschäftsleitung einen weiteren Teil ihres Plans, die Belegschaft durch Massenentlassungen in Raten zu reduzieren. Immer wieder hatte Boss Loidig geschworen, VW würde nicht entlassen, man stelle nur nicht neu ein. Mit diesen Beschneidungen sind bis heute mittlerweile 8.000 der für das Jahr geplanten 12.000 Entlassungen vollzogen (auf 114.000 in allen Werken). Die jüngste Meldung lautet nun:

„Das Volkswagenwerk hält seit gestern nicht mehr an der Behebung fest, daß 114.000 Beschäftigte die angestrebte „Untergrenze“ darstelle. Die neue Untergrenze werde künftig darunter liegen.“ („Westfälische Rundschau“, 25.9.74).

Das bedeutet, daß bis zum Jahresende noch weit über 4.000 Arbeiter und Angestellte bei VW entlassen werden sollen. Allein bei den Angestellten und den Zeitarbeitskräften wollen die Bosse 10 % an Personalkosten sparen. Ebenfalls wiederbelehrt werden die sogenannten „Aufhebungsverträge“, nach denen wer (freiwillig) kündigt, je nach Alter und Betriebszugehörigkeit zwischen DM 5.000,- und DM 9.000,- erhält. Auf diese Art wurden im Juni bereits 3.500 Arbeiter entlassen; viele von ihnen sind heute noch arbeitslos. Sie bekommen ja der Regel erst nach langer Zeit Arbeitslosgeld, da sie „freiwillig“ gekündigt haben und durch die Kaskierung von Abfindungen keinen Lohnausfall hätten.

ten – so die Arbeitsämter! Im Betrieb mühen die Kapitalisten die Vernichtung der Beschäftigten weiter fort. Jüngster Fall in Hannover: 60 italienische Arbeiter erhielten einen Brief der Geschäftsleitung, in dem es hieß:

„... mit Sorge haben wir festgestellt, daß Ihre persönliche Abwesenheitsquote weit über dem Durchschnitt aller Werksangehörigen liegt. In einem persönlichen Gespräch... werden wir uns aber die Gründe Ihrer Abwesenheit unterhalten.“

Die Werksleitung hat bereits Entlassungen von „Krankmachern“ angedroht.

Weitere Kurzarbeit fand auch in den Werken Ingolstadt und Neckarsulm der zum VW-Konzern gehörenden Audi/NSU-Werk statt (vom 16.-27.9.) Für den Oktober ist erneut Kurzarbeit angekündigt.

Streik bei VW in Mexiko

Neben einer Reihe schon existierender Werke im Ausland, vor allem in Ländern mit niedrigen Löhnen, will VW weiteres Kapital exportieren. Die Pläne für ein Werk in den USA sind nicht aufgegeben, sondern zusätzlich einmal aufgeschoben. Verhandlungen um ein Werk im Iran sind bisher noch nicht abgeschlossen.

Doch in den Niedriglohnländern herrscht für die VW-Bosse nicht nur elter Sonnenchein. Mitte September traten in Puebla in Mexiko 12.000 VW-Arbeiter in einen Streik und stellten die Forderung nach Lohnerhöhungen von 22 % auf.

Metal-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

VFW-Fokker in Bremen:

Methodische Leistungsbewertung – objektive Leistungsbeurteilung?

Die vereinigten Flugtechnischen Werke (VFW-Fokker) in Bremen sind einer der größten Rüstungsbetriebe in der BRD. Sie sind beteiligt an der Herstellung des Mehrzweckkampfflugzeuges MRCA und der geplanten Weltumraumung „Spacecab“, außerdem bauen sie das Mittelstreckenpassagierflugzeug VFW 614.

Am 1. Juli ist in VFW in Bremen eine Betriebsvereinbarung über die methodische Leistungsbewertung für die „gewerblichen Mitarbeiter“ in Kraft getreten. Diese Vereinbarung, von dem BRD-Verband (BR) nicht nur mit eingeführt worden, sondern wird auch als „positiver Schritt zur objektiven Beurteilung“ angesehen, womit der BR diesen erneuten Angriff der VFW-Kapitalisten auf die Belegschaft zu bemerken versucht. Auf einer Betriebsversammlung kurz nach Einführung dieses Systems war von der Geschäftsleitung und dem BR auf die „positiven Erfahrungen“ im Zweigwerk Vahrel hingewiesen worden.

Wenn man die Inhalte dieses Systems aber genau untersucht, wird man feststellen, daß es sich dabei um einen Akt der verschärften Disziplinierung und noch weiteren Spaltung der Belegschaft handelt.

Bislang wurde auf den Tariflohn eine unterschiedlich hohe außertarifliche Zulage gezahlt, wobei die Zulage natürlich als Instrument zur Spaltung benutzt wurde. Das kam schon in der Tarifrunde Anfang dieses Jahres zum Ausdruck, als es gerade bei VFW zu scharfen Auseinandersetzungen mit Streikbrochern kam. Nach dem neuen System ist sich diese AT-Zulage auf in eine Gruppenzulage (für alle Arbeiter einer Tarifgruppe gleich) und eine „persönliche Zulage“, deren Ergebnis

von der „methodischen Leistungsbewertung“ abhängig ist. Damit wird die Spaltung in einem System festgeschrieben, wobei die einzelnen Kollegen zu Gruppen zusammengefaßt und hier in einer Rangfolge von 10 Stufen bewertet werden. Gleiche Plätze sind ausgeschlossen, so daß jeder „besser“ oder „schlechter“ sein muß als seine Kollegen. Die Bewertung ist abhängig von vier „Beurteilungsmerkmalen“:

- Menge und Umfang der Arbeit
 - Arbeitsgröße
 - Wirksamkeit (Umgang mit Maschinen)
 - Zusammenarbeit
- Bei nicht die Gewichtigkeit der ersten beiden Merkmale zu den letzten beiden im Verhältnis 3 : 2. Die 20 Punkte werden nach einem bestimmten Häufigkeitsverhältnis (ist in der Betriebsvereinbarung nicht mit anhalten) aufgeteilt in 7 Stufen von DM 0,00, DM 0,25 ... bis DM 1,50! Die Einstufung wird vorgenommen von direkten und nächsthöheren Vorgesetzten unter „Hinzuziehung eines Sprechers der Gruppe, soweit diese es wünscht!“ D.h. die vom BR angegriffene „objektive Beurteilung“ wird wie bislang von den Handlangern der Geschäftsleitung durchgeführt!

Aber das System soll ja noch mehr Vorteile bringen, nämlich mehr **Mitbestimmung!** Dazu gibt es eine „parteiliche Leistungsbeurteilungskommission“, die die Anwendung „überprüfen“ und „beurteilen“ darf, die Durchführung „überwacht“, Vorschläge zur Verbesserung macht, aber auch „entscheidet“, allerdings nur über Anträge zur Neueinstufung. So erweitert sich auch die „Mitbestimmung“ als Wink!

Eine besondere Sauerz ist in der Anlage 3, Teil der Betriebsvereinbarung, enthalten. Da heißt es: „Ergibt sich eine Leistungsbeurteilung, die unter seinen bisherigen Zulagen liegt, wird die Differenz als Sonderzulage ausgewiesen“ und weiter: „Die Sonderzulage wird schrittweise durch kollektive und individuelle Maßnahmen aufgehoben.“ Im Klartext heißt das: Um den Widerstand gegen dieses System im Griff zu behalten, kriegt im Augenblick keiner weniger als bisher. Bloß der Kollege geht bei der nächsten Teilerhöhung oder fälligen Höherstufung leer aus!

An diesen Punkten kann man schon sehen, was die VFW-Kapitalisten mit der Einführung dieses Systems bezwecken: Durch die Aufteilung von „Rangreihen“, in denen man sich nach Häufigkeitsverteilung sich nur auf Kosten seiner Kollegen verbessern kann, werden die Kollegen in ständiger Konkurrenz gehalten, schließlich wird jedes Jahr einmal eingestuft. Das bedeutet eine weitere

Spaltung der Kollegen und damit eine Schwächung ihrer Kampfkraft.

Der zweite Aspekt ist eine verschärfte Disziplinierung jedes einzelnen, man muß stets Angst haben, bei der nächsten Einstufung schlechter wegzukommen.

Das hat gerade für einen Rüstungsbetrieb wie VFW eine besondere Bedeutung, denn diese Betriebe brauchen eine „krisenfesten“ und ruhige Belegschaft.

Das Leistungsbewertungssystem wird aber auch in kommenden Tarifzusammensetzungen eine große Rolle spielen, denn wer streikt Spiel für 50 oder 60 Pfennig, wenn er damit DM 1,50 „Zulage“ auf sein Gehalt setzt? Go zu Schweigen von spontanen Lohnkämpfen oder anderen Auseinandersetzungen!

Aber die Kollegen bei VFW haben sich mit der Einführung des Leistungsbewertungssystems noch nicht abgefunden, sie haben sogar erste Schritte unternommen, die dieses System zu Fall bringen sollen. Nachdem die ersten Einstufungen heraus waren, bildete sich ziemlich spontan eine Bewegung mit der Richtung: Das Leistungsbewertungssystem muß weg! Eine Unterschriftensammlung mit der Forderung nach einer außerordentlichen Betriebsversammlung für die rund 8.500 Arbeiter (außerdem sind fast 2.500 Angestellte im Bremer Werk beschäftigt) brachte in zwei Tagen über 200 Unterschriften, daraufhin stimmte der BR sofort zu (damit nicht noch mehr Kollegen in die Sache einbezogen werden könnten).

Die Aufgabe der Kommunisten und anderen fortschrittlichen Kollegen bei VFW muß es nun sein, auf dieser Betriebsversammlung klar darzulegen, welche Ziele die VFW-Kapitalisten mit der Einführung dieses Systems bezwecken, um die spontane Empörung der Kollegen in ein bewußtes Abwehren dieses Angriffs umzusetzen. Dabei gilt es, auch die Angestellten und die Kollegen in den Zweigwerken frühzeitig mit in den Kampf einbeziehen, denn nach der Strategie der VFW-Kapitalisten soll nach und nach der ganze Konzern mit diesem Bewertungssystem „beglückt“ werden. Versichert werden dürfen auch nicht die sozialdemokratischen Betriebsräte, die sich wieder einmal zu einer „vertrauensvollen Zusammenarbeit“ mit den Kapitalisten zusammengelassen haben. Ziel dabei muß es sein, bei den BR-Wahlen im nächsten Frühjahr solche Leute zu ersetzen durch Kollegen, die eine Betriebspolitik im Interesse der Belegschaft vertreten!

Ein Genosse der
Sympathisantengruppe
des KB in Bremen

Leumbrief

Rechtsschutz durch Gewerkschaft?

Wie frech und offen Gewerkschafts-funktionäre gegen die Interessen ihrer Mitglieder handeln und versuchen, solidarische Aktionen zu verhindern, zeigt folgende „Rechtsberatung“, die sich vor einiger Zeit von einem Gewerkschaftsfunktionär (HVV) erhielt.

Folgendes war passiert: von Kolleginnen aus der Buchhaltung hatte ich gehört, daß ein Konkurs der Firma, in der ich arbeite, in nächster Zeit sehr wahrscheinlich war. Es schien fraglich, ob Löhne und Gehälter (Inkl. Urlaubsgeld) für Juni noch ausbezahlt würden. Ich bin daraufhin zur HBV-Rechtsstelle ge-

gangen, um mich über Kündigungsfristen, Anspruch auf Urlaub, Urlaubslohn etc. zu informieren.

Nachdem ich dem Gewerkschaftsfunktionär die Situation geschildert hatte, fiel er mir dringend, keinem weiteren Kollegen von der eventuell bevorstehenden Pleite zu erzählen.

Mit haargenau den gleichen Methoden wie die Arbeitgeber, nämlich offener Drohung einerseits und Lockung durch den Anreiz von Geld andererseits, versucht hier „unsere“ Interessensvertretung, die Gewerkschaft, uns zu spalten und gegeneinander auszuspielen.

IMMER NESSUM

Arbeiterkampf

Herausgeber — Druck — Verlag
J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF
2. Hamburg 13, Rutschbach 38, veranm.
Redaktionsrat: Kai Ehlers, Auslieferung:
Verkaufspreis: 50 Pfg., Verlagskonten:
Dresdener Bank, Kto. Nr. 431 8378
J. Reents, und Postcheckkonto Ham-
burg Nr. 240 598, J. Reents

Dieser Artikel beschäftigt sich mit der Frage der Defizite bei der Bundespost und beleuchtet die unserer Meinung nach wichtigsten Aspekte. Das soll in einem der nächsten AK fortgesetzt werden soll einer speziellen Untersuchung der Rationalisierungsmaßnahmen sowie der Haltung von Gewerkschaftsführung und Sozialdemokratie dazu.

Wie in der gesamten übrigen Wirtschaft, so rollt auch bei der Bundespost die Rationalisierungswelle. Dort allerdings werden gerade zaghaft die ersten Schritte getan, das angestrebte Ausmaß dieser Politik ist für die Postkollegen jedoch kaum erkennbar. Durch falsche und unvollständige Informationen schaffen Bundespost und Deutsche Postgewerkschaft (DPG) Illusionen, die die Folgen dieser Politik für die Kollegen verheimlichen. So wird seit einigen Jahren die Rationalisierung als unumgänglich, weil gesellschaftlich notwendig und produktivitätssteigernd – und damit fortschrittlich dargestellt. Als Begründung dienen die ständig steigenden Defizite der Bundespost. Sie zeigen, deutlich, wie in Zukunft der Hebel für eine Gesundung der Bundespost auszuheben ist beim Personalbestand. Ohne durchgreifende, arbeitskräftsparende Rationalisierung wird sich die Schere zwischen zwar steigenden Einnahmen, aber wesentlich stärker expandierenden Kosten immer weiter öffnen („Süddeutsche Zeitung“ v. 1.7.74).

Diese Defizite sind in den einzelnen Dienstleistungsbereichen unterschiedlich. Im Jahre 1971 ragten dabei vor allem folgende Bereiche heraus:

Paketdienst: 702,6 Mio DM
Zeitungsdienst: 517,7 Mio DM
Briefdienst: 469,4 Mio DM
Päckchendienst: 208,9 Mio DM

In diesen Bereichen werden die durch Beförderung, Zustellung usw., verursachten Kosten im Durchschnitt nicht durch die Postgebühren gedeckt. Es kommt zu roten Zahlen. Gerade diese besonders defizitären Bereiche werden überwiegend von Wirtschaftsunternehmen genutzt. Der Paketdienst beispielsweise dient zu 60 % direkt den Kapitalisten („FR“ v. 8.11.72), insbesondere dem Versandhandel (Quelle, Neckermann, Otto etc.). Darüber hinaus nutzen diese Kapitalisten die Bundespost natürlich auch dann, wo sie ihre Waren selber billiger an den Mann bringen können. Die Versandriesen haben in den Ballungszentren eigene Beförderungs- und Zustellnetze eingerichtet. Im Bayrischen Wald etc. hingegen greifen sie auf die Dienste der für

Rationalisierung bei der Deutschen Bundespost

so billigeren Bundespost zurück. Die Kataloge des Versandhandels werden überall durch die Post zugestellt, weil deren Gebühren weit unter den durch den besonders großen Arbeitsaufwand bedingten Kosten liegen. Auch der Zeitungsdienst steht vorwiegend im Dienste der Großverlage (Springer, Bertelsmann etc.). Dieses Defizit wird im Einzelnen nach politischen Überlegungen gestaltet in einer „gemeinsamen Kommission“ die aus Vertretern des Postministeriums (BPM) und der Zeitungs- und Zeitschriftenverleger besteht. deren Aufgabe ist es, „zu prüfen, wie die Zahl der zum Postzeitungsprodukt zugelassenen 7.600 Verlagsprodukte verringert werden kann“ (Horn Ehmke).

An der Briefpost haben Werbung und Geschäftspost den größten Anteil. Die Gestaltung der Gebühren auch auf diesem Gebiet und als gezielte politische Maßnahmen zu sehen. „Mit Sicherheit wird diese politische, nicht der gegenwärtigen Wirtschaftssituation (Preissteigerungen) adäquate Gebührenerhöhung die Werbekraft besonders der kleinen und mittleren Unternehmen beeinträchtigen“ (Pressemitteilung der Firma „A-Z Direkt-Marketing-Adressen-Zentrale“). Auf der anderen Seite schiebt die Post mit einigen großen Firmen wie z.B. Neckermann besondere Kooperationsabkommen ab im Rahmen solcher Vereinbarungen „wird von der Post ein gewisser Kostenzuschlag gewährt“ (Presseabteilung der Firma Neckermann).

Beim Päckchendienst sieht es ähnlich aus.

Gerade die von den Kapitalisten besonders genutzten Versendungsarten (Druckachen, Messendruckachen, Briefdruckachen, Warensendungen usw.) werden von der Post schon allgemein durch besonders niedrige Gebühren begünstigt. Diese Gebühren sind nicht kostendeckend, sondern werden von der Post direkt als „politische Gebühren“ bezeichnet.

In den Defiziten der Bundespost und auch im Einzelnen in der Gebührenerhöhung werden allgemeine ökonomische Interessen der Kapitalistenklasse durchgesetzt. Zweifellos wird die Post kaum ein gewinnträchtiges Unternehmen nach privatwirtschaftlichem Muster sein können, dazu ruhen zu viele politische Lasten auf ihr. „Süddeutsche Zeitung“ vom 1.7.74: Die Defizite sollen also gar nicht angesetzt werden, sondern vielmehr

unter politischen Gesichtspunkten gezielt im Interesse der Kapitalisten gestaltet werden. Sinnen besonders zynischer Ausdruck findet dies in der „FAZ“ vom 4.12.73, einem wichtigen Sprachrohr der Kapitalistenklasse: „Die Post hat ihren Benutzern schon zu manchen Schicksalsschlägen geschlagen, am übelsten (!) hat sie jedoch den Besitzern von Autotelefonen (!!) mitgespielt.“ Auch hier hat es nämlich Gebührenerhöhungen gegeben.

Das Fernmeldewesen ist übrigens der einzige Bereich der Bundespost, in dem die Einnahmen größer sind als die Ausgaben. Hier wird also ein Plus erwirtschaftet. Deshalb fordern die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHT) und der Verband der Postbenutzer auch eine Privatisierung dieses Bereiches und eine stärkere Subventionierung der Defizite aus Steuermitteln. Die Gewinne sollen also in die Hände der Kapitalisten übergeben werden – auf der anderen Seite soll die Politik der Defizite aus Lohnsteuergeldern finanziert werden!

Als Dienstleistungsunternehmen ist die Bundespost für die Kapitalisten unentbehrlich. Als Auftraggeber jedoch ebenfalls. Sie gehört neben Bundeswehr und Bundesbahn zu den größten öffentlichen Auftraggebern für die Wirtschaft. Die folgende Tabelle stellt die Ausgaben der Bundespost für Lieferungen und Leistungen der Industrie im Jahr 1972 dar (in Millionen DM).

Linien und Leistungssatz	2764,9
Fernsprechanlagen	3033,5
Telegrafie, Funk und Fernmelde-technik	594,0
Hochbau	1298,4
Dienstausstattung	462,1
Kraftfahrzeuge	246,7
Kraftstoff/Kfz	82,8
Druckereizugnisse	188,5
Bahnpassagen, Postbeförderungsanlagen, Handfahrzeuge, Einrichtungen des Postcheck- u. Sparkassendienstes	82,8
Mieten für Maschinen des Betriebs- und Verwaltungsdienstes	68,2
Insgesamt in Mio DM	8821,9

(aus Wirtschaftsbericht der DBP für 1972)

Allein für Produkte des Fernmeldewesens vergab die Post 1972 Aufträge in Höhe von rund 6,4 Mrd. DM. „Aufträge über Fernmeldeerzeugnisse gehen – branchenstrukturell bedingt – an großindustrielle Unternehmen“ (R. Meierow). Das sind etwa ein Dutzend (Siemens, AEG-Telefunken, DTW, T + N usw.).

Jede dieser Firmen ist jeweils auf bestimmte fernmelde-technische Produkte spezialisiert. Deshalb brauchen sie auch kaum um die Aufträge der BP zu konkurrieren, solange sie ihr Spezialgebiet nicht verlassen. Das macht sie sehr frei in der Preisgestaltung nach oben.

Im Rahmen der Auftragsvergabe ist die Bundespost „an der Durchsetzung wirtschaftspolitischer Ziele der Bundesregierung in hervorragender Weise beteiligt.“ Sie verwirklicht die Interessen der Kapitalistenklasse, indem sie die Monopolisierung unterstützt und gezielt Aufträge dorthin vergibt, wo die Profitmöglichkeiten am größten sind. Allein im Jahre 73 vergab sie Aufträge in Höhe von 1 Mrd. DM nach West-Berlin. Neben den politischen Absichten, die dabei verfolgt werden, sind die Kapitalisten dort zusätzlich noch mit Steuervorteilen begünstigt.

Die Defizite der Post haben zur

Baden-Württemberg: 20.000 Metaller in Warnstreiks

Im letzten Herbst hatten die Metaller Baden-Württembergs zur Durchsetzung des Lohnrahmentariffsvertrags II gestreikt. Das schließliche Ergebnis – von den Führern der IGM mit den Kapitalisten von Gesamtmetall ausgehandelt – war denkbar mager.

In den folgenden Monaten zeigte sich jedoch, daß die Kapitalisten nicht mal diesen „Verhandlungskomproß“ voll anzuwenden bereit waren, sondern Teile davon einfach ignorierten. Die vertraglich festgelegte Verdienstabstufung für Arbeiter über 55 Jahre wurde von den Kapitalisten nicht eingehalten.

Über diesen Punkt wird darum bereits seit Monaten verhandelt. Aus Anlaß einer erneuten Verhandlung wurde protestiert am 24. September rund 1000 Metaller im Mannheimer Raum (davon 1.500 bei BHC) mit halbstündigen Warnstreiks

Folge, daß sie sich in großem Umfang verschulden muß. Diese Verschuldung stieg von 5,74 Mrd. DM im Jahr 1960 auf 36,15 Mrd. DM im Jahre 1973. Das entspricht einer Steigerung von 630 %. 1974 werden die Schulden erneut um 8,17 Mrd. DM auf insgesamt 44,32 Mrd. DM steigen. Dieser enormen Verschuldung begegnet die Bundespost mit der Aufnahme von Krediten und der Ausschreibung öffentlicher Anleihen. Allein 1971 betrugen die Zinsen (!) dafür 2,24 Mrd. DM. Und die Finanzkapitalisten reiben sich die Hände!

Doch die Zummenschiebung zwischen Bundespost und Kapitalisten geht noch weiter. So wurde in der Vergangenheit ein bestimmter Fernsprechatteparat wieder aus dem Verkehr gezogen, weil bei ihm der Verschleißfaktor zu niedrig war. Er ging einfach nicht kaputt und wurde deshalb durch eine andere Ausführung ersetzt, die schadensanfälliger war.

Für besondere Verdienste bei der Durchsetzung ihrer Interessen zeigen sich die Kapitalisten auch erkenntlich. So soll Staatssekretär Elias (BPM), zuständig u.a. für die Auftragsvergabe im posttechnischen Bereich, einer der Hauptproduzenten dafür ist die Firma Siemens AG) belohnt werden mit einem Sitz im Vorstand der Firma Siemens („Stern“ 27/74). Auf jeder Seite die richtige Rolle – als Marionetten der Kapitalistenklasse!

Postgruppe des KB
Gruppe Hamburg

gegen die Willkür der Kapitalisten.

Am 25.9 beteiligten sich bereits über 20.000 Kollegen an den befristeten Proteststreiks. 4.000 bei Daimler-Benz in Mannheim, 2.000 in den Motorenwerken Mannheim, 2.500 bei Bopp & Reuther, 4.500 in der Zahnradfabrik Schwäbisch Gmünd, 4.000 bei Daimler-Benz in Gagnau, 900 bei Singer in Karlsruhe und 400 bei den Dreiwerken (Angaben nach „UJ“ vom 26.9.74).

Nachdem die Verhandlungen zwischen Gesamtmetall und IGM zunächst am 25.9.74 für gescheitert erklärt worden waren, ließen die Tarifpartner am Abend des 26. September bereits über Fernschreiben mitteilen, daß man nun doch wieder eine Lösung auf dem Verhandlungswege herbeiführen werde.

Metall-Komitee, KB/Gruppe Hamburg

Texaco - Hamburg

Herr Obes macht „Kompromisse“

Am 19.9.74 fand vor dem Landgericht Hamburg der Prozeß des Kollegen Kynast (Betriebsrat der Texaco-Hampverwaltung) gegen Herrn Obes statt. Dieser Obes hatte Anfang des Jahres mit tatkräftiger Unterstützung der IG-Chemie-Führer vor dem Betrieb des Kollegen Kynast - Texaco - ein Pamphlet vertreiben lassen. Darin wurde über die Hetze gegen den Kollegen Kynast verbreitet, weil dieser ein wesentlicher Träger der linken Betriebsarbeit bei Texaco ist. Kynast wurde als „Herr Kynast verteilte ein Flugblatt, welches bedauerlich ist, daß dieser Mann Gewerkschaftsmitglied und Betriebsratsvorsitzender ist.“ Und „Sie sollten sich merken, Herr Kynast, Sie sind nämlich... Aber lassen wir diese Feststellung lieber Elms stehen und über doch fragen: Sind Sie krank, Herr Kynast?“ ...

Darüber Schweigen weiterhin zu behaupten, hat Obes durch eine Einzelweilige Verfügung verboten worden. Gegen dieses Verbot hat Obes durch den schon seitdem bekannten Anwalt Weiland/Partner Widerspruch eingelegt. Er könne noch weitere ähnliche Behauptungen hinausfressen und habe schon gar nichts zurückzunehmen. Dieser Widerspruch war uns Gegenstand einer stündlichen Verhandlung vor dem Landgericht gewesen.

Sie wollen doch beide zum Wohl der beidseitigen Gewerkschaftsarbeit machen. Da ist es nicht sinnvoll, die bei allen Unterschieden eventuell noch vorhandenen Brücken zwischen Ihnen zu zerstören. Sie sollten die bestehen. Die Risse durch eine Streitige Verhandlung nicht noch unnötig vertiefen. Wenn Sie starke Kampferfähigkeiten verspüren, haben Sie ja wohl anderweitig genug Streitigkeiten.

Kollege Kynast war zum Abschluß eines Vergleiches auch durch aus bereit für ein akzeptables Vergleich hätte allerdings, wenn auch indirekt, zum Ausdruck bringen müssen, daß Obes die von ihm aufgestellten Behauptungen nicht mehr aufrecht erhält. Denn wenn Obes sich lediglich bereit erklärt hätte, ihre Verbreitung zu unterlassen, so hätte er immer noch sagen können: Ich darf die Behauptungen zwar nicht verbreiten, aber wahr sind sie trotzdem.

Auch Obes ließ durch seinen Rechtsvertreter Klooß (ehemalige SPD-Funktionär in St. Georg) erklären, daß er nicht „jeglichen Kompromiß“ ablehnen würde.

Der dann von Obes angebotene „Kompromiß“ war aber gar kein „Kompromiß“. Obes erklärte sich nämlich bereit, Behauptungen zu unterlassen, die er gar nicht aufgestellt hätte. Das sah z.B. so aus: In seinem Schweinspapier hatte Obes behauptet

„... der Kollege Kynast „arbeitet mit Chaoten zusammen.“ Im Prozeß erklärte Obes sich dann großzügigerweise bereit, er wolle nicht mehr behaupten, Kollege Kynast sei „mit Arbeiter der Chaoten.“ Die ursprüngliche von ihm behauptete „Zusammenarbeit“ stellt Obes damit natürlich keineswegs in Frage. Was daran ein „Kompromiß“ sein soll, ist völlig schleierhaft.

Klar wird aber, daß Obes auch mit allen Mitteln die Möglichkeit offen halten will, linke Kollegen als „Chaoten“ zu diffamieren. Der Kollege Kynast war sehr richtig darauf hin, daß Obes damit bewußt in den allgemeinen Sprachgebrauch dieses Wortes anknüpft, wonach „Chaoten“ eben notorische Kapitalmischer, destruktive Elemente (Volksschädlinge?) sind, und daß Obes die innerbetriebliche Auseinandersetzung offenbar lieber durch das Umwehnen mit antikomunistischem Schmutz und Schund, als mit sachlichen Argumenten führt.

Sein Advokat Klooß wußte hier auf auch mit dem schwachen Winkeln zu antworten, daß dieser Begriff bei Texaco einen konkreten Inhalt hätte. Die Kollegen dort wollten sehr genau, daß damit der KB und sonst niemand gemeint sei (!) Von Diffamierung könne deshalb keine Rede sein.

Am Schluß sagte Klooß dann auch, daß Obes diese Behauptung nicht unterlassen werde, da „Chaot“ eine „übliche Bezeichnung“ für links von der DKP abweichende Gruppen sei.

Besonders „kompromissbereit“ zeigte sich Obes hinsichtlich seiner Frage: „Sind Sie krank, Herr Kynast?“

Er ließ durch seinen Anwalt vortragen, erstens hätte er nicht die Absicht gehabt (!), die „geistige Gesundheit“ des Kollegen Kynast in Frage zu stellen und zweitens sei aus dem Zusammenhang seines Flugblattes deutlich geworden, daß es nur (!) an dem gesunden politischen Verstand des Kollegen Kynast zweifel

haft ist zunächst einmal, daß Obes in seinem Flugblatt seine Diffamierung so gebracht hat, daß der Leser den Eindruck gewinnen mußte und sollte (!), Kollege Kynast sei „nicht ganz dicht.“ So ging es auch dem Richter. „Sie (Obes) müssen doch sehen, daß etwas argwöhnisch nicht so richtig paßt.“

Von Kompromiß also wieder keine Spur. Statt dessen eine nachträgliche Interpretation der alten Diffamierung.

Aus der Art des von Obes/Co. vorgeschlagenen „Kompromisses“ kann man aber entnehmen, daß Sozialdemokraten auch mit dem Mittel der überhöhten persönlichen Diffamierung alle Anlässe einer klamenbewußten Betriebsratsarbeit in den Betrieben nach Möglichkeit zu zerstören versuchen. Das hat Klooß zwar nicht offen ausgesprochen, weil das taktisch unklug wäre, aber die Praxis der IG-Chemie-Führer und die sehr ausgefeilten Formulierungen der „Kompromisse“ beweisen das. Bei diesen Manövern der Gegenseite war natürlich klar, daß ein Vergleich zwischen Kynast und Obes nicht zustande kommen konnte (über die Aufrechterhaltung der Einzelweiligen Verfügung wird jetzt durch Urteil entschieden. Die Entscheidung wird Ende Oktober verkündet).

Daran konnte auch das dauernde Bemühen des Richters um eine „friedliche Lösung“ nichts ändern. Der alte Herr machte immer wieder neue „Kompromißvorschläge“, um die Sache mit möglichst wenig Arbeit für ihn selbst über die Bühne zu bringen. „Herr Obes rückt von der Behauptung ab, daß...“, „Herr Obes hält die Behauptung, Herr Kynast arbeite mit Chaoten zusammen, nicht mehr aufrecht“, „Herr Obes nimmt Abstand...“ und und und.

Und weil das nicht geklappt hat, war auch schließlich enttäuscht, daß die Sache ihn jetzt doch noch Arbeit machen wird. „Sie, meine Herren, dann werden Sie eben noch in einigen Monaten darüber streiten müssen, wer wann als „Chaoten“ bezeichnet hat, und ob Herr Kynast an krankhaftem Verfolgungswahn leidet. Welchen Nutzen das denn auch haben soll, ist jedenfalls äußerst unklar.“

Klar geworden ist jetzt schon

Folgendes: Solche schwinischen Angriffe unter der Überschrift, wie sie Obes gebracht hat, sind mit Sicherheit keine individuellen Fehlurteile einzelner besonders reaktionärer Sozialdemokraten, sondern „offizielle“ Mittel der Gewerkschaftsführung im Kampf gegen die Linken in den Gewerkschaften.

Obes protestiert gegen Kynast keineswegs als Privatmann. Vielmehr übernimmt er hier nur einen Part in der offiziellen Strategie der Sozialdemokratie im Vernichtungskampf gegen links. So ist es auch kein Zufall, daß die rechtsanwaltliche Vertretung des Herrn Obes von einem SPD-Funktionär übernommen wurde. Das erspart Herrn Obes die üblicherweise recht hohen Anwaltskosten. (Daß auch die SPD-Anwaltskanzlei bei solchen Prozessen nicht zweifelt, dafür sorgt schon das Gestrüpp und durchdringliche Querverbindungen zwischen SPD- und Gewerkschaftsbürokratie – immer frei nach der Devise: Eine Hand wäscht die andere).

Wie abhängig auch der Richter von der in Hamburg als überwachenden SPD-Bürokratie ist, zeigt die Tatsache, daß er die völlig halloosen durch überhaupt nichts bewiesenen Diffamierungen des Herrn Obes nicht unwunderbar zurück wies, sondern sich – auf der Suche nach einem „Kompromiß“ – gezwungen sah, wie ein Ass.

Prozeß-Berichter war am Oben auch Herr V. Kodolich, IG-Chemie-Sekretär und zuständig für die Koordinierung der Kommunisten-Jagd in der Hamburger IG-Chemie. Dieser Vogel hatte vor allem die Aufgabe, durch seine bloße Anwesenheit zu verhindern, daß Obes irgendwann kalte Füße bekommen und Kompromisse eingehen würde. Die Herrn V. Kodolich nicht in sein Konzept der kompromisslosen Hetze gegen die Kommunisten passen werden. Nicht zufällig wurde V. Kodolich (als der eigentliche Drahtzieher der Diffamierungskampagne gegen die Texaco-Linken) in die Pau anberaumung der Obes-Sache mit einbezogen.

IKAB (Arbeiterhilfe)

Glashütte Hirschberg: Kollegen aufs Glatteis geführt

Nach mehrwöchigen Auseinandersetzungen um die Erhaltung des in Konkurs gegangenen Kristallglaswerks Hirschberg in Stadt Allendorf (Hessen), wurde am 14./15. September beschlossen, das Werk als Genossenschaft fortzuführen.

Der bisherige Besitzer Hasefeld, der das Kristallglaswerk 1972 vom VEB-Konzern gekauft hatte (dieser wollte schon damals das Werk stilllegen), hatte am 30. Juli Konkurs angemeldet, nachdem die Jahresbilanz von 1973 einen Betriebsverlust von 1,4 Mio DM auswies und sich kein Käufer bereit fand, das Werk zu übernehmen.

Die überwiegende Mehrheit der im Glaswerk beschäftigten 180 Kollegen war aber nicht gewillt, sich kampflos den Arbeitsplatz rauben zu lassen, zumal im nordhessischen Grenzgebiet zur DDR ohnehin bereits eine Arbeitslosenquote von 5% besteht.

160 Kollegen erklärten ihren Willen, das Glaswerk in eigener Regie fortzuführen und unterstützen diesen Willen durch teilweise „illegale“ Aktionen. So stellten die Kollegen bereits einen Tag nach der Anmeldung des Konkurs wichtige Produktionsmittel wie Formen, Diamantschleifgeräte und Designpläne sicher und organisierten eine Wache rund um die Uhr, um eine Ausplünderung des Werks zu verhindern. Diese Maßnahmen waren notwendig geworden, weil Hasefeld entgegen früheren Zusicherungen den Versuch unternommen hatte, wertvolle Modelle aus dem Werk zu entfernen.

Außerdem forderten die Beschäftigten von der hessischen Landesregierung die Übernahme einer Kreditbürgschaft, die sie nicht schlechter stellen dürfte als minierender den Kapitalisten Hasefeld, der bei einem Eigenkapital von 50 000 DM eine Landesbürgschaft in Höhe von 2 Mio DM erhalten hatte. Die Beschäftigten selbst konnten zu diesem Zeitpunkt eigene finanzielle

Mittel in Höhe von 150 000 DM aus einem VEB-Resortplan und eine Bürgschaftsbekräftigung der Belegschaft in Höhe von 160 000 DM vorweisen.

Nach wochenlanger Hinhalte-Taktik wurde diese Forderung von der Landesregierung mit Hinweis auf die schlechte wirtschaftliche Situation der Glashütte abgelehnt. Weiter erklärte der hessische Wirtschaftsminister Karry, daß ein Zuschuß von 500 000 oder

wärtigen wirtschaftlichen Krisensituation, den zahlreichen Entlassungen usw. — auch andere Belegschaften zu einer „Unterschätzung unternehmerischer Funktionen“ (FR 14.9.74) kommen könnten, das kapitalistische „Bürgertum“ in Frage stellen und den Versuch machen könnten, die Führung des Betriebs in die eigenen Hände zu nehmen. Auch wenn solche Versuche innerhalb des Kapitalismus



Demonstration der Kollegen der Glashütte Hirschberg gegen die Verweigerung einer Landesbürgschaft

700 000 DM den Richtlinien der EG widersprechen würde, da diese nur einen Finanzierungssatz von 25 % zulasse. Diese Behauptung ist angesichts der Finanzierungspraxis der Landesregierung gegenüber dem früheren Glaswerk Bentzer Hasefeld der reinste Hohn. Vor allem ging es der Landesregierung aber wohl darum, daß, wie Karry sagte, „eine Abwertung von der bisherigen Linie zur Folge“ hätte, „daß auch andere Betriebe einen solchen Anspruch geltend machen könnten“ (FR 28.8.74).

Im Klartext heißt das nichts anderes, als daß — gerade bei der gegen-

bestenfalls nur kurzfristige Erfolg haben können, wissen die „Landesväter“ spätestens seit LIP sehr genau, was es für die Entwicklung des Bewusstseins der Arbeiterklasse bedeutet, wenn bewiesen wird, daß die Arbeiter die Kapitalisten nicht brauchen.

Die Kollegen gaben sich jedoch nicht geschlagen. Als Karry in Marburg ein Autobahn-Teilstück übergeben wollte, demonstrierte der größte Teil der Arbeiter der Glashütte mit Transparenten gegen die Entscheidung der Landesregierung, woraufhin Karry weiteren Verhandlungen zustimmte.

Angereicht des Komplexwissens der Kollegen der schlechten wirtschaftlichen Situation, aufgrund derer es sicherlich eine relativ breite Sympathie mit den Hirschberg-Kollegen gibt und der Tatsache, daß die hessischen Landtagswahlen bevorstehen, sehen es der Landesregierung offenbar ratsam, einen Taktik-Wechsel vorzunehmen. Aus dem „Nein“ zur Landesbürgschaft wurde ein unverbindliches „Vielleicht“, das zudem an eine Reihe von Bedingungen geknüpft wird. So will die Landesregierung nur dann ein Darlehen von 500 000 DM gewähren, wenn der Nachweis der Rentabilität des Werkes erbracht wird, ein Management zur wirtschaftlichen Führung des Betriebs geschaffen wird und wenn ausreichende Eigenmittel vorgewiesen werden können. Offenbar auf Anraten des BR-Vorsitzenden Max Kleiner hat die Belegschaft diesen Betrag zugestimmt.

Betrug deswegen, weil der Nachweis der Rentabilität auf Kosten der Kollegen geht. So soll der Umsatz von 5,2 Mio DM (1973) auf 5,6 Mio DM gesteigert werden, wobei die „Personalkosten“ von 75 % auf 59 % des Umsatzes gesenkt werden sollen. Das heißt 140 Kollegen sollen jetzt mehr produzieren als früher 180 Kollegen, was natürlich gesteigerte Arbeitsintensität und Verschlechterung der Arbeitsituation bedeutet.

weil die Einstellung eines Managements, bestehend aus sogenannten Fachleuten, überhaupt nichts mehr mit der ursprünglichen Forderung der Kollegen zu tun hat, die das Werk in eigener Regie fortzuführen wollten,

weil die Notwendigkeit des Nachweises von „ausreichenden Eigenmitteln“ dazu geführt hat, daß sich jetzt der Landkreis Marburg mit DM 75 000, die Stadt Allendorf mit DM 75 000, die SPD mit DM 50 000 und Karry mit DM 20 000 an der neu gegründeten Genossenschaft beteiligen. Was das für die „Eigenständigkeit“ der Kollegen bedeutet, wird wohl am deutlichsten daraus ersichtlich, daß von drei Mitgliedern des neu gegründeten Aufsichtsrates zwei Vertreter des kapitalistischen Staats sind, nämlich Vertreter des Landkreises und der Stadt Allendorf.

Wie weit die Auseinandersetzung um die Glashütte Hirschberg ins Fahrwasser der „Sozialpartnerschaft“ geglitten ist, macht wohl auch die Tatsache deutlich, daß es der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Jahn war, der das Genossenschaftstatut ausgearbeitet hat.

Die hessische SPD-Landesregierung will hier zumindest „beweisen“, daß den Arbeitern die eigenständige Führung einer Fabrik unmöglich ist. Jedoch beweist das Beispiel Hirschberg allenfalls, daß eine sozialistische Initiative — die Führung einer Fabrik durch Arbeiter im Interesse der Arbeiterklasse — im Rahmen einer kapitalistischen Staatsform nicht möglich ist, sondern daß es dazu des Sturzes der Kapitalistenklasse und der Zerschlagung ihres Staatsapparates bedarf.

Darüberhinaus drängt sich aber die Vermutung auf, daß die Landesregierung hier noch mehr „beweisen“ will, nämlich, daß sich allein der Versuch der Übernahme einer Fabrik durch die Arbeiter für diese nicht lohnt, sondern im Gegenteil ihnen schadet. Denn zum einen ist die DM 500 000 Landesbürgschaft noch längst nicht gegeben. Aber selbst wenn diese Bürgschaft tatsächlich gegeben werden sollte, erscheint die dann vorhandene Summe von rund 1 Mio DM als zu gering, um, in Anbetracht der enormen Schulden aus früherer Zeit und des hohen Investitionsbedarfs (laut FR schätzen „seriöse Glasunternehmen“ den Investitionsbedarf auf 2 Mio DM), die Glashütte wieder auf die Beine zu stellen. Ein erneuter Konkurs würde aber bedeuten, daß die Kollegen nicht nur die DM 150 000 aus dem VEB-Resortplan verlieren würden, sondern zusätzlich noch die Bürgschaft von DM 160 000 aus eigener Tasche bezahlen müßten, was sie wirtschaftlich ruiniert.

Diese Art der „Lösung“ des Problems wird sich die SPD-Landesregierung aber sicherlich für die Zeit nach den Landtagswahlen aufheben. ■

KB/Gruppe Frankfurt
Branchenstelle Metall

Zum Gewerkschaftstag der NGG: Für die Kollegen nichts gebracht

Zwischen dem 1. und 5. September fand in Wolfsburg der 7. ordentliche Gewerkschaftskongress der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) statt. Rund 300 Delegierte, davon 203 stimmberechtigte und 53 ausführende waren anwesend. Sie beschäftigten sich mit der Problematik der Erhaltung des eigenen bürokratischen Apparats, anstatt die Probleme und Nöte der Kollegen in den Mittelpunkt eines derartigen Kongresses zu stellen.

Gewerkschaftliche Arbeit im Bereich der NGG findet unter sehr schwierigen Bedingungen statt. So gibt es trotz sinkender Tendenz immer noch etwa 250 000 Betriebe in dieser Branche (zum Vergleich: in der NGG sind 259 000 Kollegen organisiert). Davon sind 4 980 Industriebetriebe mit mehr als 10 Beschäftigten. Für die Kollegen in diesem Bereich hat zunehmende Rationalisierung und Monopolisierung natürlich auch weitreichende Folgen. Die Beschäftigungs-

zahl ist im letzten Jahr von 505 000 auf 501 000 gesunken, dieser Rückgang setzt sich in diesem Jahr verstärkt fort. Bei den Arbeitern ist der Rückgang mit 15 000 wesentlich höher. Einzelne Bereiche verzeichnen wesentlich größere Zahlen von Entlassungen: die Zigarettenindustrie mit 35,4 %, die Zuckerindustrie mit 19 %, die Mühlenindustrie mit 16,9 %.

Der kapitalistische Konkurrenzkampf und die Konzentration in großen auch im NGG-Bereich weiter von den Industriebetrieben gingen 936 — das sind 15,8 % —, kleine Die Monopolisierung betrafen allein die Zigarettenindustrie, die Margarineindustrie und die Brauwirtschaft. So beherrschen mit teilweise drei große Brauereien (Oetker, Dortmunder Union, Schultheis-Reemtsma) 40 % des Marktes.

Die Arbeitsbedingungen im Bereich NGG sind zum Teil kriminell. Wir wollen den anhand des Hotel- und Gaststättenbereichs aufzeigen. Die 6 Tage Woche und „Normal“-Arbeitszeit von 45 — 48 Stunden sind hier noch üblich. Außerdem wird sonntags und sonntags sowie im Schichtdienst gearbeitet. Der Tariflohn liegt im gesamten NGG-Bereich sehr niedrig, für Ungelernte nahe am Existenzminimum. Bevorzugt werden ausländische Arbeitskräfte (im gesamten NGG-Bereich etwa 15 % der Arbeitskräfte), die bis auf Blat ausgekommen und bei Bedarf abgeschrieben werden. Zu geringe Gehälter, faktisch kaum Schutz für Jugendliche, schmutzige Wäsche, sowie überhaupt bekannt ein fettes Papier Nachtarbeit, schwere körperliche Arbeit, Überstunden und Akkord und für Jugendliche normale Bedingungen.

Die Hälfte der Beschäftigten sind Frauen, die werden schlechter bezahlt als die Männer, die zusammen für alle in der Arbeit tätig sind.

An diesen wenigen Fakten ist offensichtlich, wie notwendig eine gewerkschaftliche Arbeit ist, die sich die Probleme und Nöte der Beschäftigten im NGG-Bereich zu ihren eigenen macht und bemüht ist, eine wirkliche Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten zu sein. Daran haben wir Thema und Inhalt des NGG-Kongresses zu messen.

Im Juni weigerte sich der Schlachthof Haug & Sohn in Memmingen (Bayern), mit der NGG einen Tarifvertrag abzuschließen, in dem dieselben Abholungen wie in der bayrischen Fleischwarenindustrie gewährt werden sollten. Auch Zusatzforderungen über Urlaubsgeld und einen 13. Monatslohn wurden abgelehnt. In einer Urabstimmung stimmten alle 31 Beschäftigten der Firma für Kampfmaßnahmen. Nach erneuten Verhandlungen begann dann am 29. Juni

der Streik, der erst am 26. Juli, nach vier Wochen, beendet wurde. Danach wurden die Stundenlöhne zwischen 78 und 85 Pfennig erhöht, das Urlaubsgeld beträgt — erstmals tariflich! — für 1974 DM 8, —, 1975 DM 10, — pro Urlaubstag. Weihnachten wird in den Jahren 1974 — 1976 ebenfalls ein Nettobetrag zwischen 100 — 160 DM gezahlt.

In einer Urabstimmung wurde das Ergebnis einstimmig angenommen.



Streik der 31 Kollegen der Firma Haug & Sohn in Memmingen

Nr.	Beschäftigte	Mitarbeiter			
		1. 2. 3. 4.	5. 6. 7. 8.	9. 10. 11. 12.	13. 14. 15. 16.
17	Häuser, Büchsen, Pfeffer, etc. gesamt	4,57	682	800	1088
18	Wie 17a) ungeliefert nach 5. Berufsgruppen	4,57	980	800	1088
19	Wie 17a) ungeliefert nach 5. Berufsgruppen und Prozentsatz im 4. und 5. Berufsgruppen	3,77	788	798	881
20	Wie 17a) mit bis zu 5. Berufsgruppen	2,57	887	710	881
21	Wie 17a) mit bis zu 5. Berufsgruppen	3,77	788	798	881
22	Wie 17a) mit bis zu 5. Berufsgruppen	6,17			
23	Gesamtdarstellung	keine Veränderung			
24	Sonstige ungelieferte Mitarbeiter (z. B. Soldaten, Kapitäne, etc.)	4			
25	Wie 24 mit bis zu 5. Berufsgruppen	3,57	883	798	881
26	Wie 24 mit bis zu 5. Berufsgruppen	2,57			
27	Wie 24 mit bis zu 5. Berufsgruppen	3,57			
28	Wie 24 mit bis zu 5. Berufsgruppen	3,57			
29	Wie 24 mit bis zu 5. Berufsgruppen	3,57			
30	Wie 24 mit bis zu 5. Berufsgruppen	3,57			
31	Wie 24 mit bis zu 5. Berufsgruppen	3,57			
32	Wie 24 mit bis zu 5. Berufsgruppen	3,57			
33	Wie 24 mit bis zu 5. Berufsgruppen	3,57			
34	Wie 24 mit bis zu 5. Berufsgruppen	3,57			
35	Wie 24 mit bis zu 5. Berufsgruppen	3,57			
36	Wie 24 mit bis zu 5. Berufsgruppen	3,57			
37	Wie 24 mit bis zu 5. Berufsgruppen	3,57			
38	Wie 24 mit bis zu 5. Berufsgruppen	3,57			
39	Wie 24 mit bis zu 5. Berufsgruppen	3,57			
40	Wie 24 mit bis zu 5. Berufsgruppen	3,57			
41	Wie 24 mit bis zu 5. Berufsgruppen	3,57			
42	Wie 24 mit bis zu 5. Berufsgruppen	3,57			
43	Wie 24 mit bis zu 5. Berufsgruppen	3,57			
44	Wie 24 mit bis zu 5. Berufsgruppen	3,57			
45	Wie 24 mit bis zu 5. Berufsgruppen	3,57			
46	Wie 24 mit bis zu 5. Berufsgruppen	3,57			
47	Wie 24 mit bis zu 5. Berufsgruppen	3,57			
48	Wie 24 mit bis zu 5. Berufsgruppen	3,57			
49	Wie 24 mit bis zu 5. Berufsgruppen	3,57			
50	Wie 24 mit bis zu 5. Berufsgruppen	3,57			

Auszug aus dem Lohn- und Gehaltsvertrag für das Hotel- und Gaststättengewerbe Hamburg

Der Kongress

In „Einigkeit“ Nr. 9, dem Organ der NGG, heißt es: „144 Anträge liegen zur Sitzung, zu Wirtschaftsfragen, zu Sozialpolitik und nicht zuletzt auch zur Tarifpolitik. Nr. 144 der Anträge steht aus wie eine Selbstverständlichkeit, ist aber keine kleine Veränderung (für die Mitglieder) ist die Zahlung eines satzungsgemäßen Beitrags.“ Unter dem Vorwand „absoluter Tragfähigkeit“ erziehen sie zu wollen, soll in Zukunft jeder Kollege 1 % seines Bruttoeinkommens als Beitrag zahlen, „wer nicht satzungsgemäß zahlt, fliegt raus“, Welt der Arbeit“ (1.9.74).

„Eine alte Forderung wird modifiziert. Die Differenzierungsklauseln in Tarifverträgen sollen wenigstens Einkommensunterschiede zu Einkommensunterschieden in Höhe der Gewerkschaftsbeiträge möglich machen.“

Man sieht hier, dass den Herren der Bevand ihrer Organisation am meisten am Herzen liegt, denn dieser Antrag bildet in allen Veröffentlichungen über den Gewerkschaftstag den Mittelpunkt des Kongresses. Zu den entscheidenden Problemen der Kollegen wurden dann folgende Aussagen gemacht:

• Einführung einer Familienrechtsschutzversicherung

Texaco, Hamburg: EIN BUMERANG Gewerkschaftsführung macht Rechnung ohne den Wirt

Die Angriffe der Gewerkschaftsführung gegen die linken Vorstandsleute und Betriebsräte bei Texaco haben eine Lawine ausgelöst, bei der die Linke der Belegschaften werden können. Neue Ausschüsse gegen die beiden linken Betriebsräte Kynast und Trampert aus der IG Chemie der Funktionsträger gegen den (mehrfach) ehemaligen Vertrauensleiter der Henze sowie disziplinarische Verwarnungen gegen eine Reihe weiterer linker Vertrauensleute aus der Hauptverwaltung und Wilhelmshagen. Nachdem durch Ausschneiden und Umriss rechter Betriebsräte die Linken auch in diesem Gremium wieder die Mehrheit erhielten haben sich die Führungen der Gewerkschaft IG Chemie und HBV der Forderung der Linken und dem Druck der Belegschaft begeben und den Betriebsrat für aufgelöst erklärt. Ein Wahlausschuss wurde gebildet, der Wahlkampf um einen neuen Betriebsrat hat bereits begonnen. Nachdem die allgemeine Stimmung im Betrieb spürbar zugunsten der linken Gruppe um Kynast und Trampert ausging haben sich die Führungen der Gewerkschaften IG Chemie und HBV einen neuen Trick einfallen lassen. Über das Arbeitsgericht wollen sie die Zerlegung des bisher einheitlichen Betriebsrates Wilhelmshagen und der Hauptverwaltung in fünf Einzelbetriebsräte bewirken. Die Geschäftsleitung zieht am gleichen Strang. Der angestrebte Vorteil wäre für die Belegschaft und Gewerkschaftsführer die Zerlegung der bisher in allen Werkstätten einheitlich auftretenden Linken.

Gewerkschaftsausschuss perfekt

Wie nicht anders zu erwarten, hat zwischen der Hauptverwaltung der IG Chemie am Anstehen seiner Hamburger Sachwalter die Ausschüsse gegen die linken Betriebsräte Kynast und Trampert bestanden. Sie hätten sich „gewerkschaftsfeindlich“ verhalten, „das Ansehen der Organisation vorzüglich geschädigt“ und – last not least – „die Interessen ihrer Mitglieder verletzt“. Begründet werden diese schweinschen Unterstellungen mit dem Verhalten von Kynast und Trampert in der letzten Aufsichtsratswahl-Kampagne, in der sie die Kollegen zum Boykott aufrufen.

Kurioserweise bestätigt der Hauptvorstand der IG Chemie in seiner Ausschlußmitteilung vom 18. September den beiden linken Betriebsräten daß bei einer Mitbestimmung im Aufsichtsrat auch für die Gewerkschaftsführung von einer Mitbestimmung im gewerkschaftlichen Sinne keine Rede sein kann. Eben das aber belegen Kynast und Trampert in ihren Flugblättern.

Daß 60 % der Kollegenschaft der Argumentation von Kynast Trampert folgten und die Wahlen boykottierten, daß insbesondere die Vertreter der IG Chemie, die konzentrierten Antikommunisten Kuch und Komedowski bei diesen Wahlen völlig abgelehnt wurden, scheint die Gewerkschaftsführung bei ihrer „Vertretung“ von Kollegen-Interessen nicht weiter zu stören. Dasselbe gilt für die Tatsache, daß etwa 80 % der in der IG Chemie organisierten Kollegen der Hauptverwaltung durch Unterschrift gegen den geplanten Ausschluß der linken Gruppe abgelehnt wurden.

Der Hauptverwaltung durch Unterschrift gegen den geplanten Ausschluß protestierten und sich hinter Kynast und Trampert stellten. Ebenfalls ignorierte die Gewerkschaftsführung die Beschlüsse des gewerkschaftlichen Vertrauenskörpers, der sich ohne Gegenstimme mit der Kampagne Kynast/Trampert zur Aufsichtsratswahl identifizierte, wie auch – mit Übergroßer Mehrheit – gegen den geplanten Gewerkschaftsausschluß protestierte.

Auflösung des Betriebsrates

Nachdem eine schwankende Betriebsrat (Burfeld) auf die Seite der Rechten überlief und die beiden DAG-Betriebsräte (auf Druck ihrer Gewerkschaftsführung) die Zusammenarbeit mit den BR-Linken kategorisch ablehnten, verloren die Lin-

ken vorübergehend die Mehrheit im Betriebsrat. Unter Dringlichkeit von Kodolitsch und H. Schmidt (beides IG-Chemie-Sekretäre) nutzte die so gestärkte Betriebsrats-Rechte die Situation zu einem Coup, entsagte zwei linken Betriebsräten ihre Freistellung, wählte Kynast als Vorsitzenden ab und Trampert als Mitglied des Gesamt-Betriebsrates.

Selbst nicht von einer langen Regimentschaft im Betriebsrat (BR) überzeugt, weigerten sich allerdings alle in Frage kommenden rechten Betriebsräte konsequent die zur Verfügung stehenden Freistellungen anzunehmen, was notwendigerweise zur Aufgabe ihrer zumeist ausgekauften Arbeitsplätze geführt hätte. Die Freistellungen blieben unbesetzt und die Arbeit im BR liegen.

Leserbrief

... betrifft Umweltverschmutzung:

Ein Kollege bei Texaco-Graubronk hat im Werk Tomaten angebaut. Wegen der Umweltvergiftung vor allem Schwefelsäure wurden sie aber nicht. Alle wissen das im Werk, die Kollegen, der Meister, der Abteilungsleiter, die Betriebsräte, die Geschäftsleitung. Aber ändern tut sich nichts. Jetzt hat ein Kollege von einer anderen Abteilung eine der grünen Tomaten mit roter Leuchtfarbe angestrichen, damit wenigstens eine rote Tomate zu sehen ist.

Ein Hamburger Chemiegenosse

Ein Hamburger Chemiegenosse

Im Betrieb selbst verdienen sich die Rechten mit diesem Coup keine Lorbeeren, allenfalls ein wenig skrupellos war er durchgezogen worden. Unter den Kollegen organisierte sich daraufhin eine Gruppe linker Gewerkschaftler, die aktiv und offen die Politik der Rechten bekämpfte, und sich für die Fortsetzung der bisher bewährten Betriebsratsarbeit einsetzte. Dieser Gruppe gehörten neben fünf Betriebsräten, darunter die beiden Vertrauensleute, die Mehrheit der gewerkschaftlichen Aktivisten aus den Vertrauenskörpern Wilhelmshagen und Hauptverwaltung an, dazu die Mehrheit der Jugendvertretung. Diese Gruppe forderte vor allem sofortige Neuwahlen des Betriebsrates, um der trübseligen Geheimdiplomatie der

Rechten einen Strich durch die Rechnung zu machen und die Kollegen selbst entscheiden zu lassen, von welcher Gruppierung sie ihre betrieblichen Rechte in Zukunft am besten vertreten lassen wollen.

Der BR-Coup der Rechten war von Anfang an überflüssig und wenig durchdacht. Dies wurde auch den letzten klar, als bereits nach neun Wochen sich die Mehrheitsverhältnisse erneut zu wenden begannen. Der Zeitpunkt für das lang angekündigte Ausschneiden des rechten BR's Lindhorst – gewissermaßen Generalvertreter der IG-Chemie-Führung und Klammer des in sich selbst zerstörten Blocks der Rechten – war gekommen. (Lindhorst war seinerzeit von der Gewerkschaftsführung mit einem Platz in der sozialdemokratischen „Hochschule für Wirtschaft und Politik“ (HWP) und dem Versprechen einer anschließenden Karriere innerhalb der Gewerkschaftsbürokratie getrieben worden, was überhaupt nicht seiner gesamten arbeitserföndlichen Politik im letzten Jahr war. Die Einlösung dieses Versprechens war dummerweise just zu diesem Zeitpunkt (fallig.) Statt seiner rückte ein engagierter Linker in den BR nach. Just zum selben Zeitpunkt verabschiedete sich die frisch gebackene BR-Vorsitzende Frau Burfield nach erstem längeren Urlaub an. Die Linken rückten automatisch in

schafft auch nur eine (fiktive) Kandidatenliste – mit dem Segen der Verwaltungsstelle ausgerüstet – vorzustellen. Andererseits geben die 16 linken Kandidaten bewußt das Risiko eines Gewerkschaftsausschlusses ein. Für sie ist die Solidarität mit den Ausgeschlossenen und die Fortsetzung der bisherigen, fortschrittlichen BR-Arbeit wichtiger als das Gewerkschaftsbuch. Das war für Kodolitsch & Co. eine böse Überraschung, mit der sie nicht gerechnet hatten und die ihr taktisches Konzept durchkreuzte.

Nach BR-Auflösung standen Kodolitsch & Co. mit bedoppelten Gesichtern vor den Betriebsräten und verteilten ein Flugblatt, das sich zwar gegen die Linken richtete, aber im Großen und Ganzen um die Perspektivlosigkeit der IG-Chemie-Führung ausdrückte. So heißt es u.a. „Nutzen Sie die Chance und unterstützen Sie Wahlvorschlagslisten (welche auch immer – AK) mit Kolleginnen und Kollegen, die ohne politische motivierte Anschauungen die Probleme der Beschäftigten anpacken wollen“ – mit anderen Worten, „unterstützen Sie alles, was immer es auch sein mag, nur nicht die Linken“. In dieser Aussage spiegelt sich auch die Unklarheit der IG-Chemie-Führung wieder, ob ihre zerriebene Anhängerschaft sich überhaupt noch einmal zu einer Kandidatur aufrafft.

rats-Vorstands (Kynast – AK) versuchen, den übrigen Mitgliedern des Betriebsrates (die rechte Meta AK) die Schuld an dieser Entwicklung (Auflösung – AK) zu geben. Die heutige Betriebsversammlung wird dazu wohl auch herhalten müssen.“

Das war in der Tat eine weise wenn auch nicht besonders schwierige – Voraussage. Auf der Betriebsversammlung am selben Tag ging die rechte Rasselbande – und in ihrem Son der Personaldirektion – mit Fäulnis und Drohungen unter.

Nach ihrem ersten – und hoffentlich letzten – Auftritt als Betriebsratsvorsitzenden, gab Frau Burfield einen „höchst interessanten“ Rechenschaftsbericht, an dessen Inhalte sich wenige Minuten später schon niemand mehr erinnern konnte. „Rauschenden Beifall“ erhielt sie dafür freundlicherweise von der Personaldirektion. Die restliche, mühsam von der rechten Betriebsratschique ausgearbeitete Tagesordnung fiel per Abstimmung unter den Tisch. Einziger Diskussionspunkt die neue Entwicklung im Betriebsrat. Nachdem HWP-Lindhorst sich lächerlicherweise noch bemühte, die von ihm maßgeblich inszenierte „Entwicklung im Betriebsrat“ zu „bedauern“, legten die Kollegen los.

Ausführlich wurde von Vertretern der linken Gruppe der Coup der rechten BR-Gruppe entlarvt und darauf hingewiesen, daß dahinter die Führungen sämtlicher Gewerkschaften, also neben IG-Chemie auch HBV und DAG, stehen. Großen Beifall erhielt unter wieder die Forderung nach BR-Neuwahlen. Der Höhepunkt wurde erreicht, als die Linken die Pläne der Gewerkschaftsführungen offenlegten, den einheitlichen Texaco-Betriebsrat in vier oder fünf Einzel-Betriebsräte zerlegen zu lassen. Dies wurde als Versuch gewertet, sich dem Votum der Kollegen zu entziehen und der Geschäftsleitung eine glattere Operationsbasis für ihre Angriffe gegen die Kollegen zu bereiten. Mit unterschiedlichen Argumenten bemühten sich sowohl die Personaldirektion (natürlich!) als auch Sprecher der IG-Chemie (Lindhorst) und der HBV (ihrer Sekretärin Claas) um eine Begründung für die BR-Zerschlagung, die offenbar aber nicht ankam. Wie sich etwas später in einer Abstimmung zeigen sollte, wurde die Abstimmung versucht, die rechte Bagage mit allen Mitteln zu verhindern. Was ihrem Image aber offenbar nicht guttat. So wertete Claas daß er jegliche Abstimmungen unter diesen Emotionen ablehnen müsse. Die Personaldirektion bemühte sich, ein Beispiel demokratischer Verhältnisse in dieser Gesellschaft zu geben indem sie zum besten gab, daß „Abstimmungsergebnisse überhaupt keinen Wert hätten, daß also die Meinung der Kollegen in dieser Sache (also ihrer betrieblichen Interessenvertretung) ohnehin „belanglos“ sei.

So auf Schwung gebracht, stimmten die Kollegen schließlich ab. Von

So auf Schwung gebracht, stimmten die Kollegen schließlich ab. Von 500 - 600 Anwesenden stimmten alle – bis auf die Adhären der Personaldirektion und die rechte BR-Clique – für die Forderung der Linken nach Beibehaltung eines einheitlichen Betriebsrates. Es gab zehn Gegenstimmen und zehn Enthaltungen. Die Für-Stimmen mochte niemand ausählen. Die Gewerkschaftsführer verließen fluchtartig die Stätte der Auseinandersetzung. Dafür hatten die Kollegen allgemein Verständnis.

Betriebszelle Texaco KB/Gruppe Hamburg

ein Trinklied zum 50. Erscheinen des AK

Trinklied

Wenn wir jetzt mit einem Glas und
dann noch ein Glas dazu
dann noch ein Glas dazu
dann noch ein Glas dazu
dann noch ein Glas dazu

Ein Kollege hat mir erzählt,
daß er in der Schule
einmal einen Lehrer
mit einem Glas
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu

Und ein Kollege hat mir erzählt,
daß er in der Schule
einmal einen Lehrer
mit einem Glas
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu

Und ein Kollege hat mir erzählt,
daß er in der Schule
einmal einen Lehrer
mit einem Glas
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu

Und ein Kollege hat mir erzählt,
daß er in der Schule
einmal einen Lehrer
mit einem Glas
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu

Und ein Kollege hat mir erzählt,
daß er in der Schule
einmal einen Lehrer
mit einem Glas
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu

Und ein Kollege hat mir erzählt,
daß er in der Schule
einmal einen Lehrer
mit einem Glas
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu

Und ein Kollege hat mir erzählt,
daß er in der Schule
einmal einen Lehrer
mit einem Glas
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu

Und ein Kollege hat mir erzählt,
daß er in der Schule
einmal einen Lehrer
mit einem Glas
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu

Und ein Kollege hat mir erzählt,
daß er in der Schule
einmal einen Lehrer
mit einem Glas
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu

Und ein Kollege hat mir erzählt,
daß er in der Schule
einmal einen Lehrer
mit einem Glas
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu

Und ein Kollege hat mir erzählt,
daß er in der Schule
einmal einen Lehrer
mit einem Glas
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu

Und ein Kollege hat mir erzählt,
daß er in der Schule
einmal einen Lehrer
mit einem Glas
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu

Und ein Kollege hat mir erzählt,
daß er in der Schule
einmal einen Lehrer
mit einem Glas
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu

Und ein Kollege hat mir erzählt,
daß er in der Schule
einmal einen Lehrer
mit einem Glas
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu

Und ein Kollege hat mir erzählt,
daß er in der Schule
einmal einen Lehrer
mit einem Glas
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu

Und ein Kollege hat mir erzählt,
daß er in der Schule
einmal einen Lehrer
mit einem Glas
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu

Und ein Kollege hat mir erzählt,
daß er in der Schule
einmal einen Lehrer
mit einem Glas
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu

Und ein Kollege hat mir erzählt,
daß er in der Schule
einmal einen Lehrer
mit einem Glas
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu

Und ein Kollege hat mir erzählt,
daß er in der Schule
einmal einen Lehrer
mit einem Glas
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu

Und zum Schluß eines Segens,
dann war's eine Kugel befeuert,
und dann die noch denken
weil sie nicht mehr da ist
und dann die noch denken
weil sie nicht mehr da ist
und dann die noch denken
weil sie nicht mehr da ist

Nein, wir trinken nicht zu früh,
und dann noch ein Glas dazu
und dann noch ein Glas dazu
und dann noch ein Glas dazu
und dann noch ein Glas dazu

Und ein Kollege hat mir erzählt,
daß er in der Schule
einmal einen Lehrer
mit einem Glas
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu

Und ein Kollege hat mir erzählt,
daß er in der Schule
einmal einen Lehrer
mit einem Glas
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu

Und ein Kollege hat mir erzählt,
daß er in der Schule
einmal einen Lehrer
mit einem Glas
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu

Und ein Kollege hat mir erzählt,
daß er in der Schule
einmal einen Lehrer
mit einem Glas
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu

Und ein Kollege hat mir erzählt,
daß er in der Schule
einmal einen Lehrer
mit einem Glas
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu

Und ein Kollege hat mir erzählt,
daß er in der Schule
einmal einen Lehrer
mit einem Glas
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu

Und ein Kollege hat mir erzählt,
daß er in der Schule
einmal einen Lehrer
mit einem Glas
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu

Und ein Kollege hat mir erzählt,
daß er in der Schule
einmal einen Lehrer
mit einem Glas
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu

Und ein Kollege hat mir erzählt,
daß er in der Schule
einmal einen Lehrer
mit einem Glas
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu

Und ein Kollege hat mir erzählt,
daß er in der Schule
einmal einen Lehrer
mit einem Glas
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu

Und ein Kollege hat mir erzählt,
daß er in der Schule
einmal einen Lehrer
mit einem Glas
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu

Und ein Kollege hat mir erzählt,
daß er in der Schule
einmal einen Lehrer
mit einem Glas
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu

Und ein Kollege hat mir erzählt,
daß er in der Schule
einmal einen Lehrer
mit einem Glas
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu

Und ein Kollege hat mir erzählt,
daß er in der Schule
einmal einen Lehrer
mit einem Glas
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu

Und ein Kollege hat mir erzählt,
daß er in der Schule
einmal einen Lehrer
mit einem Glas
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu

Und ein Kollege hat mir erzählt,
daß er in der Schule
einmal einen Lehrer
mit einem Glas
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu

Und ein Kollege hat mir erzählt,
daß er in der Schule
einmal einen Lehrer
mit einem Glas
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu

Und ein Kollege hat mir erzählt,
daß er in der Schule
einmal einen Lehrer
mit einem Glas
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu
und einem Glas dazu

- Verbot von Arbeitnehmerleistungen
 - Herabsetzung des Rentenalters für Frauen auf 60 Jahre
 - Reform des Ausländerrechts (gegen Mißbrauch)
 - Ausweitung der Mitbestimmung auf Personengesellschaften
 - Kontrolle der Monopole
 - Keine Eingriffe der „Konzerntreuen“ in die Tarifautonomie
 - Einheitliche Tarifverträge für Arbeiter und Angestellte
- Die meisten dieser Forderungen wurden als Appelle an die anwesenden Bundesminister Attendt (Arbeit) und Rohde (Bildung) gestellt. Von einer klärenden Diskussion über diese Forderungen war nicht die Rede.
- Es vergab den Herren Gewerkschaftsführer auch hier natürlich nicht, zur Abstimmung zu stellen. Den Unversöhnlichkeitsschub mit der Mitgliedschaft in „linkenradikalen“ Organisationsformen

So war dieser Kongress ein weiterer Beleg dafür, wie wenig die Gewerkschaftsführer den Wert der gewerkschaftlichen Organisation als Mittel zum Zweck „Veränderung der Lage der Arbeiterklasse“ – begreifen, sondern vielmehr die Gewerkschaften zur Fortsetzung der Arbeiterklasse an das herrschende System und zur Sicherung ihrer eigenen jämmerlichen Existenz (Erhöhung der Beiträge, Ausschlußdrohungen, Unvereinbarkeitsbeschlüsse) benutzen.

Im Zusammenhang mit dem Kampf für Gewerkschaften als Kampforganisation der Arbeiterklasse in allen Arbeitsbereichen ist

Ein Genosse der NGG und Metallkomitee KB/Gruppe Hamburg

Wahlkampf-Aufakt: Die Betriebsversammlung

Während die Linken in wenigen Tagen ihre Listen unter Dach und Fach hatten, kam für die Gewerkschaftsführung – insbesondere der IG-Chemie – die ganze Entwicklung offenbar zu überraschend.

Bei der Texaco kandidierten Arbeiter und Angestellte getrennt. Daraus ergibt sich für die Linken die Notwendigkeit, im Angestelltenbereich eigene Listen aufzustellen, um die bei den ausgeschlossenen Betriebsräte nicht zu isolieren, wie von der Gewerkschaftsführung beabsichtigt (Im Arbeiterbereich sind die Mehrheiten zugunsten der Linken geklärt aus der Gewerkschaft ausgeschlossen ist noch niemand, so daß der Versuch auf offizieller IG-Chemie-Ebene zu kandidieren, gemacht wird.) Außer den beiden Ausgeschlossenen kandidierten im Angestelltenbereich 14 weitere Mitglieder der IG-Chemie. Trotz ausdrücklichen Verbots ihrer Sekretäre auf einer nicht offiziellen Gewerkschaftsliste Da hinter diesen Linken praktisch – bis auf zwei drei Ausnahmen – alle aktiven IG-Chemie-Mitglieder stehen, haben es Kodolitsch & Co. bisher nicht ge-

ANZEIG

Rebell

Letzten Endes kann man alle Wahrheiten des Marxismus in einem Satz zusammenfassen: Rebellion ist gerechtfertigt! (Mao Tse-Tung)

Jugendzeitung des Kommunistischen Bundes

Der Rebell erscheint wöchentlich

Abonnement

6 Ausgaben DM 4,80
12 Ausgaben DM 9,80
Forfordern
6 Ausgaben ab DM 8,-
12 Ausgaben ab DM 12,-

Bestellungen an Verlag ARBEITERKAMPF
J. Reents, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 36

Beiersdorf Hamburg:
Rechter IG Chemie Betriebsrat beschließt zwei Geschäftsordnungen

Diktatorische Vollmachten gegen die Kollegen

Bei Beiersdorf, einem der größten Chemiebetriebe Hamburgs, hatten die rechten Betriebsräte zwei Geschäftsordnungen durch, die es in sich haben. Es handelt sich dabei zum einen um eine Geschäftsordnung für Betriebs- und Abteilungsveranstaltungen, die die versammlungsleitenden rechten Betriebsräte mit diktatorischen Vollmachten ausstatten und die Rechte der Kollegen - abnehmen durch das reaktionäre Betriebsverhaltensgesetz erheblich eingeschränkt - noch weiter beschneiden. Im gleichen Atemzug setzen die rechten Betriebsräte der IG Chemie in Zusammenarbeit mit ihren Freunden in der SPD Betriebsgruppe und dem Verwaltungsausschuss der IG Chemie eine ähnliche Geschäftsordnung auch für den gewerkschaftlichen Vertrauensleutekörper (1) durch. Die Verabschiedung dieser beiden Geschäftsordnungen durch die SPD-Betriebsgruppen - allen voran Max Ganschow und Olaf Harder - erfolgte vor allem aus zwei Gründen: Mit diesen Geschäftsordnungen soll schon jetzt jede Kritik an Geschäftsleitung und Betriebsrat im VLK bzw. auf Betriebsversammlungen unterbunden werden. Zum anderen sind diese Geschäftsordnungen auch vorbeugend gegen die Kollegen durchgesetzt worden. Denn es kommt einiges auf die Kollegen seitens der Geschäftsleitung zu, die den Abbau von sozialen Leistungen und umfangreiche Rationalisierungspläne. Außerdem sind in einem halben Jahr Betriebsratswahlen, wobei die Rechten jetzt damit beginnen, den VLK von linken Kollegen und Kommunisten zu „klüffeln“.

Neue Ordnung für's Geschäft

Bereits auf einer Sitzung im Juni dieses Jahres verabschiedete der Betriebsrat von Beiersdorf - mehrheitlich bestehend aus rechten IG Chemie-Betriebsräten, rechten DAG-Leuten und den sog. „Unabhängigen“ (CDU) - eine GO für Betriebs- und Abteilungsveranstaltungen, ohne diese GO den Kollegen bekanntzugeben. Lediglich im Laborbereich war einigen linken Kollegen die GO bekannt und sie stützten eine Abteilungsverammlung, um diese GO in einer schriftlichen Anfrage an den Betriebsrat zu kritisieren.

Entgegen der sonst üblichen Praxis wurde die Anfrage zur GO jedoch nur auf der Abteilungsverammlung im Laborbereich verlesen und auf den übrigen neun Abteilungsversammlungen vom Betriebsrat bewusst verschwiegen, was natürlich seine Gründe hatte.

So heißt es unter Punkt vier z.B.: „Der Versammlungsleiter darf Bemerkungen zur Tagesordnung sofort machen, d.h. er darf den Redner unterbrechen“.

Es liegt also völlig im Ermessen des Versammlungsleiters (Betriebsrat), festzustellen, ob ein Kollege zur Tagesordnung spricht oder nicht. Daß dieser Punkt gerade gegen kritische Äußerungen gerichtet ist, liegt auf der Hand und wurde von den rechten Betriebsräten auch schon praktiziert.

Als eine linke Kollegin auf einer Betriebsversammlung einige Schwächen der Leistungsbeurteilung an-

zeigte, diese „Betriebsräte“ stellten die „Friedenspflicht“ auch noch auf alle Kollegen! Nach den Vorstellungen dieser Herren sollen sich die Kollegen „vertrauensvoll“ mit den Herren der Geschäftsleitung zusammenarbeiten.

Weitere dicke Klöppe seien hier noch erwähnt: „12. Für die Annahme oder Ablehnung eines Antrags (zur Geschäftsordnung auf Betriebsversammlungen) ist die erkennbare Mehrheit entscheidend, die der Versammlungsleiter feststellt. Stimmensatzungen werden nicht durchgeführt!“.

Oder Punkt 13: „Anträge anderer Art (z.B. Anträge der Kollegen zur Durchführung einer gewerkschaftlichen Mitgliederversammlung oder Anträge, daß der Betriebsrat diese oder jene Forderungen gegenüber der Geschäftsleitung durchsetzen soll) können dem Betriebsrat nur unterbreitet werden. Die Beschlussfassung über solche Anträge ist nicht zulässig“.

Bei diesen beiden Punkten haben die rechten Betriebsräte eine weitere Einschränkung des BVG vorgenommen, denn zulässig sind sowohl Stimmensatzungen als auch Beschlussfassungen über bestimmte Forderungen, obwohl sich der Betriebsrat nach dem reaktionären Betr. VG (leider) nicht daran zu halten braucht. Max Ganschow bestimmt schon überhaupt nicht, denn er sagt gern, daß der Betriebsrat kein „imperatives Mandat“ hat, sich also nicht nach den Interessen der Kollegen zu richten braucht.

- so soll die Produktion von „Tasmo“ in ein anderes Werk verlagert werden,
 - so kommen Rationalisierungsmaßnahmen wie die Stellenbeschreibung und Leistungsbewertungen auf die Angestellten zu.
- Aufgabe gerade der fortschrittlichen Kollegen und Kommunisten wird es sein, diese reaktionäre Geschäftsordnung aktiv zu bekämpfen.

Nach dem ersten folgt der zweite Streich zugleich ...

Stellt die GO für Betriebsversammlungen einen Angriff auf den Geschäftsleitung und Betriebsrat gegen jede Äußerung von Kritik dar, so zielt die meiste der Gewerkschaftsführung im Verein mit SPD-Betriebsgruppe und rechten IG Chemie-Betriebsräten aufgestellte GO für den VLK darauf ab, die mitunter recht heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Rechten und linken Vertrauensleuten bei Beiersdorf formal zu liquidieren. Hier zunächst die wesentlichen Punkte dieser GO:

„6. Für die allgemeine Aussprache beträgt die Redezeit für jeden Redner fünf (5) Minuten“.

Wer meint, daß diese Disziplinierung auch für die - gegenüber „einfachen“ Kollegen rhetorisch geschulten - Gewerkschaftsführer gilt, steht sich geistlich, denn unter Punkt 8 heißt es:

„Für sachlichen Richtungsgehalt kann der Versammlungsleiter dem Referenten (Berichterstatter) das Wort außerhalb (1) der Redezeit erteilen“.

Als die GO auf der letzten Vertrauensleuteversammlung zur Diskussion vorlag, „begründeten“ die Wortführer der rechten Vertrauensleute, Klauke und Sinnen, dieses Machwerk gegenüber den linken Vertrauensleuten und Kollegen demagogisch, daß „lange Monologe vermieden werden sollten“. Weiter führten diese Herren aus, daß „einige“ (gemeint sind die Linken) „nur hier und um sich selbst gern reden zu hören (1)“. Durch die Redezeitbeschränkung solle es endlich möglich werden, so Sinnen, daß „endlich auch einmal betriebliche Probleme der Kollegen angesprochen werden“. Damit stellen diese Herren die Tatsachen geradezu auf den Kopf: „Lange Monologe“ kennen die Kollegen vom Boß der IG Chemie in

das Wort entzogen oder der Störer aufgefordert, den Versammlungsaum zu verlassen“.

Auch hier liegt es wieder im Ermessen der Gewerkschaftsführer festzustellen, was denn nun „unächliche Zwischenrufe“ usw. sind. Für die Sozialdemokraten zu empfehlen, nach folgenden Paragraphen einzufügen: „Reden darf nur, wer sich an die Beschlüsse des SPD-Parteiorgans hält“.

Was die GO für die Vertrauensleutearbeit und innergewerkschaftliche Demokratie bedeutet, soll folgendes Beispiel zeigen:

Als linke Kollegen vor rund einem Jahr eine Diskussion über die Auflösung des VLK bei Reichhold forderten, mußten die Rechten zunächst, aufgrund des damals günstigen Kräfteverhältnisses zugunsten der Linken, einer Sondersitzung zustimmen (Die dann allerdings doch noch von der Gewerkschaftsführung verhindert wurde). Heutzutage würden die Rechten eine Reichhold-Diskussion einfach als „Abweichung von der Sache“ vom Tisch wegen.

Ein weiterer „Maukhorst“ ist der Punkt 14:

„Die Behandlung solcher Anträge, die keine Verbindung zur Tagesordnung haben (1), ist vom Versammlungsleiter abzuheben. Im Zweifelsfall entscheidet die Versammlung“.

Und:

„Anträge, die aus der Versamm-

lung gestellt worden, bedürfen einer Unterstützung von zehn (10) Vertrauensleuten“.

Worum es den sozialdemokratischen Vertrauensleuten und Betriebsräten geht, ist klar: Vermeidung von inhaltlichen Diskussionen, Verhinderung von Kritik am Betriebsrat („nächliche Angriffe“), Abbau innergewerkschaftlicher Demokratie insgesamt.

Diese GO wurde gegen die Stimmen der linken Vertrauensleute von den Rechten mit formalen „Argumenten“ durchgeführt, da die Linken insgesamt noch zu schwach sind.

Selbst die Vertrauensleute und der Betriebsrat der DKP, die sich bisher häufig auf Seite der rechten Sozialdemokraten stellten, konnten nicht umhin, gegen diese reaktionäre Parteiführer der GO aufzutreten.

Die Verabschiedung dieser GO erfolgte gerade zu dieser Zeit, weil die Auseinandersetzungen im VLK den Rechten ohnehin ein Dorn im Auge ist und die aktiven Vertrauensleute diese Auseinandersetzungen mit den Kollegen diskutieren bzw. veröffentlichen.

Eine offene Auseinandersetzung um Fragen einer konsequenten Politik im Interesse der Kollegen soll sich deshalb verhindern werden, weil die Betriebsratswahlen anstehen. •

Betriebsräte III, Beiersdorf, KB/Gruppe Hamburg

GEW Hamburg: Die Fronten klären sich

Die Auseinandersetzung zwischen den Mitgliedern und dem Vorstand der Hamburger Lehrergewerkschaft über die Änderung der Landesatzung hat mittlerweile erste konkrete Ergebnisse gebracht: Am 11. September wurden über 1.400 Unterschriften für die Durchführung einer Satzungsversammlung eingereicht. Inzwischen sind noch einige hundert Unterschriften nachgereicht worden. Lediglich 200 Unterschriften sind aber in Sitzung für die Einberufung einer HV notwendig.

Dies ist ganz klar ein Erfolg der demokratischen Kräfte in der GEW, besonders wenn man berücksichtigt, daß der GEW-Vorstand bereits die Forderung nach einer HV mit dem Geruch der „Gewerkschaftsföndlichkeit“ zu umgeben versucht. Kein Gremium außer dem Vorstand, keine Fachgruppe, keine Kreisvertrauensleutekonferenz hat bislang das Vorhaben des Vorstandes gebilligt. Die zweifelslos vorhandenen Anhänger der Vorstandsline halten es vielmehr angebracht, der unerwartet starken Empörung in der Mitgliedschaft für besser, nicht offnen den Vorstand zu verurteilen. Stattdessen - ob-Vorstand-

laufen - diese Entscheidungen auf „höchster Ebene“ müssen nur „demokratisch“ genug sein. Das entspricht auch haargenau der Politik der Gremien, in denen die DKP vorherrscht, sei es in der GEW oder an der Universität, dort werden Beschlüsse gefaßt, die die DKP für offensichtlich hält, und anschließend werden die „unbegreiften“ Mitglieder dazu aufgefordert, diese Beschlüsse „auszurollen“. Wer das dann nicht will, ist „undemokratisch“ oder „gewerkschaftsschädigend“.

Selbstverständlich unterstützt die DKP den Vorstand nicht offen. Das wäre dann doch zu unklug. Vielmehr erlaubt sie die DKP sogar „offenen Widerstand“ gegen den Vorstand auf der Vorstandsatzung am 17. 10. brachte sie den Antrag auf Durchführung einer Satzungs-HV durch einen Vertreter ein. Allerdings hätte dieser Antrag zwei Pferdefüße: 1. werden in ihm die Mainzer Beschlüsse ausdrücklich anerkannt und 2. war angesichts der deutlichen Mehrheitsverhältnisse im Vorstand bereits vorher die Ablehnung dieses Antrags sicher.

Die tatsächliche Haltung der DKP kann nicht an diesem Antrag gemessen werden, der mehr der „linken“ Image-Pflege diente. Wen die DKP wirklich unterstützt, wird daran klar, daß sie als einzige linke Strömung in der GEW strikt jeden Versuch ablehnt, den Vorstand jetzt mit juristischen Mitteln zur Beachtung der rund 2.000 Unterschriften, also zur Durchführung einer Satzungs-HV, zu zwingen. Stattdessen machte die DKP den üblichen Versuch, eine von nur 330 Mitgliedern besetzte „Arbeitsversammlung“ zur „Satzungsreform“ am 12. September zur HV „umzufunktionieren“.

Am Ende dieser Versammlung ließ sie bei weniger als 200 Anwesenden über ihre Vorstellungen von einer neuen Satzung abstimmen. Der DKP-Nick hatte treulich den ganzen Abend bis zu diesem Moment ausgebart. So kann man natürlich auch Politik machen.

Wir halten es für richtig, wenn die Mitglieder sich durch bürgerliche Gerichte den Versuch unternehmen, die fortwährenden Satzungsbrüche des Vorstandes zu stoppen. Vor allem zwei Gründe sprechen dafür: • lassen die Mitglieder diesmal den Vorstand ungesprochen handeln, so gibt es in Zukunft einen Präzedenzfall, auf den sich der Vorstand berufen kann, um ihm gewissen Beschlüsse läßt er dann über in der Zusammensetzung manipulierbare Bundesvertreterversammlungen laufen - ohne daß die Mitglieder noch einen Pfennig zu sagen haben, • für die anderen Landesverbände, die genauso wie Hamburg ihre Satzung nur selbst ändern können, spielt der Landesverband Hamburg eine Vorreiterrolle. Hier in Hamburg und die Satzungsänderungen am ein-schneidenden, hier mit der Widerstand auch am deutlichsten. Die demokratischen Kollegen in den anderen Landesverbänden werden durch ein konsequentes Vorgehen in Hamburg in ihrem Vorgehen gestärkt und durch ein Nachgeben in Hamburg ent-motiviert.

Die tatsächliche Haltung der DKP kann nicht an diesem Antrag gemessen werden, der mehr der „linken“ Image-Pflege diente. Wen die DKP wirklich unterstützt, wird daran klar, daß sie als einzige linke Strömung in der GEW strikt jeden Versuch ablehnt, den Vorstand jetzt mit juristischen Mitteln zur Beachtung der rund 2.000 Unterschriften, also zur Durchführung einer Satzungs-HV, zu zwingen. Stattdessen machte die DKP den üblichen Versuch, eine von nur 330 Mitgliedern besetzte „Arbeitsversammlung“ zur „Satzungsreform“ am 12. September zur HV „umzufunktionieren“.

Am Ende dieser Versammlung ließ sie bei weniger als 200 Anwesenden über ihre Vorstellungen von einer neuen Satzung abstimmen. Der DKP-Nick hatte treulich den ganzen Abend bis zu diesem Moment ausgebart. So kann man natürlich auch Politik machen.

Wir halten es für richtig, wenn die Mitglieder sich durch bürgerliche Gerichte den Versuch unternehmen, die fortwährenden Satzungsbrüche des Vorstandes zu stoppen. Vor allem zwei Gründe sprechen dafür: • lassen die Mitglieder diesmal den Vorstand ungesprochen handeln, so gibt es in Zukunft einen Präzedenzfall, auf den sich der Vorstand berufen kann, um ihm gewissen Beschlüsse läßt er dann über in der Zusammensetzung manipulierbare Bundesvertreterversammlungen laufen - ohne daß die Mitglieder noch einen Pfennig zu sagen haben, • für die anderen Landesverbände, die genauso wie Hamburg ihre Satzung nur selbst ändern können, spielt der Landesverband Hamburg eine Vorreiterrolle. Hier in Hamburg und die Satzungsänderungen am ein-schneidenden, hier mit der Widerstand auch am deutlichsten. Die demokratischen Kollegen in den anderen Landesverbänden werden durch ein konsequentes Vorgehen in Hamburg in ihrem Vorgehen gestärkt und durch ein Nachgeben in Hamburg ent-motiviert.

Betriebsräte III, Beiersdorf, KB/Gruppe Hamburg

tionen zur Leistungsbeurteilung enthalten wollte, wurde sie von den Betriebsräten unterbrochen und auf den letzten Tagordnungspunkt „Verschiedenes“ verwiesen, der ohnehin immer unter den Tisch fällt, da die Betriebsversammlungen erst 1 1/2 Stunden (1) vor Arbeitsluß beginnen.

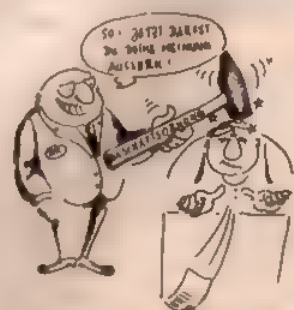
Unter Punkt fünf der GO heißt es: „Der Versammlungsleiter hat das Recht, Zwischenrufer und Redner (1), die die Versammlung stören (1), auszuschließen. Nach längstens dreimaliger Zurechtweisung kann er ihnen das Wort entziehen oder sie aus dem Versammlungsraum weisen.“

Sicher haben Ganschow und Harder, die diese GO unterschrieben haben, nicht an das Herren der Geschäftsleitung gedacht. Es ist einfach eine Unverschämtheit des Betriebsrats dem Versammlungsleiter (als so einem der Herren) das Recht zuzubilligen, Redner die es „störend“ ansieht, aus dem Saal zu weisen. Über das Recht, jemanden aus der Versammlung zu schreiben, sollten in jedem Fall die anwesenden Kollegen entscheiden und in jedem Falle sollte man gegen Kollegen unehren lassen, gemäß den einfachen demokratischen Spielregeln! Unter Punkt 14 dieses „Meisterwerks“ sozialdemokratischer Betriebspolitik heißt es: „Durch einen der Betriebsversammlungen vorausgehenden (1) Betriebsratsbescheid kann die Redezeit der Diskussionsredner begrenzt werden“.

Fehlt nur noch, daß der Betriebsrat nicht nur beschließt, wie lange die Kollegen reden dürfen, sondern was sie diskutieren.

Durch auch da haben Ganschow & Co. vorgeschrieben Punkt 17 dieser glorreichen GO ist ein besonderer „Lehrstuhls“: „Anträge und Beschwerden gegen die betriebliche Friedenspflicht (1) verstoßen, sind nicht zulässig“.

Es reicht diesem Herren nicht, daß die betriebliche Friedenspflicht aufgrund des BVG die IG rechtlich dazu verpflichtet, „Bemerkungen zu unterlassen, durch die der Arbeitsablauf oder der Frieden des Betriebes beeinträchtigt werden“ (1) 74 BVG) gegenüber den Kapitalisten, ver-teilt sich



Bezeichnend ist weiterhin, daß eine rechte Betriebsrätin namens Fheiler (DAG) die Kritik der linken Kollegen an der GO auf der Abteilungsverammlung mit den Worten beantwortete: Man müsse sich fragen, ob diese Kollegen noch auf dem Boden der versammlungsamtlichen Rechtsordnung (1) stehen würden.

Diese GO dient also insgesamt dazu, wieder „Friedensruhe“ auf Betriebs- und Abteilungsveranstaltungen herzustellen, womit die Betriebsräte den Kapitalisten sicherlich eine große Freude bereitet haben.

Denn gerade auf den letzten Betriebs- und Abteilungsveranstaltungen wurden Kritiken an Geschäftsleitung und Betriebsrat laut, die von linken Kollegen und Kommunisten angesprochen wurden. Es boten Themen wie die „Leistungsbeurteilung“, Rationalisierungsmaßnahmen und Stellenbeschreibung einigen „Zündstoff“, weil hierbei endlich einmal die konkreten Probleme der Kollegen auf den Tisch kamen (Siehe auch den Artikel über den Kampf der Zeitkämpfer bei Beiersdorf in diesem AK).

„Friedensruhe“ brauchen die Kapitalisten auch gerade deshalb, weil sie weiter Angriffe auf die Kollegen vorbereiten.

• so sollen „Sozialleistungen“ wie z.B. die Zahlung eines Kindergeldes gestrichen werden.

Hamburg, Walter Holst, und den Betriebsräten zur Genüge. Wenn die rechten Sozialdemokraten noch mit Problemen der Kollegen kommen, so ist das blanke Demagogie, denn die Rechten haben es ausgezeichnet verstanden, die Diskussion über die GO so in die Länge zu ziehen, daß auf dieser Sitzung wie auch sonst eben keine betrieblichen Probleme mehr besprochen werden konnten, obwohl die von den linken Kollegen gefordert worden war. Im übrigen hat die IG Chemie-Führung die beiden genannten Paragraphen unanfechtbar bei der GO von Blohm & Voß abgesprochen, wo die Rechten ebenfalls eine GO für den VLK durchzusetzen. Die Blohm & Voß GO zeichnet sich nur dadurch aus, daß die Punkte direkt beim Namen genannt werden, denn unter 5 der GO heißt es dort:

„Vertretern der Ortsverwaltung (der IG Metall, Ann. d. Red.) ist jederzeit (1) und unbeschränkt (1) das Wort zu erteilen“.

Anschließend aus der GO für Betriebsversammlungen übernommen wurde folgender Punkt:

„Jede persönliche Angriffe, unächliche Zwischenrufe und Abweichungen von der Sache sind nicht gestattet. Wer gegen diese Grundsätze (1) verstößt, kann vom Versammlungsleiter zur Ordnung gerufen werden. Nach dreimaligem Ordnungsruf wird

Westberlin: Streik der Lehrer mit allen Mitteln verhindert

Vom 22. bis 25.9. fand in Westberlin unter den in der GEW organisierten Lehrern eine Urabstimmung über einen einseitigen Warnstreik am 1. Oktober statt. Ziel dieser Kampfmaßnahme sollte die Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde für alle Lehrer sein.

Diese Forderung ist nicht nur wegen der allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit ab 1. Oktober auf 40 Stunden im öffentlichen Dienst – von der die Lehrer ausgenommen werden sollen – berechtigt.

Nach einer Untersuchung einer schweizerischen Firma arbeiten die Lehrer in der BRD und Westberlin im Augenblick durchschnittlich knapp 60 Stunden in der Woche. Unter Berücksichtigung der relativ häufigen Ferien der Lehrer kommen immer noch knapp 50 Wochenstunden heraus. Für die Schüler bedeuten demnach überlastete Lehrer natürlich schlechtere Lernbedingungen.

In den bürgerlichen Zeitungen dagegen wurde zwar teilweise die Berechtigung der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung anerkannt, aber gleichzeitig mit äußerster Schärfe gegen einer gewerkschaftlichen Beamtensstreik gebührt. Dabei ging es selbstverständlich nicht um einen Streik am 1.10. Vielmehr ging es darum, keinen Zweifel daran aufkommen zu lassen, dass „Staatsdiener“ absolut loyal zu „ihrem“ Staat stehen müssen. Streik ist staatsfeindlich, vorerst nur der Beamten! Das soll der Öffentlichkeit eingehämmert werden.

Während bei einer Urabstimmung in Hamburg im Mai die Behörden es noch mit Protesten gegen den geplanten Streik belieben – der dann kurz vor dem Ende der GEW-Führung abgesagt wurde, war die Gangart in Westberlin wesentlich schärfer. Bereits vor der Urabstimmung wurde von der Schulbehörde angekündigt, „gegen alle an einer Arbeitsniederlegung beteiligten Lehrer ein einheitliches Disziplinarverfahren einzuleiten. So sollen am 1.10. alle Klassenlehrer ein-

gesammelt werden, um festzustellen, welche Lehrer keinen Unterricht einleiten und ihre Dienstpflichten verletzen haben... Am Ende solcher Disziplinarverfahren würde zwar wohl nicht mehr als ein „Verweis“ für den streikenden Lehrer herauskommen, aber bei einer nachmaligen Beteiligung an einem Streik könnten dann härtere Strafen, bis zur Entfernung aus dem Dienst (!) ausgesprochen werden.“ (FAZ, 18.9.74)

Die Urabstimmung selbst dürfte nicht wie noch in Hamburg in den Schulen stattfinden, sondern nur auf der offenen Straße vor den Schulen. Diese Verfügung wurde durch den Einsatz von Polizei überprüft. In einem Bezirk wurde sogar den Lehrern mit Disziplinarverfahren gedroht, die lediglich an der „rechtswidrigen“ Urabstimmung teilnehmen (!) wollten.

Solcher Art als „kriminell“ abgestempelt verließ viele GEW-Lehrer der Mut zur Durchsetzung ihrer Interessen nicht einmal 75 % beteiligten sich an der Urabstimmung und nur 53 % stimmten für den Warnstreik. Angesichts der beispiellosen Hetze ist dies verständlich.

Selbstverständlich geht es hier nicht nur um die Lehrer und ihr Streikrecht. Sondern ausgehend von den Beamten, die dem Staat sowieso uneingeschränkt und fast rechtlos gegenüberstehen, wird hier der Versuch gemacht, das Streikrecht insgesamt einzuschränken und Schritt für Schritt jeden Versuch, die eigenen Interessen kollektiv gegenüber dem Staat und der herrschenden Klasse zu vertreten, zu kriminalisieren. Der nächste Schritt dazu ist bereits genannt: den Arbeitern und Angestellten im öffentlichen Dienst soll das Recht auf Arbeitskampf „im Interesse des Gemeinwohls“ aberkannt werden.

Bundskommision
KB/Gruppe Hamburg

Ca. 250 Bauern marschieren am 15.8. auf Hamburger Rathaus zu. Sie wollten mit dieser Demonstration verhindern, daß der Hamburger Frachter „Peter Rickmers“, der 600 Tonnen Schweinefleisch aus der VR China an Bord hatte, in seinem Heimathafen gelöscht wird.

Die „Peter Rickmers“ ist schon wochenlang vor Europas Küste unterwegs. Die Ladung sollte ursprünglich in Le Havre gelöscht werden. Dort hatten allerdings französische Bauern 24 Stunden lang das Schiff belagert. Daraufhin wurde den Bauern zugesichert, daß das Fleisch weder in Le Havre, noch in einem anderen französischen Hafen auf den Markt kommt. Außerdem erreichten die Bauern einen gänzlichen Einfuhrstopp für Schweine- und Rindfleisch.

Wie in Le Havre wurde auch in Antwerpen und Rotterdam das Entladen des Frachters von Bauern verhindert.

Nun hatte der Frachter Kurs auf Hamburg genommen und auch hier forderten die Bauern, daß das Schweinefleisch für kein EG-Land von Bord dürfe, da durch die billige Importware die Erzeugerpreise weiter gedrückt würden.

Mit einer außerordentlichen Überheblichkeit wurde den Bauern vor dem Rathaus versichert, daß das chinesische Fleisch ohnehin in Hamburg nicht abgeladen wird. Das chinesische Fleisch entspreche weder von der Aufzucht der Schweine her, noch von den Schlachthofbedingungen in der Volksrepublik oder der veterinärmedizinischen Untersuchung her bündensdeutscher Norm.

Am 18.8. verlief dann das Löschen ohne Störungen. Das Fleisch wurde in Kühlwaggons der Eisenbahn umgeladen und sollte nach Österreich geliefert werden.

Dieser ganze Vorfall ist von der bürgerlichen Presse von einem starken Antikommunismus begleitet worden. So jubilierte dann auch die „FAZ“, die bisher ständig die Aktionen der Bauern mißbilligt hatte, daß die Bauern der EG so gut zusammengehalten hätten, um das Löschen einer Ladung Schweinefleisch aus dem sozialistischen China zu verhindern.

Der Fall „Peter Rickmers“ ist kein Einzelfall. Im Hafen von Maastricht haben 110 französische Jungbauern, die bei der EG-Abfertigung Probleme hatten, die Einfuhr von 100 französischen Jungbauern Stellung bezogen, um das Löschen von 1200 Tonnen chinesischem Schweinefleisch von dem polnischen Frachter „Nowowiejski“ zu verhindern.

Von der „Grünen Front“



Mehrere hundert Landwirte blockierten am Donnerstag mit über 300 Traktoren mehrere Stunden lang fünf Übergänge an der Grenze zwischen der Bundesrepublik und Holland im Bereich Borken/Westfalen. Sie demonstrierten damit gegen die Agrarpolitik der EWG und der Bundesregierung.

In diesen Fällen ist es der Bourgeoisie offensichtlich gelungen, die empörten Bauern nicht nur zu nationalstaatlichen, sondern auch massenfeindlichen Aktionen zu treiben, die den Bauern selbst keinen Vorteil bringen, aber ganz im Sinn der königlichen Hochhaltung der Verbraucherpreise durch die Lebensmittel-Konzerne lie-

Sie hatten eine Steinfahrt veranstaltet, an der auch zwölf Traktoren niederländischer Ortschaften teilnahmen.

Der Verkehr wurde zeitweilig gestaut.

3.000 Bauern mit über 500 Traktoren demonstrieren am 7.8. an den Grenzen nach Luxemburg und Frankreich. Die Grenzübergangsstellen im Saarland waren total blockiert.

BRD

Niedersächsische Bauern hatten am 17. August 13 Wagenladungen Mist vor dem Landwirtschaftsministerium in Hannover abgeladen, mit der Aufforderung, die Lieferung an Bundeslandwirtschaftsminister Eril weiterzuleiten. Wegen groben Unfalls und Verstößen gegen die Straßenverkehrsordnung hatte die Polizei das Mist in der Straße gegen die Straßenecke umgekippt. Die Polizei darf aufhin Anzeige erstatten.

Am 19.8. demonstrieren ca. 800 Bauern aus dem Münsterland mit etwa 450 Traktoren im Bereich der Kreisstadt Albstadt.

Holland

In Utrecht protestierten 25.000 Bauern gegen die Brüsseler Agrarpolitik und gegen die eigene Regierung.

Das Fußballstadion von Utrecht wurde zum Kundgebungsplatz der Bauern. Hier wurden Vertreter der Regierung, aber auch Redner der Bauernverbände mit allen möglichen Gegenständen bombardiert, so daß die Bauernverbände mit allen möglichen Gegenständen bombardiert wurden. Die Kundgebung vorzeitig aufgelöst wurde. Dem Landwirtschaftsminister van der Stoep erklärten die Bauern, sie wollten ihn nie wieder sehen. Die Verbandvertreter haben die Bauern nicht mehr fest im Griff, der „Druck von der Basis“ her wird immer stärker.

Frankreich

Vier Wochen hatten die Bauern demonstriert in Frankreich. Jetzt an San und begleitet von Straßenbesetzung, Besetzung von Rathäusern, wilden „Verkäufen“ von Obst, Obst und Gemüse, Eiern und Wein. Es gab umgekippte Kühllastwagen mit Fleisch aus den EG-Nachbarstaaten und Entladungsbaykott vom Schiffen mit Fleisch aus sogenannten „Drittstaaten“.

Europatreffen

Der französische Bauernverband regt ein Treffen von Verantwortlichen der repräsentativen Bauernvereinigungen der neun EG-Staaten an. Dieses Treffen soll am 4.9. in Paris stattfinden, einen Tag nach dem nach Brüssel einberufenen „Vorministerrat“ der EG Landwirtschaftsminister.

Wer die Jugend hat....

Auf dem traditionellen braunen Boden der Ostholsteiner Plöns mit einem heute mehr als 90%igen Anteil an sogenannten Heimattreibern treten rechtsextreme Organisationen („Kuratorium unteilbares Deutschland“, diverse Landsmannschaften, Bund der Vertriebenen) zunehmend freier und mutiger auf.

Der 13. August und der sogenannte „Tag des Heimat“ bieten ihnen den Anlaß, Sprüche wie „Mauer der Schande – du bist nicht erregt“ oder „Heimat Deutschland, Europa – Ende oder Wende?“ an den Mann zu bringen.

Altgedungene Gleichberechtigung prägt das Bild der zu diesen Treffen zusammengekommenen Meute. Doch gerade diese Vögel setzen hier voll auf die Eroberung der Jugend für ihre schmutzig-braunen Ziele nach dem Motto „Früh muß sich krümmen, was ein Hakenkreuz werden soll“.

So beschwört Czaja (CDU-MdB und Vorsitzender der Heimattreibern-Verbindungen) das „Erwachen der Jugend und ihr Interesse an Geschichte und Heimat, an Nation und Staat, aber auch am osteuropäischen Schicksal“ und fordert im selben Augenblick „mehr Lehrstühle für osteuropäische und osteuropäische Geschichte, Kultur und Sprachwissenschaften, ferner die Neufassung der Ostdeutschlandthemen für die Schulen.“ Hier soll versucht werden, diese voll auf Antikommunismus, Nationalismus und Kriegerglorialisierung ausgerichtete Ideologie in der Jugend zu verankern bzw. Teile der Jugend zu organisieren (DJG, die rechtstradikale „Deutsche Jugend des Ostens“), um sie zu einem Werkzeug des westdeutschen Imperialismus zu machen.

Brauner Hintergrund

Diese Brautlinge befinden sich hier in der Gesellschaft. In diesen Jahren hat sich ein neues Vorbild etabliert: der „Nazi-Hilfsmann“ steht vor einer Nationalistischen Erziehungsanstalt. NACHOL, und mehrere Kassen in denen die späteren Offizierskader geformt wurden) fühlen sich natürlich auch heutige Faschisten wohl.

Die Kassen tun immer noch gute Dienste für den Imperialismus und die NACHOL ist heute ein Internat der Pöner. Kaum im Wohnort weitbekannter Faschisten wie dem ostholsteinschen NPD-Vorsitzenden Hain und dem IN-Bundesvorsitzenden Jobst Stolz. Die DJG besitzt zudem ein Heim am Pöner See. – Deshalb fühlen sich die Faschisten hier auch mit ihren Veranstaltungen sehr wohl (im Pöns fand z.B. der NPD-Landespartei unter großem Polizeischutz statt).

Zu diesem braunen Hintergrund ist auch die Lokalpresse („Ostholsteinsches Tagesblatt“) zu rechnen. Ihre schützende und aufmunternde Haltung gegenüber den Rechtstradikalen mag i.d. letzten Zeit stellvertretend charakterisieren: „NPD Freie Selbstbestimmung aller Völker!“



FRÜH MUß SICH KRÜMMEN WAS EIN HAKENKREUZ WERDEN MUß!

Unsere Aufgabe wird darin bestehen, diese Umtriebe vor den Jugendlichen (im Jugendzentrum und in der Schule) zu enttarnen. Das allein genügt noch nicht, es ist jedoch der erste Schritt einer organisierten antifaschistischen Arbeit. Ähnlich wie sie in Eutin bereits durch ein Antifaschistisches Komitee getragen wird. Aufgaben werden genug auf uns!

Sympathisanten des KB in Plön



Mehr als 500 Bauern demonstrieren am Samstag in Villingen-Schwenningen mit ihren Traktoren gegen die zunehmende Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage. Im Sternmarsch zogen sie in die Stadt.

KONTAKTADRESSEN des KB

Bremerhaven:
F. Köppl
265 Bremerhaven 1
Postlagerkarte 00 31 60

Eutin
H. Lankau
242 Eutin-Großmülsdorf

Flensburg
Peter Petersen
279 Flensburg
Postlagerkarte A 02 25 83

Frankfurt
K. Scholz
623 Frankfurt/M 80
Postfach 80 07 47

Hamburg
Postadresse
J. Hovest
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Kiel
W. D. Scheel
23 Kiel 1
Postlagerkarte 008 831 A

Oldenburg
Th. Pieppgr
29 Oldenburg
Postfach

Kontaktadressen weiterer Vertriebsgruppen des ARBEITER-KAMPS

Bremen
Arnold Neugebhorn
28 Bremen 1
Hofstraße 228
Jeden Samstag am H-Bahnhof Bus haltestelle

Göttingen
KAG im Buchladen „Rote Straße“
34 Göttingen
Rote Straße 10
Di. 17 18 Uhr

Hannover
Alexander Rudnick
3 Hannover Linden 1
Postlagernd

Lübeck
Ch. Arbeiterbuch
24 Lübeck 1
Hofstraße 228

Westberlin
Florian Geyer
über Sozialistisches Zentrum
1 Berlin 21
Stephanstr. 60

Weitere Vertriebsgruppen

Kampf dem Faschismus

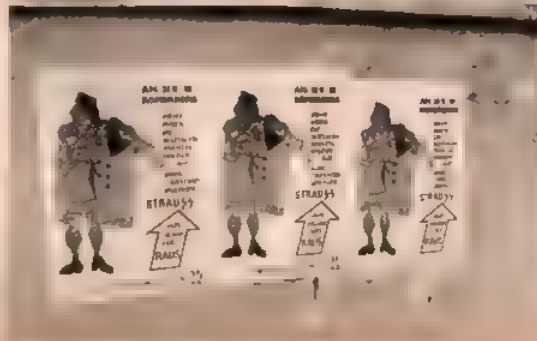
Protestaktion gegen Strauß-Auftritt

Im Rahmen ihres Landtagswahlkampfes hatte die CDU am 21. September zu einer Großveranstaltung auf den Frankfurter Römerberg getrommelt. Die CDU hatte dies von vornherein als eine Machtdemonstration deklariert, wie ihr Pressesprecher Weirich ankündigte. „Wir wollen die absolute Mehrheit in Hessen. Die Entscheidung fällt in Frankfurt. Deshalb gehen wir in die größte Stadt des Landes, um den Bürgern dort unsere Meinung zu sagen.“ Und: „Der Besuch auf dem Römerberg wird zeigen, daß Frankfurt keine linke Stadt mehr ist.“ Entsprechend war auch die Rednergalerie mit Strauß, Dregger, Kohl und Carstens hatte die CDU die „Elite“ ihrer reaktionären Pläne aufgezogen, alles bis aufs Blut geschworen und vor nichts zurück schreckende Feinde der Arbeiterklasse. Insbesondere der CSU-Chef Strauß, der zuletzt vor 13 Jahren öffentlich in Frankfurt aufgetreten war, sollte für Größe und antikommunistische Ausrichtung dieser Machtdemonstration garantieren.

Um Strauß, Dregger & Co. die ihnen gebührende Abfuhr zu erteilen, hatte unsere Organisation eine Woche vor dieser Veranstaltung die Frankfurter Linke zu einer Aktions-einheit aufgefordert, angefangen von den revolutionären Organisationen bis hin zur DKP, den Jungsozialisten und der Gewerkschaftsjugend. Der Einladung folgten zwar allerdings nur die „KPD“, KSV, Liga gegen den Imperialismus, Rote Hilfe, Frankfurter Marxisten-Leninisten und die Bürgeraktion gegen Neonazismus. Und während die meisten angeschriebenen Organisationen leider überhaupt nicht darauf reagierten, antwortete der KBW-Ortssekretär mit einem dummen Brief, in dem er die Ablehnung seiner Organisation gegen eine gemeinsame Protestaktion erklärte und dazu noch die lächerliche Behauptung wagte: „Praktisch werden dich ihr euch mit einem Vorschlag in ein Anhänger der SPD“. Wer allerdings tatsächlich den Juso nachschiefe, war der KBW selbst, mit seiner Absinnung gegen antifaschistische Aktionen. Der Frankfurter Juso-Vorsitzende Armin Kleist hatte jedenfalls am 18.9. über die „FR“ erklären lassen, daß die Juso „nicht so dumm“ seien, „irgendwelche Störaktionen (zu veranstalten), auf die Strauß und Dregger nur warten.“ Der KBW hatte zwar



Antifaschistische Proteste auf der Strauß/Dregger-Veranstaltung in Frankfurt



Auftritt-Plakat des KB gegen die Strauß/Dregger-Kundgebung in Frankfurt

eine andere Begründung für seine Inaktivität, aber in der Praxis unterschied er sich nur dadurch von der Juso-Führung, daß er ein paar seiner Genossen schön brav mit „KJVZ“ Verkauf und Büchertisch zur „ideologischen Arbeit“ unter dem CDU-Publikum abkommandiert hatte. So mobilisierten denn auch die ge-

ankunft, „den Reaktionen jeden Fußbreit für ihre Demagogie streitig zu machen, und aktiv ein Beispiel zu geben, daß es möglich ist, diese Angriffe zurückzuschlagen“. Gegen ein falsches Verständnis von diesem Kampf schrieben wir weiter: „Wir meinen nicht, daß es ein lausliches Mittel ist, hier den bloßen Meinungsstreit entscheiden zu lassen und aus falsch verstandenem Demokratismus diesen Leuten ein „Recht“ auf ihre Demagogie einzuräumen. Und ebenso wenig meinen wir, daß es damit getan ist, den Kampf auf einige „Ewiggestrige“ oder auf ein außerhalb der realen Klassenverhältnisse stehendes „Rechtskarriell“ zu beschränken: sondern dies ist ein Kampf, der sich gegen die reaktionäre Offensive der Kapitalistenklasse und gegen die Kapitalistenklasse insgesamt richten muß.“

Eier, Pfiffe und antifaschistische Parolen

Rund 10.000 Leute hatten sich auf dem Römerberg versammelt, darunter ca. 1.000 Demonstranten, die lautstark ihren Protest erhoben (nach Schätzungen des hessischen Rundfunks). Bereits als Dregger, Kohl und Carstens aus Mikrofon traten, schallten ihnen neben dem fanatischen Beifall ihrer aus dem ganzen Rhein-Main-Gebiet in Privatwagen und Sonderbussen herangekauften Anhänger schrille Pfiffe und erste Parolen entgegen. Als dann jedoch Strauß als letzter Redner drankam, nahm der Protest noch an Stärke zu. Ununterbrochen tönten Parolen wie „Strauß raus“, „Nieder mit der braunen Pest“, „Faschisten raus aus Frankfurt!“ usw. über den Platz. Trotz der ungeheuer großen Lautsprecheranlage, die die CDU in Erwartung von Protestaktionen aufgestellt hatte, gelang es, den „friedlichen“ antikommunistischen Ablauf dieser Veranstaltung erheblich zu stören. Auch einige Eier (s.T. mit Farbe gefüllt), die während der Strauß-Rede aufs Podium flogen und u.a. auch dem hessischen CDU-Spitzenreaktor und Strauß-Musterschüler Dregger den Maßanzug bekleckerten, taten das ihre.

Die auf dem Römerberg versammelten Antifaschisten widerstanden sowohl den aufgebrachtsten Einschüchterungsversuchen zahlreicher Strauß-Fans aus den mittleren und oberen Etagen der Bürohäuser, wie auch den konzentrierten Versuchen von CDU-Ordnern, NPD-Schlägertypen und Polizisten, den Protest durch Rempeln und Handgreiflichkeiten zum Schweigen zu bringen.

Nach Ende der CDU-Veranstaltung formierte sich in unmittelbarer Nähe des Römerbergs ein spontaner Demonstrationzug von rund 200 bis 300 Antifaschisten. Die Demonstration ging ein paar hundert Meter bis zur Zeil (Haupteinkaufstraße in Frankfurt) über, wo Genossen der „KPD“ und des KB kurze Reden per Megaphon hielten. Die sofort mit mehreren Mannschaftswagen und Wasserwerfern herbeieilende Polizei versuchte, diese nicht angemeldete Kundgebung aufzulösen, aber erfolglos: als die Polizisten beheimt und mit Schlagstöcken vorrückten, wurde zwar die Kundgebung unterbrochen, aber die Demonstranten zogen „im Spaziergang“ einige hundert Meter weiter und führten die Kundgebung dort zu Ende, noch ehe die Polizei erneut mit ihren Wagen und Wasserwerfern zur Stelle war.

Angeachtet dessen, daß nur so wenige Organisationen sich an dieser Aktion beteiligten (die noch dazu nicht zu den einflussreichsten innerhalb der Frankfurter Linken gebören gegenwärtig), halten wir den Verlauf insgesamt für relativ erfolgreich. Gerade auch das Gelingen der im Anschluß durchgeführten Demonstration und der kurzen Kundgebung im gemessenen an der aktuellen Situation in Frankfurt ein Erfolg (seit dem Demonstrationszug gegen die Fahrpreiserhöhung im Mai dieses Jahres konnten lediglich die beiden Chäle-Demonstrationen am 11. und 14. September legal durchgeführt werden). Daß es auf dem Römerberg selbst bei dem lautstarken Protest blieb und Strauß & Co. nicht zum vorzeitigen Abbruch ihrer Hetzveranstaltung gezwungen werden konnten, liegt vor allem in der Verantwortung derjenigen Organisationen (von den Jusos über die DKP bis hin zum KBW), die sich beim praktischen antifaschistischen Kampf nicht gern „die Finger schmutzig machen“.

KB / Gruppe Frankfurt

Volksverhetzung Marke FJS Faschist schlug zu

Am 6.6.74 fand in der Oldenburger Weser-Ems-Land eine CDU-Wahlveranstaltung im Rahmen der niedersächsischen Landtagswahl statt. Als Zugpferd und reaktionärer Ringleiter stellte sich Faschist Strauß. Einige Genossen unserer Gruppe versuchten zusammen mit anderen Linken und Demokraten in der Halle einen Block zu bilden, um den Protest organisieren zu helfen.

Neben zwei Genossen saß ein Mann, der sich „merkwürdig“ benahm. Mit einem Fernglas grünte er sich die Leute rumherum an. Als jemand auf einer Pfeife blies, ließ er sich die „mal zum Ausprobieren“ geben, was dann so ausah, daß es als absichtlich zerbrochen. „Höhepunkt“ seines Treibens ließ nicht lange auf sich warten. Strauß fing schon gleich zu fluchen an. Er war so wütend, daß er kam neben aus Wilhelmshaven wo er gebürtig (mit Tomaten, Eiern und Farbhauten) empfangen worden und kaum zum Reden gekommen war. In Bezug auf diese Abfuhr äußerte er u.a. die neuen Linken seien die neuen Faschisten! Daraufhin brachten alle Linken und Fortschrittlichen lautstark ihren Protest zum Ausdruck. In dieser Situation setzte der Faschist einen Genossen durch einen kräftigen Schlag mit seinem Fernglas „außer Gefecht“. Er bekräftigte seine Attacke mit den Worten: „Gefährlich hier nicht!“ und „Ihr seid alle Kommunisten. Ihr kommt auch noch alle drauf!“ Dem Genossen wurde dicht neben der Schafe eine klaffende Wunde zugefügt. Die im Krankenhaus genest werden mußte. Der Faschist wurde von Genossen der Polizei übergeben und angezeigt. Er stirbt dort aber

gleich alles ab. Am 20.9. fand nun der Prozeß gegen diesen Faschisten, Jürgen Prechtl statt. Als Verteidiger hatte er den Oldenburger NPD-Rechtsanwalt Oster mitgebracht, der schon vor einigen Jahren zusammen mit einigen anderen faschistischen Elementen auf einer „unabhängigen“ Liste zu den Kommunalwahlen kandidiert hatte. Prechtl stritt alles ab, bezeichnete die protestierenden Linken als „verlauste Studenten“ usw. Er konnte aber durch Zeugnisaussagen überführt werden und wurde zu DM 2.500,- Geldstrafe verurteilt. Dabei schlug auch zu Buche, daß er bei einem Wohnungsnachbarn Fuß gemacht und diesen so zusammen geschlagen hatte, daß er für zwei Wochen ins Krankenhaus mußte.

Dieses Beispiel zeigt doch wieder sehr deutlich, wie solche Volksverhetzung in der Strauß faschistische Typen wie diesen Prechtl aufputscht. Das brachte auch der Rechtsanwalt des als Nebenkläger auftretenden verurteilten Genossen zum Ausdruck: es handele sich hier eigentlich um eine „mittelbare Täter-schaft“ der Angeklagten, eigentlicher Täter sei doch der Redner Franz Joso Strauß. Damit ist einer der politischen Hauptverantwortlichen der rechtsradikalen und faschistischen Aufhetzung festgelegt. Das kann für uns aber nie heißen, faschistische Schläger wie Prechtl als bemitleidenswerte Opfer faschistischer Demagogie zu begreifen, die man „verständnisch“ und „sanft“ anfasen muß, um sie angeblich überzeugen zu können.

Bezugsgroupe des KB/ Gruppe Oldenburg

Lübeck: Faschistische „Schützengilde“ versucht sich ein Lammfell umzuhängen

Im früheren Lübecker Arbeiterviertel Marienfeld Anfang August ein „Vogelschrecken zugunsten Lübecker Sorgenkinder“ statt. Hauptträger dieser „wohlstigen“ Veranstaltung war die Schützengilde „Lübischer Adler“.

Die Schützengilde verfolgte mit diesem „Volksfest für die Bewohner des Stadtteils Marienfeld“ laut „Lübecker Nachrichten“ das Ziel, „daß ihre Bemühungen und der ehrenamtliche Einsatz ihrer Mitglieder von der Bevölkerung noch mehr als im Vorjahr honoriert werden.“ („LN“, 9.8.74) „Vogelschrecken für Sorgenkinder“, „Volksfest“ etc. – doch alles sehr lobenswerte Bemühungen dieser Ehrdred wird von der Lübecker Lokalpresse bewußt beim Leser erweckt. Kein Wort davon, was hinter der Schützengilde „Lübischer Adler“ steckt und wie ihre Bemühungen um die Bevölkerung Marienfeld gewertet werden müssen.

„Pardon“ (satirische Monatszeitschrift) enthielt im August 69, daß der Lübecker Adler eine als Schutzverband getarnte paramilitärische rechts „Bürgerwehr“ ist. Das wird deutlich, wenn man die personelle Zusammensetzung des Vereins und seine Verflechtung mit faschistischen Gruppen betrachtet.

Der Makler H. Promnitz ist Führer der Lübecker „Großhörnchen-Lübecker Adlerjugend“ und gleichzeitig Vorsitzender des Lübecker Kreisverbandes des Deutschen Blocks, der sich selbst als Bollwerk gegen den Bolschewismus bezeichnet und ein Großdeutsches Reich „erst in der Idee, später in der Wirklichkeit“ frei von marxistischer Zersetzung fordert. Der DB erklärte 1969, daß es gelte, „dem auf das deutsche Volk zukommenden roten Terror in

der Stunde der Not mit einer schlagkräftigen Organisation durch Nationalisierung der Massen zu begegnen.“

Der „Deutsche Block“ arbeitet eng mit bekannten faschistischen Gruppen – wie der DVU (das faschistische Verlegerhaus Frey) – mit einem Treffen in München zusammen, wo 1972 gemeinsam ein „Freiheiliger Rat“ gebildet wurde. In den 50er Jahren konnte der „Deutsche Block“ sogar beachtliche Wahlerfolge in Lübeck erzielen, vor allem bei den antikomunistischen „Flichtlingen“, von denen viele in Lübeck

G. Promnitz, Bruder des Faschistenhaupteingangs H. Promnitz verkündete

te 1969: „Wir haben jetzt in Lübeck mit einem Jahr einen Schutzverein, in dem nur Nationalen sind – einige sogar eingeschriebene SPD-Mitglieder. Zur Zeit haben wir 60 Mitglieder, die alle offizell bei der Sache sind.“ Und die nach Aussage des Ingenieurs Mowach „durch die Waffengestaltung wieder gewonnen sind, s.T. nur Kleinkaliberwaffen zu benutzen“.

So ist der Versuch der Schützengilde „Lübischer Adler“ nach ein wohlstigen, volksfreundliches Mäntelchen umzuhängen, nichts als schlimme Demagogie.

VO des KB-Lübeck

Grünes Licht für faschistischen Terror

Kürzlich entschied das Oberlandesgericht Schleswig-Holstein im Fall des faschistischen Horst Teichmüller, gegen den Anklage wegen Körperverletzung und Sachbeschädigung vorlag, auf Freispruch.

Der Angeklagte hatte zur Zeit des Bundestagswahlkampfes 1972 in Kiel zwei junge Leute mit Mörsersteinen verletzt, die dann daran hindern wollten, SPD-Wahlplakate zu verteilen.

Die dadurch entstandenen erheblichen Verletzungen führten bei einem der beiden zu einer Verminderung der Kräftefähigkeit um 40 Prozent! Eine Verurteilung wegen Sachbeschädigung wurde vom Oberlandesgericht abgelehnt mit dem tadelnswürdigen Argument, daß „papierne Wahlplakate, die auf eine feste Unterlage geklebt sind, nur dann im Sinne des Strafgesetzbuches in strafbarer Weise beschädigt sind, wenn das Papier

von der festen Unterlage gelöst wird“.

Der Angeklagte Teichmüller ist folglich auch von der Anklage der Körperverletzung freisprechen, denn so heißt es in der „Begründung“: „...keine Sachbeschädigung vorlag, wenn die verletzten Jugendlichen nicht befaßt, hinter Herrn Teichmüller herzufliehen. In diesem Hinherzulaufen lag dem rechtswidrigen Angriff der Jugendlichen auf Herrn Teichmüller, gegen den dieser sich im Rahmen der Notwehr (!) verteidigen durfte. Seine Stiche waren daher rechtmäßig!“ (s. hier nach „Frankfurter Rundschau“ vom 7.9.74)

Dies Urteil des Oberlandesgerichts spricht eine deutliche Sprache. Immer freizeite Deckung der Faschisten durch den bürgerlichen Staat! Eine Kieler Genossin

Darmstadt:

Löwenthal mußte kapitulieren



Für den 29. August hatte die rechtsextreme „Kongregation Demokratischer Kräfte“ (KDK) in Darmstadt zu einer Veranstaltung unter dem demagogischen Thema „Freiheit in Gefahr“ aufgerufen. Starredner sollte der vom ZDF her berühmte Oberhetzer Löwenthal sein. Einer der Mitbegründer und Mitfinanzierer der KDK ist übrigens der Schnapsfabrikant Eckes (der im Bundestagswahlkampf 1972 auch zu starker CDU-Finanzierung unter seinen Kapitalisten-Kumpanen aufrief). Geschäftsführer der KDK ist Fritz Harth, Major der Reserve und Eckes-Angehöriger – und die Zentrale der KDK befindet sich entsprechend im Haus des „Schutzverbandes der Spielführerindustrie“ in Wiesbaden.

Die geplante Löwenthal-Veranstaltung in Darmstadt wurde indes nicht zur Freude ihrer Organisatoren. Von den 5 bis 600 Leuten, die sich in der Otto-Berndt-Halle (Mensa der TH Darmstadt) versammelt hatten, waren rund die Hälfte gekommen, um Löwenthal die verdiente Abfuhr zu erteilen. Dazu hatten verschiedene linke und antifaschistische Gruppen aufgerufen.

Von Anfang seiner Rede an wurde Löwenthal mit lautstarken Pfiffen und Sprechchören bedacht, sodaß er trotz Verstärkeranlage nicht mehr zu verstehen war. Die anfänglich noch diffusen Sprechchöre „Aufhören, Aufhören!“ bekamen zusehends eine bewußtere politische Stützung. „Nazi raus!“ „Nieder mit der braunen Pest!“ und „Faschisten raus aus Darmstadt!“ Schließlich gelang es einigen Löwenthal-Gegnern, bis zum Rednerpult vorzudringen und

das Mikrofonkabel herauszureißen. Hauptsächlich ältere Faschisten gingen daraufhin mit Stühlen in den Händen auf Demonstranten los, was die Demonstranten natürlich nicht widerstandslos hinnahmen, so daß eine kleine Saa-schlacht entstand. Die Polizei hielt sich während dieser ganzen Situation erstaunlicherweise zurück, war jedoch einsatzbereit hinter dem Bühnenvorhang versteckt (Faschisten und CDU-Leute beschimpften die Polizisten deswegen als „Weicheier“ u.ä.; der als aufmerksamer Löwenthal-Anhänger anwesende CDU-Kreisvorsitzende und Bundestagsmitglied Pfeffermann bezichtigte den Polizeipräsidenten später im „Darmstädter Tagblatt“, daß er „bürokratisch-welfremde Gründe für das Nichteingreifen“ hatte).

Als es in den heftigen Auseinandersetzungen zwischen Faschisten und Antifaschisten im Saal vordringend zu einer kurzen Beruhigung kam, versuchte Löwenthal, dies für einen zweiten Anlauf seiner geplanten Rede auszunutzen. Der antifaschistische Proteststurm nahm daraufhin aber wieder an Stärke zu. Viele „bediente“ CDU-Anhänger verließen trotz den Saal und es blieb schließlich nur noch der harte Kern der Löwenthal-Anhänger zurück. Löwenthal beriet sich daraufhin mit zwei Darmstädter Chefhellen und dem TH-Präsidenten, was zu tun sei. Als jetzt auch noch das Studentenwerk, das den Saal an Löwenthal vermietet hatte (f), nachträglich den Mietvertrag kündigte (es war eine Klausel im Vertrag enthalten, die eine Beendigung der Veranstaltung bei „Tumulten“ vorsah), erklärte Löwenthal eine Dreiviertel-Stunde nach dem versuchten Beginn seiner Heilveranstaltung „Wir geben unsere Kapitulation bekannt.“ Die Antifaschisten feierten ihren Sieg daraufhin mit dem Singen der Internationale.

Für die Darmstädter Antifaschisten wird es darauf ankommen, weiter auf diesem Erfolg aufzubauen. Das umso mehr, als die Reaktionen aller Schattierungen nach hier kritischen Neuerfolge ankündigen, daß es „für uns Deutsche Zeit“ sei „die Armei aufzukrempeln und Ordnung zu schaffen“ (aus einem im „Darmstädter

Lautstarke Sprechchöre und Pfiffe verhinderten den Löwenthal-Auftritt in Darmstadt



Faschisten gehen mit Stühlen gegen die Löwenthal-Gegner vor. Das „Darmstädter Tagblatt“ versuchte dagegen, mit diesem Bild gegen die Antifaschisten zu hetzen und log: „Die Randallierer werfen schließlich ganze Stuhlreihen gegen die Bühne!“

Faschisten gehen mit Stühlen gegen die Löwenthal-Gegner vor. Das „Darmstädter Tagblatt“ versuchte dagegen, mit diesem Bild gegen die Antifaschisten zu hetzen und log: „Die Randallierer werfen schließlich ganze Stuhlreihen gegen die Bühne!“

Der Oberhetzer Löwenthal in Marburg

Der Oberhetzer Löwenthal in Marburg

Am Dienstag, dem 24.9., trat in Marburg, Lahn der Faschist Löwenthal vom ZDF-Magazin mit einer sogenannten „Bürgerinitiative für freie öffentliche Ordnung“ auf Begleitet wurde er vom Anti-Kommunisten und berufsmäßigen Rassistischen Fachmann (Schachspieler). Hiermit sollte offenbar der faschistische „Bund Freies Deutschland“ auch in Hessen und Marburg verankert werden.

Erschienen waren in der Stadt Halle etwa 400-500 Antifaschisten. Schon vor der Veranstaltung erteilten sie schallende Rufe: „Arbeiterverein schlägt Faschismus!“ und „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“ Kurz vor Beginn der Veranstaltung erschallte das Arbeiterheuteil, das starken Beifall erhielt und das Kräfteverhältnis im Saal deutlich machte. 2/3 Antifaschisten 1/3 Sympathisanten und Anhänger Löwenthals. Etwa 50 unterstellte Typen, wie es hieß, NPD-Ordner aus Frankfurt, bewachten den Eingang und den Saal. Sie durchsuchten geisteslos Taschen und Mäntel am Eingang und merkten sich von Beginn der Veranstaltung an jeden antifaschistischen Zwischenfall.

Nachdem der Anti-Kommunist Fachmann unter losem Pfeifen seine „Erfahrungen mit dem linken Faschismus“ unterbreitete und ein Loblied auf die „Prager Sozialreformer“ genossen, sowie die „Notwendigkeit des Radikalerenlassens für jede Demokratie“ erläuterte hatte, versuchte Löwenthal, in dieselbe faschistische Kerbe zu hauen. Er kam jedoch gar nicht erst zu Wort, denn mittlerweile hatten sich fast alle Anti-Faschisten von ihren Plätzen erhoben und skandierten rhythmisch „Löwenthal, aus dem Saal!“ Nach etwa zehn Minuten brach Löwenthal ab, und auf einen Wink des Marburger Vorsitzenden der „Bürgerinitiative“ stürmte von vorne ein Trupp von 50-100 Polizisten in voller Kriegsbemalung in den Saal. Von der Rednerbühne herab dirigierte der Vorsitzende über Mikrofon mit lautmächtigster Unterstützung der NPD-Schläger den Polizei Einsatz. „Das Mädchen mit dem

gestreuten Pullover in der 12. Reihe!“ u.ä. Die Polizisten prügelten sofort auf die Angeordneten los und drängten die Anti-Faschisten unter Schlägen und Tritten aus dem Saal. Auf diese Weise wurden etwa die Hälfte der Anti-Faschisten rausgeprügelt und die anderen durch die physische Anwesenheit der Polizisten eingeschüchtert.

Zur Rolle der DKP

Berechnend war wieder einmal das Verhalten der DKP und Co. Sie hatten in einem Flugblatt einen Tag vor der Faschistenveranstaltung dazu aufgerufen, „angesichts der bewussten Beschleunigung von tumultuösen Szenen auf Löwenthalveranstaltungen durch die von ihm organisierten Ordner“ (Flugblatt-Text) nicht in den Saal zu gehen, sondern eine Gegenveranstaltung auf dem Uni-Gelände gegenüber der Stadthalle abzuhalten. Als am nächsten Tag bekannt wurde, daß der SPD-Magistrat die Gegenveranstaltung auf dem Platz vor der Stadthalle verboten hatte, schrieben DKP und Co. auf einer Wandzeitung in der Mensa: „Jetzt lassen wir uns erst recht nicht provozieren!“ und verlegten ihre Kundgebung auf den zehn Minuten entfernten Alten Marktplatz in der Altstadt. Dort sollte dann der Judo-Vorstande Schiller ein Referat halten und eine „saftige Resolution“ verabschiedet werden. Noch am Eingang zur Löwenthal-Veranstaltung eine halbe Stunde vor Beginn tauchten die Typen mit Megaphonen auf, um die versammelten Anti-Faschisten davon abzuhalten, in die Veranstaltung zu gehen, weil sie sich nur „provokieren lassen“ und den Faschisten „unter die Arme greifen“ würden.

Die Opportunisten und Revolutionsbewiesen einmal mehr ihre Funktion. Die Anti-Faschisten vom konsequenten demokratischen Kampf abzuhalten und damit den Faschisten das Feld zu überlassen! Das ist ihnen allerdings mißlungen.

Sympathisanten des KB,

Göttingen: Schüsse auf Plakatkleber

In Göttingen ist es in letzter Zeit schwieriger geworden, Plakate zu kleben, mit denen zu Veranstaltungen unserer Gruppe oder zu Demonstrationen und antirassistischen Veranstaltungen aufgerufen werden.

Dabei tritt weniger das Ordnungsamt auf den Plan und erstattet Anzeige wegen „wildem“ Plakatieren, vielmehr werden zunehmend die Polizei und ihre Hilfsmannschaften eingesetzt, die offensichtlich scharf gemacht worden sind, gleich am Ort des Geschehens „aufzukommen“. Hauptsächlich betroffen waren bis jetzt die Genossen, die in der Innenstadt und ihrer unmittelbaren Umgebung kleben.

So veranstaltete die Polizei im Sommer eine regelrechte Verfolgungsjagd auf Schülergenossen, als sie versuchten, Plakate für eine Schulkampf-Veranstaltung zu kleben. Die Bullen fuhrten in diesem Fall mit ihrem Streifenwagen quer über die Radialen eines Parks. Die Genossen konnten sich eben noch durch einigen Rückzug über Mauer und durch Hinterhöfe in Sicherheit bringen.

Dagegen konnten wir in der Vergangenheit an der Uni und in den Wohngebieten ziemlich unbehelligt kleben. Gerade auf dem Uni-Gelände gehörte das Plakatieren zu den „Routinearbeiten“. Im Laufe der Jahre hatten sich für die linken Studentengruppen – und in deren Klebung allerdings auch für die Radikaltöne des „Gewohnheitsrecht“ herausgebildet, durch Plakate an den Hörsaalgebäuden und Seminaren auf ihre Veranstaltungen aufmerksam zu machen.

Das hat sich jetzt offensichtlich drastisch geändert. Ein Genosse berichtete:

Am 9. September wollten wir zu dritt auf dem Campus Chile-Solidarität Plakate kleben. Als wir gegen 23 Uhr das Gelände erreichten, ke-

men zwei Männer hinter uns her und forderten uns drohend auf, zu verschwinden. Plakate kleben sei nicht drin. Diese Männer gehörten zu den Wachleuten, die während der ganzen Nacht im Zentralen Hörsaalgebäude sitzen und die Uni bewachen. Sie mußten uns gehen lassen, als wir am Gebüde vorbeigingen. Wir hatten erstmalig ab und warteten kurze Zeit. Dann gingen wir von einer anderen Seite erneut auf den Campus. Es gelang uns, unbehelligt unsere Plakate zu kleben. Scheinbar hatten die Wachmänner nicht damit gerechnet, daß wir wiederkommen. Das war allerdings ein Trugschluß. Wir begannen gerade den Rückweg, da hörten wir einen Schuß! Als wir uns umblückten, sahen wir ein Stück entfernt einen Wachmann stehen. Er schrie „Stehenbleiben!“ – und schoß ein zweites Mal. Zum Glück war die beleuchtete Straße nicht mehr weit, und es gelang uns, ohne Schreien wegzukommen.

Wir wissen nicht, ob der Wachmann mit scharfer Munition geschossen hat. Deshalb haben wir begonnen, Nachforschungen anzustellen, wie die Wachleute ausgerüstet sind. Was davon auf jeden Fall deutlich wird, ist die politische Disziplinierung, die auch an der Uni nicht nur Verbot von politischen Diskussionen in Lehrveranstaltungen, Büchertischen und Plakatieren. Sie schließen alle Mittel der Buchhaltung fort. Schriftlicher Studenten ein. Dabei schreie die Uni-Verwaltung und in ihrem Auftrag arbeitende Wachmannschaft offensichtlich nicht davor zurück, schon bei vergleichsweise geringen Anlässen von der Schußwaffe Gebrauch zu machen.

Es ist da wohl kein weiter Weg mehr, auf die zu schießen, die Plakate der Linken lesen.

Ein Genosse der KAG

Antifaschistischer Liederabend – Ein Teil unseres politischen Kampfes

Am 14.9.74 veranstaltete das Jugendzentrum Reinbek zum Ausklang seiner Chile-Solidaritätswochen einen antifaschistischen Liederabend. Göttingen wurden deutsche und internationale Arbeiterlieder sowie Lieder aus aktuellen Anlässen vom Jahr Putch in Chile (Hinrichtung von (amro Blanco u.a.). Einleitend wurde ein Referat zur Funktion des Arbeiterliedes gehalten, danach folgten Kurzerfahrungen und Kurzgeschichten die einen Einblick in die Situation geben sollten, aus der heraus die jeweiligen Lieder geschrieben wurden.

Tagblatt“ veröffentlichten Leserbrief. Und CDU-Kreishege Pfeffermann kündigte an, daß Löwenthal zur Wiederholung „noch im September auf einer CDU-Großveranstaltung sprechen“ soll und sicher werden diese Leute das nächste Mal bessere Vorsorge zu treffen vermögen. Walrecht werden Pfeffermann und seine Kumpanen sich auch dafür einelnzen, daß Löwenthal dann eine Pistole bei sich behalten darf – die er dieses Mal auf Weisung der Polizei in seinem Wagen lassen mußte!

Nach dem Bericht eines Darmstädter RBJ-Genossen



Nicht nur mit Flugblättern, auch mit Wandparolen mobilisierten linke und antifaschistische Gruppen gegen die Löwenthal-Veranstaltung.

Nicht nur mit Flugblättern, auch mit Wandparolen mobilisierten linke und antifaschistische Gruppen gegen die Löwenthal-Veranstaltung.

Zum zweiten Mal innerhalb weniger Monate wurde auf die politische Buchhandlung „Arbeiterbuch“, die dem KB nahesteht, ein faschistischer Anschlag verübt.

Am Freitag, den 13. September führte der KB im Rahmen der Chile-Solidaritäts-Woche eine Veranstaltung im Audi-Max der Hamburgischen Universität durch. Nur wenige Stunden später zerstörte ein großer Mauerstein die Schaufensterscheibe der nahegelegenen Buchhandlung. Die Faschisten hatten sich genau ins Fensterrahmen geschossen, das die Namen des „Arbeiterbuch“ mit Bildern der Bücher und Plakate zur Chile-Solidarität ausgestellt hatten.

Dieser Anschlag weist bemerkenswerte Parallelen zum Vorgehen der Faschisten am 24. Mai dieses Jahres auf. Auch damals hatte der KB im Audi-Max eine Solidaritätsveranstaltung mit dem Kampf des irischen Volkes durchgeführt. Einen Tag nach der Veranstaltung zerschlug ein Stein die Scheibe zum Schaufenster, das entsprechend dem Inhalt der Veranstaltung mit Propagandamaterialien der irischen Befreiungsbewegung ausgelegt war.

Im Gegensatz zum letzten Mal konnten diesmal die faschistischen Provokateure jedoch gefaßt werden. Aufmerksam und beherrschte Gäste (neben dem „Arbeiterbuch“-gegründeten italienischen Lokalen liefen sofort auf die Straße und stellten sich den beiden Faschisten, die gerade das Weite suchen wollten, in den Weg.

Die Faschisten sich aus verständlichen Gründen nicht festhalten lassen wollten, inszenierten sie eine wilde Prügelei, wobei sie selbst reichlich was „eingeschenkt“ bekamen. Ein Kollege schlug allerdings so mit dem Kopf auf das Straßenpflaster, daß er sich eine stark blutende Platzwunde am Kopf zuzog.

Durch diesen Lärm auf der Straße aufgeschreckt, kamen immer mehr Bewohner aus den umliegenden Häusern an die Fenster und mehrere suchten herunter auf die Straße. Es gelang, die Faschisten in einem Kellerzugang festzuhalten, bis die alarmierte Polizeistreife eintraf (die kamen allerdings erst nach 15 Minuten!).

Ein Bewohner hatte beobachtet, wie die Faschisten den Stein in die Schaufensterscheibe des „Arbeiterbuch“ geworfen hatten. Er gab seine Beobachtungen der Polizei zu Protokoll.

Die Faschisten – es handelt sich dabei um die beiden Briten George Mooney und William Devoy, beide wohnhaft in Hamburg 13, Dillstraße 21 – versuchten, die besoffenen „Unpolitischen“ zu spielen – und die Polizei wie denn auch altzuerst bereit, die Sache als „groben Unfug abzutun und entsprechend leicht zu behandeln.

Der „Arbeiterbuch“ und der verletzten Kollege haben jedoch Strafanzeige erstattet.

Genommen des „Arbeiterbuch“

Einige Kollegen haben jedoch Strafanzeige erstattet

Genommen des „Arbeiterbuch“

Hamburg: Wieder faschistischer Anschlag gegen das „Arbeiterbuch“



Tiefschlag für Faschisten

Bergedorfer Antifaschisten verhindern NPD-Propaganda

Am Sonntag, den 22.9., konnten in Bergedorf etwa zehn NPD/NF-Faschisten einen Propagandastand unter dem Motto: „Feg ihn weg, den roten Dreck, George! In die Mauer mit dem Kampf des Kommunismus“ am Sonntag, den 22.9., verhindern.

Als einer der treibenden Einpfeisender (mit Megaphon!) fungierte wieder mal der uns schon seit langem bekannte Jungfaschist Buchmann, „militärisch“ kostümiert mit Koppel, Odal-Rune, Bundeswehrhelm und Sonnenbrille ständiger Begleiter sein Schäferhund, unschön bekannt durch eine Anzahl von Provokationen gegen fortwährende und kommunistische Menschen und deren Aktionen in Bergedorf und Umgebung. So versuchte Buchmann erst vor kurzer Zeit mit einigen seiner braunen Freunde eine Chile-Solidaritätsveranstaltung der Junos in Schwarzenbek zu stören, wobei er allerdings buchstäblich auf die Nase fiel.

Der ganze Propagandastand mit Fahnen, Stielhähnen, Flugblättern, mit dem antideutschen Parolen der Faschisten, war eine offene Provokation für die Antifaschisten Bergedorfs. So sammelten sich schon nach einer halben Stunde ca. 50-60 Demokraten und Kommunisten um den Naschlag und schlossen einen festen Kreis um ihn herum. Die Vertreter der Faschisten offensichtlich total überfordert, verteilten (noch) sehr fragwürdige Flugblätter und Zeitungen an die Antifaschisten (bei einigen Vertretern haben wir allerdings noch etwas nachhelfen müssen) und so wurde nach halb fünf das gesamte Propagandamaterial in Fetzen zerissen auf den Stand nieder. Einem Typen, der jetzt auftauchte und die

Antifaschisten fotografierte (warum wohl?), wurde mit einem Mal unheimlich schlecht (im Unterleib). Außerdem war plötzlich sein Objekt verschwunden und der Film belichtet. Der Stand der Faschisten wackelte schon bedenklich, als plötzlich über raschend (?) schnell drei Streifenwagen der Polizei auftauchten. Die Bullen den Knüttel schon erwartungsvoll in der Hand. Allerdings gaben wir ihnen keinen Anlaß zum Eingreifen. Buchmann, unbeherrschbar, mit seinem Köter zur Seite, versuchte noch weiter Flugblätter zu verteilen. Er wurde allerdings ständig von 5-6 Antifaschisten begleitet, die von vornherein durch Parolen und Diskussionen die Passanten vorbereiteten, so daß auch tatsächlich nur sehr wenige Menschen das braune Geschnitzte annahmen. Buchmann gab schließlich auf.

Auch vom Megaphon der Faschisten waren nur noch Satzzeichen zu hören. Stattdessen schallten antifaschistische Parolen (z.B. „Demokraten, Kommunisten, keine Faschisten“). „Den Faschismus hier von uns! Faschisten raus von unserer Stadt!“ durch die Einkaufsstraße.

Es ergaben sich große Diskussionsgruppen mit den Passanten, in denen auch über die Entfernung der Faschisten hinaus, die Notwendigkeit des aktiven Vorgehens gegen die braunen Organisationen besprochen wurde. Während der Aktion verteilten die Antifaschisten ein Flugblatt, in dem auf das Zusammenwirken der örtlichen Presse (Springer, „Bergedorfer Zeitung“) und der Faschisten eingegangen wird. Das Flugblatt, das auch schon zu einem anderen Anschlag gelangte, liegt verteilt wurde

wird im Übrigen von einer recht breiten Aktionsinheit getragen. So haben neben der Bezirksgruppe Bergedorf des KB noch folgende Kräfte unterzeichnet: Juno-Kreisverband Lauenburg, Forum-Redaktion Mölln, Jugendzentrum Reinbek, Aktions-einheit fortschrittlicher Jugendlicher Geesthacht, Aktion Jugendzentrum Geesthacht und SSB GE Schwarzenbek.

Deutsche Polizisten – schützen die Faschisten

Die Polizisten schlichen während dessen angepasst lauschend und fotografierend zwischen den Diskussionsgruppen herum, nahmen ohne ersichtlichen Grund Personalien von einigen Antifaschisten auf. Nach zwei Stunden ohne Einsatz wurden die meisten Bullen offensichtlich schon ganz nervös und fickerig. Rempelten Antifaschisten an und bedrohten sie: „Wenn der Putz weiß, könnt ihr haben.“ „Noch einmal dann geht du hopp!“ usw. Schließlich ein Genosse anfang, eine kurze Rede zu halten in der er seine Auftreten gegenüber den Faschisten einmal begründet wurde und auch das verstärkte Auftreten der Faschisten beleuchtet werden sollte. „Unsere Mütter von Recht und Ordnung“ endlich die Möglichkeit einzugreifen. Die Rede bedeutete die Forderung der öffentlichen Sicherheit. (1) Als die Rede dann trotzdem weitergeführt werden sollte, stuzten die Polizisten mit Knütteln auf den Genossen los und zertrümmerten ihn mit Stöcken.

Der Redner wehrte sich im Augenblick, sein Kopf wurde brutal auf

Faschistischer Maskenball in Bielefeld

Am Jahrestag des faschistischen Putsches in Chile fand in Bielefeld ein vom Chile-Komitee organisiertes Solidaritätsdemonstration statt, an der sich etwa 600 Menschen beteiligten.

Dies nahm eine kleine Gruppe von Faschisten (ca. 15 Figuren) zum Anlaß einer oblen Provokation. Mit einem Transparent „KPD = Junta“ tiefen sie im Demonstrationszug mit, wobei sie Parolen wie „Nieder mit der roten Post, Kampf dem Kommunismus“ gröhnten. Auf Flugblättern bezeichneten sie sich dreist als „konsequente Antimperialisten“, die „Solidarität mit dem chilenischen Volk“ üben würden, in diesem Flugblatt hieß es u.a. auch, daß „die Praktiken des Marxismus sich in keiner Weise von der Nazidiktatur oder der griechischen oder chilenischen Militärdiktatur unterscheiden“ etc. – Unterschrieben war dieser Mist von einer angeblichen „Solidaritätsgemeinschaft für Chile“ und über weiteren Organisationen (bei 15 Mitstreitern im Demonstrationszug), worunter, um die Maskerade komplett zu machen, außer der NPD und ihren „Jungen Nazi-Donaldskrätern“, u.a. auch eine „Gewerkschaftsoppositionelle Lehtinggemeinschaft“ firmierte.

Obwohl wir vom Kräfteverhältnis her klar überlegen waren, und die Faschisten wirklich ungeheuer provokativ auftraten, wurden sie nicht wirksam vertrieben.

Es kam zwar zu einigen kleinen Prügeleien – ein Faschist mußte sogar für fünf Minuten von der Polizei in „Schutzhaf“ genommen werden – und es gelang auch durch spontanen Zugriff einiger entschlossener Demonstranten, den Faschisten ihr Transparent zu entreißen, doch insgesamt kann diese „Aktion“ nicht als Niederlage der Faschisten angesehen werden.

Dies lag in der Hauptsache daran, daß keine der beteiligten Organisationen sich auf eine solche Situation vorbereitet hatte und von daher große Unklarheit über das richtige Auftreten gegenüber solchen Gruppen bestand.

Legalistische Vorstellungen wie „gleiches Recht für alle“, die irrige Hoffnung, Faschisten würden verschwinden, wenn man sich nicht um sie kümmert und vor allem große Verwirrung unter den Demonstrationsnehmern veränderten ein geschlossenes Auftreten.

Aus dieser Erfahrung müssen wir lernen, daß man Faschisten entschlossen und vor allem organisiert entgegenzutreten muß, besonders dann, wenn unsere kräftigste Überlegenheit so deutlich ist. Jeder Versuch, sie mit Argumenten zu „überzeugen“, fordert sie nur zu größeren Provokationen heraus.

Ein AK-Leser

Schallplatte

Anzeige

Einmal

Faschismus

das reicht!

Die Bourgeoisie treibt die Faschisierung in allen Bereichen der Gesellschaft in allen Bereichen der Gesellschaft.

das reicht!

Die Bourgeoisie treibt die Faschisierung in allen Bereichen der Gesellschaft in allen Bereichen der Gesellschaft.

Verlag ARBEITERKAMPF
2. Hamburg 13
Flurstraße 38
Preis 5,- DM

das reicht!

Die Bourgeoisie treibt die Faschisierung in allen Bereichen der Gesellschaft in allen Bereichen der Gesellschaft.

das reicht!

Die Bourgeoisie treibt die Faschisierung in allen Bereichen der Gesellschaft in allen Bereichen der Gesellschaft.

Verlag ARBEITERKAMPF
2. Hamburg 13
Flurstraße 38
Preis 5,- DM

Wagendach gepreßt und er landete schließlich im Wagen. Wir schickten sofort zwei Zeugen zur Wache hinterher, um sie rauszukriegen. Was dort mit dem Genossen passiert, es wäre nicht das erste Mal, daß Antifaschisten von „unserer“ Polizei nach einer Festnahme verprügelt wurden.

Die Faschisten hatten die Ablenkung durch die Festnahme genutzt und inzwischen ihren Stand blitzschnell abgebaut und in Sicherheit gebracht.

Wir hatten gerade beschlossen, zur Polizeiwache zu gehen, als der Genosse, der den Genossen zum „Grund“ für die brutale Festnahme feststellte, den Personalrat.

Die Demokraten einschleichen und auf sie einschlagen, die Faschisten schützen, das ist eine Aufgabe der Polizei in „unserem demokratischen Rechtsstaat!“

Trotz der Festnahme ist diese antifaschistische Aktion ein voller Erfolg gewesen. Die Faschisten konnten ihre braune Propaganda nicht an den Mann bringen, stattdessen konnten wir in längeren Diskussionen mit Menschen aus unserem Stadtteil in Kontakt kommen und auch anwaltliche Klarheit über das Vorgehen gegen die Faschisten schaffen.

Übrigens: Der Schäferhund der Faschisten, wohl angewidert durch die Schläppe seiner „Herzchen“ (allerdings hatte er auch eine volle Ladung Leinwand verpackt gekriegt), holte sich gleich zu Anfang eine ganze Wunde unter dem Hals. Er wird sich nicht mehr öffnen, da der ganze Vorfall nicht etwas niedlich, Vorbrücken ist besser.

Ein Genosse der Bezirksorganisation Bergedorf

NATO-Manöver „Bold Guard“ – „Kühne Wacht“!

An den Särgen der Opfer?

Anfang September dieses Jahres begannen die Großkriegsübungen der NATO in der BRD. Zum Auftakt übten über 40.000 Soldaten aus Großbritannien, Dänemark und der BRD auf den Straßen und Äckern Schleswig-Holsteins bei der Kriegsbildung „Bold Guard“. Mit diesem „Manöver“ wurde eine weitere Reihe Großkriegsübungen eingeleitet.

eigenen und aller anderen Länder zu täuschen. Diese Kriegsbildungen mit 100.000 Soldaten zeigen das wahre Gesicht dieses „Ordnungsstaates“. Hier wird das Kriegsinstrument vorbereitet auf einen neuen Raubkrieg, auf die Niederhaltung der Arbeiterklasse. Das Friedensgeschwätz dient zur Ablenkung von der forcierten Aufrüstung und Militarisierung der BRD.

In den Kommentaren der Befreiungsschlichter kommt ihre ganze Menschverachtung zum Ausdruck. Zu den Opfern ihrer Kriegsbildungen beim Manöver „Bold Guard“ heißt es: „Wie der Kommandierende Manöver General Schwitzke am Wochenende auf einer abschließenden Pressekonferenz mitteilt, ereigneten sich während der Übung 46 Unfälle, wobei 36 Personen verletzt wurden, 21 von ihnen schwer. Der Sachschaden wird auf 110.000 Mark geschätzt. (Anm. Dazu kommen noch rund neun Mio Mark für Flurschäden etc.)

Das Übungsziel, so versichert der General, sei voll erreicht worden. Die Zusammenarbeit aller beteiligten Verbände habe hervorragend funktioniert, so daß der Gesamtaufwand voll gerechtfertigt erscheine. Zwar seien die Unfälle beklagenswert, jedoch sei deshalb der Abbruch des Manövers nicht notwendig.“ („Lübecker Nachrichten“, 15.9.74)



Kleine Manöververletzungen (Bleischaden am Auto)



voll gegen ein Bauernhaus gesammelt

Acht Tote, 36 Verletzte – „Das Manöverziel wurde voll erreicht!“

Zu Beginn des Manövers mußten britische Fallschirmjäger trotz starken Windes abspringen. Fünf von ihnen blieben schwer verletzt in den Bäumen hängen, einer ist querschnittsgelähmt. Sechs Fallschirmjäger ertranken im Nord-Ostsee-Kanal, nachdem sie mit voller Ausrüstung nichts abspringen mußten. Dieser Einsatz wurde geführt, obwohl die Kanalverwaltung den Streikkräften vor Manöverbeginn ausdrücklich mitteilte, eine Genehmigung zum Abspringen über der Wasseroberfläche könne wegen der damit verbundenen Gefahren nicht erteilt werden!

Ein Sicherheitsoffizier erlangte sich (angeblich in Verbindung mit dem Tod der Fallschirmjäger). Bei einem schweren Verkehrsunfall – drei PKW fuhren auf einen Bundeswehr-Lastwagen, der auf der Straße wendete – starb ein „Zivilist“, fünf wurden schwer verletzt. Bei einem anderen Verkehrsunfall starb ein weiterer Soldat.

Daß es dem Militär wirklich nicht auf ein paar Tote mehr oder weniger ankomme, macht auch die ärztliche Versorgung der 40.000 Soldaten deutlich. Ganze 28 Ärzte waren im Einsatz, also für fast 2.000 Soldaten (von den betroffenen Zivilisten mal ganz abgesehen) ein Arzt.

Für die Kriegsberichterstatter der „Hamburger Morgenpost“ ist sowas selbstverständlich. „Acht Mann“ – „Hamburger Morgenpost“ ist sowas selbstverständlich. „Acht Mann“

mußten beim NATO-Manöver sterben“, lautet die Artikelüberschrift am 14.9.74. In dem Artikel heißt es: „Die NATO-Übung „Bold Guard“ ging unterdessen planmäßig weiter

Die „Blauen“ traten gestern morgen – sieben Stunden eher als erwartet – zum Gegenangriff an und drängten den bösen Feind in Richtung Zonenangrenzende zurück.

Solche Kriegsberichterstattungen – ob im Soldat der SPD oder Springer – haben die Aufgabe, die Opfer des Militarismus als „normale“ Erscheinungen, „alltägliche Unglücksfälle“ darzustellen und so verheimlichen. Statistiken, die den vollen Umfang der „Friedensopfer“ enthüllen, gibt es nicht. Kleinanzeigen über Unfälle erscheinen in der bürgerlichen Presse meist nur in ein paar Zeilen. Eine kleine Überschriftenauswahl: „Panzerwagen überrollt Soldaten“ – „Phantom stürzt auf Panzer Vier Tote“ – „Drei Tote bei der Bundeswehr“ – „Zwei Soldaten der Bundeswehr kamen ums Leben“ – „Autokrat in Soldatenkolonne“ – „Vom Lukendeckel erschlagen“ – „Schuß aus der Panzerkanone traf Unteroffizier tödlich“ – „Ausangene Panzerkanone zerstört zwei Frauen“ – „Soldat erschoss sich“.

Die Überschriftenliste läßt sich täglich fortsetzen, wenn man die Kleinanzeigen der bürgerlichen Presse liest. Ursachen werden nicht benannt oder verhallen, verschleierte.

Die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten muß die Arbeiterklasse schon um „Frieden“ auch mit Todesopfern bezahlen. Ein Grund mehr, diesen Brandstiftern zweier Weltkriege endgültig das Handwerk zu legen!

Militarismus-Kommission
KB-Gruppe Hamburg

Militarismus-Kommission
KB-Gruppe Hamburg



mehrere Millionen Mark „Flurschaden“ an Äckern und Wäldern („Leopold-Panzer“ beim Manöver in Schleswig-Holstein)

Innenministerkonferenz beschließt: Exekution – legal

Wenn es nach dem Willen der westdeutschen Innenministerkonferenz geht, so werden im Zukunft die Bullen vom Mobilen Einsatzkommando (MEK) und die zivilischen Beamten

von der Schutzpolizei nicht mehr vor Gericht gestellt werden können, weil sie einen „gezielten Totschuß“ abgegeben haben.

Nach einem „Musterentwurf für

ein einheitliches Polizeirecht des Bundes und der Länder“, dem die Innenminister auf ihrer letzten Konferenz in Westberlin ihre Zustimmung gaben, soll der „gezielte Schuß“ zulässig sein, „wenn er das einzige Mittel zur Abwehr einer gegenwärtigen Lebensgefahr ist“ wie es in der Gesetzesvorlage heißt (H. „Spiegel“, 16.9.74).

Schon bisher war es Praxis, daß Bullen die tatsächliche oder vermeintliche Kriminelle erschossen hatten, nicht wegen Mordes oder zumindest wegen Totschlags auf Veranlassung gezogen wurden, sondern straffrei ausgingen und ihren Dienst ohne Beschränkungen fortsetzen konnten.

Als in Hamburg vor einigen Monaten der Bankräuber Gonzales von einem MEK-Mann aus 20 Zentimeter Entfernung exekutiert wurde, war das nach offizieller Lesart „übergeordneter Notstand“, die Ermordung des Westberliner Studenten B. Ohnson während einer Anti-Schah Demonstration, die gezielte Totschüsse in Zusammenhang mit der Fahndung nach RAF-Mitgliedern und die Mord an den Werkschäftigen Jandrian (München) und Remiska (Mannheim) – „dies alles sind“ wie der Wuppertaler Polizeirechtler Dr. Kurt Gintzel sagt, „ausgesprochene Mordfälle“ („Spiegel“, 16.9.74).

Immerhin schließt daher die eindeutige gesetzliche Festlegung, daß die Polizisten (aller „Gattungen“) Menschen in bestimmten Situationen erschießen dürfen. Das war ein Zustand der einzelnen Beamten vor Ort überfordert, wie ein Beamter der Rheinland-Pfalzischen Regierung gegenüber dem „Spiegel“ äußert.

Es wäre jedoch verfehlt, die geplante Novellierung des Polizeigesetzes nur „als eine kosmetische Operation an einem längst vorhandenen Rechtsgefüge“ („Spiegel“) zu betrachten.

Vielmehr geht es auch darum, die Bullen vom Gesetzgeber her zu demontieren, auch den zivilischen Beamten schon von der Schusswaffe Gebrauch zu machen. Hier werden Mord von Staat vorprogrammiert und den Mördern wird von vorn herein gesagt, daß sie nichts zu befürchten haben, sondern im Sinne des Gesetzes handeln.

Militarismus-Kommission
KB-Gruppe Hamburg

Wie ein Fisch im Wasser? – Panzerjägerbataillon 44 will sich im Volk verankern –

In Reinhausen, einem Dorf in der Göttinger Umgebung, besteht im März 1972 eine sogenannte „Paten-schaft“ zwischen dem Ort und der 2. Kompanie des Panzerjägerbataillons 44. Bei den Panzerjägern handelt es sich um spezielle Bürgerkriegseinheiten der Bundeswehr, die mit schweren Jagdpansern und kleineren Fahrzeugen sowie für den Straßenkampf geeigneten Maschinenkanonen ausgerüstet sind. Die Jäger Soldaten erhalten eine besondere Ausbildung im „Orts- und Partisanenkampf“. So wird auch ständig die gewalttätige Niederschlagung von Arbeiterdemonstrationen und Betriebsbesetzungen bei diesen Einheiten geübt.

Die „Paten-schaft“ besteht nun darin, daß Reinhäuser Bürger den Soldaten (H. „Göttinger Tageblatt“) eine echte zweite Heimat geben – nach absolvierter Übung werden die Soldaten in Privatzuständen aufgenommen und gefüttert.

Anschließend einer Übung im September wurde eine zweitägige Paten-schaftsveranstaltung durchgeführt. Das Programm: eine vielseitige Waffen- und Gerätechau, Manöverball im Dorfgemeinschaftshaus mit eigenem Soldatenchor, Info-Stände usw.

Auf einem „traditionellen Frühschoppen“ des Offizierskorps des Panzerjägerbataillons 44 in der Göttinger Zethen-Kaserne wurde zum Zweck dieser Show erklärt: „Wir glauben, unseren militärischen Auftrag nur erfüllen zu können, wenn über die rein dienstlichen Belange hinaus auch die menschlichen Verbindungen zwischen uns allen intact sind.“ (Zitiert nach „Göttinger Tageblatt“ vom 9.9.74).

Und weiter: „Denn entscheidend für den Erfolg einer Gemeinwesen ist die Fähigkeit, zwischen dem einzelnen und dem Gefühl der Zusammengehörigkeit und eine gemeinsame Zielsetzung erhalten zu können“.

Die bewaffneten Streikkräfte der Kapitalisten werden in Zeiten der Krise, auch militärische Auseinandersetzungen auch auf den bürgerlichen Klassen, geradezu unentbehrlich. Sie haben, wenn sie nicht selbst Rückhalt in Teilen des Volkes haben, um sich diesen Rückhalt zu schaffen, werden Verwaltungen wie in Reinhausen aufgezogen.

KAG Göttingen
Metallzelle



Die erhalten grünes Licht zum „gezielten Totschuß“

Folterung und Korruption nicht nur im Mannheimer Knast

Der Gefangenewort in Frankfurt (eine Verlesung ehemaliger Häftlinge) hat in seinen Veröffentlichungen immer wieder deutlich gemacht, daß die Vorkommnisse in Mannheim im Grunde „nicht besonders“ im bundesdeutschen Strafvollzug darstellen.

In den letzten Jahren sind besonders die Fälle in Hamburg-Fuhlsbüttel wo es mehrere Tote in der sogenannten „Glocke“ gab, und die Todesfälle in der Strafanstalt Klingelpütz in Köln bekannt geworden. Als Folge des Aufsehens, das die Mannheimer Knast-Affäre erregt hat, muß man die Meldungen der bürgerlichen Presse in den letzten Wochen begrüßen, die über Todesfälle und Korruption in einigen Gefängnissen berichten.

Kiel
Am 30.8.74 wird ein Wachmeister festgenommen (schwere passive Bestechung, Verdunkelungsgefahr). Am 9.9. werden drei weitere Gefangenisse verhaftet. Sie sollen Alkohol, Pornografie, Lebensmittel und Rauschmittel mit Gewinn von 300 bis 500 % an entsprechend zahlungskraftige Häftlinge verkauft haben („Frankfurter Rundschau“, 9.9.74).

Zwei Tage später konnte man in der „FR“ von einem Brief lesen, den Gefangenisse an die Kieler Studio des NDR geschickt hatten und in dem mehrere Fälle von Körperverletzung und Totschlag in der Kieler Strafanstalt angeklagt wurden.

Als ein konkreter Fall wurde der Tod des Häftlings Edouard Radzwick im Juli 1970 benannt. Dazu die Staatsanwaltschaft und das Justizministerium in Schleswig-Holstein.

„Drei Ärzte haben damals ein traumatisches Psychodrom festgestellt. Radzwick ist zwar mit Schlagstrichen geschlagen worden, weil er rundeiert hat, die Todesursache ist nach seiner Verlegung in das Landeskrankenhaus Neustadt jedoch Herz- und Kreislaufversagen gewesen. Ein strafrechtlicher Vorwurf hat jedoch damals wie heute nicht bestanden.“ (nach „FR“ und „FAZ“ vom 12.9.74).

Aachen
Anklage gegen Beamte wegen Beschaffung von Alkohol gegen Geld. Oberstaatsanwalt E. Anspilber klagt sich zu melden. Aachen sei „nicht mit Mannheim zu vergleichen“.

Allerdings führte das Bekanntwerden der Anklage „zu allen möglichen“ (1.1.74) Anzeigen gegen Bedienstete „mit Mannheim zu vergleichen“. Allerdings führte das Bekanntwerden der Anklage zu allen möglichen (1.1.74) Anzeigen gegen Bedienstete („Süddeutsche Zeitung“, 3.9.74).

In der Haftanstalt Bremen-Obelshausen sind sieben Beamte wegen Beschaffung und Verkauf von Alkohol und Drogen angeklagt worden. Darunter ist sogar der Anstaltsleiter, der ein Verfahren wegen Begünstigung im Amt und Urkundenfälschung an den Hals bekam. („FR“, 3.9.74).

Frankfurt
Knast Pirmasheim

Vier Häftlinge vor stehen wegen Ausbruchversuch vor dem Richter. Sie sagen aus, daß der Ausbruch ohne Gewalt abgelaufen sei. Den Häftlingen soll vom Ankläger angehängt wurden, daß sie Beamte niedergeschlagen hätten, dies soll angeblich aus Vernehmungsprotokollen nach ihrer Flucht hervorgehen. Dazu der Gefangenisse N. vor Gericht: „Ich bin vor meiner Vernehmung durch den Staatsanwalt so behandelt worden, daß ich auch einen Mord an meiner Großmutter gestanden hätte“.

Die Vernehmungsprotokolle, die von den Gefangenissen gegenzeichnet wurden, waren außerdem nicht in S I e m o geschrieben gewesen, da hätte also alles möglich draußengucken können. Daraufhin der vernehmende Staatsanwalt Galm gesagt: „Sie können mir vertrauen, ich bin Staatsanwalt.“ (nach „FR“, 12.9.74).

Ravensburg
Der Frankfurter Gefangenerrat hat einen Mord in der Ravensburger Haftanstalt publik gemacht.

Im Dezember 73 starb dort der Häftling Adolf Sautter. Er hatte zu Sylvester aus Kupferschmelzminen und Steichblöcken kleine Feuerwerkkörper gebacken und wurde daraufhin von der Schutzpolizei in eine Einzelzelle gebracht.

Zeugen sagten aus, sie hätten Sautter damals in der Arrestzelle „jämmerlich“ (schmerzschrei) gehört. Am nächsten Tag wurde bekannt, daß Sautter Selbstmord gemacht habe (nach „Münchener Abendzeitung“, 1.9.74).

In Mannheim wurden auch mehrere Folterungen mit Todesfolge als „Selbstmorde“ auszuweisen versucht.

Bautagen

Ein 38-jähriger Fuhrunternehmer, der wegen starker Trunkenheit von zwei Ärzten für laienförmig erklärt wird, wird trotzdem in die Haftanstalt Bautzen eingeliefert und stirbt in der gleichen Nacht. Todesursache: „unbekannt“ (nach „SZ“, 2.9.74).

Neues

Knast Dieburg

Am 26.5. wird der Türke Sait J. so schwer zusammengeschlagen, daß er ins Krankenhaus eingeliefert werden muß. Dort hatte Beamte beobachtet, daß einen M. (Häftling) zu 140.000 Mark pro Monat in den von einem Wärter wurde er durch Stöße weitergeleitet. Als er dagegen protestierte, wurde er zu Boden geworfen, in den Schwitzkasten genommen, ein weiterer Wärter trat ihm ins Gesicht und schlug mit dem Schlüssel nach ihm.

J. stellte sofort Strafantrag gegen die Beamten und richtete eine Dienstaufsichtsbeschwerde an das hessische Justizministerium. Beides wurde niedergeschlagen. J. wandte sich daraufhin an die Presse.

Am 20.8. leitete die Staatsanwaltschaft ein Verfahren wegen Widerstandes gegen die Vollzugsgewalt gegen J. ein (1.1. „Extra-Dienst“ Nr. 73, 10.9.74).

Knast Butzbach

Am 31.5.74 wurde der Gefangenisse Siegfried K. in eine sogenannte „Silberzelle“, die in der Öffentlichkeit den Namen „Tigerkfig“ führt, verlegt. Dies geschah unter „Anwendung des direkten Zwangs“. Seither wird K., der als „Rädelshörer“ eines Hungerstreiks im Bruchaler Knast gilt, in totaler Isolation gehalten.

Knast Ziegenhain-Schwalmtal

Der Häftling Alfred L. litt nach zwei Monaten Isolierhaft an chronischen Kreislaufstörungen und Bewußtlosigkeit. Sein Zustand wurde mit „Simulieren“ abgetan. Ein Justizbeamter J., der hat schon ein anderer gesagt, der hat sogar seine eigene Scheiße gefressen und damit die Wände beschmiert. Aber was konnte der nichts vormachen.“

Knast Wolf

Ein Häftling aus Wolf berichtet: „Ich bin nichts vormachen.“

Knast Wolf

Ein Häftling aus Wolf berichtet: „Ich war Zeuge der Folter und Menschenquälerei in der Blauen (Trottel Isolierzelle), weil meine Zelle genau gegenüberlag. Ich war dort ein Jahr in totaler Isolierung. Fast jeden Tag habe ich Hilfschreie von Gefangenissen gehört. Die meisten dieser Gefangenissen waren in der Regel nicht mehr in der Lage, einen zusammenhängenden Satz zu sprechen. Nach Begünstigungsmitteln, wie Mandats, nichtig geworden, verfielen sie in eine lethargische Leihgasse.“ (alles nach „Extra-Dienst“ 73/74).

Knast Stittgart-Stammheim

Aussagen des Gefangenissen Bernd H. „Am 9.4.74 wurde der Gefangenisse H.E. von einem Rollkommando überfallen. Amteinspektor Hawk war der Anführer, er trug ein in den Magen, bis er bewußtlos war. Nach dieser Folter blieb H. bewußtlos in seinem Blut, das ihm aus dem Mund lief, liegen.“

Am 12.7.74 schlugen drei Wärter einen Italiener Biner rechts am Kopf des Kofferradio auf dem Kopf des Italiener. Das Opfer blieb bewußtlos und blutend liegen.“ (Nach Protokollen des Gefangenerrats Frankfurt).

Revier Stuttgart-Brechen

Es wurde jetzt bekannt, daß zwei Bullen dort vor drei Jahren einen Gefangenissen so schwer mißhandelt, daß ihm die Milz operativ entfernt werden mußte.

Zwei weitere Bullen können sich jetzt wegen Meinolds verantworten, da sie damals ausgesagt haben, daß der Gefangenisse (Bankräuber) von aufgegriffenen Pawanen geschlagen worden sei (nach „FR“, 14.9.74).

Ludwigshafen

In einer Anstaltszeitung wird folgendes berichtet: Der Gefangenentransport auf eine Quai- und Folter: Die Busse und die reinste. Vierzehn bis fünfzig Häftlinge stehen oftmals 14 Stunden in einer Zelle bei einer Temperatur von rund 50 Grad! („SZ“, 16.9.74).

Folter und Korruption – ein Beitrag zur „Resozialisierung“

Angeklagt und in den meisten jetzt publik werdenden Fällen die Wärter.

Sie werden auch bestraft für Dinge, die teilweise auf Anordnung, zumindestens jedoch mit Duldung der Gefangenisse geschehen ist, was überall durch Zeugenaussagen belegt werden kann.

Bezeichnend ist die Aussage eines Vollzugsbeamten im „Stern“ 37/74: Einer der beschuldigten Vollzugsbeamten fühlte sich selbst wie vor den Kopf geschlagen. Er versicherte: „Wir glauben, mit unseren Trimm-Sie-Aktionen (!) den besten Beitrag zur Resozialisierung zu leisten. Denn entlassene Knastbrüder finden ja draußen auch ein raues Klima vor. Zu unserem Resozialisierungsprogramm gehörte auch der Handel mit den einströmenden Wertpapieren bekam auch etwas Schönes, Schnaps oder sogar mal einen Entlassungsschein. Wer sein Geld nicht locker machen wollte, dem mußten wir ein bisschen Konsumbewußtsein beibringen. Klar, daß einem da mal die Hand zuckte. Oder der Fuß.“

Gesamtheit der Beauftragten:
Betriebsstellen-Leitung
KB/Gruppe Hamburg

Waidmanns Dank! Neues von Richter Kubik und dem Prozeß gegen das Jugendkollektiv Trittau

In AK 46 berichteten wir ausführlich über die selbständige Jugendbewegung in Trittau, die trotz zahlreicher Angriffe des Staatsapparates kontinuierlich wuchs und erstarkte. Die Angriffe, die darauf abzielten und zielen, den politisch bewußtesten Teil der Jugendlichen, das Jugendkollektiv Trittau (JK), im Zusammenspiel von Landeshauptmann-Klausen - Polizei - Förgen und schließlich Klassenjustiz, zu zerlegen und von den anderen Jugendlichen abzutrennen, sind mißlungen. In diesem Zusammenhang hat sich eine Person in Trittau einen Namen gemacht: Helmut Kubik, (noch) Amtsrichter. Neue Fakten über ihn und Informationen über den heutigen Stand der Auseinandersetzung zwischen JK und Justiz bilden den Inhalt dieses Artikels.

Der Stand der Auseinandersetzung zwischen JK und Justiz bilden den Inhalt dieses Artikels. Wer am späten Nachmittag des 12.7.74 das Fernsehprogramm der ARD verfolgt hat, den erwartete unter dem Titel „Wer ist gleicher Richter oder Richter?“ „Gespenstisch“.

Ein passionierter Jägermann, er fuhr der Zuschauer, hätte eine harmlose, daherrallende Hamburger Familie mit schubserhafter Böchse be-

Vor etwa einem dreiviertel Jahr setzte die Hamburger Familie K. ihre Pferde und ritt in den Trittau Forst, verließ die Stelle an der der Reitweg nach links absteigt und trabte geradeaus weiter. Genau da jedoch war Helmut K., seines Zeichens Richter am Trittau Amtsgericht, auf der Pirsch. Derselbe brach urplötzlich in voller Ausrüstung und Kriechbewegung mit vorgehaltenem Gewehr durch das Unterholz und schaukelte die Familie im schrecklichen Herrenmenschen an. „Wieso sie hier reiten, was das mit hier verboten? Frau K. erklärte mich dem ersten Schock, daß sie hier immer reiten würden. Darauf Richter K.: „Zeigen Sie mir mal ihre Ausweise!“ – Frau K. empfand und schlagfertig zugleich: „Zeigen Sie erstmal Ihren!“ Richter K.: „Ich denke gar nicht daran, und außerdem mache ich Sie darauf aufmerksam, daß mein Gewehr geladen ist (!), und daß ich mich zu wehren weiß!“ Währenddessen rüb und zerrte K. ununterbrochen am Zügel des Pferdes, das unruhig hin und her tänzelte. Frau und Kind weinten („Ich war wirklich völlig fertig!“), der Familienvater, ängstlich bemüht, K. nicht zu „unhöflichen“ Handlungen zu „provokieren“, verhielt sich ruhig.

Die Auseinandersetzung endete vorerst auf der Trittauer Polizeiwache mit einer Anzeige des Ehepaares K. gegen K.

Wer ist Richter K.?

Ein spheniger Waidmann? Ein im Grunde genommen doch biederer, konformer Jagdpächter? Weit gefehlt! Richter K. ist ein alter Bekannter! Mit vollem Namen Helmut Kubik, neurotischer Reaktions, der sich mit zahlreichen Terrordelikten über Trittau hinaus einen schlechten Ruf verschafft hat!

„WIR GLAUBEN MIT DIESER TRIMM-SIE-AKTION“ DEN BESTEN BEITRAG ZUR RESOZIALISIERUNG LEISTEN ZU KÖNNEN!“



Gesamtheit der Beauftragten:
Betriebsstellen-Leitung
KB/Gruppe Hamburg

• Sei es die Überweisung Jugendlicher in Jugendstrafanstalten wegen verminderter „Verwahrlosung“, • sei es der Schuldspruch gegen eine Lehrerin in Trittau, die die Beschimpfungen des Direktors an der örtlichen Schule gegen den Elternrat (Rektor Wagner zu Schubert Rohwedder: „Ich wollte sachlich diskutieren, doch die Eltern diskutierten primitiv!“ Sie haben nur wild rumgepöbel, ich will mich doch hier nicht zum Popanz machen lassen!“) bekannt machte (Revision läuft!), • oder sei es der Prozeß gegen das JK (s. AK 46). Dazu jedoch später die Geschichte mit Familie K. hat nämlich noch ein Nachspiel!

Erneute Wölke im Trittau Amtgericht

Auf der Wache erfüllt die Familie dann endlich, was diese Type über Haupt ist.

In der, bis dahin noch ungetriebenen Überzeugung, immerhin in einem „Rechtsstaat“ zu leben, wurde der Amtsrichter angezeigt. Einige Monate später jedoch erfuhren die Hamburger, daß die Staatsanwaltschaft das Verfahren eingestellt habe. Ah! Unser Spezi hatte den „Vorfall“ halt anders geschüldert. Es stand dann Aussage gegen Aussage. Außerdem wurde gegen Kubik nur (?) wegen „Bedrohung mit einem Verbrechen und Körperverletzung“ ermittelt – Delikte, die nur bei „öffentlichem Interesse“ verfolgt werden. Wer hier kein „öffentliches Interesse“ hatte, liegt wohl auf der Hand!

Denn Eine Krähle hackt der anderen kein Auge aus!

Inzwischen hatte aber Kubik weitergeschnaubt (und man muß das kennen, um sich das richtig ausmalen zu können) um seinerlei Anzeige erstattet.

Vor dem Trittau Amtgericht wurde Anklage erhoben wegen „Nötigung und Beleidigung“.

Den Vorsitz führte nicht etwa Kubik, beileibe nicht, soweit wollte man doch nicht gehen. Den Vorsitz führte sein einziger Kollege und Bundesvorsitzender des selben Gerichts und Helmut Kubik kam als Zeuge aus seiner Wohnung im Gerichtshaus in die Sitzungssaal.

Das Urteil des „Unparteiischen“ kam prompt 150, DM für Frau K. wegen „Beleidigung“ (!), für den Richter „Preispruch“ Frau K. lagte Berufung ein (siehe noch aus).

Ausrutscher oder System?

Wie gesagt, gespenstisch! Oder doch eher lachhaft? – Wohl kaum! Wenn man sich einmal vor Augen führt, daß dieser Faßbo zusammen mit seinen über 800 (nach DDR „Braunbuch“ von 1968) Kollegen, der weitestdeutsche Imperialismus aus dem Nazi Reich herüberreilte, ganz reale Macht hat! Ja, daß diese Schweine notwendiger Bestandteil der bürgerlichen Klassenjustiz sind. Wenn man sich das klar macht, merkt man sehr bald, daß Richter vom Schlage eines Kubik keine Ausnahme bilden oder Randerscheinungen

darstellen. Man merkt, daß dies von der Bourgeoisie bewußt eingesetzte Vertreter ihrer Klassenherrschaft sind und da vergeht einem das Lachen!

Hierzu hieß es im ARBEITERKAMPF 46: „... zeigt sich ein Stück faschistischer Staatspraxis, die nicht einfach mit dem kleinstädtischen Charakter Trittaus zu erklären ist.“

Noch deutlicher als im Prozeß gegen die Familie K. wurde das bei den Angriffen auf das Jugendkollektiv.

Zum Jugendkollektiv-Prozeß

Blenden wir kurz zurück. Am 22. Februar dieses Jahres fand vor dem Trittau Amtsgericht die Verhandlung gegen den verantwortlichen Redakteur des „Scheibenschwächer“ (SW), Zeitung des JK, statt.

Sie bildete den bisherigen Höhepunkt der Angriffe auf diese fortschrittliche Schüler- und Lehrerschaft und auf fortschrittliche Jugendpolitik allgemein. Ein 3.4. Jahr Ermittlungen, die selbst nach herrschender Rechtspraxis gesetzwidrig

genepunkt allgemein. Ein 3.4. Jahr Ermittlungen, die selbst nach herrschender Rechtspraxis gesetzwidrig geführt wurden, mit Betrug, Erpressung und Einschüchterung, lagen hinter dem JK (s. AK 46).

Das Urteil Richter Kubiks. Zwei Tage Zwanzwertel und des Tragen der Prozesskosten (guts 500, DM). Daß dieser Prozeß und alle vorhergegangenen Angriffe auf das JK politischer Natur waren, verdeutlichen folgende Zitate aus der schriftlichen „Urteilsbegründung“, im Namen des Volkes, versteht sich, „Besonders“ wählte sich hier zum Nachschuß der Angeklagten aus, daß er, der kaiserliche Beziehungen mehr zur Schule hatte, ganz offensichtlich noch dem Muster linker Chapeau und Staatsverände der Weimarer Zeit, nicht allein einen objektiven Sachverhalt ... zu schildern, sondern zugleich auch in herabsetzender, ehrenrühriger und beleidigender Art ... in den Schmutz zu ziehen ... bei die hier zu Tage getretene Tendenz, wie sie sich insgesamt aus dem „Scheibenschwächer“ ergibt, eindeutig: Derartige Tendenzen, angereichert durch die Begehung strafbarer Handlungen, und auf das schärfste zu mißbilligen. Diese Teil war mit Bedacht und im Übermaß vorzüglich begründet worden ...

Klar wird hier doch eines: Es geht der Justiz nicht um wesentlichen um jene mysteriösen „strafbaren Handlungen“ (für die drei Worte, die den Unterrichtsfall des Trittauer Paukete Böge kennzeichneten – „abschabend, schlemmig und feucht“ – herhalten mußten), sondern vielmehr um „Tendenzen“, um „Tendenzen linker Chapeau und Systemveränderer“, Tendenzen, die, wie es gefährlich erkannt, zerlegen werden sollen.

Der JK hat, gestützt auf die politische Verhältnisse Trittau Jugendkollektiv und auch Eltern, gewirkt durch Solidaritätsadressen der Jugendorganisationen, der SDJ und der lokalen Jugendzentreninitiative Berufung eingelegt.

Das JK wird alle Möglichkeiten ausschöpfen, bis zur völligen Klärung und Diskreditierung des Lehrers Böge und seines „Zweigeschweisers Richter Kubik“ (AK 46).

Eine umfangreiche Dokumentation über die Angriffe auf die fortschrittliche Jugendbewegung in Trittau ist in Arbeit und wird bald erscheinen.

Jugendkollektiv Trittau

Faschisierung der Justiz: Die RAF-Prozesse

Am 10. September begann in Westberlin der Prozess gegen Ulrike Meinhof, Horst Mahler und Hans-Jürgen Blicher, die wegen der Gefangenbefreiung von Andreas Baader angeklagt sind. Von der bürgerlichen Presse wird der Prozess allgemein als „Generalprobe für Stuttgart“ bezeichnet. In Stuttgart soll nächstes Jahr der Hauptprozess gegen die „Rote Armee Fraktion“ (RAF) stattfinden. Dieser soll von Seiten der Bourgeoisie als Schauprozess ausgetragen werden, der weit über die RAF hinaus auf die gesamte Linke gerichtet ist. (Man erinnere sich nur an die Hetzkampagne der Springerpresse, als sich der Schriftsteller Böll gegen die faschistische Hetze in der Springerpresse anlässlich der „Baader-Meinhof“-Jagd wandte.)

Das Urteil ist schon gefällt

Der Ausgang der RAF-Prozesse steht für die Bourgeoisie schon heute fest. So äußerte Siegfried Buback, der heutige Generalbundesanwalt, wenige Wochen nach der Verhaftung von prominenten RAF-Mitgliedern, daß das Urteil für U.Meinhof und A.Baader nur lebenslänglich lauten könne („FAZ“, 14.6.1972).

Nach außen hin deutlich sichtbar gemacht wird dieser vorweggenommene Urteilspruch durch die Festung, die zur Zeit in Stuttgart-Stammheim errichtet wird. 12 Millionen Mark wird dieses Prozeßgebäude kosten, in dem über die RAF „Recht“ gesprochen werden soll.

Auch der Prozeßort Stuttgart ist nicht zufällig gewählt, vielmehr doch eine angebliche Bombendrohung der RAF am 2.6.72 die Stuttgarter Bevölkerung in Angst und Schrecken versetzte.

Obwohl die RAF damals gleich nach Bekanntwerden dieser Drohung klarierte, daß sie dieses Beispiel faschistischen Terrors, der sich gegen das Volk richtet, scharf verurteilte, wurde diese Stellungnahme der Öffentlichkeit vorenthalten und die Stuttgarter Bevölkerung weiter in Bomben-Angst gehalten. Jetzt rechnet die Justiz wohl damit, daß die

Angst von damals sich in Haß und Feindseligkeit gegen die Angeklagten ausdrücken wird.

Behinderung der Verteidigung

Die umfassende und politische Verteidigung der RAF-Gefangenen versucht die Bourgeoisie von Anfang an zu verhindern. In dem jetzt in Westberlin laufenden Prozeß wurden den Anwälten, denen die Gefangenen das Mandat erteilt hatten, vom Gericht noch sogenannte „Pflichtverteidiger“ zur Kontrolle der Gefangenen und ihrer Anwälte zugeordnet. Für den Hauptprozeß in Stuttgart wurden bereits 5 Anwälte, die die RAF-Genossen mit ihrer Verteidigung beauftragt hatten, von Prinzling, dem Vorsitzenden des 2. Strafsenats des Oberlandesgerichts Stuttgart, ausgeschlossen mit der Begründung: „... die bisher einschlägigen Erfahrungen legen es nahe ...“. Stattdessen beauftragte Prinzling fünf Anwälte seiner Wahl und seines Vertrauens mit der „Verteidigung“.

Vor einigen Wochen wurde von den Anwälten, die die RAF verteidigen, enthüllt, daß auch beim Bundeskriminalamt (BKA) 1 803 (!) Ordern zum Komplex RAF befinden, von denen bisher nur 134 (!), also noch nicht einmal ein Zehntel, dem Gericht und den Verteidigern zugänglich gemacht wurden. Rechtsanwalt Groenewold wartet in seinem Antrag, die zurückgehaltenen Ordern zu beschlagnahmen, nach, daß in fast allen Ordern, die bislang dem Gericht und den Verteidigern übergeben wurden, erkennbar vier Seiten, Schriftstücke und andere Material aus den Akten entfernt wurden.

„Hier wird ganz offensichtlich das „Belastungsmaterial“ so manipuliert, daß der bereits gefällte Urteilspruch herauskommen muß.“

Hungerstreik gegen die Isolationsfolter

Die Vorbereitung der RAF-Pro-

zesse und die Behandlung der Angeklagten zeigen, mit welchen Mitteln die Faschisierung der Justiz und Strafvollzug heute vorangeht. Bei den RAF-Gefangenen wird die grundsätzliche Höchstdauer der Untersuchungshaft von 6 Monaten inzwischen schon 6 Mal verlängert. Die Inhaftierung der RAF-Genossen ist nicht anderes als Beugehaft-rechnet man noch dazu, daß die Prozeßdauer beim bisherigen Aktenumfang schon auf mindestens 2 Jahre geschätzt wird, für die Gefangenen der RAF besteht die konkrete Gefahr, daß sie in Folge der jahrelang praktizierten Isolationsfolter beim Prozeßverhandlungsmäßig sind. Katharina Hammerschmidt und Astrid Prohl mußten bereits mit lebensgefährlichen Erkrankungen entlassen werden.

Gegen die unermessliche Behandlung in den Gefängnissen durch die „saubere“ Folter der Isolationshaft und die politischen Gefangenen Mitte September zum drittenmal in Hungerstreik getreten. In ihrer Erklärung schreiben sie, daß dies ihre einzige Möglichkeit ist, sich kollektiv gegen den Versuch der Bourgeoisie zu wehren, sie psychisch, physisch und politisch zu vernichten. Der Hungerstreik soll bis zur endgültigen Aufhebung der Isolationshaft geführt werden.

Die Faschisierung der Justiz und die brutale Behandlung der politischen Gefangenen sind Maßnahmen der Bourgeoisie, die auf alle fortschrittlichen Menschen zielen, die sich gegen den Imperialismus zur Wehr setzen.

Auch wenn wir nicht mit der Politik der RAF übereinstimmen, so haben doch die von der Bourgeoisie verfolgten und inhaftierten Genossen unsere uneingeschränkte Solidarität. Als vor einigen Monaten Astrid Prohl lebensgefährlich erkrankt war, haben Genossen der Bezirksorganisation Hamburg DM 697,- für sie gesammelt. Dieses Geld ist Ende September dem Rechtsanwalt Groenewold übergeben worden, da Astrid nach ihrer vorläufigen Entlassung klugerweise „untergetaucht“ ist und somit das Geld nicht mehr selbst empfangen kann. Es wird jetzt den anderen RAF-Genossen, die noch im Knast sitzen, zugute kommen.

Initiativkomitee ARBEITERHILFE

Deckt die Staatsanwaltschaft Kiel Mord an türkischem Arbeiter?

Am 5. Mai wurde in Norderstedt bei Hamburg der türkische Arbeiter Danis Neset von faschistischen Schlägern tödlich verletzt. Am 21. Mai starb er an den erlittenen Verletzungen.

Danis Neset hatte zu einer Gruppe türkischer Kollegen gehört, die im sogenannten „Türkischen Arbeiterverein“ (feln von den Faschisten und dem türkischen Konsulat beherrschtes Instrument zur Kontrolle und Einschüchterung der türkischen Arbeiter in der BRD) demokratische Wahlen und eine Politik im Interesse der Arbeiter durchsetzen wollten. Faschistische Schlägertruppe, kommandiert von Angehörigen des türkischen Konsulats, gingen deshalb auf einer Wahlveranstaltung am 5. Mai brutal gegen die demokratischen Arbeiter vor und verletzten viele, darunter Danis Neset tödlich durch einen Schädelbruch.

Die eintreffende Polizei verhaftete die Antifaschisten und sorgte dafür, daß die faschistischen Schläger und Mörder entkommen konnten.

Über die weitere Entwicklung informiert eine Presseerklärung des Rechtsanwalts Hartmut Jacob, Wolf Dieter Reinhard, Hartmut Schween, Henning Pilha, Rüdiger Lammert und Uwe Milfert, die wir hier im Wortlaut wiedergeben.

Presseerklärung

Fast vier Monate nach dem Mord an dem türkischen Bauingenieur Danis Neset müssen wir feststellen: Mit der Staatsanwaltschaft Kiel können wir nicht aufklären, sondern Aufklärung des Mordes und Bestrafung der Mörder, die im oder in der Nähe des türkischen Konsulats zu finden sind, verhindern.

Folgende Tatsachen sprechen dafür: - Drei Tage nach dem Mord in Norderstedt kritisierte die Staatsanwaltschaft heftig eine Norderstedter Zeitung, die von Zeugen richtig informiert worden war und die über die einseitige Ermittlung durch den Kripochef Buchholz berichtet hatte. - Eine Dienstreisebeschwerde gegen

diesen Kripochef der sich ausschließlich von türkischen Konsulatsvertreter unterrichten ließ und die Festnahme von mitbrachten Türlen darauf stützte, war als zurückgewiesen. Buchholz habe sich unrichtig verhalten.

- Seit fast vier Monaten verweigert die Staatsanwaltschaft den Verteidigern beherrschend das gesetzliche Recht der Einsicht in die Ermittlungsgänge.

- Seit wenigen Tagen wissen wir daher erst: Weitere Türlen aus dem politischen Freundeskreis von Danis Neset, die Zeugen des Mordes und der Rolle des türkischen Generalkonsulats waren, werden das Landfriedensbruchs und der Körperverletzung beschuldigt.

Diese Türlen sind als Zeugen gegen die Mörder und ihre Anstifter praktisch belanglos.

Eine Ausgesandtschaft, die die am 5. Mai Feierngeplanten entlastet und die Täter belastet, wird durch solche verwerfliche Einschüchterung abgelehnt. Ein Zeuge, der gleich am 5. Mai völlig freiwillig mit seiner Tochter zur Polizei gegangen hatte, um dort auszusagen, wurde z.B. gleich in Haft genommen. Heute wird auch seine Tochter beschuldigt.

Von den nun 20 Beschuldigten wird nahezu die Hälfte ausschließlich von dem wegen Mordes angezeigten Konsularintimus Kasim Gagli belastet, die andere Hälfte von dem Konsularvertreter Özanoğlu, für dessen Einreisebefehl zum Mordanschlag es

ta Zeugen gibt. Dem ermordeten Danis Neset wird praktisch die Schuld an seinem Tod selbst zugeschoben.

Das türkische Konsulat wird entlastet. Am 23. Juli 1974 schrieb die Zeitung der IG Metall: „Die vier Türlen aber, die man ins Untersuchungsgefängnis gesteckt hatte, die Opfer der faschistischen Schläger - sie werden vor Gericht stellen. Ein Prozeß, der zur Anklage gegen die Totschläger werden muß, wenn die deutschen Behörden nicht in den Verdacht geraten wollen, die Aktivitäten faschistischer Schlägertruppen zu decken.“

Die Staatsanwaltschaft hat diesen Verdacht

Hamburg, den 6.9.1974

Lübecker „Metallarbeiter“ beschlagnahmt

Staatliche Schikanen gegenüber Genossen nehmen zu!

Vier Bullen der politischen Polizei in Lübeck stützten am 3. September bei dem ARBEITERBUCH in Lübeck einen Besuch ab. Sie hatten einen Durchsuchungsbescheid für den Laden wie auch die Privatwohnung eines Genossen des KB in der Tasche - beides vom Amtsgericht gestellt. Danach ist ein Ermittlungsverfahren gegen den Verantwortlichen des Lübecker METALLARBEITER (Nr. 3/74) wegen „Volksverhetzung“ eingeleitet worden. Wir zitieren aus dem höchstschändlichen Bescheid:

„Es liegen dringende Gründe vor, daß die bezugsfähige Druckchrift gemäß §41 StGB eingezogen und hinsichtlich der übrigen Gegenstände die Unbrauchbarmachung angeordnet werden wird. Die Behauptung in der vorbereiteten Druckchrift der Arbeiter Remitzko sei in der Nacht zum 18.7.74 in Mannheim von Polizeibeamten ermordet worden, ist nach den bisherigen (!!) Ermittlungen falsch, da die Beamten in Notwehr bzw. einer Nothilfestellung handelten.“

Neben im ARBEITERBUCH vorhandenen Exemplaren des METALLARBEITER - der übrigens schon längst verteilt war - wurden auch „Rote Morgen“, „Rote Hilfe Info“, „Rote Fahne“ und „KVZ“ beschlagnahmt. Die ebenfalls über die Erschießung des Mannheimer Arbeiters Remitzko (vgl. AK) berichteten. Daß die staatlichen Beschlagnahmeaktionen auch den Lübecker METALLARBEITER erwischten, hat einen für die Klassenjustiz bedeutsamen Charakter. - Neben dem Verantwortlichen ist wieder der Genosse der schuldigen eines antisemitischen Flugblattes im März dieses Jahres (vgl. AK 47 - ein Strafverfahren aufgebremst bekommen hat) Danis wurde er erkannt. Gegenwärtig befindet sich dieser im Strafverfahren der Lübecker ARBEITERBUCH-Klassenjustiz durchschüttelt. Ein weiteres Strafverfahren kommt

gewissen Sammel-Exemplaren im KB. Antisemitisch sicher zurecht. In diesem Zusammenhang ist noch ein weiteres Ereignis erwähnenswert. Vor kurzem versuchten Antifaschisten in Lübeck erneut eine NPD Provokation zu sprengen, was aber nicht klappte. Bullen konnten zwei Antifaschisten festhalten und perennieren festhalten. Nachdem bereits alle übrigen aus dem Saal gedrängt waren, griff man sich plötzlich einen weiteren Antifaschisten, prügelte auf ihn ein und stellte die Personalien fest. Man merkte, daß die Bullen stauden, daß sie nicht den Genossen erwischen hatten, den sie wohl haben wollten. Den Prozessverantwortlichen des KB in Lübeck.

„Genau“ hätte es sich, da bekanntlich in „Wiederholungsfällen“ in diesem Fall, Verstoß gegen das Versammlungsgesetz und Landfriedensbruch bzw. Hausfriedensbruch die Strafe gleich um einiges höher ausfällt.

Aus Bullen wissen wir, daß dort gegen Antifaschisten ähnliche Verfahren deshalb vorübergehend eingestellt worden sind - die Verfahren ruhen - in der Erwartung, die Be treffenden noch einmal zu erwischen und gleich entsprechend zu verknaken.

Schlußfolgerung: Wie schon das Aufwärmen der Verfahren gegen leistende Genossen des KB und ihre Verurteilung zu Gefängnisstrafen zeigt, nähern wir uns zweifellos den Zeiten der völligen Illegalisierung der Linken. Heute sollen durch Presseverbote, durch Inhaftierung leitender Genossen günstige Voraussetzungen für Verbot kommunikativer und weiterer linker Organisationen geschaffen werden. In unserer Arbeit wird es immer dringender und akuter, die Organisation auf illegales Wirken vorzubereiten, ohne deshalb in opportunistisches Zurückweichen vor der Verabschließung der Klassenauseinandersetzungen zu verfallen.

KB/Gruppe Lübeck

Anzeige

Preis: 8,- DM



Der 1. imperialistische Weltkrieg beschleunigte gesellschaftliche Umwälzungen in zahlreichen Ländern Europas. In Russland führte das von den Bolschewiki geführte Proletariat den Zerstoß und forderte alle kriegführenden Staaten zu einem sofortigen Friedensschluß ohne Annahmestopfen auf. Das Proletariat der russischen Oktoberrevolution von 1917 wirkte stark auf das Proletariat der anderen Länder ein.

Nach 1. Weltkrieg begann in Deutschland die Arbeiterbewegung. Die Arbeiter und Soldaten des imperialistischen Krieges in Ende und stürzten die Monarchie. Anders als in Russland endete die deutsche Revolution aber nicht mit einem Sieg des Proletariats, sondern mit der Errichtung einer bürgerlichen Republik. Die Arbeiterbewegung wurde zerschlagen und die Arbeiter in die Unterordnung der Nation der Sozialdemokratie sowie auf eine korrekte Darstellung der Politik der KPD gelangt.

Das hat sich als ein notwendiger Prozess, als die 1. Welt rechtserklären Schriften, die von bürgerlichen und kleinbürgerlichen Autoren geschrieben wurden, einschließlich der in der DDR veröffentlichten, erhebliche politische Mängel und Falschmeldungen enthalten.

Bestellungen an
Verlag ARBEITERKAMPF
J. Reents
2 Hamburg 13

ARBEITERBUCH
2 Hamburg 13

ARBEITERBUCH
200 Bremerhaven
Bücherhandel

Frankfurt

Streit um Polizeistudie

Einigen Aufsehen hat jüngst in Frankfurt eine Polizeistudie gemacht, die im letzten Jahr von zwei Polizeipsychologen als Umfrage unter 486 ehemaligen Frankfurter Polizisten gemacht wurde. Diese Studie sollte dazu dienen, das „Betriebsklima“ bei der Polizei zu erforschen – oder anders gesagt: Sie sollte der Polizeiführung Aufschluß darüber geben, wie weit die einzelnen Polizeibeamten auch persönlich wirklich auf die Linie „Recht und Ordnung“ verpflichtet sind.

Nach Fertigstellung der Studie, im Oktober letzten Jahres, wanderte sie sofort unter Verschluss. Die Ergebnisse der Untersuchung schienen der Polizeiführung für eine öffentliche Vorlage nicht sehr geeignet. Auf die Frage „Sind Sie grundsätzlich mit Hausbesetzungen einverstanden, um auf die Situation in Frankfurt hinzuwirken, sofern die friedlich verlaufen?“ hatten 51,1% (1/2) der befragten Polizisten mit „Ja“ geantwortet und auf die Frage „Können Sie sich vorstellen, u.U. selbst einmal an einer Demonstration teilzunehmen, bei der für Hausbesetzungen demonstriert wird, auch wenn die Gefahr besteht, daß sie unfriedlich wird?“ waren es immerhin noch 7,3%, die mit „Ja“ antworteten, also knapp jeder 14. Polizeibeamte (B. „Frankfurter Rundschau“ vom 14.9.).

Diese Ergebnisse sind bislang geheimgehalten worden. Auf dem Frankfurter SPD-Parteitag im März dieses Jahres hatte der SPD-Polizeipräsident Knut Müller zwar von dieser Studie gesprochen – aber verflüchtete Angaben über deren Inhalt gemacht. Im öffentlichen Gespräch kam die Sache jetzt erst durch Informationen des hessischen Landesvorsitzenden der Abteilung Polizei der ÖTV, Jakob Petry. Und der Polizeiführung war sehr daran gelegen, einen öffentlichen Diskussion darum auszuweichen. Einer vom Hessischen Rundfunk geplanten Fernsehdiskussion über diese Studie wurde

Die Tatsache, daß mehr als die Hälfte der befragten Polizisten „grundsätzlich mit Hausbesetzungen einverstanden“ sind, „sofern sie friedlich (1) verlaufen“, ist zwar ein unerwartetes Ergebnis, aber an und für sich noch nicht sehr aufsehenerregend. Demgegenüber steht immer noch die Tatsache, daß die Polizisten gerade in Frankfurt ein großes „Pflichtbewußtsein“ an den Tag legen, wenn es um die Niederknüpfung von Demonstrationen geht, und daß sie auf diese Brutallisten bereits zu einem großen Teil direkt „eingewöhnt“ sind. Der (wenn auch etwas grobschlägige, aber prinzipiell ähnlich gezielte) Vergleich zu den chinesischen Streitkräften drängt sich auf, wo viele Soldaten persönlich antifaschistisch und demokratisch eingestellt waren, dennoch aber zu einem Werkzeug des brutalen Terroris taugten. Dieser „Widerspruch“ ist auch keineswegs „unnatürlich“ im Rahmen des bürgerlichen Staates und darf nicht überinterpretiert werden, wie es von einigen Seiten getan wird.



Frankfurt SPD-Polizeipräsident Knut Müller (rechts) und Jakob Petry, hessischer Landesvorsitzender der Abteilung Polizei in der ÖTV.

Von den Revisionisten der DKP ist solche Überinterpretation häufig bekannt. Der KBW hatte beispielsweise in der Nr. 7/74 seiner „KVZ“ (3.4.74) einen Leserbrief von drei Polizisten abgedruckt, wo diese darlegten, „daß Kommunisten und Kommunisten zwei Paar Schuhe sein können“, und die „KVZ“ lobten, weil diese „denen sagten, daß auch wir nur Menschen sind, die ihre Pflicht tun“ – statt wie eine „andere Sorte“ von Kommunisten „uns als Bullen oder Bullenschweine“ (usw. beschimpfen) und zu Tätlichkeiten gegen uns aufzufordern.“ Der „KVZ“ Redaktion gefiel dieses Lob offensichtlich. Sie ließ es unkommentiert

und frohlockte stattdessen: „Je mehr sich die Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes entwickeln, desto schneller ist jeder Staatsbeamte, vor allem aber diejenige, die unmittelbar die Straßengewalt verkörpern, auf die Entscheidung gestellt, ob er dem kapitalistischen Staat gegen das Volk gehorcht oder sich auf die Seite des Volkes stellt.“

Das Argument der „Pflicht“ ist es immer gewesen, auf den sich so mancher „verständnisvolle“ und „demokratisch gesinnte“ Staatsdiener in Uniform zurückgezogen hat, während der Nazi-Reichs ebenso wie heute. Und hinter diesem „Pflichtbewußtsein“ steht die bürgerliche Ideologie und die materielle Gewalt der Befehlsstrukturen des bürgerlichen Staates. Wenn diese Argumentation von „Kommanden“ akzeptiert wird, dann können sie erhitzen, wenn gleich die bürgerliche Herrschaft insgesamt akzeptieren und sich nach reformistischer Manier auf das Abglatzen irgendwelcher „Auswüchse“ beschränken. Zweifelloser Gewinn kann und auch eher an „Einfluß“ zuzunehmen (weil man sich eben der bürgerlichen Ideologie anpaßt) – aber nicht zur Befreiung der Arbeiterklasse.

Der „Revolutionäre Kampf“ berichtete beispielsweise in der diesjährigen Februar/März-Ausgabe von „Wir wollen alles“ (Nr. 13/14), daß ein einziger Polizist sich geweigert hat, an der damaligen brutalen Räumungsaktion in der Bockenheimer Landstraße teilzunehmen – und deshalb sofort suspendiert wurde. Das war übrigens nach der erwähnten Umfrage über das „Betriebsklima“ bei der Frankfurter Polizei – und gibt mehr Aufschluß über die Wirklichkeit, mit der wir es gegenüber der Polizei zu tun haben, als die Psychologen-Studie. Es würde an der Realität völlig vorbeigehen, wenn man die subjektiv möglicherweise tatsächlich bestehende „demokratische Gesinnung“ einiger Polizisten

für eine entscheidende Kraft innerhalb des Polizeisystems halten würde. Abgesehen davon, daß die „ideelle“ Kraft des „Pflichtbewußtseins“ immer noch größer ist als die der „demokratischen Gesinnung“ einzelner Beamter, haben wir es in erster Linie ohnehin auch nicht mit einzelnen Polizisten als Individuen zu tun, sondern mit der Polizei als Apparat, als Staatsorgan, bei dem die einzelnen Polizisten auf Befehlsmomente ausgetrimmte Werkzeuge sind. Und auf dieser Ebene und das ist die Ebene des Klassenkampfes, gilt entsprechend in erster Linie, daß die Polizei ein immer wieder von neuem erfahrbare Feind der Arbeiterklasse ist, unabhängig vom graduellen Wandel des „Betriebsklimas“ innerhalb der Polizei.

Allerdings, und daran sollten uns die bisher bekannten Ergebnisse dieser Studie auch erinnern, besteht für uns die Notwendigkeit, die Agitation in den Staatsapparat selbst hineinzutragen, in seine einzelnen Abteilungen, in seine „Mannschaften“. Um die Widersprüche innerhalb des Staatsapparats zu verschärfen helfen, um ihn in seiner Funktionsfähigkeit als Instrument zur Repression gegen die Arbeiterbewegung zu stören. Das ist eine Aufgabe, die auch in der Vergangenheit von den Organisationen der Arbeiterbewegung wahrgenommen wurde, und die z.B. auch in Chile von Bedeutung gewesen ist – aber wie alles, was die Unidid Popularität unternehmen hat, weitgehend reformistisch (und mit entsprechendem Mißerfolg) „gelöst“ wurde. Es geht dabei nicht um die Illusion, größere Teile dieses Staatsapparats (d.h. genauer der „Mannschaften“ dieses Staatsapparats) auf die Seite einer revolutionären Arbeiterbewegung ziehen zu können, sondern es geht in erster Linie darum, daß eine revolutionäre Strategie der Arbeiterbewegung es auszuloten muß, daß der bürgerliche Staat einen Teil seiner Kraft darauf verwendet, sich mit seinen eigenen inneren Widersprüchen herumzuschlagen.

Die Polizeistudie und ihre Behandlung zeigen an, daß ihr Widerspruch existieren und sich entwickeln können. Unser Anliegen und das Anliegen der Arbeiterbewegung ist es, daß diese Dinge möglichst breit in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Erstens, weil eine solche öffentliche Diskussion (unabhängig vom Standpunkt, den die beiden „Hauptkontrahenten“, Müller und Petry, darin beziehen und mit welchen Interessen sie sich streiten) auch einen Lichtkegel auf die Sache wirft, um die es wirklich dabei geht: der zunehmende Polizeiterror gegen diejenigen, die sich gegen Mißstände, schreiende Ungerechtigkeiten, Ausbeutung und Unterdrückung auflehnen. Zweitens, weil sich die Widersprüche bürgerlichen Staatsapparats besser unter dem Licht der Öffentlichkeit als im Dunkel der Ministerien und Amtsstuben verschärfen.

Für die Polizeiführung ist diese Studie wichtig, um daraus Schlussfolgerungen zu gewinnen, wie und mit welchen Mitteln sie die einzelnen Polizisten noch besser, bis in ihren persönlichen Bereich hinein, auf die „Verteidigung von Recht und Ordnung“ (kapitalistischem Recht und kapitalistischer Ordnung) trimmen können. Die Untersuchung ist für sie von vornherein nicht für eine öffentliche Diskussion gedacht gewesen – auf alle Fälle nicht mit diesem Ergebnis und in dieser Situation (Landtagswahlkampf). Es ist auch anzunehmen, daß bereits Maßnahmen zur „Verbesserung des Betriebsklimas“ im Sinne der Polizeiführung ergriffen wurden. Vor allem die ideologische Bearbeitung der einzelnen Polizeibeamten zu verstärken und vor während der Einsätze durch gezielte Gerüchte (daß die „Chaoten“ sich heute „bewaffnet“ hätten usw.) die einzelnen Beamten zu brutalisieren. Das ist der einzige „Wert“, den diese Untersuchung für die Polizeiführung hat – nicht etwa, daß nun eine „Demokratisierung“ der Polizei zu erwarten wäre. ● KB-Gruppe Frankfurt

schlußfassung über diese Studie wurde von Seiten des Polizeipräsidenten mit der Erpressung begenget, daß anstelle von ÖTV-Sekretär Petry der Personalratsvorsitzende Hans-Georg Koppmann „Diskussionspartner“ von Müller sein sollte. Koppmann ist Vertreter der weiter rechts ausgerichteten „Gewerkschaft der Polizei“ (GdP). Da das Fernsehen dieser Erpressung nicht nachgab, wurde die Sendung abgesagt. Der Streit um diese Polizeistudie ist damit nicht beendet und nach wie vor wird ein Teil dieser Studie unter Verschluss gehalten.

Die Frankfurter SPD-Führung hat sicherlich wegen des bevorstehenden Landtagswahl am 27. Oktober gegenwärtig kein allzu großes Interesse an einer öffentlichen Diskussion dieser Studie, weil daraus eine offensichtliche Kritik an der in den Händen der SPD liegenden Polizeiführung hervorgeht. Der ÖTV-Führung scheint es dagegen vor allem darum zu gehen, das durch brutale Knüppelinsätze rausputzten Ansehen der Polizei wieder etwas aufzupolieren. Eine ernsthafte Kritik an solchen Polizeieinsätzen gegen Hausbesetzer und Demonstranten (wie häufig wieder bei der Räumung der Corneliusstr. 24 oder bei den Aktionen gegen die Fahrpreiserhöhung) ist jedenfalls auch von der ÖTV-Führung bislang nie gekommen. So ist diese Studie eigentlich weniger um die Polizeiführung selbst gerichtet, als um die Art diese öffentlich darzustellen.

— LESERBRIEF —

Wer kurzarbeitet, hat Zeit zur Beinnung

Herr Korn fand einen sehr netten und besonders treffenden Aufhänger für einen sehr guten Beitrag. Er meint: „Lobet den Herrn“ sei eindeutig der Kurzarbeiter der VW unseligmäßig.

Anbei sende ich Ihnen Redaktions ein Gebet. Bitte beten Sie für mich, denn von dem großen Übermaß an Zeit, das ich habe, da ich nicht arbeiten darf, habe ich mich nicht zu befreien. Ich bin ein sehr arbeitsloser Mensch, der sich nicht zu befreien weiß. Ich bin ein sehr arbeitsloser Mensch, der sich nicht zu befreien weiß. Ich bin ein sehr arbeitsloser Mensch, der sich nicht zu befreien weiß.

Nicht dem „Wachtturm“ oder einem anderen „Blätterchen“ religiöser Sekten, sondern der „Arbeiterbewegung“ (Arbeiterbewegung) soll diese Lezardarbeit erscheinen. Von dem „Wachtturm“ Welt vom 24.9.74. Dieses „Arbeiter-Blatt“ kann nur begeistert sein, wenn die „Zeiten des Überflusses“ (??)

und der Selbstherrlichkeit (??) auch dem Ende zuneigen, spricht die Verelendung der Bevölkerung, besonders der Arbeiterklasse, zumeist die Arbeiter sollen Verelendung, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit nicht bekämpfen, sondern zum Anlaß nehmen, sich nun mal endlich auf die „gesellschaftlichen Werte zu begeben“, was immer die Bourgeoisie-Schreibselbstverleumdungen mögen.

Religiöse Spinner und Springer Blätterwäld haben schon immer im Auftrag der Kapitalisten den falschen Schein von den verelendeten Massen gegeben. Wer in dem Verfall der hohen Ideale und dem „Triumph der Materialität“ verkaufen wollen und die „innere Einheit und Selbstbeinnung“ gefördert.

Man sieht, die Saat geht auf. Die Arbeiterklasse wird sich jedoch angesichts der zunehmenden Verelendung, denen sind wir nicht, auf etwas ganz anderes „begeben“. Nämlich dieses ganze Pack zum Teufel zu jagen!

Ein AK-Leser

Hamburg Altona
Hamburg Altona

150 Kinder von der Behörde auf die Straße gesetzt

Nach den Zusagen der Arbeits- und Sozialbehörde wird die Wohnunterkunftsgemeinschaft Anfang 1975 abgeräumt sein. Bis dahin sind die letzten Familien entweder in andere Wohnungen (Übergangswohnungen, Sanierungswohnungen, in den seltensten Fällen Neubauswohnungen) oder in andere Wohnlager „umquartiert“. Damit zusammen hängt, daß die beiden Kindertagesheime, die für die Lagerkinder zur Verfügung stehen, bis Ende 1974 aufgelöst werden sollen.

Die Öffnung der Kindertagesheime für Kinder aus dem Bezirk

Seit einiger Zeit nun ist die „Umquartierung“ der Familien im Gange. Dadurch wurden in den Tagesheimen einige Plätze frei. Zunächst wurden die Lagerkinder aus den „normalen“ Kindern aus dem Altonaer Bezirk isoliert gehalten, laut Dienstvorschrift „aus hygienischen Gründen“.

Der Bedarf an Tagesheimplätzen ist jedoch im Altonaer Kerngebiet besonders hoch, nicht zuletzt deshalb weil hier viele kinderreiche ausländische Familien wohnen. Daher wurden die Tagesheime auch den Kindern aus dem Bezirk geöffnet. Im Laufe der Zeit hat sich der Anteil der Kinder aus dem Bezirk auf über 7/3 der Gesamtzahl der Kinder vergrößert. Bei der fortschreitenden Räumung der Wohnunterkunft werden die freier werdenden Plätze wieder an den Bezirk vergeben werden.

Beide Tagesheime haben zusammen ungefähr 150 Plätze. Den Eltern aus dem Altonaer Bezirk wurde in den meisten Fällen nicht davon gesagt, daß diese Plätze nur bis Ende dieses Jahres zur Verfügung stehen sollen. Einige Eltern haben daraufhin die Hoffnung (einige auch die „Gewißheit“) geäußert, daß die Behörden für ihre Kinder sorgen müßten, daß nach einer solchen Auflösung schon Ersatzplätze zur Verfügung stehen würden.

Diese Hoffnung hat sich zunehmend als Illusion erwiesen. In Altona sieht in den schon überfüllten Tagesheimen kein freier Platz zur Verfügung, geschweige denn Platz für 150 Kinder. Somit ist damit zu rechnen, daß die 150 Kinder der beiden Heime Ende 74 auf der Straße sitzen werden.

Was bedeutet das für die Eltern?

Die Kinder kommen vorwiegend aus Arbeiterfamilien. Die fast am Rand der 1. Arbeiterwohnzone leben und Sozialhilfe bekommen. Die Mutter und in den meisten Fällen arbeiten gegangen, nachdem sie ihr Kind in den Tagesheimen untergebracht hatten – Alleinmutter. Mütter sind ohnehin auf die Berufstätigkeit angewiesen. Zumindest ist in den meisten Fällen der Beitrag der Mütter

zum Lebensunterhalt dringend notwendig. Bei den anderen mütterlichen und Raten gezahlt werden. Die Schließung der Tagesheime würde hier also die Gelährdung der materiellen Grundlage der Familien bedeuten. Eine weitere Zahlung von Sozialhilfe aus Steuergeldern wäre nötig und eventuell ergibt sich als weitere Konsequenz eine erneute Einweisung in eine „Wohnunterkunft“.

... und für die Kinder?

Die Kinder kommen auch aus der weiteren Umgebung in die Tagesheime. Sie sind aber bei Schulbeginn in die Schulen und Vorschulen eingeschult worden, die von den Tagesheimen gut zu erreichen sind. Eine Schließung der beiden Heime würde also Schulwechsel bedeuten, bei den Vorschulern wohl auch ersatzloser Verbleib in den Tagesheimen.

Zudem wird den Kindern die pädagogische Betreuung entzogen, die versucht, wenigstens einen kleinen Teil der Chancenungleichheit für Arbeiterkinder in der kapitalistischen Gesellschaft zu mildern. Ein weiterer Nachteil durch die Schließung würde die Trennung der Geschwister sein, die hier endlich einmal gemeinsam untergebracht werden konnten.

Und vor allem ein Teil der Kinder wird in Zukunft buchstäblich auf der Straße sitzen!

Was sagen die Behörden dazu?

Die Tagesheime sind für die Lagerkinder zur Verfügung gestellt worden. Da diese ja nun mit ihren Eltern aus der Wohnunterkunft ausgereizt und, werden die Tagesheime folglich nicht mehr benötigt. So ungefähr argumentiert die Arbeits- und Sozialbehörde, die die Tagesheime gebaut hat. Sie „vergibt“ dabei die „Kleinigkeit“ der Kinder aus dem Altonaer Bezirk, mit allen oben geschilderten Konsequenzen.

Die „Vereinigung städtischer Kinder- und Jugendheime“, die die Tagesheime unterhält, steht sich nicht in der Lage, Ersatzbauten anzubieten. Die Tagesheime, die diese Kinder auf aufnehmen könnten, sind nicht einmal am Rohbau fertig, einige sind noch gar nicht begonnen worden.

Elterninitiative gegründet

Auf einem Elternabend aus haben die betroffenen Altonaer Eltern beschlossen, sich gemeinsam gegen die Schließung zu wehren und haben eine Elterninitiative gegründet.

Die Eltern fordern für den Fall der Schließung entweder einen Ersatzbau oder entsprechend große Ersatzräume, mindestens so viele Kinder aufnehmen können wie jetzt in den beiden Tagesheimen untergebracht sind. Es ist bekannt geworden, daß die

Schulbehörde über mehrere Pavillons verfügt, die nicht benötigt werden. Das Geld zur Aufstellung und zur Vorschul (unübliche Ausstattung (Küche, Küche usw.) fehlt jedoch 110.000 DM, bei dem Hamburger Gesamtergebnis eine relativ kleine Summe), damit ein Pavillon oder mehrere als Ersatz benutzt werden können.

Die Eltern wenden sich mit ihren Forderungen in Briefen an die Behörden, die Parteien und werden sich auch an (bürgerliche) Zeitungen wenden, um Öffentlichkeit herzustellen.

Was sind die nächsten Schritte?

Die Empörung der Eltern über die bevorstehende Schließung war spontan sehr groß. Sie hätten die Gründung der Elterninitiative für gut und richtig, waren es aber noch nicht gewöhnt, das eigene Sache selbst in die Hand zu nehmen.

Auf eine solche passive Haltung, die konsequent aus der Erziehung der Eltern und aus ihren weiteren Erfahrungen her rührt, spekulieren die Behörden und der Staat (als ausführendes Organ der Kapitalisten). Bei einer passiven Elternschaft können Maßnahmen, wie die Schließung der Tagesheime, die direkt das Lebensniveau der Eltern bedrohen, leichter durchgeführt werden.

Um nun alle Eltern so weit wie möglich in das weitere Vorgehen einzubeziehen, wurde eine Gruppe von Eltern bestimmt, die zwischen den regelmäßig stattfindenden Elternabenden die anstehenden Aufgaben erledigt (wie Briefe aufschreiben, auf Post geben, die Elternabende vorbereiten usw.). Die Elternsprechergruppe wurde aufgestellt, die Eltern regelmäßig über alle Schritte zu informieren, die weitergenommen werden. Nun dadurch kann vermieden werden, daß die Elternsprecher sich isolieren und einen Selbstverleumdungskreislauf führen.

Eine weitere wichtige Frage wird die Illusion vieler Eltern über die Behörden werden. Es ist mit Sicherheit damit zu rechnen, daß die Briefe, die jetzt geschrieben sind, nicht innerhalb von kurzer Zeit zu einer guten Lösung führen, wenn sie überhaupt beantwortet werden.

Wenn jetzt der Senat „Ja“ sagt, dann können wir sicher sein, daß er das zunächst einmal auf dem sozialen Sektor tun wird, der nicht unmittelbar Profit abwirft.

Wenn die Elterninitiative aber kurzfristig keinen Erfolg haben sollte, dann wird sich bei den Eltern (die sich alle die einen in Rationalität verfallen und aufgeben, bei den anderen aber die Erkenntnis durchsetzen wird, daß nur das Vertrauen in die eigene Kraft sie weiter bringt). ● Bezirksgruppe HH Altona, KB/Gruppe Hamburg

Zivildienstleistende demonstrieren gegen Gefängnisterror und Beugehaft

Am 7.9.74 fand in Uetersen, einer Kleinstadt bei Hamburg, eine Demonstration von Kriegsdienstverweigerern statt. Bei Uetersen steht eine der wenigen Fliegerstützen der Bundeswehr (BW) in der BRD, in denen die Soldaten auf die Starfighter-Ausbildung vorbereitet werden.

In der dazugehörigen Kaserne befinden sich bis vor kurzem drei nicht anerkannte Kriegsdienstverweigerer, die dort zum Militärdienst gezwungen werden sollten. Einer der drei, Ralph K., befand sich seit dem 30.8. in Militärhaft. Seit 1970 (1) kämpft er um seine Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer und verblühte in der BW schon mehrere Arreststrafen wegen Disziplinarverweigerung. Jetzt wurde gegen ihn ein Zivilgerichtungsverfahren eingeleitet (Wehrpflichtige und zum „Dienst“ gepresste Köpfe können, wenn sie mehrere Disziplinarstrafen haben, in einem Zivilgerichtungsverfahren zu Vorbestrafungen erklärt werden und sind damit von Staats wegen „Kriminelle“). Ralph K. wurde inzwischen am 6.9. aus der (eigentlich dreiwöchigen!) Haft entlassen und befindet sich in einem Lazarett. Der Staatsapparat bereitet seine „unehrenhafte Entlassung“ aus der BW vor (wegen „Ge-fährdung der Disziplin der Truppe“). Trotzdem wird R. vor ein Zivilgericht gestellt werden.

R. ist nach Auskunft seiner Freunde psychisch und physisch am Ende. Der psychische Terror gegen ihn ging so weit, daß außer den „üblichen“ Verfahren durch den MAD (Militärschar Abschirmdienst) eine Isolierhaft gegen ihn angesetzt wurde! Erst als der ihn betreuende Pastor (Löbbert) protestierte, durfte R. einen Kirch-

gang machen in „Begleitung“ eines bewaffneten Soldaten, angeblich wegen „Fluchtgefahr“, dabei bestand zu dem Zeitpunkt bei R. akut die Gefahr des Selbstmordes, aber nicht um mindesten Gedanken an Flucht oder Ähnliches.

Bürgerliche Politiker führen das Wort

An der Demonstration, die auf R. 6. (1) Anerkennungsverhandlung aufmerksam machen sollte, nahmen etwa 150 Menschen teil, darunter der größte Teil Schüler des örtlichen Gymnasiums. Zds (Zivildienstleistende) waren relativ wenige da, z. B. aus dem nahegelegenen Plinseberger Kreis Krankenhaus nur 2 von rund 20, von anderen Krankenhäusern nah es ähnlich aus. Das und die Tatsache, daß die Zds hier überhaupt nicht organisiert sind, ist Ausdruck des dekadenten Zustands des politischen Bewusstseins der Zds. Besonders die Abschlussskundgebung nach der Demonstration machte deutlich, daß der Terror des Staats etwas eine Empörung ausgelöst hatte, daß diese Empörung aber von Kräften aufgefangen und gesteuert wurde, die kein Interesse haben, den Ursachen dieses Falles nachzugehen. Der Pastor, unter dessen Leitung die Aktion durchgeführt wurde, beschränkte den Charakter der Demonstration und Kundgebung auf eine Frage von „Moral und Gewissen“, stellte das Vorgehen der BW so dar, als müßte diesen Leuten selbst erst einmal die Augen geöffnet werden über ihr „unmenschliches Verhalten“. Dabei genügte schon ein Blick in die Visagen der anwesenden MAD-Spitzen, um zu se-

hen, welchen Fascho-Pack hier am Werk ist!

Solange aber nur das „menschliche Unglück“ von R. bedauert wurde, konnten die Vertreter gerade des Staates, von dem die Terrormaßnahmen ausgehen, kräftig auf die Tränendrüsen drücken und so tun, als würden sie ernst mitputzen, um den Fleck aus der ansonsten sauberen Staatsweste wegzukugeln. So der Uetersener Bürgermeister (CDU), der sich sehr empört gab über die „menschliche Tragik“ des Schicksals von R. und sich bereit erklärte, sich für ihn „einzusetzen“. Er machte aber zur Bedingung, daß man bei solchen Bürgerinitiativen immer hübsch brav sein, immer schön kriechen, Bittgesuche schreiben müsse, etc., wenn man sich nicht die „Gnade“ der Herrschenden verschreiben wolle. Bei ihm hörte sich das ungefähr so an: „Man kann das ja nicht eine Demonstration nennen, was wir hier heute erlebt haben, eher einen Trauer-

marsch (!). Aber solange die jungen Menschen ruhig (!) und sachlich (!) bleiben, so wie heute, werden sie auch Gehör finden.“

Auch die SPD verhielt sich natürlich nicht, sich als angebliche Kämpferin für die Interessen der Bevölkerung herauszugeben, und leistete auch ein Glanzstück an Zynismus. Der SPD-Kreisvorsitzende (Anders) vermaß Kriokodistrien über die Schwierigkeiten der Zds und bejammerte u. a. die Verschärfung der Disziplinarstrafen. Er verschwieg natürlich, daß es die SPD-geführte Regierung war, die diese Verschärfung per Gesetz durchdrachte! Stattdessen quatschte er von einer angeblichen „Initiative“ von SPD-Bundestagsabgeordneten für die Abschaffung des Anerkennungsverfahrens (nach dem Motto: wir machen das schon für euch, dazu und wir ja da).

Die Heuchelei dieser bürgerlichen Kräfte wurde auch daran deutlich,

wie sie auf das Auftreten von Kommunisten reagierten. Wir hatten während der Demonstration den AR BEITERKAMPF verkauft, Flugblätter zur Chile-Solidaritätsveranstaltung in Elmhorn verteilt und wollten eine Solidaritätskundgebung auf der Abschlussskundgebung vorbringen. Der die Kundgebung leitende Pastor L. meinte anfangs, das könne noch am Schluß der Kundgebung geschehen. Am Schluß erklärte er dann, das sei keine parteipolitische Veranstaltung und schloß die Kundgebung, ohne unseren Beitrag zuzulassen und das, nachdem die CDU- und SPD-Schweitzer vom Leder gezogen hatten und nachdem eine „möglichst breite Unterbreitung“ für R. von oben den gleichen Rednern gefordert worden war.

KS-Sympathisanten Elmhorn



Demonstration von Kriegsdienstverweigerern in Uetersen

Gegen Ausländergesetz und Entrechtung der Frau

Bericht vom Bundestreffen der IAF

Am 7. und 8. September traf sich in Frankfurt die IAF, die Interessengemeinschaft westdeutscher Frauen, die mit Ausländern verheiratet sind. Das sind nach Angaben der IAF 200 - 250 000 Frauen.

Während privilegierte Stellung das Mannes in der bürgerlichen Gesellschaft dafür sorgt, daß die Ehe eines westdeutschen Mannes mit einer Ausländerin rechtlich relativ problemlos ist, ist die Ehe einer westdeutschen Frau mit einem Ausländer durch das reaktionäre Ausländergesetz stark erschwert. Ausländergesetz: Schwierigkeiten mit der Staatsangehörigkeit der Kinder, mit der „Arbeitslaubnis“ und „Aufenthalts-erlaubnis“ sowie bei der Einbürgerung des Ehemannes Gefahr einer Ausweisung des Ehemannes.

Diesen Zustand in parlamentarischen Bahnen versteht sich! zu ändern, ist das Anliegen der IAF.

Anschließend ist dies auch das Anliegen der bürgerlichen Politiker, denn Innenminister Maifer (FDP), der

hessische DK-B-Landvorsitzende und der tabernackelwache CDU-Rechtsaußen Dregger (!) hatten dem Bundestreffen der IAF Grußadressen geschickt, in denen versichert wurde, die sie hätten würden das Anliegen der IAF nach besten Kräften unterstützen etc. blabla bla...

Auf einer Podiumsdiskussion während des Bundestreffens der IAF traten u. a. Helmut Sieglerschnidt (SPD), ein Herr Seebach (FDP) und Hussing (CDU), ein Gewerkschaftsvertreter (Jugend) auf. Es gelang diesen Herrschaften relativ leicht, die Initiative an sich zu reißen und die Veranstaltung für ihren Wahlkampf (hessische Landtagswahlen) einzuspannen. Sie waren sich einig, daß das Ausländergesetz gar nicht so schlecht sei, schlecht sei bloß die Praxis mancher Behörden, und im übrigen seien die Probleme der Frauen schickhaft. Das führte dann dazu, daß über einzelne „Schick-sale“ breit geschwätzt und „persönliche Hilfe“ von den Politikern angeboten wurde. Auf die Frage einer Frau,

was denn nun zu tun sei, damit ihr Mann eine Arbeitslaubnis bekommt, erhielt sie die Antwort den Rechts-gelehrten, sich an den Landes-gesetzgebenden wenden... Außerdem versuchten die Politiker die Frauen darauf zu verführen, daß ja nun bald ein neues Ausländergesetz verabschiedet würde, das den Kindern von westdeutschen Frauen, die mit Ausländern verheiratet sind, die deutsche Staatsangehörigkeit sichern würde. Damit sei dann die Diskriminierung endgültig vorbei.

Dann kam man zu dem Komplex der politischen Rechte ausländischer Arbeiter in der BRD. An dieser Frage war offensichtlich nur ein kleiner Teil der IAF, die auf dem Treffen am aktivsten und bewußtesten auftraten, den Frauen interessiert.

Vor allem von diesen Frauen wurde gefordert, „Kommunales Wahlrecht für alle Ausländer nach fünf Jahren Aufenthalt in der BRD“. Diese Forderung wurde neben der für „freie politische Beteiligung“ später in eine Resolution an die Innenministerkonferenz der Bundesländer aufgenommen - gegen den anfänglichen Protest mancher Frauen, man dürfe doch keine „unrealistischen Forderungen“ aufstellen.

In der Podiumsdiskussion erdte-te sich der Juno, die Ausländer selbst für ihre politische Einflußlosigkeit in der BRD verantwortlich zu machen. Schließlich stünden ihnen genug Möglichkeiten offen, z. B. über die Gewerkschaften oder die SPD...

Einen gewissen (bohrten) Höhepunkt der Veranstaltung bildete die Wahlrede einer KBWlerin (Landtagskandidatin), die eine lange Latte von „Forderungen“ vorlegte. Danach verließ sie dann allerdings rasch den Saal - wahrscheinlich, um nicht mit-zuerleben, wie die „Massen“ sie be-kannzelten, „auch links wollen“ sich ganz unplanmäßig ziemlich über den „Auftritt der Roten“ ereiferten, die hätten hier nichts zu suchen, würden nur bei den Herren Parteivertretern einen schlechten Eindruck hinterlassen.

Dieses Frauen reagieren ähnlich aus eine Delegation von chilenischen Frauen und Kindern, die gerade von einer Demonstration kamen. „Wir haben die denn hier zu suchen?“ „Die haben doch mit un-seren Problemen nichts zu tun!“ „Die mit werden wir doch gleich in die lin-ke Ecke getrieben!“ usw.

Gegen diese Auffassungen kämpf-ten diese Frauen, die auch für die freie po-litische Betätigung eingetreten wa-ren. Sie sagten: Diese Leute, die für die Ausweisung usw. unserer Männer verantwortlich sind, sind auch für die Ausweisung unserer Frauen und Kinder verantwortlich. Sie sagten: Diese Leute, die für die Ausweisung usw. unserer Männer verantwortlich sind, sind auch für die Ausweisung unserer Frauen und Kinder verantwortlich. Sie sagten: Diese Leute, die für die Ausweisung usw. unserer Männer verantwortlich sind, sind auch für die Ausweisung unserer Frauen und Kinder verantwortlich.

Probleme löst von anderen gesell-schaftlichen Problemen betrachten.

Schon an diesem Tag war deutlich geworden, daß es in der IAF zwei Li-nien gibt. Der einen Gruppe ging es um wesentlichen nur um ihr eigenes Problem, um ihr 9 Männer, und was darüber hinaus ging, wurde als schäd-lich abgetan. Die andere Gruppe woll-te ihr Problem in einen größeren ge-sellschaftlichen Zusammenhang stellen und war auch bereit, mit jeder po-litischen Organisation (nicht nur den bürgerlichen Parteien!) zusammenzu-arbeiten, die ihre Ziele unterstützte.

Es schien allen Frauen das erste-mal so richtig bewußt zu werden, was für erhebliche Widersprüche es inner-halb der IAF gibt, und so waren die

Anhänger der zweiten Gruppe (die auf diesem Treffen in der Minderheit wa-ren) daran interessiert, diese Fragen gründlich auszudiskutieren. Dies wurde jedoch von der Vorsitzenden und der Diskussionsleitung verhindert, die bemüht waren, die Widersprüche nicht offen aufbrechen zu lassen, und of-fenbar Angst hatten, daß ihre beiden Resolutionen (die diese Diskussion eigentlich voraussetzten) im Elfer des Gefächts dann nicht mehr verabschie-det werden könnten.

Als sich zum Schluß noch die ein-zelnen Ortsgruppen mit ihrer Arbeit vorstellten, zeigte sich auch hier die Existenz der beiden Linien.

Bericht einer Teilnehmerin

„Mao und Gott“ — ein Leserbrief

Der Artikel „KZV“ Lenin und Mao difflamiert!“ (AK 48, S. 32), in dem eine Pastorin als antikommunistisch bezeichnet wird, weil sie Mao in die Nähe von Gott rückte, hat in der Tat Kritik verdient. Eure redaktionelle Anmerkung dazu scheint uns aber den Kern der Sache nicht zu treffen. Wenn es richtig ist, daß der antireli-giöse Kampf auch heute noch einen Stellenwert besitzt, dann deshalb, weil die Religion, repräsentiert durch die Kirche, heute objektiv ein Mittel ist, die Lohnabhängigen vom Kampf gegen die Ausbeutung abzuhalten. Nichts richtiger! Aber die Annah-me, daß es nicht auch eine An-gestellte der Kirche, sogar Pastoren geben kann, die diesen Charakter der Kirche durchschauen und versuchen innerhalb der Kirche für die Interessen der Lohnabhängigen und Unter-drückten zu kämpfen und deren Kampf solidarisch zu unterstützen (Dies gilt ebenso wie für die Schule wo es fortschrittliche Lehrer gibt, obwohl die Schule als Institution u. a. einen ideologischen Auftrag hat) Zu diesen Leuten gehört allerdings niemand bloß wegen einer Äußerung über eine Beziehung zwischen Mao und Gott, die für sich genommen auch gar nicht sonderlich mutig ist, sondern höchstens wegen seines un-guten Verhaltens. Wie jeder weiß, der mit den Auseinandersetzungen in der Hamburger Kirche vertraut ist, hat Frau Groth auch nicht wegen ihrer allerdings skurrilen Äußerung An-fuß zu suchen, sondern wegen ihrer sonstigen Tätigkeit, und auch nur deshalb wegen hat sie Solidarität vor-zuziehen.

Auch in der Kirche setzen sich die gesellschaftlichen Widersprüche durch, und es gibt Leute, die das aus-nutzen und mit den institutionellen Mitteln der Kirche, soweit sie ihnen zur Verfügung stehen, sich für den So-

zialismus einsetzen (Beispiel AK 47 S. 16). Es wäre doch undächtig und be-kannt, diese als Menschen zu ver-dächtigen, die bloß das lecke Schiff der Kirche wieder flottma-chen wollen.

Vielleicht haben zwar die theo-logischen Rechtfertigungen, mit denen die Sozialisten innerhalb der Kirche ihren Tätigkeit manchmal begünden, auch den Aspekt, aber falls „Sche-fer“ wieder mit der Kirche im „al-ge-meinen zu veröhnen, indem sie den insgesamt reaktionären Charakter der Kirche vertuschen, - dies ist natür-lich, wie ihr richtig sagt, zu bekämp-fen - aber das darf nicht der einzi-gige Aspekt sein, unter dem man die Tätigkeit dieser Menschen betrachtet.

4 AK-Leser

Anmerkung der Redaktion

Wir können den Genossen weitgehend zustimmen. Allerdings nicht in der oberflächlichen Art, wie sie die Fra-gen des „das lecke Schiff der Kirche wieder flottmachen“ behandeln. Dies wurde von uns natürlich nicht auf den Versuch bezogen, auch inner-halb der Kirche für den gesellschaft-lichen Fortschritt und den Sozialis-mus zu kämpfen (wie im Leserbrief erwähnte Sache in AK 47 betrieht sich auf die „Evangelische Studien-reisende“ in Hamburg), sondern auf den Versuch, „Mao und Gott“ wissenschaftlichen Sozialismus und religiösen Aberglauben, miteinander zu veröhnen“, Jesus zum „Revolu-tionär“ zu stilisieren und damit zu „retten“ etc.

Daß von der Kirche große Anstren-gungen auch in diese Richtung unter-nommen werden, dürfte kaum zu be-streiten sein.

Resolution des Bundestreffens der IAF

An die Innenministerkonferenz der Länder

Anlaßlich des ersten Bundestreffens der Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten deutschen Frauen (IAF) in Frankfurt/Main, Dornbusch, fordern die betroffenen Frauen und Familien die zuständigen Politiker aller Parteien auf, dafür Sorge zu tragen, daß mehr noch als zuvor dem Gleichheitsgrundsatz unserer Verfassung Rechnung getragen wird und die Lage der gemischt-nationalen Familien insbesondere in Aufenthalts-rechtlicher Hinsicht verbessert wird.

Die Verfassungsvorschrift Nr. 48 zu § 2 des Ausländergesetzes stellt zwar einen ersten Schritt der Erleichterung dar, daß diese Vorschrift nicht ausreicht und nach wie vor nicht einmal den Empfehlungen der Innenminister der Länder seitens der Ausländerbehörden Folge geleistet wird. Die Erteilung einer demnachigen Aufenthaltslaubnis ist in den meisten Fällen immer noch ein Privileg, das nicht erhalten. Weniger noch wird von der Möglichkeit einer unbefristeten Aufenthaltslaubnis zu erwar-ten, als es ein Aufenthaltsrecht zu gewähren. Der Grund dafür ist, daß die Ministerien, von denen die Lage der gemischt-nationalen deutschen Frau zu sichern.

In aller Regel gelangen nach wie vor nur die deutschen Männer, die eine Ausländerin heiraten, in den Genuss einer auch ausdauernd sich gesicherten Existenzgrundlage in ihrer Heimat. Deshalb glauben die hiermit betref-fenden ca. 200 000 Frauen und ihre Familien an keine ausreichenden Schutzmaßnahmen zu äußern, wenn sie hergefordert aus den verfassung-mäßig garantierten Rechten fordern.

1. Grundsätzlich Vorrang des Art. 6 Abs. 1 GG (Schutz von Ehe und Familie) vor allen o. d. ausländischen Gesetzen und staatlichen Befugnissen der BRD. Deshalb keine Ausweisung eines Ausländers der mit einer Deut-schen verheiratet ist.
2. Nach jeder 10. Jahre Ehe Aufenthalts-recht und Erteilung einer unbefristeten Aufenthaltslaubnis.
3. Ermessensfreie Behandlung der Einbürgerungsbefugnisse für Nicht-schiedler wie für Europäer aufgrund der Anerkennung der verfassungsmäßigen Rechte der deutschen Frau. Ihr Recht in der Heimat zu leben.
4. Kommunales Wahlrecht für alle Ausländer nach 5 Jahren Aufent-halt und Arbeit in der BRD.
5. Besondere durch Fachleute be-zetzte Beratungsstellen für ge-mischt-nationalen Familien.

Die Frauen der IAF weisen die mehr-fach laut gewordenen Befürchtungen, daß eine Lockerung des Aufent-haltsrechts für ihre Männer zu Schwin-den führen könnte als eine Diskri-minierung der Frauen zurück. Eine Frau ist keine Last und ein Mann in der Lage, die Kosten einer Partnerschaft zu übernehmen. Sie hat vor der Mann freie Entscheidung im Leben. Man-nen, die nicht bereit sind, sich für eine Partnerschaft zu verpflichten, werden sich nicht mehr in der IAF betrieht.

Wir fordern die Innenministerkon-ferenz, die durch dieses Problem be-trübt ihre volle Aufmerksamkeit zu widmen und zu prüfen in welcher Form unseren Anliegen am besten unsere Vorstellungen Abhilfe geschaf-fen werden können.

Verabschiedet am 8. September 1974

Frankfurt:

Fortschrittliche Erzieher in städtischen Kindergärten unter Beschuß

Für viele proletarische und andere wertvolle Eltern stellt die Unterbringung ihrer Kinder in Kindergärten ein wichtiges Problem dar, von dessen Lösung oftmals abhängt, ob die Frau berufstätig sein und durch ihren Lohn mit dazu beitragen kann, daß die notwendigen finanziellen Mittel für die Familie herbeigeschafft werden können.

Schon in dem 1968 gültigen „Frauenbericht“ der Bundesregierung wird gesagt, daß die Zahl von Kindergärten um mindestens ein Drittel erhöht werden müßte. Schon dann zeigt sich, welchen Schwierigkeiten gerade Arbeiterinnen gegenüberstehen, denen die Geldpolitik, um ihre Kinder in teuren privaten Kindergärten betreuen zu lassen.

Diese Notlage nutzte die Frankfurter SPD für ihren kommunalen Wahlkampf 1972 aus. Sie versprach, durch den raschen Bau von 19 „Kita's“ (=Kindertagesstätten), in denen sog. „repressionarme Erziehung“ praktiziert werden sollte, den Bedarf an Kindergartenplätzen in Frankfurt besser zu decken. Nach den Kommunalwahlen wurde aber bald sichtbar, daß für die SPD das Kita-Projekt ausschließlich Wahlkampfthema war. Sie bekämpfte Forderungen und Aktionen von Eltern und Erziehern mit dem Ziel, jeden Ansatz von Erziehung der Kinder zu bewußten Arbeiterkindern wieder zu liquidieren.

Der nachfolgende Artikel will die Entwicklung der Auseinandersetzungen um die Gestaltung der Kitas im Interesse der Kinder aufzeigen und die Probleme herausarbeiten, vor denen Eltern und Erzieher heute stehen.

Die schon seit langem unter Beschuß stehenden Mitarbeiter der Kitas sehen sich gegenwärtig zunehmend politischen Angriffen seitens SPD und Stadtverwaltung bzw. Schuldenrat ausgesetzt. Sieben der Kita-Erzieher sollen einzeln Verfahren gegen sie eingeleitet worden, die offensichtlich der Feststellung der politischen Ansichten dieser Erzieher dienen. Anlaß für diese Maßnahme durch die Verwaltung war ein Flugblatt, das in Zusammenhang mit den Fahrpreiskämpfen im April 74 von städtischen Mitarbeitern und auch den sieben Kita-Erziehern unterschrieben worden war. In diesem Flugblatt setzten sich die Unterzeichner für das Recht auf freie Meinungsäußerung, Demonstration und Versammlung ein. Man muß dazu wissen, daß einige städtische Angestellte wegen aktiver Teilnahme an den Fahrpreisdemonstrationen entlassen worden waren, da sie nicht „das Maß an Loyalität der Stadt gegenüber gewahrt hätten, das der Arbeitgeber von ihnen erwartet“.

In einer Erklärung schützten 163 Kita-Erzieher und ÖTV-Vertrauensleute des Stadtchulamtes diesen Angriff so ein, daß „die bisher geübte Praxis der bürokratischen Disziplinierung abgelöst wird durch die neue Taktik der politischen Disziplinierung“, was die Betroffenen mit der Befürchtung verbindet, daß dieses Vorgehen der Bürokratie auf die Anwendung von „Berufsverboten und Gesinnungsschuldfreiheit“ abzielt.

Mit diesen Verböten und dem dadurch ausgeübten politischen Druck greifen SPD und Verwaltung nunmehr offen die inhaltlichen Vorstellungen und die Ziele der Kita-Erzieher an und begnügen sich nicht mehr damit, durch formale Kritik (schlecht geführte Bücher über Ausgaben u.a.) die Erzieher in zunehmende Schwierigkeiten zu bringen.

Kita-Kollegen entwickeln Erziehung im Interesse der Kinder

Mit dem Kita-Projekt hatten die Initiatoren selbst Hoffnungen geweckt, daß es nun eine Möglichkeit geben würde, Erziehung statt bloßer Abriechung der Kinder zu betreiben. So warb die Stadt Erzieher, die bereit sein sollten, „repressionarme“ Erziehung zu praktizieren, wobei die Stadt sie durch freigestellte finanzielle und andere Hilfe unterstützen wollte, etc. Dieses Manöver der SPD führte gegen ihre Absichten – dazu, daß in den Kitas Erzieher tätig wurden, die tatsächlich eine Erziehung im Interesse der Kinder betrieben. Zwar gab es anfangs Schwierigkeiten zwischen Kindern und Kita-Personal, die vor allem daher führten, daß die Erzieher dem Spruch von „repressionarmen“ Erziehung auf den Leim gekrochen waren. Diese illusorische und – weil von einer bürgerlichen und auf Macht orientierten Partei gestellt – demagogische Forderung ging

natürlich völlig an der Situation und den Bedürfnissen der Kinder vorbei. Sind die Lebensbedingungen vor allem der Arbeiterkinder geprägt von schlechten Wohnverhältnissen, mangelnden Spielmöglichkeiten zuhause und im Freien und davon, daß den Eltern im Alltagsstress wenig Zeit für ihre Kinder bleibt, so nutzten die Kinder in den Kitas jede Möglichkeit, sich auszuleben. Angesichts mangelnden regelnden Eingreifens der auf „repressionarme“ Erziehung orientierten Kita-Kollegen machte das ungehinderte Treiben der Kinder auch vor Fensterbänken und anderen zerstörbaren Gegenständen nicht halt. Auch zeigten die Kinder zunächst wenig Bereitschaft zu solidarischen Handeln, sie wandten untereinander die „Hackordnung“ an, die sie in ihrer Umwelt ständig erfahren. Der Stärkere beherrschte den Schwächeren. Diese Erfahrungen zeigten den Kita-Erziehern, daß sie gezielte Erziehung betreiben müssen und es keineswegs genügt, den Kindern einfach freien Lauf zu lassen.

Es wurden nun feste Gruppen von meist 12-15 Kindern gebildet. Entsprechende Spielangebote sollen Selbständigkeit und Kritikfähigkeit der Kinder fördern. Gemeinsame Erlebnisse der Kindergruppen wie z.B. Zoo-Besuche, Baustellenbesichtigungen, Besuche der Eltern am Arbeitsplatz dienen der gemeinsamen Aufarbeitung ihrer Erfahrungen. Verbunden mit diesem gemeinsamen Lernen bemühen sich die Kita-Erzieher, den Kindern viel Zuneigung zukommen zu lassen, um so dazu beizutragen, die Kinder zum verständnisvollen und weniger aggressiven Umgang miteinander zu befähigen.

Neben der Arbeit mit den Kindern legen die Kita-Erzieher Wert darauf, in Kontakt mit den Eltern zu kommen.

SPD, Stadtverwaltung und CDU – gemeinsam im Kampf gegen Kitas

SPD, Stadtverwaltung und CDU – gemeinsam im Kampf gegen Kitas

Das Heranbilden selbstbewusster, solidarischer Kinder der Arbeiter und Werktätigen sowie die Beteiligung der Eltern an der Erziehung ihrer Kinder im Kindergarten – dieses Bemühen der Kita-Erzieher ist sehr schnell dem entscheidenden Kampf von SPD, Stadtverwaltung und CDU her.

Die CDU, die in Frankfurt in der „Opposition“ ist, führte ihren Kampf vor allem durch ständige und öble Diffamierungen der Kita-Erzieher, z.B. mit demagogischen Fragen wie: „Was eigentlich passiert in diesen Kitas?“, Ständige Verunglimpfungen der Erzieher als „dumm“, „faul“, „unfähig“ und natürlich durch Abstopfen der Kita-Kollegen als „rot“ und „links“. Erarbeitete die CDU den Stimmung gegen die Kita-Erzieher zu machen, was sie verband mit der Forderung nach gründlicher Änderung der „Verhältnisse“ in den Kitas.

Die SPD betreibt ihr Geschäft ganz in diesem Sinne, wobei sie systematisch und in sich allmählich steigendem Maße ihr Ziel angeht, auch die Kissa zu Arbeiterkinder-Dressuren anstellen zu machen. Die versprochene Unterstützung der Kita-Erzieher durch die extra im Stadtchulamt eingerichtete Dienst- und Fachaufsicht blieb völlig aus. Das führte u.a. dazu, daß organisatorische Aufgaben die Zeit und Kraft der Erzieher einzulässig stark beanspruchten, da diese zumist in diesen Aufgaben ungeschult sind. Auch pädagogische Beratung und Hilfe bei der Entwicklung von Teamarbeit unter den Erziehern erfolgte nicht. Damit tat sich für die Kita-Kollegen vielfältige Schwierigkeiten auf.

Diese Probleme wurden noch dadurch gefördert, daß auch die Dienst- und Fachaufsicht der bestehenden 100 Kindertagesstätten von vornherein jegliche Zusammenarbeit mit den „progressiven“ Kita-Erziehern verweigerte. Das hatte seine Ursachen teilweise darin, daß die Leiterinnen der herkömmlichen Kindergärten ihre Stellung angegriffen sahen durch die Praktizierung von Teamarbeit in den Kitas. Andererseits hatte das Abwandern eines Teils der früher in den Kindertagesstätten tätigen Kindergärtnerinnen zu den Kitas dazu geführt, daß bei den bestehenden Kindertagesstätten die Zahl der unbesetzten Planstellen zusätzlich wuchs, was für die verbleibenden Kindergärtnerinnen zu noch schlechteren Arbeitsbedingungen führte. Diese Spaltung zwischen Kindertagesstätten

und den neuen Kitas konnte bislang nur ansatzweise über gewerkschaftliche Aktion und Organisation unter dem Personal aller Kindergärten bekämpft werden.

Auf die Zermürbungstaktik von SPD und Verwaltung reagierten die Kita-Erzieher mit der Einrichtung eines festen Kita-Rates im Herbst 1972, zu dem es schon vorher Ansätze gegeben hatte. Der Kita-Rat (gebildet von gewählten Delegierten der Kitas) hat die Aufgabe, die Isolation der Kita-Personals zu überwinden und solidarisches Handeln zu ermöglichen. Darüberhinaus fordern die Kita-Kollegen, daß dieser Rat von der Stadtverwaltung als offizielles Vertretungs- und Entscheidungsorgan akzeptiert werden soll. Bislang erkannte die Verwaltung dieses Organ der Kita-Kollegen nicht an, sondern duldet allenfalls seine Existenz. Zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Erzieher und zur Beseitigung von Mängeln in den Kitas, die zum Teil Gefahrenquellen für die Kinder darstellen, hat der Kita-Rat zahlreiche Forderungen aufgestellt. Zu diesen Forderungen gehörte auch, daß der Kita-Rat mit der Verwaltung um eine Satzung verhandelt, die eine geregelte Elternmitbestimmung schaffen sollte. Diese Verhandlungen wurden jedoch im Mai 1973 von seiten der Bürokratie abgebrochen, und nicht wieder aufgenommen. Dies ist ein Beispiel, an dem sichtbar wird, daß sich Eltern und Erzieher nicht wie bisher auf Verhandlungen und Bitten beschränken können, wenn sie konkrete Forderungen erkämpfen wollen.

Aktion „Kind im Römer“ – eine weitere Illusion wird zerstört

Ende Mai 1973 organisierten aktive Eltern Teile aus den Kitas mit Unterstützung der Erzieher eine Aktion „Kind im Römer“. Etwa 400 Kinder, Betreuer und Eltern belagerten den Römer (=Sitz des Frankfurter Magistrats). Sie wollten damit Druck ausüben und erreichen, daß sich die Eltern Teile aus den Kitas mit Unterstützung der Erzieher eine Aktion „Kind im Römer“. Etwa 400 Kinder, Betreuer und Eltern belagerten den Römer (=Sitz des Frankfurter Magistrats). Sie wollten damit Druck ausüben und erreichen, daß sich die Verantwortlichen in Magistrat und SPD wieder mehr – und im Sinne der Eltern, Kinder und Erzieher – um die Kitas kümmern sollten. Das Ergebnis dieser Aktion beschränkte sich – was die konkreten Forderungen der Eltern anbelangt – wiederum auf leere Versprechungen, diesmal von SPD-Oberbürgermeister Rudi Arndt persönlich. Lediglich einige bauliche Veränderungen in den Kitas wurden nicht nur versprochen, sondern auch durchgeführt.

Diese Erschütterung der Hoffnungen von Eltern und Betreuern der Kinder, die SPD würde ihnen schon bestehen, wenn sie nur energisch genug auf ihre Probleme aufmerksam machen, führte zunächst zu Passivität und Resignation. Der bestehende Elternrat wurde kaum noch aktiv und verfiel damit weitgehend der Bedeutungslosigkeit; unter den Erziehern verbreitete sich Resignation, die zum Teil zu Kündigungen, also dem völligen Zurückweichen vor der Politik der SPD führte.

Verschlechtert wurde die Situation noch dadurch, daß die SPD jetzt verstärkte Repressalien einsetzte, und zwar zunächst auf bürokratischer Ebene. Untersuchungskommissionen wurden in die Kitas geschickt, um Abrechnungsfehler zu prüfen. Für Fehler in der Buchhaltung wurden von Kita-Kollegen verantwortlich gemacht. Diese Kommissionen erfüllten ihren Zweck, Unsicherheit und Angst unter den Kita-Erziehern zu verbreiten, erfolgreich – im Sinne der SPD. Verstärktes Konkurrenzdenken griff wieder um sich, was die Teamarbeit erschwerte. Das Verhältnis der Erzieher untereinander verschlechterte sich; das führte z.T. erneut dazu, daß einige Erzieher kündigten. Leidtragende der entstehenden starken Fluktuation sind natürlich die Kinder.

Entlassung von Kita-Kollegen – ein neuer Schlag gegen die Erzieher

Im Sommer 1973 unternahmen vier Kita-Erzieher mit einigen Kindern eine Ferienfahrt, die von den Behörden trotz gestellter Anträge und wiederholtem Drängen seitens der Betreuer vom Amt gar nicht erst bearbeitet und nicht genehmigt worden war. Nachdem die Erzieher die Fahrt mit dem Einverständnis der Eltern trotzdem durchgeführt, benutzte die Verwaltung dies als Vor-

Bestellt!

Beim VERLAG ARBEITERKAMPF

Anzahl UNSER WEG Sondernummern

- ☐ Zum Nahost-Problem
Nachdruck ausgewählter Artikel aus dem ARBEITERKAMPF
80 Seiten, 2. erweiterte Auflage DM 2,-
- ☐ Die Emanzipation der Frau in Palästina
Von uns kommentierte und überarbeitete Propaganda-Broschüre der PFLP zu diesem Thema
24 Seiten DM 1,-
- ☐ Chile: Vom „friedlichen Übergang“ zur faschistischen Militärdiktatur
2. geändert und erweiterte Auflage 58 Seiten DM 4,-
- ☐ Chile: Reform oder Revolution –
Auseinandersetzung mit den „Strategien“ revisionistischer Parteien
62 Seiten DM 3,-
- ☐ Von Pinelli zu Feltrinelli – politischer Mord in Italien
In einer präzisen politischen Analyse wird die „kapitalistische Strategie der Bomben, der Provokation und Bspitzelung, des geplanten politischen Mordes und Einsatzes faschistischer Kommandos“ im Kampf gegen die kommunistische und Arbeiterbewegung am Beispiel Italiens enthüllt.
44 Seiten DM 1,50
- ☐ Zur Außenpolitik der VR Chins
Ausführliche Stellungnahme zum Wandel der chinesischen Außenpolitik.
Nachdruck von ARBEITERKAMPF-Artikeln
50 Seiten DM 2,50
- ☐ Amis raus aus Indochina!
Nachdruck von KB-Reden, ARBEITERKAMPF-Artikeln und wichtigen Dokumenten
2. erweiterte Auflage, 26 Seiten DM 0,60
- ☐ Nachdrucks von Artikeln der KAB-Arbeiterzeitung zu zentralen Fragen der Arbeiterbewegung:
- ☐ Teil I
Aus dem Inhalt:
„Links“ opportunistisch in der Gewerkschaftsfrage muß zurückgewiesen werden.
Kampf dem Faschismus
Zur Rolle der SPD
„Zwei Fraktionen der Kapitalistenklasse“?
Die Arbeiter brauchen ihre Partei – über welche politischen Differenzen muß diskutiert werden?
Europas Proletariat vor dem Sturm
58 Seiten DM 2,-
- ☐ Teil 2
Aus dem Inhalt:
Zur Gewerkschaftsfrage: Was ist Ökonomismus? Was ist los mit der Mitbestimmung?
Chemie-Tariffrage 71: Ein großer Kampf und ein schwacher Abschluß
Volkskrieg und politische Lösung
- ☐ Aus dem Inhalt:
Zur Gewerkschaftsfrage: Was ist Ökonomismus? Was ist los mit der Mitbestimmung?
Chemie-Tariffrage 71: Ein großer Kampf und ein schwacher Abschluß
Volkskrieg und politische Lösung
- ☐ Zur Kritik der RAF
15 Jahre KPD-Verbot
Aktionseinheit zur Metalltarifrunde 71 – Verlauf der Aktions-einheit
Für das Bündnis von Intelligenz und Arbeiterklasse
62 Seiten DM 2,-
- ☐ Der Metallarbeiter-Strike in Schleswig-Holstein 1956/57
Eine ausführliche Analyse der Forderungen der K9-Gruppe
16 Seiten DM 1,-
- ☐ Wohnungsprobleme in der BRD
Nachdruck ausgewählter Artikel aus dem ARBEITERKAMPF mit März 72
4. erweiterte Auflage
(eine 5. Auflage wird vorbereitet)
64 Seiten Kleinformat DM 1,50
- ☐ Sie haben den Präsidenten.....
Schallplatte des Hamburger Straßentheaters mit
4 Agitationsliedern DM 5,-
- ☐ Schulkampf
Artikel des ARBEITERKAMPF Nr. 24 – 42 zu Fragen des Schulkampfes
92 Seiten Kleinformat DM 2,-
- ☐ Wem nützen die Bomben bei Springer?
Nachdruck von Referaten auf der Großveranstaltung des KB anlässlich der Bader-Meinhof-Kampagne der Bourgeoisie
32 Seiten DM 1,50
- ☐ Zum Aufbau eines sozialistischen Studentenbundes Teil 2
40 Seiten DM 1,50
- ☐ Zur Politik des KBW (NRP)
Nachdruck ausgewählter Artikel aus dem ARBEITERKAMPF und UNSER WEG
75 Seiten DM 3,-
- ☐ Aktionsmilitarismus oder „Partei“-leden-Politik?
Internes Papier des Regionalkomitees Westerkante der „KPD“ gegen den KB
8 Seiten DM 0,60
- ☐ UNSER WEG, Zeitschrift des Kommunistischen Bundes zu aktuellen Fragen der Arbeiterbewegung
- ☐ 16 Ausführliche Analyse der Metalltarifrunde 1971 zur Diskussion im Kommunistischen Bund
28 Seiten DM 1,50
- ☐ 18 / 17 Zur Auseinandersetzung mit den ABG / München
40 Seiten DM 1,50
- ☐ 18 Kampf zweier Linien in der KP-China
Die Leistungsfähigkeit und den Arbeitsstil verbessern
32 Seiten DM 1,-
- ☐ 19 Zur Faschismuskritik
32 Seiten DM 1,-
- ☐ 20 / 21 Zum 1. Mai 1973
Die chinesische Kulturrevolution
92 Seiten DM 2,-

UNSER WEG, Zeitschrift des Kommunistischen Bundes zu aktuellen Fragen der Arbeiterbewegung

Anzahl

- 22 Schädliche Illusionen über den Kampf der arabischen Völker
Kritik eines griechischen Genossen
Neue antikomunistische Broschüre
37 Seiten
DM 2,90
- 23 Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit der „KPD“
Selbstkritik Marke KBW
Propaganda der Faschisten
Arbeitsordnung Blohm & Voß
Berufsbildung in Stufen
Zur Westeuropäischen Chile-Konferenz
49 Seiten
DM 2,50

Bücher und Broschüren

- Palästina
Interviews und Gespräche mit Kämpfern der PLO, Fatah, PFLP und PFLP
Allgemeine Führung
120 Seiten Großformat
DM 6,-
- Die chinesische Kulturrevolution
In Dokumenten, Nachdrucke von ausgewählten Artikeln der „Peking Rundschau“ aus den Jahren 1966 und 1967
134 Seiten Großformat
DM 8,-
- UNSER WEG Revisionismuskritik
160 Seiten Buchformat
DM 4,50
- Die politische Macht kommt aus den Gewerkschaften
Nachdrucke von Texten zu Fragen des bewaffneten Kampfes
250 Seiten Buchformat
DM 6,-
- Gegen die schriftliche Fälschung von Staat und Gesellschaft
Nachdrucke von Artikeln unserer Zeitung ARBEITERKAMPF zur Frage der schriftlichen Fälschung von Staat und Gesellschaft
180 Seiten Buchformat
DM 4,50
- Kampf den Faschismus
Nachdrucke von Texten der Kommunisten aus den Zwanziger und Dreißiger Jahren zum Thema Faschismus
360 Seiten Buchformat
DM 6,50
- Deutsche Revolution von 1918 bis 1923
192 Seiten (Buchformat)
DM 11,-

Weiter vertreiben wir folgende Bücher, die vom Arbeiterbuch herausgegeben sind:

- Ein Teil sich in zwei
Originaltexte der chinesischen Kulturrevolution
200 Seiten Buchformat
DM 6,-
- Iwan Popow — Als die Nacht verging
Der Roman umfaßt einen kurzen Zeitraum gegen Ende der „Stolypinschen Reaktion“, dieser schwersten und finsternen Zeit für das russische Proletariat, die auf die Revolution von 1905 folgte
Teil 1 und Teil 2 je
DM 6,-
- Iwan Popow — Als die Nacht verging
Der Roman umfaßt einen kurzen Zeitraum gegen Ende der „Stolypinschen Reaktion“, dieser schwersten und finsternen Zeit für das russische Proletariat, die auf die Revolution von 1905 folgte
Teil 1 und Teil 2 je
DM 6,-
- Ernst Thälmann — Über Gewerkschaften
Iwan Popow — Als die Nacht verging
Der Roman umfaßt einen kurzen Zeitraum gegen Ende der „Stolypinschen Reaktion“, dieser schwersten und finsternen Zeit für das russische Proletariat, die auf die Revolution von 1905 folgte
Teil 1 und Teil 2 je
DM 6,-
- Ernst Thälmann — Über Unverschämtheit
Iwan Popow — Als die Nacht verging
Der Roman umfaßt einen kurzen Zeitraum gegen Ende der „Stolypinschen Reaktion“, dieser schwersten und finsternen Zeit für das russische Proletariat, die auf die Revolution von 1905 folgte
Teil 1 und Teil 2 je
DM 6,-
- Hermann Rammels — Schritt halten!
Warum muß der Kampf gegen zwei Fronten gerichtet werden?
Schrift von 1930 gegen den Links- und Rechtsopportunisten in der KPD.
100 Seiten Buchformat
DM 3,-

Preis zusätzlich Postkosten

Abonnement

ARBEITERKAMPF Zeitung des kommunistischen Bundes

- für 6 Ausgaben
für 12 Ausgaben
Förderabo für 6 Ausgaben
Förderabo für 12 Ausgaben
- DM 4,80
DM 9,80
ab DM 6,-
ab DM 12,-

Die INTERNATIONALE Zeitung des kommunistischen Bundes für den proletarischen Internationalismus

- für 6 Ausgaben
für 12 Ausgaben
Förderabo für 6 Ausgaben
Förderabo für 12 Ausgaben
- DM 4,80
DM 9,80
ab DM 6,-
ab DM 12,-

UNSER WEG Zeitung des Kommunistischen Bundes zu Fragen der Arbeiterbewegung

- für 6 Ausgaben
DM 8,-

Anzahl

(Datum)	(Unterschrift)

Verlags-Katalog

In diesem Katalog sind unsere herausgegebenen Broschüren und Bücher mit jeweils kurzer Inhaltsbeschreibung aufgeführt. Der Katalog bietet insofern auch eine gute Unterstützung für die Arbeit mit interessierten Kollegen und Freunden.

Fortis. Fortschrittliche Erzieher

wand, um diese Betreuer im November dann zu entlassen. Am 10.10.74 erhielten die vier Erzieher ihre Kündigung. Unter den Kita-Kollegen, die daraufhin sofort eine Vollversammlung durchführten, bildete sich die Ansicht heraus, daß gegen diesen unerwarteten Angriff und angesichts der vielen bisherigen Repressalien und Angriffe nur noch das Mittel des Streiks eine Wirkung erzielen könne. Ein Streikgremium wurde gewählt, die Vorbereitungen begannen. Die Erzieher führten Elternabende durch, um den Eltern ihre Aktion verständlich zu machen. Die Eltern stellten sich zwar nicht entschieden hinter die Kita-Erzieher, organisierten aber in den meisten Kitas Nothilfe. Auch ein Teil der Kita-Angestellten selbst hielt den Kampf gegen die Entlassung der vier Kollegen für nicht gerechtfertigt und wollte sich von vornherein den Streikaktionen nicht anschließen. Damit bestand von Anfang an eine schlechte Ausgangssituation für die streikwilligen Kita-Kollegen: in sich selber gespalten und von den Eltern nur bedingt unterstützt, war keine starke Kampffront gegeben, die einen längeren Widerstand ermöglicht hätte. Zudem standen die Weihnachtsfeiertage bevor; dies veranlaßte auch die Streikwilligen, den Streik nur am 19. und 20. Dezember durchzuführen, da eine Weiterführung zu größeren Lohnausfällen geführt hätte. Mit Streikgeld von der Gewerkschaft konnten die Streikenden nicht rechnen, da die Gewerkschaftsführung diesen „wilden“ Streik erwartungsgemäß ebenfalls nicht unterstützte. Während der beiden Streiktage wandten sich die Kita-Kollegen mit Flugblättern an die Bewohner der Wohngebiete, in denen die jeweiligen Kitas liegen und versuchten, auch über Presseerklärungen, ihre Sache publik zu machen. Mit dem Kampf der Kita-Sprecher solidarisierten sich, neben Studenten der Fachhochschule für Sozialpädagogik auch GEW- und ÖTV-Mitglieder, die Lehrer der Ernst-Reuter-Schule in Frankfurt (scheinbar fortschrittliches Paradebeispiel „progressiver“ SPD-Schulpolitik, wo ebenfalls zunehmend ein Abbau von Freiheiten betrieben wird), das Komitee gegen Berufsverbote sowie einige Eltern. Das konnte jedoch nicht verhindern, daß der Streik nur zwei Tage dauerte und die Rücknahme der Kündigungen nicht durchgesetzt werden konnte.

Parität statt Selbstbestimmung — das ist „Arbeiterpolitik“ Marke SPD

Parität statt Selbstbestimmung — das ist „Arbeiterpolitik“ Marke SPD

Endgültig aufzuheben will die SPD nungmehr mit den Vorstellungen von Eltern und Erziehern, die über die Schaffung von Eltern- und Kita-Räten die Kitas selbst verwalten wollen. Die SPD arbeitet eine sog. Sondergeschäftsweisung aus, in der der stillen Gremien der Eltern und Erziehern ein paritätisch besetztes Entscheidungsgremium geschaffen wird, das die Entscheidungsgewalt des zuständigen Dezernats letztlich nicht in Frage stellt. Darüber konnten auch scheinbare Verhandlungen nicht hinwegtäuschen, die die Verwaltung wieder mit den Kita-Angestellten aufgenommen hatte. Die Sondergeschäftsweisung soll — bislang ist sie noch nicht in Kraft — SPD und Verwaltung als neues Druckmittel und als Disziplinierungsinstrument dienen. SPD-Stadtrat Peter Rhein erklärte: Von den Leuten, die glauben, diese Dienstvereinbarung nicht unterzeichnen zu können, werden wir uns leider trennen müssen!

Dieser bevorstehende Akt der Einschüchterung auf die SPD-Politik wird erneute Auseinandersetzungen hervorrufen. Um diesem Angriff bestmöglich — verglichen mit dem, was gemeines am Stand der Kämpfe in der Gesellschaft realistisch ist — vorbereitet entgegenzutreten zu können, wird es von entscheidender Bedeutung sein, ob es den Kita-Erziehern und den aktiven Eltern noch stärker als bisher gelingt, große Teile der Eltern einzubeziehen, was ohne ständige und beschwerliche Kleinarbeit nicht zu erreichen ist. Die Aktivität der Eltern ist dabei insofern von besonderer Bedeutung, als von ihr abhängt, ob mit der Standfestigkeit proletarischer Eltern darum gekämpft wird, die besseren Erziehungsmöglichkeiten für Arbeiterkinder nicht völlig zu verlieren. Die Arbeiterkinder und Eltern können sich nicht aus ihrer gesellschaftlichen Lage zurückziehen; zurückziehen können sich allenfalls einige Erzieher, indem sie sich andere Betätigungsfelder suchen. Gegen diese drohende Verschlechterung anzugehen, wird vor allem Aufgabe der Eltern sein.

Eine Sympathisantin des KB in Zusammenarbeit mit Genossen der Metallzelle des KB/Gruppe Frankfurt

SPD, CDU und FDP erklären RBJ zum Verfassungsfeind Größt-Koalition gegen demokratische Jugendarbeit

Im November '72 startete die Hamburger CDU eine Hetz- und Diffamierungskampagne gegen den demokratischen Jugendverband RBJ (s. AK Nr. 32). Sie forderte den Hamburger Senat immer wieder auf, den RBJ auf seine „Verfassungstreue“ hin zu untersuchen. Für die CDU stand das Ergebnis von vornherein fest: „verfassungsfreundlich“. Nach zweijähriger „Beobachtung“ des RBJ ist die Behörde für Jugend, Schule und Berufsbildung zu dem gleichen Ergebnis gekommen. Sie ließ am 25. September durch ihre Deputation einstimmig (mit den Stimmen der CDU, der SPD und der FDP) feststellen, daß der RBJ „nicht mehr die Gewähr für eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit bietet.“

Mit dieser Feststellung der Behörde verliert der RBJ gleichzeitig seine Anerkennung als „Träger der freien Jugendhilfe“. Für den RBJ heißt das: Verlust der jährlichen Förderung aus dem Landesjugendplan (ca. DM 50.000,-) Das ist der Versuch, einer demokratischen Organisation den Lebensnerv abzuklemmen. Gegen diesen Beschluß der Behörde wird der RBJ natürlich gerichtlich vorgehen, nur sollte man daran keine allzu großen Hoffnungen knüpfen: die Justiz ist nicht weniger bürgerlich als die Jugendbehörde.

Junge Union düngt den braunen Acker, die SPD erntet ab — Perfektes Zusammenspiel

Um den ideologischen Boden für diese „Staatsaktion“ gegen den RBJ zu bereiten, hatte die Hamburger Junge Union in den letzten Wochen einen Provokationsfeldzug gegen den RBJ gestartet. JU-Ratten tauchten regelmäßig in Veranstaltungen des RBJ auf, um ihre dreckigen Spitzelgeschäfte zu tätigen. Genauso regelmäßig machte der RBJ von seinem Hausrecht Gebrauch und setzte die JU-ler vor die Tür. Flink wie die Windhunde liefen die Jung-Unionler daraufhin in die Redaktionsstuben von Axel Springer, um sich dort als Märtyrer für die Demokratie zu verkaufen.

In der „Welt“, in der „Bild“ und im „Hamburger Abendblatt“ (alles Springer) konnte man dann lesen, daß daraus in der Redaktionsschreibweise von Axel Springer, um sich dort als Märtyrer für die Demokratie zu verkaufen.

In der „Welt“, in der „Bild“ und im „Hamburger Abendblatt“ (alles Springer) konnte man dann lesen, daß der RBJ „radikal-kommunistisch“ sei (Abendblatt, 10.9.74). Hinter allen Artikeln stand der Ruf nach der starken Hand, die dem RBJ endlich die Luft abdreht.

Am 25. September war es dann soweit: der Prüfling RBJ fiel durch die Gensinspracheprüfung der Behörde.

Bürgerliche Demokratie: Wer gegen Knebelung kämpft, wird geknebelt

Aus den Publikationen des RBJ, vor allem aus seiner zentralen Zeitung „Kämpfende Jugend“, will die Behörde herauslesen, daß der RBJ „die obersten Grundwerte unseres Staates, die Freiheitlich-demokratische Grundordnung“, nicht bejaht. Um das zu „belegen“, wird z.B. aus der diesjährigen Mai-Plattform des RBJ zitiert: „Mit Abgrenzungsbeschlüssen, Knebelungen und dem Herumreiten auf einer von den Herrschenden nach Belieben ausgelegten sogenannten „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ ist ein abgefeimtes System politischer Unterdrückung, Verleumdung und Kriminalisierung geschaffen worden, das jedem aufbegehrenden Demokraten zu einem bedrohlichen Risiko machen sollen, sich mit Entschiedenheit öffentlich zu äußern.“

Diese und ähnliche Aussagen des RBJ, in denen er auf starke Gefahren für Freiheit und Demokratie hinweist, nimmt die Behörde jetzt zum Anlaß, um gegen den RBJ vorzugehen: wer gegen Knebelung kämpft, soll einen Knebel verpaßt kriegen — das ist die bürgerliche Demokratie.

Wie müßte denn nun der RBJ ausfallen, um der Behörde zu gefallen? Das wurde am 26. September auf NDR II in der „Umschau am Abend“ bekanntgegeben. Auf die Frage der Reporterin, wo denn die Toleranzgrenze für die freie Meinungsäußerung liege, antwortete Oberregierungsrat Fagels von der Jugendbehörde: „Die zu erkennen, nicht wahr, ist natürlich nicht einfach, und deshalb haben wir auch diesen Zeitraum der Beobachtung gebraucht (2 Jahre, d. Red.). Wir meinen also, wenn man z.B. in einer der Publikationen (des RBJ) feststellt: Im Gegensatz zu den Einrichtungen der bürgerlichen Organisationen besteht in unseren Einrichtungen und ihren Einrichtungen und Veranstaltungen keine Freiheit für die Feinde der Arbeiterklasse und der demokratischen Rechte des Volkes“, daß das ein Standpunkt ist, der mit unserer pluralistischen Vorstellung in der Demokratie und mit unserer Vorstellung von politischer Jugendbildungsarbeit nicht mehr verantwortet werden kann.“

So klar ist das Ziel der bürgerlichen Jugendpflege selbst formuliert worden: „Öffnen den Feinden der Arbeiterklasse die Tore, läßt die Faschisten und Reaktionsäre rein, dann kriegt ihr Geld“. Außerdem erläutert Herr Fagels hier auch noch einmal sehr anschaulich den Irrsinn des bürgerlichen „Pluralismus“. Von der SPD bis zu den Feinden der Arbeiterklasse ist alles pluralistisch, links von der SPD setzt der Pluralismus aus.

Das heißt: alles, was von der SPD bis zu den Feinden der Arbeiterklasse ist alles pluralistisch, links von der SPD setzt der Pluralismus aus.

Der Angriff gegen den RBJ richtet sich gegen alle fortschrittlichen Menschen und ihre Organisationen — gemeinsamer Feind, gemeinsamer Kampf

Der reaktionäre Angriff gegen den RBJ steht nicht allein auf weiter Flur da. Das Vorgehen der Bourgeoisie gegen kommunistische und demokratische Organisationen und Menschen, zeigt besonders in letzter Zeit, daß die Bourgeoisie in der Tendenz jede Stimme zum Schweigen bringen will, die sich für die demokratischen Rechte stark macht. Deshalb richtet sich jeder Angriff gegen demokratische Menschen gegen die gesamte fortschrittliche Bewegung. Deshalb müssen solche Angriffe auch gemeinsam beantwortet werden. Die Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, daß das fast nie klappt, daß entweder irgendein Parteigenosse die Türe dichtmacht, weil er nicht die Hauptrolle spielen kann, oder daß liberale Kräfte nicht mitziehen, weil Kommunisten dabei sind. Diese Erfahrungen dürfen aber niemanden davon abhalten, um das gemeinsame Ziel zu kämpfen, die Angriffe der Bourgeoisie zu kämpfen, darum zu kämpfen, daß sich alle Menschen, die sich in ähnlicher Lage befinden, fester zusammenschließen.

Anzeige

Die Arbeiterklasse hat ein Recht auf menschenwürdige Wohnverhältnisse. In der BRD sind Mieterhaushälter und Betonsozialisten Ergebnis der „freien und sozialen Marktwirtschaft“. Wir drucken in dieser Broschüre Artikel von verschiedenen Nummern des ARBEITERKAMPF ab, die sowohl die Situation der Wohnverhältnisse analysieren, als auch auf die Kämpfe, die in diesem Bereich stattgefunden haben, eingehen.

Wohnungsprobleme in der BRD

4. erweiterte Auflage
64 Seiten Kleinformat
zu bestellen bei:
J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35
erhältlich im:
Arbeiterbuch
2 Hamburg 13
Grindelhof 45

Kampf der Kasseler Studenten gegen die Studiengeldbührenerhöhung

Schon im Wintersemester 1973/74 (WS) wurde an der Universität von Kassel eine Studiengeldbührenerhöhung angekündigt. Damit sollte auf dem Rücken der Studenten das Defizit des Studentenwerkes (240.000,-) abgebaut werden. Dadurch, daß die studentische Krankenversicherung (SKV) Ende '74 auslief, und weiterhin ein Defizit von 190.000,- besteht, heißt das für die Studenten eine zunehmende finanzielle Belastung bei Wegfall der Leistung der SKV.

In einer Urabstimmung sprachen sich von 2.100 abstimmbenden Studenten (insgesamt sind es etwa 4.700) 97 % gegen diese Erhöhung aus. Die Diskussionen schloffen danach ein. So traf der Beschluß des Kultusministers, die Erhöhung in Kraft treten zu lassen, die Studenten Ende des Sommersemesters unbereitwillig. Auf mehreren Vollversammlungen (VV) wurden die Kampfschritte beraten. In den VV ging es fast ausschließlich darum, mit welchen Tricks und unter welchen taktischen Gesichtspunkten man am besten um die DM 10,- Erhöhung herumkommt.

Durch die einseitige Verlagerung auf die DM 10,- wurden andere wichtige Punkte vernachlässigt:

- daß die Krankenversicherung ab 1. Januar '75 abgeschaft wird, wir aber weiterhin denselben Betrag bezahlen müssen
- zwar wurde wenige Male angedeutet, daß es wohl einen Zusammenhang geben muß zwischen Studiengeldbührenerhöhung, Hochschulrahmengesetz, Büchertischverbot, Berufsver-

bote im Öffentlichen Dienst, aber ein wesentlicher Bestandteil sozialistischer Hochschulpolitik wurde weitgehend außer Acht gelassen, nämlich zu erklären, wie diese Maßnahmen in den gesellschaftlichen Entwicklungsprozess einzuordnen sind.

Gerade das ist nötig, wenn man nicht bei einer bloßen moralischen Empörung über eine Ungerechtigkeit stehen bleiben will. So kam es dann auch, daß der Erfolg der Aktion einzig und allein daran gemessen wurde, ob die DM 10,- bezahlt werden müssen oder nicht.

Die Kampfmaßnahmen im Einzelnen

800 Studenten drückten ihren Unwillen dadurch aus, daß sie die Erhöhung boykottierten, indem sie einfach den alten Betrag einzahlten. Weiterhin wurde dem Kultusminister angedroht, in unbefristeten Streik zu treten, wenn er seine Maßnahme nicht rückgängig machen würde. Doch der Kultusminister blieb hart. Zehn (!) Tage vor Semesterbeginn beschloß dann die Vollversammlung auf Vorschlag des Aktionskomitees einen Streik. An der folgenden Urabstimmung beteiligte sich ein Drittel der Studenten, wovon die Hälfte für den aktiven Vorlesungsboykott stimmte, d.h. 800 Studenten erklärten ihre Streikbereitschaft.

Die zu Beginn des Artikels genannt

ten politischen Mängel des Vorgehens führten dazu, daß sich die Vorbereitung auf Vollversammlungen reduzierte, auf denen dann noch vorwiegend technische Tricks zur Überbrückung der Bürokratie diskutiert wurden, und über die Streikdurchführung nur formal gesprochen wurde. So war es auch weiter nicht verwunderlich, daß, als es um die inhaltliche Vorbereitung des Streiks ging, große Teile der Studenten die Vollversammlung verließen. Das heißt, daß es nicht gelungen ist, die Studenten in die aktive Diskussion und Teilnahme an den Aktionen mit einzubeziehen. Erschwerend kam hinzu, daß der Streik erst drei Tage vor Semesterbeginn begann. Dementprechend bröckelte die Streikfront auch sehr schnell ab.

Da sich Ende Juli nur noch ca. 300 Studenten an den Zahlungsboykott der Studiengeldbühren hielten und die Bafög-Empfänger materiell nicht abgesichert waren (denn ohne vollständige Zahlung der Studiengeldbühren wurden keine Studienbescheinigungen ausgestellt), sah sich das Aktionskomitee gezwungen, den Bafög-Empfängern zu empfehlen, die DM 10,- nachzuschlagen.

Wir sollten jetzt nicht den Fehler machen, die Selbstkritik darauf zu beschränken, daß wir eben zu wenig mobilisiert hätten. Es kommt vor allem darauf an, die inhaltlichen Fehler unserer Vorgehensweise zu erkennen.

Wir müssen innerhalb der Studentenschaft eine breite Diskussion entwickeln über die zu erwartenden Angriffe (z.B. SKV, Angriffe auf das politische Mandat, Hausordnung etc.) und die Weiterführung unseres Kampfes.

Sympathisanten des KB an der Gesamthochschule Kassel

Ein SPD-Schlagwort ohne Maske Militärhilfe für die Faschisten soll „Lebensqualität“ heben

Das Schlagwort von der „Lebensqualität“ ist immer stärker zum Wahlkampf-Slogan der SPD geworden. Bisher verstand man darunter Verpestung der Umwelt durch Gase, Stank, Dreck und Gifte der kaum von Auflagen zum Umweltschutz beeinträchtigten Großindustrie; verstand man darunter Schulmiserie, Mängel im Gesundheitswesen, eine Rekord-Südlingssterblichkeit und vieles mehr.

Daß die SPD aber nicht nur im eigenen Land für „Lebensqualität“ sorgt, sondern auch andere Länder damit beglücken will (nach der alten imperialistischen Devise: „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen“), zeigte sich kürzlich: „Die militärische Ausbildungshilfe, die dem Iran von der Bundesrepublik gewährt wird, hebt nach Ansicht des Auswärtigen Amtes in Bonn die Lebensqualität in diesem Teil der Welt.“ („Frankfurter Rundschau“ vom 4.9.74).

In der von der „FR“ zitierten Stellungnahme des Auswärtigen Amtes heißt es wörtlich, durch die westdeutsche militärische Ausbildungshilfe

mit dem Iran zu erwarten seien. Außerdem stehe die „Zielrichtung der iranischen Politik ... in vielen Bereichen in vollem Einklang mit den deutschen Interessen“ („Jasa, dann...“). Weiter heißt es, der Iran gehöre nicht zu einem „Spannungsgebiet“ (Waffenlieferungen in „Spannungsgebiete“ unterliegen formal gewissen Beschränkungen - auf dem Papier!), sondern sei vielmehr ein „stabilisierendes Element, das zum Gleichgewicht innerhalb der Golfregion und im Gebiet des Indischen Ozeans beiträgt“.

In der Tat, das Schah-Regime „stabilisiert“ z. B., indem es mit eigenen Truppen am Kampf gegen die Befreiungsbewegungen in den arabischen Golfstaaten teilnimmt, indem es Grenzüberfälle gegen den Irak unternimmt u. a. m. - Diese Region ist also kein „Spannungsgebiet“ - und wenn vielleicht doch, dann jedenfalls „in vollem Einklang“ mit den Interessen des BRD-Imperialismus!

Daß das Schah-Regime darüberhinaus eine faschistische Diktatur



... WIR MÜSSEN DIE LEBENSQUALITÄT HEBEN ...

fe für den Iran würden „gesellschaftliche Konflikte abbauend“ (welch schwarzer Humor!) und damit würde „jetztlich zur Hebung der Lebensqualität in diesem Teil der Welt beigetragen“.

Zur Frage der Waffenlieferungen an den Iran (die BRD ist nach den USA wichtigster Waffenlieferant des Schah-Regimes) heißt es in der Stellungnahme des AA, dies müßte so sein, weil sonst „negative Auswirkungen“ für den übrigen Iran

nach innen ausübt. Tausende politische Gefangene eingekerkert sind, Hinrichtungen politischer Gegner an der Tagesordnung sind, und daß die westdeutsche Militärhilfe zur „Stabilisierung“ dieser Zustände beiträgt, gehört sicher zur „Lebensqualität“ und zum Abbau gesellschaftlicher Konflikte! Marke SPD!

Bezirksstelle Harburg/Wilhelmsburg
KB/Gruppe Hamburg und
AK-Redaktion

Einiges über das Itzehoer Krankenhaus

Leserbrief

Das Itzehoer Krankenhaus ist zweifellos ein altes Gebäude, und die räumliche Situation ist ganz sicher nicht so, wie es den heutigen Anforderungen entspricht. Es gibt noch große Krankensäle, die Stationsflure dienen oftmals als Krankenzimmer, und die medizinischen und pflegerischen Einrichtungen lassen vieles zu wünschen übrig. Da soll ja nun in kurzer Zeit Abhilfe geschaffen werden durch den Bau des neuen Krankenhauses, das 1976 bezogen werden kann. Aber was haben diese schlechten äußeren Bedingungen mit den Vorfällen zu tun, die ich hier mit Schildern möchte: Da werden nachts lautstark randalierende Betrunkene auf einer Station eingekerkert und behandelt, die gleichzeitig das Intensivpflegezimmer für schwerkranke Patienten, die äußerst viel Ruhe brauchen (z.B. Herzinfarkte), beherbergt. Da wird von einem Arzt auf die Frage eines Ehemanns, der seine junge Frau ins Krankenhaus bringt, weil sie Angstzustände hat, „Herr Doktor, was fällt denn meiner Frau?“ geantwortet: „Jahre Frau, die gehört nach Schleswig!“ (Schleswig = Irrenhaus) Der Ehemann ist verwirrt und entsetzt zugleich; er kann sich gegen diese Unverschämtheit nicht wehren; schließlich war's ja der „Halbboi in Weich“, der dieses sagte. Er fragte nur noch: „Aber warum?“ „Ich verstehe das nicht!“ In sehr aggressiver Weise gibt der Arzt folgende Antwort: „Da müßte ich Ihnen einen Vortrag über psychosomatische Krankheiten halten, und dazu habe ich keine L u s t!“ Das ist kein Einzelfall. Die Patienten werden oftmals nach Lust und Laune von diesem Arzt abgekanzelt!

Da müssen von den Nachtwachen auf einer Station 26 Frauen gewaschen werden; d.h. daß um 1.00, spätestens um 2.00 Uhr damit begonnen werden muß, nämlich gerade dann, wenn die Patienten fest schlafen. Dabei muß man sehen, daß viele Patienten ohnehin unter Schlafstörungen leiden und oftmals erst um Mitternacht einschlafen. Das sind nur einige Beispiele! Ich meine, daß das alles Vorfälle sind, die nichts mit den schlechten räumlichen Verhältnissen zu tun haben. Das sind Vorfälle, die klar zeigen, wie die Einstellung zu Patienten in unseren Krankenhäusern überhaupt ist. Ich weiß mit Sicherheit, daß Itzehoer kein das schöne neue Gebäude nicht viel, wenn nicht alle Mitarbeiter im Krankenhaus daran gehen, mit diesen Missetänden aufzuräumen und auch den Mut aufbringen, die falschen Verhaltensweisen von Ärzten zu kritisieren und zu bekämpfen.

Kommunistenhetze auch zum Abendbrot

Am 13.9.74 wurde beim Abendbrot meine Aufmerksamkeit weg von der Lektüre des ARBEITERKAMPF hin zum Fernsehen gelenkt, als die Themen des um 18.55 Uhr beginnenden „Nordschau-Magazins“ vorlesen wurden.

Es wurden folgende Beiträge angekündigt:

- 1) „Sprengen die Kommunisten das Rathaus?“
- 2) „NPD-Richter noch immer im Amt?“
- 3) „Ein Jahr Militärdiktatur in Chile“

Außerdem noch zwei Gesangsdarbietungen.

Meine erste Reaktion war Verwunderung darüber, daß hier nun Themen behandelt wurden, die auch in unserer Presse breiten Raum einnehmen.

Zum ersten Beitrag erwartete ich nun, daß Verfassungsschutz-Klöse (Hamburger Innensenator) Pläne der KPD/AG vorlegen würde, aus denen ersichtlich ist, daß ähnlich dem Bonner Rathaussturm auch in Hamburg die „Kraft der Partei der Arbeiterklasse“ unter Beweis gestellt werden sollte.

Oder sollte der Fernsehmagazin das Programm des KBW nicht richtig verstanden haben und in Wirklichkeit über die „nächsten Aufgaben der Kommunisten“, den Sturz des Magistrats - Entscheidung: des Senats - berichten wollen?

Beide Annahmen stellten sich als falsch heraus. Aber natürlich, bei diesen Organisationen hätte man ja in faschistischer Manier von Chaoten gesprochen. Gemeint waren die Revisionisten.

In Hamburg gibt es einen sog. Koalitionskrach zwischen SPD/FDP. Die FDP vertritt im Fall um die Übernahme von zwei DKP-Junglehrern ins Beamtenverhältnis eine gänzlich andere Meinung zur SPD, sie ist für die Übernahme. Wie kommt die FDP in diesem Fall nun zu diesem Urteil über die „Beiden“ sog. „Kommunisten“? Dies wurde deutlich, als die betroffenen Lehrer selbst zu Wort kamen. Übereinstimmend bekannten sie sich zu diesem „Rechtsstaat“ und dem Grundgesetz und erklärten auch, beides aktiv verteidigen zu wollen. Besonders Wert legten die beiden Revisionisten darauf, zu erklären, daß sie „keine Form von Gewalt ablehnen“. Ganz offensichtlich also - keine Kommunisten! Diese Opferbereitschaft aller kommunistischen Grundstütze, verbunden mit der irrigen Hoffnung auf Legalität und Anerkennung durch den bürgerlichen Staat, will die FDP also offensichtlich belohnen, um

der DKP den Wink zu geben, daß der Weg in den revisionistischen Sumpf der richtige sei, während die SPD schon heute deutlich macht, daß man darin umkommt.

Im zweiten Beitrag wurde über Dr. Wilhelm Stiglich, Richter am Finanzgericht in Hamburg und NPD-Mitglied, berichtet. Dieses Faschisten-schwein hatte in der faschistischen Zeitung „Nation Europa“ den Faschismus verniedlicht und behauptet, daß in den KZ's niemand getötet worden sei. Ein faschistischer Genußfreund erhielt vom Fernsehen die Möglichkeit, vor einem Wissenschaftler-Vorstandesamt Bildschneidegerät Dokumentaraufnahmen aus dem Todeslager Auschwitz zu kommentieren und zu behaupten, bei allen Filmen und Bildern über KZ's würde es sich „um Fotomontagen handeln, wie sie auch auf Jahrmärkten gemacht werden.“

Der Kommentar zu den oben geschilderten Filmbildern gipfelte dann in dem Satz: „NS-Zeit Beschöniger und Stalin-Romaniker dürfen im Staatsdienst keinen Platz haben.“ Rechts und links soll das gleiche sein, obwohl die Faschisten millionenfachen Mord und die brutale Unterdrückung der Arbeiterklasse und die Kommunisten Souveränität aller Völker und die Befreiung der Arbeiterklasse zum Ziel haben.

Der dritte Beitrag berichtete nur kurz über den Besuch einer chilenischen sozialdemokratischen Gewerkschaftlerin in Hamburg und blieb im Rahmen der bürgerlichen Informationspolitik über die Verbrechen der Imperialisten dort.

Dieser Bericht, den man durchaus verallgemeinern kann, zeigt wohl recht deutlich, wie sich die Rechtsentwicklung auch im Regionalprogramm auswirkt, das vor einigen Jahren noch relativ „neutral“ war. Selbst in solchen reinen Unterhaltungsendungen wie der „Aktuellen Schaubude“ tauchte z.B. am 14.9.74 Jürgen Roland (bekannter Krimi-Regisseur) im Kampfansatz auf, berichtete schwärmerisch über das NATO-Mandat in Schleswig-Holstein (nicht Tote und 30 Millionen Flurschnitten, an dem er als Reservist teilgenommen hatte, und verschwand wieder mit dem Hinweis, daß sein Film über die tolle Manöver bald im Fernsehen zu sehen sei).

Ein Genosse der Bezirksgruppe Wandsbek/Billstedt, KB/Gruppe Hamburg

CDU auf Seiten der Waffen-SS

Sie sind alle eifrig bemüht, sich von den Faschisten zu distanzieren - die Herren Christdemokraten. Besonders die CDU-Sozialausschüsse wie dieser Leserbrief aus der „FR“ vom 25.9.74 zeigt.

„NDP kein Partner für CDU Die „große Besorgnis“ der Jungdemokraten - Leserbrief vom 18.9. - angesichts angeblicher Kontakte von NDP zu CDU in zwei Ländern, ob unnötig. Nicht nur wir jungen CDU-Mitglieder sorgen dafür, daß Extreme in unseren Reihen nicht das Fünkchen einer Chance haben. Die NDP ist kein Partner für die CDU. Politisch bietet sie keine Analyse, die Grund für Gespräche geben könnten. Auch personell ist diese Gruppe nicht ernst zu nehmen. Die von ihr lancierten Berichte sollen nur darüber hinwegtäuschen, daß über ihre Kongresse und sonstigen Taten kaum etwas publiziert wird. Und das zu Recht - für ihre markigen Reden ist die Mottenkarte ein lohnender Aufenthaltort als das (ohnehin teure) Zeitungspapier.“

Die CDU will nicht Leute von rechts, sondern - wie der Wiesbadener Landesparteitag einmal mehr bewies - die von der SPD enttäuschten Sozialdemokraten, die Liberalen und die Wechselwähler. Die zukunftsweisende Grundstimmung von Weizsäcker wird NPD-Leuten ewig fremd bleiben - Wir werden also nicht umhinkönnen, uns von jedem Flüchtlingshusten von NPD-Anhängern in Richtung CDU deutlich zu distanzieren. Der 27. Oktober sollte endlich Ruhe bringen. Der Wähler wird dann die vier Partei ein bis einhundert Prozent geben und ihr damit weitere Jahre der Bedeutungslosigkeit beschern. Thomas Mann/Jugendorganisation der CDU-Sozialausschüsse“

Diese Schein-„Abgrenzung“ ist schon für sich hinterhältig genug.

Den dieser Schreiberling grenzt sich nicht von der NDP ab, weil sie faschistisch ist, sondern „weil diese Gruppe personell nicht ernst zu nehmen ist.“

In der gleichen „FR“ findet sich nun zusätzlich ein Artikel über eine Zusammenrottung von 500 Angehörigen der „Hilfsgemeinschaft der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS“ (IAG). Dort forderte der Faschist Willi Schäfer am 24.9.74 in Husum eine „Tilgung des Nürnberger Schuldspruchs“ und unter lauten Beifall „Freiheit für Rudolf Heß“. Der frühere CDU-Bundestagsabgeordnete und heutige Dithmarscher Kreispräsident des CDU-Landesverbands Schleswig-Holstein, Hermann Glöning, vermittelte Grußworte: „Er sagte, er preise sich darüber, im Kreis guter Deutscher (!) verweilen zu können!“

Er bedauerte, daß es nicht „gehungen sei, den Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS zu ihrem Recht zu verhelfen.“ (Zitiert nach „FR“).

Wahrlich, die CDU hat mit Faschisten nichts zu tun?!

Der Vorsitzende des regionalen Soldatenverbandes, Pastor (!) und Oberleutnant a.D. Lemke, brachte auf dem HIAG-Treffen die Forderungen der Waffen-SS und der CDU auf den Punkt: „Graben wir uns ein, und werden wir gemeinsam auf den Tag“ (den Tage einer erneuten faschistischen Machtergreifung). Da haben wir sie alle in trauter Eintracht Waffen-SS, CDU und Klerus.

Bezirksstelle Harburg/Wilhelmsburg
KB/Gruppe Hamburg

Oweia, KBW schickt „Richtigstellung“

In AK 49 veröffentlichten wir eine Stellungnahme des Hamburger IKAH („Arbeiterhilfe“), in der die Verwendung von Spendengeldern für türkische Arbeiter durch den KBW kritisiert wurde. Es handelt sich dabei um Spenden, die in Zusammenarbeit mit der Ermordung des Arbeiters Danis Nemet durch türkische Faschisten (im Mai) gesammelt wurden.

Zu dieser Stellungnahme des IKAH haben uns die Rechtsanwälte Plähn/Schween, die dem KBW nahestehen, eine längere „Richtigstellung“ geschickt, deren „vollständiger Abdruck“ im AK sie „verlangen“ (!). Falls wir das nicht tun, droht der KBW uns wieder einmal mit dem bürgerlichen „Pressegesetz“. Darauf sind wir diesmal (nachdem der KBW erst beim erstmalig vor einigen Monaten dann doch lieber sein Maß ehrlich gespart).

Denn die von den Rechtsanwälten Plähn/Schween zugeschnittene „Richtigstellung“ bestreitet im Wesentlichen die Darstellung des IKAH.

1. Das IKAH hat behauptet, daß der KBW rund 1.640 DM Spendengelder für „Propagandazwecke“ – vor allem für eine Anzeige in Springers „Hamburger Abendblatt“ (!) – verschleudert hat, statt sie den türkischen Kollegen zukommen zu lassen. Plähn/Schween bestätigen das! Von den genau 1.639,36 DM Spenden, um die es hier geht, wurden 943,51 DM als Teilbetrag für eine Anzeige im „HA“ verwendet (die insgesamt rund 1.500 DM kostete, (den Rest zahlte eine Sympathisantorganisation des KBW), der Rest für Flugblätter, Papier, Briefumschläge, Portokosten usw.

In der „Richtigstellung“ von Plähn/Schween wird jedoch behauptet: „Die (77) türkischen Kollegen haben nach Diskussion (...) diese Verwendung akzeptiert“. Dies Argument erschüttert uns allerdings förmlich!

2. Das IKAH behauptet, daß auf einem weiteren Konto noch 1.940 DM (Stand am 8.7.) schweben, deren „genaue Verwendung“ der KBW noch festlegen will. Dies wird vom IKAH als Versuch der politischen Einflussnahme und finanziellen Erpressung gegenüber den türkischen Kollegen interpretiert.

Aus der „Richtigstellung“ von Plähn/Schween geht hervor, daß sich auf dem Konto inzwischen 2.035,76 DM befinden. Die folgende „Richtigstellung“ gegenüber dem IKAH ist so goldig, daß wir sie dem Leser nicht vorenthalten wollen: „Unsere politische Position zur Entscheidung über

die Verwendung der Gelder ist, daß es ein Ausweichen vor der politischen Verantwortung (!!!) darstellt, das Geld an türkische Kollegen auszuhandigen, ohne mit ihnen über seine Verwendung gemäß der Rechtfertigung (!) zu beschließen. Das ergibt sich insbesondere daraus, daß auch (!) die türkischen Kollegen in Hamburg politisch gespalten sind und nach der Niederlage (!!) im Kampf um den Arbeiterverein eine anerkannte (!) einheitliche Führung nach unserer Erkenntnis (!!!) derzeit nicht existiert. Wir begreifen unsere Aufgabe nicht als Geldboten, sondern als die Ansicht, daß wir als Kommunisten, insbesondere wegen des Fehlens eines anerkannten Rechtfertigung (!), der Hamburger Bevölkerung (!!!) für die Verwendung der Rechtfertigungsgelder politisch verantwortlich sind.“

Solche Bedenken hatte der KBW allerdings offenbar nicht, als er 1.500 DM des Springer-Presse für eine Anzeige in den Rachen schmiß, und als er einige weitere hundert DM Spendengelder „für Propagandazwecke“ benutzte, die also in seine schwächste Kampagne („Sturz von Innenminister Klose“ und ähnlich infantiler Kram) hineinkletterte. Den türkischen Kollegen aber soll offenbar wie kleinen Kindern „geraten“ werden, wie die Gelder kriegt und was damit zu tun ist.

3. Die KBW-Rechtsanwälte bestreiten, von der „Wirwe des Kollegen Danis Nemet“... jemals um finanzielle Unterstützung gebeten“ worden zu sein. Ihnen war aber nach eigener Aussage bekannt, daß Ayse Danis in einer Notsituation war, Geld dringend brauchte, und auch heute noch braucht.

Es ist gewöhnlich nicht die Art der ausländischen Kollegen, um Geld zu betteln. Aus einer solidarischen Haltung heraus muß klar sein, daß da, wo antifaschistische Menschen in Not geraten sind, geholfen werden muß. Angesichts dieser Fakten kann die Behauptung – sie habe ja nicht nach Geld gefragt – nur als zynisch bezeichnet werden, auch wenn sie die Juristen des KBW für noch so hieb- und stichfest halten.

Es bestätigt sich also klar die politische Aussage des IKAH: „Der KBW hat Spendengelder für seine Propaganda verschleudert, statt sie den türkischen Kollegen zukommen zu lassen. Das wird ihnen auch die bürgerliche Presse nicht abwaschen können!“

AK-Redaktion

Erklärung der ATÖF (Türkischer Studenten Verein) und der PEF (Patriotische Einheits Front).

Die von der „Arbeiterhilfe e.V.“ am 5.6.74 übergebenen 1.021,50 DM (gesammelt auf der Demo vom 1.6., die Red.) und die auf der KB-Veranstaltung am 7.6.74 gesammelten 714,56 DM wurden von uns zusammen mit anderen Spenden aufgewendet für:

- Nemet Danis Witwe
- die anderen betroffenen Kollegen
- eine Dokumentation auf türkisch zum Fall Danis in 5.000 Auflage.

Über die genaue Verwendung der Gelder liegt in der PEF und ATÖF eine Abrechnung vor. Wir sind bereit, der „Arbeiterhilfe“ über Verwendung ihrer Spenden Auskunft zu geben, sobald der zuständige Genosse aus dem Urlaub zurück ist. Hamburg 25.9.74

Erklärung der Arbeiterhilfe:

Das gesamte Spendenergebnis von der Demo am 1.6. ist an die ATÖF/PEF gegangen. Darüber liegt eine Quittung vor.

Die auf der Veranstaltung des KB vom 7.6.74 gesammelten 1.429,12 DM sind zur einen Hälfte an ATÖF/PEF noch auf der Veranstaltung gegangen, darüber liegt ebenfalls eine Bestätigung vor. Die zweite Hälfte des Geldes ging an griechische Genossen.

Zusammen sind also 1.736,06 DM an die türkischen Genossen gegeben worden.

Am 24.9. wurde von uns das Ergebnis einer öffentlichen Sammlung der Bezirksorganisation Wilhelmshaven, 62-DM, direkt an Ayse Danis übergeben.

Eine „kämpferische Veranstaltung“

Am 21.9.74 führte die „KPD“ anläßlich des Gewerkschaftstages des IG Metall (19. – 21.9.) in Hannover eine Veranstaltung durch, zu der etwa 600 „Parteiader“ aus dem ganzen Bundesgebiet herangekart worden waren.

Die ganze Veranstaltung umfaßte fünf Reden, die zum Schluß nochmal „zusammengefaßt“ wurden. Diskussion oder Fragen an die Redner waren nicht vorgesehen. Die Aktivitäten des „Publikums“ waren darauf beschränkt, die aneinandergereihten Phrasen zum Schluß jedes Beitrages ekstatisch zu beklatschen.

us, jetzt nicht diskutieren zu wollen. Andere „KPD“-Mitglieder, die sich auf eine Diskussion günstig einließen, bevorzugten eine Methode, die für sie keine Konsequenzen bringt: Je nach Wunsch tanzten sie zwischen Konkretem und Allgemeinem hin und her:

Angesprochen auf das Verhalten von „KPD“-Mitgliedern in der Hamburger „Alternative“ (ehem. Aktionskomitee der Hamburger DRPA-Linken – vgl. AK 49), wurde patzig geantwortet, daß diese Vorgänge „im Einzelnen“ nicht „so genau“ bekannt



Kämpferisches von der „KPD“ zum IGM-Tag in Hannover

Ungesprochen tobten sich sämtliche Kinderkrankheiten des Kommunismus aus. Hier sei nur ein Beispiel aus der Parteiladenliste benannt: Weil die „KPD“ als „einzige Organisation“ auf den IGM-Gewerkschaftstag mit einer „kämpferischen (!) Veranstaltung“ antwortet, habe sie „wieder deutlich geworden“, daß „wir die einzigen Marxisten-Leninisten sind, die die Tagesinteressen der Arbeiterklasse vertreten“.

Entsprechend dieser „kämpferischen“ Veranstaltung wurde gegen Ende eine Geldsammlung, nicht etwa für die Gewerkschaft ausgeschlossene Kollegen, sondern für den Parteiapparat durchgeführt.

Als wir, im Anschluß der Veranstaltung mit „KPD“lern diskutierten wollten und den ARBEITERKAMPF und UNSER WEG 23 („Zur Auseinandersetzung und Zusammenarbeit mit der „KPD“) anboten, reagierten einige Genossen recht ungehalten, da sie ihren Höhenflug vorzeitig unterbrochen sahen. Sie erklärten runder-

wären. Wir sollten stattdessen mal lieber die „Linie“ der „KPD“ kritisieren. Kritisierten wir die „KPD“, Politik grundsätzlich, wurden wir um „konkrete Belege aus der Praxis“ gebeten, was wir auch reichlich taten – immer mit dem Erfolg, daß sich diese Vögel stets auf Uninformiertheit herausredeten, weswegen sie die Berechtigung unserer Kritik auch nicht anerkennen wollten.

Was den KB betrifft, fragten einige Mitglieder (ehlich!), ob wir dem KBW oder der DKP näher stünden. Derartige Äußerungen ließen uns öfters am politischen Niveau der „KPD“-Mitglieder zweifeln. Wir trafen keinen an, der unseren Standpunkt zur Gewerkschaftsarbeit auch nur richtig wiedergeben konnte. – Offensichtlich wird von seiten der Führung die Auseinandersetzung mit anderen Standpunkten so betrieben, daß man mit Verdrrehungen und Fälschungen arbeitet.

Sympathisanten des KB in Hannover

DKP-Schläger

Leserbrief

Innerhalb von einer Woche machten DKP-Schläger im Kiel drei Mal von sich reden. Es zeigte sich, was These 41 der DKP („Kampf gegen ultralinkes Sektierertum“) in der Praxis der Revisionisten bedeutet.

Noch bevor zwei unserer Genossen auf einer SDAJ-Veranstaltung den ARBEITERKAMPF überhaupt angeboten, geschweige denn mit den Jugendlichen diskutiert hatten, wurden sie von einem führenden SDAJ-ler unter dem fadenscheinigen Vorwand, kein Eintrittsgeld bezahlt zu haben, des Platzes verwiesen. Doch der eigentliche Grund blieb nicht lange geheim: „Ihr seid vom KB. Wir kennen Euch. Wenn Ihr nicht sofort verschwindet, hole ich die Polizei!“ Mit dieser haßerfüllten Drohung packte er die beiden Genossen am Arm und zerrte sie dem Ausgang zu, gefolgt von einem seiner Kumpane.

Außerhalb der Anwesenheit der Genossen reicht also schon aus, um sie rauszuschmeißen, weil die Revisionisten der DKP offensichtlich Angst vor der politischen Auseinandersetzung haben.

Auf den Protest einer mit der SDAJ Sympathisierenden hin ließ der Revi-Schläger die Katze dann vollständig aus dem Sack: „Mit denen wird nicht diskutiert! Wenn Ihr Schläger haben wollt, sagt Bescheid!“

Einen Tag später machte der gleiche SDAJ-ler seine Drohung wahr: Er prägte einen KB-Sympathisanten aus einem öffentlichen Lokal

mit der „Begründung“, er habe in Anwesenheit einiger DKP-Damen derbe Witze gerissen. Im Wahrheit sollte so das politische Gespräch mit den DKP-Mitgliedern abgeblockt werden.

(DKP-Kreisvorsitzender Möbius schaute der „Auseinandersetzung“ wohlwollend zu!).

Einige Tage später wurde ein „KPD/ML“ von einem DKP-ler beim Hauverkauf die Treppe hinuntergestürzt mit dem Hinweis: „Auf diesem Flur habe ich Hausrecht!“

Der schon an anderer Stelle aufgefallene DKP-Führer Möbius schlug einen „Roten Morgen“-Verkauf in Kiels Hauptkai-Kaufstraße mitten ins Gesicht.

Neuestes Beispiel ihrer Politik gegenüber der revolutionären Linken lieferte die SDAJ auf einer DGB-Demonstration unter dem Motto „Für bessere Ausbildung und wirksamen Jugendarbeitschutz“. Wurde von KB-Teilnehmern die Parole „Gegen Ausschlußterror, für Gewerkschaftsdemokratie!“ gerufen, scharte sich sofort eine Horde SDAJ-ler mit mehreren Megaphonen um die Genossen und gröhle im Chor: „Haut den Chaoten auf die Foten!“

Hamburger Genossen berichteten, daß man sich auf Seiten der DKP, SDAJ auch für eine „militante“ Auseinandersetzung (mit den Linken versteht sich!) gerüstet hatte.

Ein Kieler Genosse

Inhalt	Betrieb und Gewerkschaft
Metallindustrie: Baden-Württemberg: 20.000 Metalller in Warendorf	1
Westberlin: Massenaufruf aus der IG Metall	1
VW: Massenentlassungen auf Raten	10
Der „unregelmäßige“ Retter Harns – Hamburger Redner	10
Kauf Althaus	10
VFW-Faktor: Methodische Leistungsbeurteilung – objektive Leistungsbeurteilung	10
Hamburger Lehrlinge bereiten Metallarbeit vor: Die Zersplitterung überwinden, die Klassenmacht stärken	10
Berlin: 6.000 Kollegen entlassen – „Bereitigung“ im Fernstudium der Elektro-Industrie	10
Chemieindustrie: Tessen, Hamburg: Eine Bestätigung – Gewerkschaftsarbeit macht Rechnung ohne den Wirt	10
Mary Obes macht „Kompass“	10
Beitrag: Hamburg: Rechter Betriebsrat beschließt zwei Geschäftszweige – Diktatorische Vollmacht gegen die Kollegen	10
Gewerkschaft: Gläubige Herberg: Kollegen auf Gläubige geführt	10
Nahrungsmittelindustrie: Zum Gewerkschaftstag der NGG – Für die Kollegen nichts gemacht	10
Politik: Rationalisierung bei der Deutschen Bundespost	10
Rundfunk, Berlin, Verhältnisse: Rechtschutz durch Gewerkschaft – Ein Leserbrief	10
Reinigung und Wäscherei: GfW, Hamburg: Die Fronten klären sich	10
Wachstein: Stuhl der Lehrer mit alten Möbeln verbunden	10
Politik der Imperialisten: Griechenland, Italien und Jugoslawien – das Mittelmeer im Zentrum imperialistischer Widersprüche	10
Einige Punkte in der BRD: CDU auf Seiten der Waffen-SS	10
Sin SPD-Schlagwort ohne Maße – Mittelstufe für die Faschisten soll „Lebensqualität“ haben	10
Internationales: Portugal: Faschisten suchen Machtprobe	10
Frankreich: Die Arbeiter von Titan-Code „auf den Barbaren“	10
Italien: Statt „Fischerziehung“ jetzt „Jugendweibung“	10
Lösung: Äthiopien: Kaiser abgesetzt – jetzt Weg mit der Miltärdiktatur!	10
Argentinien: Personelle Linke geht in den „Untergrund“	10
Chile: CIA und Chile	10
Deutsche Chile-Kolonie – Helfershelfer der Faschisten	10
Vorworts mit der antifaschistischen Front in Chile – „Bedeutung Erklärung“ der UP-Partei und des MIR vom 24.8.74 – und – „Die Situation in Chile und die Aufgaben des Widerstandes“ – aus einem Bulletin des MIR	10
Chile-Solidarität in der BRD: Berichte zu Solidaritätsaktionen aus Flensburg, Frankfurt, Göttingen, Hamburg, München	10
Provokateurs am Werk: Ein Boykott wird vorbereitet (OTV für Chile-Solidarität)	10
Stendal, Hamburg: Chile-Solidarität e la DKP	10
Provokateurs der Jungen Union rausgeschmissen	10
Westdeutsche Linke: Ob, was, KBW schickt „Richtigstellung“	10
DKP-Schläger – Ein Leserbrief	10
Eine „kämpferische Veranstaltung“	10
Kampf dem Faschismus: Lüthelhal – Propaganda einer faschistischen Sammlungsbewegung	10
ED: Metzler Löwenhof in Komet: „Der rote Spuk wird sich ins Ende haben“	10
Darmstadt: Unwohlsein mußte Kapitalisten	10
Der Oberbürger Löwenhof in Marburg	10
Lübeck: Faschistische „Schulung“ versetzt sich in Landteil einbringen	10
Faschistischer Maschinenbau in Bielefeld	10
Grünes Licht für faschistischen Terror	10
Volkshochschule Marke FJS: Faschist schlug 10	10
Frankfurt: Protestaktion gegen Strauß-Audienz	10
Hamburg: Wieder faschistischer Anschlag gegen das „Arbeiterbuch“	10
Göttingen: Schüsse auf Plakatkleber	10
Tiefseufzer für Faschisten – Propaganda für Antifaschisten verhindern NPD-Propaganda	10
Antifaschistischer Löwenhof – ein Teil unserer politischen Kampfes	10
Klassenspezifisch in Warendorf	10
Dreht die Staatsanwaltschaft Karl Mord an türkischen Arbeiter?	10
Lüthelhal: METALLARBEITER beschlagen – Metallische Schikanen greifbarer Genossen nahmen zu	10
Wiedemanns Dank! – Neues von Richter Kuba und dem Prozess gegen die Jugendlinken in Tritten	10
Parteiung der Justiz: Die RAB-Prozesse	10
Gewerkschaft in Warendorf	10
Recht Meistert: Im Bundesrat, um den Zeugnis Polverungen und Korruption nicht nur im Mannheimer Kreis	10
BRD-Politik: Frankfurt: Streik am Polizeibüro	10
Innenministerinteressen beschützt: Exaktieren liegt	10
Mitteilungen in der BRD: NATO-Mandate „Bold Guard“ – „Kühne Wacht“ – An den Sägen der Opfer?	10
Wie ein Fisch im Wasser? Polizeibüro hat 44 will nicht Voll versetzen	10
Brüssel: Zweifelhafte demokratische gegen Offizierskorridor und Begegnung	10
Politik im Kapitalismus: „Men und Gott“ – Ein Leserbrief	10
Wie ein Pastor „selbst“ Kindern des Bösen beibringen will Was aus Arbeit, hat den zur Bestimmung – Ein Leserbrief	10
Jugendpolitik in der BRD: Frankfurt: Fortschrittliche Erzieher in südlichen Kip-dergärten unter Beschuß	10
SPD, CDU und FDP erklären RBJ am Vorparlament	10
Gefährlichkeit gegen demokratische Jugendpolitik	10
Hamburg - Altkreis: 150 Kinder von der Behörde auf die Straße gesetzt	10
Wie die Jugend hat	10
Studien: Kampf der Kausaler Studenten gegen die Studiengeldsenkung	10
Protestaktionen: Gegen Ausländergrenzen und Entwertung der Frau – Bericht vom Bundesrat der IAF	10
Bericht vom Bundesrat der IAF	10
Gegen: Von der grünen Front	10
Parasiten: Konsumkreditkarte auch zum Abendbrot – Ein Leserbrief	10
Gewerkschaftspolitik in Warendorf: Ringes über das Hanover Krankenhaus – Ein Leserbrief	10